Der sozialistische Wettbewerb
Darstellung und Problematik

Inaugural-Dissertation zur Erlangung
des Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
beim Fachbereich 10 - Wirtschaftswissenschaft
an der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Hans-Joachim Esderts
aus Potsdam

Berlin 1976

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547205_0028

Der sozialistische Wettbewerb
Darstellung und Problematik

Inaugural-Dissertation zur Erlangung
des Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
beim Fachbereich 10 - Wirtschaftswissenschaft
an der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Hans-Joachim Esderts
aus Potsdam

Berlin 1976

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vorsitzender des Fachbereichsrats:
Referent: Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Herbert Schack
Korreferent: Prof. Dr. Rudolf Becker
Tag der mündlichen Prüfung: 1. Juni 1976

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung
Der Gegentyp des sozialistischen Wettbewerbs 1

1. Die freie Konkurrenz ("Konkurrenzkapitalismus") 3
2. Der "freigebundene" Wettbewerb 8
3. Der ordnungspolitisch begrenzte Wettbewerb 13
4. Der funktionsfähige Wettbewerb 19

I. Der Wettbewerb im sozialistischen Wirtschaftssystem 25
   1. Der dialektische Begriff des sozialistischen Wettbewerbs 25
   2. Entstehungsbedingungen und Definitionen des sozialistischen Wettbewerbs 28
   3. Der sozialistische Wettbewerb durch materielle Stimulierung 32

II. Der sozialistische Wettbewerb als Triebkraft zur Entwicklung der Produktivkräfte in der UdSSR 39
   1. Die sozio-ökonomischen Verhältnisse im nachrevolutionären Rußland 39
   2. Die Wettbewerbskonzeption Lenins 42

III. Die Formen des sozialistischen Wettbewerbs 50
   1. Der innerbetriebliche Wettbewerb 52
   2. Der zwischenbetriebliche Wettbewerb 56
   3. Der überbetriebliche Wettbewerb 64
   4. Der zwischenstaatliche Wettbewerb innerhalb der sozialistischen Weltwirtschaft 67
   5. Der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssystemen 71

IV. Die Entwicklung der sozialistischen Wettbewerbsbewegungen in der UdSSR 76
1. Die Subbotnikbewegung 76
2. Die Produktionsberatungen 85
3. Die Stoßarbeiterbewegung 95
4. Die Bewegung der kollektiven Hilfe 102
5. Die Stachanowbewegung 106
6. Weitere Wettbewerbsbewegungen 117

V. Die systemimmanente Kritik der traditionellen Wettbewerbsvorstellungen 132

VI. Die Entwicklung des Wettbewerbs in der DDR 140
1. Die sozio-ökonomische Ausgangssituation 142
2. Die ersten Initiativen 144
3. Der Beginn der organisierten Wettbewerbsbewegungen 145
4. Die Bewegung zur gegenseitigen Hilfe im Wettbewerb 152
5. Die krisenhafte Entwicklung und kampagnemäßige Fortsetzung der Wettbewerbsbewegung 155
6. Der Wettbewerb und Mitbestimmung - Produktionsberatungen und Produktionskomitees 163

VII. Neue Formen des sozialistischen Wettbewerbs 169
1. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit 169
2. "Keiner siegt ohne den anderen" 174
3. Politisch begründete Wettbewerbskampagnen 176
4. Wettbewerb durch Gegenpläne 178
5. Die Neuererbewegung 179

VIII. Die systemimmanente Kritik der traditionellen Wettbewerbsvorstellungen 192
1. Die Kritik an der administrativen Methode in der DDR 192
2. Die Kritik an der Wettbewerbsführung in der DDR und der UdSSR 198

X. Der Wettbewerb im reformierten Plansystem 213

1. Die Bedeutung der sowjetischen Wirtschafts-Reform für den sozialistischen Wettbewerb 213

2. Die Alternative in Jugoslawien 225

3. Die Pläne der tschechoslowakischen Reformer 232

4. Der ungarische "neue Wirtschaftsmechanismus" 240

XI. Schlußbetrachtung 242

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Lebenslauf

EINLEITUNG

Der Gegentyp des sozialistischen Wettbewerbs

Man kann idealtypisch zwei gegensätzliche Arten des Wettbewerbs in der modernen Wirtschaftsgesellschaft unterscheiden:

1. den partnerschaftlichen Wettbewerb, bei dem die verschiedenen Parteien (natürliche oder juristische Personen, Gruppen oder Organisationen) ihre Mittel und Fähigkeiten einsetzen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. In dem Versuch, sich gegenseitig zu überbieten, kommen lediglich faire Mittel zur Anwendung;
2. den Wettbewerb als "gegnerische soziale Beziehung", bei dem die Wettbewerbsparteien alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, "um ein gleiches Ziel als erste zu erreichen oder wenigstens eine gegenüber den Rivalen möglichst günstige Position einzunehmen."[1] Im gegnerischen Wettbewerb kann der Interessengegensatz in seiner größten Intensität die Form des Kampfes annehmen, wenn jede Gemeinsamkeit dem Eigeninteresse geopfert wird.

Der partnerschaftliche Wettbewerb wird von den marxistischen Ideologen für die sozialistische Planwirtschaft in Anspruch genommen. Demgegenüber weisen sie den gegnerischen Wettbewerb (Konkurrenz) der kapitalistischen Marktwirtschaft zu.

---

1) Becker, R., Wettbewerb, In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Eine vergleichende Enzyklopädie, Freiburg, Basel, Wien, Bd. VI, 1972, S. 913

Das Thema dieser Arbeit ist der sozialistische Wettbewerb. Gibt es in der repräsentativen Sowjetunion oder auch in der DDR tatsächlich einen partnerschaftlichen Wettbewerb? In Wirklichkeit findet man niemals einen Idealtypus vor. Wir finden lediglich Annäherungen verschiedenen Grades. Dies müßte auch für den Idealtypus des partnerschaftlichen Wettbewerbs gelten. Es würde allerdings bedeuten, daß sich in der Geschichte der sozialistischen Planwirtschaft Mischformen entwickeln oder entwickelt haben, welche auch Merkmale der marktwirtschaftlichen Konkurrenz tragen. In diesem Fall müßte im folgenden jeweils erläutert werden, was marktwirtschaftlicher Wettbewerb in Theorie und Praxis bedeutet.
Es empfiehlt sich daher, einleitend den Wettbewerb in der Marktwirtschaft kurz darzustellen. Einerseits tritt dadurch die Wesensart des sozialistischen Wettbewerbs deutlich hervor. Andererseits fällt auch ein Licht auf die unterschiedlichen Beziehungen der Wirtschaftssysteme zum Wettbewerb.

1. Die freie Konkurrenz ("Konkurrenzkapitalismus")

Die Wettbewerbswirtschaft fand ihre erste theoretisch-systematische Begründung bei den englischen Sozialökonomen des 18. bzw. 19. Jahrhunderts. Diese sahen in der individualistischen Konkurrenz das vorzüglichste Mittel einer privaten und volkswirtschaftlichen Effektivität. Freie Konkurrenz und Rationalverhalten der Einzelnen sollte zu einer optimalen Ausnutzung der knappen Mittel und zu leistungsgerechter Verteilung führen. Unter Wahrung der Rechtsordnung habe der einzelne vollkommene Freiheit, "sein eigenes Interesse auf seine eigene Weise zu verfolgen, und sowohl seinen Gewerbefleiß wie sein Kapital mit dem Gewerbefleiß und dem Kapital anderer Menschen in Konkurrenz zu bringen."[1] Das Privateigentum ist die treibende Kraft, die bei ungehemmter Konkurrenz jeden Produzenten zur Entfaltung seiner Fähigkeiten und zu niedrigsten Produktionskosten zwinge. Die "invisible hand" stelle stets das allgemeine Gleichgewicht her. Der Wettbewerbsprozeß sei durch das Streben der Wettbewerbsteilnehmer gekennzeichnet, fortlaufend neue Entwicklungen und Verbesserungen im Produktionsprozeß hervorzubringen. Der innovatorische Prozeß sei gleichzeitig gekennzeichnet durch eine immer weitergehende Arbeitsteilung. Langfristig lassen sich im Modell der vollkommenen Konkurrenz keine über den Normalgewinn hinausgehenden Erträge erzielen, weil sich durch den über das Normale hinausgehende Gewinn direkt Unternehmer finden, die

---

1) Smith, A., An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Deutsche Übersetzung von E. Grünfeld, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, nach der 4. Auflg. von 1786, Bd. II, Jena 1920, S. 555

das Angebot erweitern. Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage hat zum Ergebnis, daß langfristig die Grenzkosten gleich sind den Durchschnittskosten und auf allen Märkten nur eine Normalverzinsung des Kapitals realisiert werden kann. Soweit das Modell.

Das System der freien Konkurrenz war nicht in der Lage, die Entstehung wirtschaftlicher Macht und deren Ausübung (wettbewerbsbeschränkende Maßnahmen) zu verhindern. Die unbegrenzte Verfügungsmacht über das Privateigentum und die unterschiedliche Vermögensverteilung, die weitgehend Chancengleichheit ausschloß, begünstigte die Entstehung von Großbetrieben, die zur Beschränkung des Wettbewerbs durch Ausschaltung ihrer Konkurrenten beitrug (Konzentration). Ferner forderte die Entwicklung neuer Maschinen und Produktionsanlagen infolge des sich rasch durchsetzenden technischen Fortschritts einen immer höheren Kapitalbedarf; die kostengünstigere Massenproduktion bewirkte immer größere Produktionseinheiten. In der Theorie wurde das Gesetz des sinkenden Grenzertrags, eine fundamentale Annahme für das Funktionieren des reinen Marktmodells, abgelöst durch das Gesetz der Massenproduktion.[1)]

Allein schon die unterschiedliche Einkommensverteilung machte die Idee der Chancengleichheit zunichte. "Wer die wirtschaftlich stärkere Position innehat, ist gegenüber demjenigen begünstigt, der gar keine Mittel besitzt. Dieser kann seine Chancen wahrnehmen, jener nicht. Wenn unter diesen Umständen das Eigeninteresse der ausschlaggebende Faktor ist (oder auch gemildert: "das wohlver-

---

1) Die alten Gleichgewichtsvorstellungen müssen bei letzterer Annahme einer Revision unterzogen werden, da es nicht notwendig zu einem Schnittpunkt von Angebots- und Nachfragekurve kommen muß.

standene Interesse"), so liefe der allgemeine Wettbewerb doch immer auf eine Ausnutzung der wirtschaftlich schwachen Erwerbstätigen hinaus. Unter diesen Umständen wäre ein langfristiges Gleichgewicht der Marktwirtschaft, das sich nach Smith unter den angegebenen Bedingungen einstellen müßte, ausgeschlossen."[1)]

Marx und Engels sahen in der Konkurrenz der kapitalistischen Marktwirtschaft eines der Hauptübel des kapitalistischen Systems. Die Konkurrenz zwischen Arbeit und Kapital, die den Grundwiderspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung darstelle und die daraus resultierende Konkurrenz der Arbeiter untereinander um die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes, die für die geringe Höhe des Lohnes verantwortlich sei (Existenzminimum), stellen wesentliche Kritikpunkte an der damaligen kapitalistischen Marktwirtschaft dar.[2)]

In der Gesellschaft mit einfacher Warenproduktion wurden durch die Wirkung der Konkurrenz noch die vollen Gegenwerte der erbrachten Arbeitsleistungen zwischen den Produzenten ausgetauscht. Unter diesen Verhältnissen bewirkte die Konkurrenz noch die Entwicklung von "Unter-

---

1) Schack, H., Das Menschenbild in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre, In: Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Hrsg. Montaner, A., Köln 1967, S. 346.

2) Vgl. Marx, K., Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 162

Vgl. ders., Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 459 ff.

Vgl. ders., Arbeitslohn, MEW Bd. 6, S. 542

Vgl. Marx, K., Engels, F., Das Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, S. 459 ff

Vgl. Engels, F., Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, Bd. 2, S. 312

nehmungsgeist, Energie und kühner Initiative".[1] Mit der Entwicklung zur kapitalistischen Warenproduktion, in der das Kapital zur selbständigen Produktivkraft wurde, könnten nur noch diejenigen Produzenten im Konkurrenzkampf bestehen, die über das zur Herstellung einer Ware notwendige Kapital verfügen. Die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals bewirkt einerseits eine immer stärker werdende Konzentration des Kapitals, andererseits führt sie zum Ersatz der menschlichen Arbeit durch die Maschine. Diese Entwicklung bewirkt eine zunehmende Arbeitslosenzahl ("industrielle Reservearmee"). Die freie Konkurrenz zwingt die "Kapitalisten" zu fortgesetzter Neuinvestition, ohne daß infolge der mangelnden Entsprechung von Produktion und Konsumtion ("Anarchie der Produktion") hinreichend Gewähr für den Absatz der Massenprodukte gegeben ist.[2] In diesem Prozeß der permanenten Akkumulation von Kapital könnten sich die kleinen, weniger kapitalintensiv produzierenden Unternehmen nicht behaupten; sie werden vom Markt verdrängt. Die Konzentration auf der einen Seite und das Heer der Arbeitslosen, nunmehr verstärkt durch die große Zahl "enteigneter" Kleinproduzenten, wächst. Die Konkurrenz der freien Marktwirtschaft (atomistische Konkurrenz) wird durch Monopolbildung beseitigt. "Das Monopol (als feudales Monopol verstanden, d. Verf.) erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, Konkurrenten werden Monopolisten."[3]
Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander um den Arbeitsplatz wachse, da die Zahl der Arbeitslosen steige, und

---

1) Lenin, W.I., Wie soll man den Wettbewerb organisieren? In: Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR, 1970, S. 33

2) Schack, H., Das Menschenbild ... a.a.O. S. 349

3) Marx, K., Das Elend der Philosophie, a.a.O., S. 163

drücke die Löhne auf die Reproduktionskosten der Arbeit. Durch die Wirkung der Konkurrenz verschärften sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus immer mehr. Soziale Konflikte (Streiks) brechen aus. Das kapitalistische System müsse infolge dieser inneren Widersprüche zusammenbrechen.
Der "Konkurrenzkapitalismus" ist von Marx und Engels zu Recht kritisiert worden. Er erwies sich als ein nicht funktionsfähiges System. Allerdings traten die von ihnen beschriebenen Folgen nicht in der vorhergesagten Weise ein.

Die sich selbst überlassene Marktwirtschaft tendiert zur Ausschaltung des Wettbewerbs, erzeugt dadurch einseitige Markt- und Machtstrukturen, die zu wirtschaftlichen Drepressionen und Krisen sowie zu sozialen Ungerechtigkeiten führen.
Die realen Wettbewerbsverhältnisse hatten sich durch die Konzentration wirtschaftlicher Macht immer mehr von den Idealvorstellungen des Altliberalismus, der vollständigen Konkurrenz entfernt. Es kam jedoch nicht zu dem von Marx und Engels vorausgesagten Zusammenbruch des Kapitalismus, weil dieser Entwicklung eine Reihe gegenläufiger Tendenzen entgegenwirkten.

2. Der "freigebundene" Wettbewerb[1)]

Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der freien Konkurrenz erfuhr im Zuge der weiteren Industrialisierung durch die Zusammenschlüsse der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, die ihre Marktinteressen gemeinsam durchzusetzen suchten, einen grundlegenden Wandel. Es setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Wirkung des ungehemmten Wettbewerbs nicht zur harmonischen Selbstregulierung des Wirtschaftsablaufs führte, sondern die Wirtschaftsstruktur zerstört werde (Konzentration, Zentralisation) und darüberhinaus existenzgefährdende soziale Auswirkungen auf immer größere Teile der Bevölkerung habe. Die Gründung von Gewerkschaften stellte einen ersten Versuch dar, den Marktmechanismus (Arbeitsmarkt) durch kollektive Maßnahmen regulierend zu beeinflussen. Die durch Zusammenschlüsse von Handwerkern und Gewerbetreibenden entstehenden Innungen sowie die von Landwirtschaft, Industrie und Handel gebildeten Kammern übernahmen Selbstverwaltungsaufgaben, die zur besseren Funktion der Marktwirtschaft beitrugen, indem beispielsweise durch Verhaltensnormierung und entsprechende Sanktionen unlauterer Wettbewerb unterbunden werden sollte (Wettbewerbsregeln).[2)]

Die Klein- und Mittelbetriebe mit vorwiegend handwerklicher Produktionsweise waren der Konkurrenz der Großbetriebe nicht gewachsen. Der einzelne Kleinbetrieb konnte nicht im großen billig einkaufen, nicht so pro-

---

1) Der Ausdruck "freigebundene Wirtschaft" wurde von Waldemar Mitscherlich geprägt.

2) Vgl. Fürstenberg, F., Wirtschaftssoziologie, Berlin, 1961, S. 81 f.

duktiv und in Serien produzieren und infolgedessen auch nicht preiswert verkaufen. Ebenso fehlte es an Kapital bzw. Kredit. Aus diesem Grunde versuchten die Handwerksbetriebe durch genossenschaftlichen Zusammenschluß ihre Wettbewerbsposition zu verbessern. Der Gründer der Handwerkergenossenschaften war Hermann Schulze-Delitzsch, der in den Jahren 1846/47 die genossenschaftliche Idee propagierte, indem er zur Selbsthilfe gegen die Übermacht des Kapitals aufrief. Um die Jahrhundertwende bildeten sich zahlreiche Genossenschaften und andere Selbsthilfeorganisationen.[1)]

Im industriellen Bereich schlossen sich Klein- und Mittelbetriebe zur Sicherung ihrer Existenz, d.h. zur Erhaltung bzw. Wiedergewinnung ihrer Wettbewerbsfähigkeit vielfach zu Kartellen zusammen. Hierdurch wurde einerseits der Wettbewerb zwischen Großbetrieben und den vereinigten bzw. kartellierten Klein- und Mittelbetrieben wieder hergestellt; andererseits wurde der Wettbewerb aber zwischen den einzelnen Betrieben für verschiedene Bereiche aufgehoben: Fertigungskartelle, Beschaffungskartelle, Konditionenkartelle. Demgegenüber können andere Kartellarten, wie z.B. Rationalisierungskartelle die Leistungsfähigkeit der angeschlossenen Betriebe steigern, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit tendenziell erhöht. Kartelle, die als "Kinder der Not" (Kleinwächter) entstanden, lösten sich jedoch oftmals nach Überwindung einer wirtschaftlichen Notlage (Depression) nicht wieder auf. Dadurch wird die Vermutung begründet, daß "die tiefere Ursache der Zusammen-

---

1) Hierzu seien beispielsweise genannt: Rohstoffgenossenschaften, Kreditgenossenschaften, Lieferungs- oder Magazingenossenschaften. Hiervon gab es im Bäckereigewerbe 642, im Schneidergewerbe 346, im Metallgewerbe 214 (Stand: 1.1.1927). Vgl. Schack, H., Volkswirtschaftspolitik, Berlin, Wien 1930, S. 73.

schlußbewegung ... nicht in der akuten wirtschaftlichen Notlage (liegt), sondern in dem Wirtschaftssystem. Die mit dem Konkurrenzsystem verbundene wirtschaftliche Unsicherheit ist der eigentliche Anlaß zur Kartellierung."[1)]

Während Handwerk und Industrie durch genossenschaftliche Selbsthilfe bzw. Kartellierung der Zentralisation des Großkapitals, d.h. ihrer Ausschaltung zu begegnen suchten, waren die Arbeiter bemüht, durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß die interne Konkurrenz um den Arbeitsplatz zu beenden. Die Bedrohung des Arbeitsplatzes durch Mechanisierung und Automation (Entlassungen, Lohnsenkung infolge der Bereitschaft Arbeitsloser zu niedrigerem Lohn zu arbeiten) ließ das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Schicksalsverbundenheit entstehen, welches die Voraussetzung für das Entstehen einer Arbeiterbewegung war.
Nach der Aufhebung des Koalitionsverbots (Preußen: 1869) konnten sich Gewerkschaften bilden, wodurch sich die Möglichkeit der Arbeiter, den Unternehmern geschlossen gegenüberzutreten, ergab. Die Konkurrenz um die Arbeitsplätze blieb zwar weiterhin bestehen, jedoch wurde durch den Tarifvertrag das gegenseitige Unterbieten des Arbeitslohnes eingeschränkt.
Während anfangs das Koalitionsverbot gewerkschaftliche Organisationsformen verhinderte, wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend ihre soziale und wirtschaftliche Ordnungsfunktion erkannt.

Durch die neuen Formen des Wettbewerbs, z.B. zwischen Arbeit und Kapital in der Organisationsform von Industrie-

---

1) Schack, H., Volkswirtschaftspolitik, a.a.O., S. 83.

und Arbeiterverbänden wurde eine Änderung der Wirtschaftsordnung bewirkt. Die Abhängigkeit der Wirtschaftsordnung von den Formen des herrschenden Wettbewerbs zeigte sich in den folgenden Stadien der Entwicklung des marktwirtschaftlichen Systems noch deutlicher.

Die staatliche Wirtschaftspolitik zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung des Wettbewerbs, wo er durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals eingeschränkt wurde, setzte erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung mit einer "Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung" vom 2.11.1923 (Kartellverordnung) ein. Bis dahin meinte man, daß die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft durch den Marktmechanismus und die Selbsthilfe der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten eine staatliche Intervention erübrige. Erst eine Entwicklung, wie sie in den USA zu beobachten war (Vermögenskonzentration, Monopolbildung), die bereits 1890 und 1914 gesetzgeberische Aktionen auslöste (1914 wurde die Federal Trade Act, im Oktober des gleichen Jahres die Clayton Act verabschiedet, 1915 die Federal Trade Commission begründet), bewirkte die Intervention des Staates.

In der Epoche der nationalsozialistischen Herrschaft, die mit H. Schack als autoritäre "Marktverwaltungswirtschaft" bezeichnet werden kann,[1)] wurde der Wettbewerb der Unternehmen weitgehend durch staatliche Ein-

---

1) Ausdruck lt. Prof. Schack in seiner Vorlesung im Sommersemester 1973 an der Freien Universität Berlin.

griffe in den Wirtschaftsablauf (staatliche Steuerung) ersetzt. Aus diesem Grunde wurde die freie Konkurrenz in dieser Zeit äußerst negativ beurteilt.[1] Die Epoche des Faschismus ist für das hier zu behandelnde Thema von nur geringer Relevanz.

Aus der Fehlentwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft (Überinvestition, Arbeitslosigkeit, Krisen) zogen Wissenschaft und Praxis ihre Schlußfolgerungen: Die freie Konkurrenz im altliberalen Sinne zerstört die Marktwirtschaft. Der Wettbewerb müsse, an dem klassischen Leitbild der vollkommenen Konkurrenz gemessen, "unvollkommen" sein, wenn die Marktwirtschaft funktionsfähig sein soll.[2]

---

1) O.v. Zwiedineck-Südenhorst bezeichnete die damalige Wirtschaftsordnung als eine "Verkuppelung der unternehmerischen Exekutive mit der staatlichen Direktive", vgl. Zwiedineck-Südenhorst, O.v., In: JbfNuSt., Bd. 160, S. 93

2) Die Bezeichnungen "vollkommener" bzw. "unvollkommener" Wettbewerb sind eigentlich irreführend. Denn gerade der als vollkommen bezeichnete W. ist ein systemzerstörender Faktor.

3. Der ordnungspolitisch begrenzte Wettbewerb

Im Anschluß an die Epoche der nationalsozialistischen Herrschaft, während der der Wettbewerb weder theoretisch noch in der Praxis eine wesentliche Rolle spielte, setzten sich in Westdeutschland die Vertreter einer neoliberalen Richtung der Nationalökonomie, der sog. Ordo-Liberalismus, mit seinem Konzept der sozialen Marktwirtschaft durch. Dieses Konzept, das vor allem von Walter Eucken (Freiburger Schule) entwickelt wurde, entstand einerseits unter dem Eindruck der Erfahrungen, daß eine unkontrollierte Marktwirtschaft altliberaler Prägung funktionsunfähig sei, da unkontrollierten Wettbewerbsprozessen die Tendenz zu ihrer Selbstausschaltung innewohne. Andererseits beherzigten sie die ihrer Meinung nach negativen Erfahrungen mit Systemen staatlicher Lenkung und staatlichem Interventionismus. Der Ordo-Liberalismus unterscheidet sich vom Laissez-faire Liberalismus dadurch, daß der Staat durch geeignete Maßnahmen der Selbstausschaltung des Wettbewerbs zu begegnen sucht (Wettbewerbspolitik) und darüberhinaus einen staatlichen ordnungspolitischen Rahmen setzt, um ein gesamtwirtschaftliches Wettbewerbssystem zu erreichen, das dem modelltheoretischen Ideal möglichst nahekommt.

Alle punktuellen Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozeß seien verderblich. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben sich an einem Ordnungskonzept zu orientieren.[1)]

Die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft erfordert einen wirksamen Wettbewerb. Der durch den

---

1) Vgl. Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hrsg. E. Eucken und K.-P. Hensel, Zürich, Tübingen 1960, S. 379

Staat zu schaffende politische und rechtliche Rahmen soll den Wettbewerb ordnungspolitisch begrenzen.

Der Wettbewerb wird als wichtigstes Organisationselement der Sozialen Marktwirtschaft auf den ökonomischen und politischen Märkten verstanden, um persönliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit herzustellen. Dieser Ansicht liegt folgender Argumentationszusammenhang zugrunde:[1] Märkte eröffnen Alternativen. Der politische Markt bietet Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Parteien, Programmen und Personen; er sichert also die individuelle Freiheit der Entscheidung. Auf der Angebotsseite zwingen Märkte zum Wettbewerb um die Gunst der Nachfrager. Die Ziele persönliche Freiheit und Leistungsfähigkeit implizieren die Sicherung des Wettbewerbs, jedoch nicht im Sinne des Laissez-faire-Liberalismus, sondern mit Hilfe eines ausgewogenen Systems von Regeln, Beschränkungen und dezentralen Entscheidungsbefugnissen. "Wettbewerbliche Organisationsformen haben im Gegensatz zu zentralistischen und monopolistischen von der Anlage her den Vorteil, Machtkonzentrationen nicht zu begünstigen. Ein zentrales Problem konkurrentiell organisierter Gesellschaft ist es daher, den Wettbewerb im ökonomischen wie im politischen Bereich funktionsfähig zu halten."[2]
Der Gedanke des Wettbewerbs ist bereits im Grundgesetz angelegt, jedoch selbst nicht als ökonomischer Ordnungstyp verfassungsrechtlich garantiert.[3]

---

1) Vgl. Watrin, Ch., Thesen zum Programm der Sozialen Martkwirtschaft, In: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. von D. Cassell, G. Gutmann, H.J. Thieme, Stuttgart 1972, S. 19 f.

2) ders. a.a.O., S. 20

3) Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, insbesondere Art. 1, 2, 3, sowie BVerfGE 4, S. 7 (19), 8, S. 274 (S. 329 f.), 13, S. 97 (S. 107 ff.), 21, S. 29 (S. 289 ff.)

Die Strukturprinzipien des Sollsystems der Sozialen Marktwirtschaft, wie das Rechtsstaatsprinzip, das Sozialstaatsprinzip und das Demokratieprinzip[1] sollen die Gesellschaftsordnung so gestalten, daß die bestmögliche Verwirklichung der obersten Gesellschaftsziele und damit die freie Entfaltung der Menschen ermöglicht und garantiert wird. Der Wettbewerb spielt hierbei in allen Bereichen der marktwirtschaftlichen Ordnung eine dominierende Rolle. Im Demokratieprinzip findet der Wettbewerbsgedanke seinen deutlichsten Niederschlag: die Parteien, aber auch andere demokratisch organisierte und legitimierte gesellschaftliche Gruppen, wie Gewerkschaften und Verbände, rivalisieren um die Stimmen der Wähler. Das Wettbewerbsprinzip soll sowohl im politischen Wechselspiel der Kräfte als auch im ökonomischen Wechselspiel der Marktteilnehmer entscheidendes Ordnungs-, Auslese- und Steuerungsinstrument sein. Dieses Prinzip soll im gesellschaftlich-politischen und im wirtschaftlichen Bereich ein Gleichgewicht der Kräfte herstellen.

Das Ziel des Ordo-Liberalismus ist die individuelle Freiheit, die Freiheit des einzelnen, seine Tätigkeit selbst zu wählen, zu produzieren, was er möchte, und sein Einkommen nach freier Wahl auszugeben.

Gleichzeitig ist das Individuum aber auch soziales Wesen, dessen Handeln von den gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt wird, in denen es lebt. Die persönliche Freiheit bleibt dann ein formales Recht, wenn die Verhältnisse eine freie Selbstbestimmung nicht zulassen. Also ist es Aufgabe des Staates und der gesell-

---

1) Vgl. GG, Art. 20, 1-3

schaftlichen Interessengruppen, Verhältnisse zu schaffen, die jedem die Möglichkeit eröffnen, seine Chancen entsprechend seiner Auffassung von Selbstverwirklichung und Daseinsgestaltung wahrzunehmen. Dazu gehören das Wissen um die Möglichkeiten (Information, Bildung etc.) und die Möglichkeiten der Wahl alternativer Wege und Mittel.

Die Vertreter der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft beachten - bis auf wenige Ausnahmen - den sozialen Aspekt der menschlichen Existenz. Während F.A.v. Hayek grundsätzlich noch auf dem altliberalen Standpunkt verharrt[1], hebt Müller-Armack, der den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" prägte, den sozialen Rahmenbegriff hervor. "Der Begriff der sozialen Marktwirtschaft kann als eine ordnungspolitische Idee definiert werden, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft (von mir hervorgehoben, d.V.) die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden."[2]

---

1) Nach Ansicht von Hayek ist die Wettbewerbsordnung eine "spontane Ordnung des Marktes", die auf"Reziprozität oder wechselseitigen Nutzen beruht" und sich als Ergebnis des konkurrierenden Zusammenspiels vieler Einzelwirtschaften automatisch herstellt. Die Wirtschaftsordnung als "Privatrechtsgesellschaft" kann und darf also nicht durch aktive und positive ordnungspolitische Maßnahmen des Staates hergestellt und auf eine bestimmte verbindliche Zielhierarchie ausgerichtet werden. Sie erfährt ihre beste Sicherung durch allgemeine, abstrakte und negativ formulierte Normen. Sie soll durch Abgrenzung die individuellen Freiheitsräume gegeneinander sichern und nicht bestimmte Handlungen erzwingen. Staatliche Zwangsgewalt ist auf die Durchsetzung der Verhaltensregeln beschränkt. Vgl. z.B.: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. In: Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze von F.A.Hayek, Tübingen 1969, S. 108 ff.

2) Müller-Armack, A., Soziale Marktwirtschaft, In: HdSW, Bd. 9, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 390

W. Eucken sieht als einzige Lösungsmöglichkeit der sozialen Frage die Ordnungspolitik: die beste Sozialpolitik sei richtige Ordnungspolitik.[1] Bei den Ordoliberalen wächst dem Staat explizit die übergeordnete Funktion zu, die freiheitliche Ordnung auch durch Staatseingriffe zu sichern. Dieser Grundsatz hebt ihn weit über die altliberale Vorstellung des "Nachtwächterstaates", wie F. Lassalle seinerzeit die Rolle des Staates bezeichnete.

W. Röpke ist der Auffassung: "Die Marktwirtschaft kann ohne den Wettbewerb nicht gedacht werden, und dieser Wettbewerb muß zugleich echt wie frei sein. Der Wettbewerb ... - ist in der Tat die Achse unserer Wirtschaftsordnung, um die sie sich dreht."[2]

Um die Wettbewerbsordnung zu garantieren, geben die Neoliberalen eine Reihe von wettbewerbsfördernden Prinzipien an, die die Wirtschaftspolitik zu beherzigen habe. Dazu gehört eine auf die Sicherung des Geldwertes gerichtete Währungspolitik, die Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie die freie Verfügungsmacht darüber, Sicherung der Offenheit der Märkte, Vertragsfreiheit, das "Haftungsprinzip" sowie die Konstanz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Diese Prinzipien einer positiven Wirtschaftspolitik seien die Voraussetzungen eines funktionsfähigen Wettbewerbs und damit einer funktionsfähigen Marktwirtschaft.[3]

Mit Hilfe dieser positiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen soll dauernd eine Wettbewerbsordnung durchgesetzt

---

1) Vgl. Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik Bern 1952

2) Röpke, W., Wettbewerb (II), In: HdSW, Bd. 12, Tübingen, Göttingen, 1965, S. 33

3) Vgl. Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern 1952, S. 255, 295; S. 254-291

werden. Da die Wettbewerbsordnung sich nicht von selbst verwirklicht, muß der "Wettbewerb als Aufgabe" verstanden werden, d.h. er muß "als staatliche Veranstaltung" institutionalisiert werden.[1)]

---

1) Micksch, L., Wettbewerb als Aufgabe, 2. erw. Auflage, Godesberg 1947

4. Der funktionsfähige Wettbewerb

Das neoliberale Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erwies sich, wie die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, die zunehmende Unternehmenskonzentration, die vernachlässigte Infrastruktur und schließlich die Wirtschaftskrise von 1966/67 zeigte, als unbrauchbar, die Probleme einer modernen Industriegesellschaft umfassend zu lösen. Die Ablösung der neoliberalen Konzeption erfolgte durch die ordnungspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie. Die theoretische Grundlage der "dualistischen Wirtschaftsordnung", die auf den ordnungspolitischen Prinzipien von Wettbewerb und Planung basiert, wurde in Anlehnung an die keynsianische Theorie wesentlich von K. Schiller, E. Potthoff, H. Deist und K. Nemitz formuliert und seit 1966 durchgesetzt. Planung und Wettbewerb werden nicht als Ziele der Wirtschaftspolitik, sondern als L e n k u n g s m i t t e l angesehen, die "nur unter Beachtung ihrer jeweiligen F u n k t i o n s b e d i n g u n g e n verwendet werden und kombiniert werden"[1]; Planung hat sich auf makro-ökonomische Größen (Globalplanung), Wettbewerb auf mikro-ökonomische Beziehungen der Wirtschaftssubjekte zu beziehen. Der Begriff des Wettbewerbs bezieht sich nicht auf die Vorstellungen vom Modell der vollkommenen Konkurrenz, auf dem stets Gleichgewicht herrscht, sondern es handelt sich bei Schiller um den "funktionsfähigen Wettbewerb", d.h. einen realisierbaren Wettbewerb i.S. des "workable competition", der auf Märkten herrschen kann, ohne daß alle theoretischen Bedingungen der Markt-

---

1) Schiller, K., Sozialismus und Wettbewerb, In: Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik, Schriftenreihe der Gesellschaft zur Förderung der politischen Wissenschaft, Bd. 1. Hrsg. v. C. Schmid, K. Schiller, E. Potthoff, Frankfurt/M. o.J., S. 247

form der vollständigen Konkurrenz gegeben sind. Die Abgrenzung von Wettbewerb und Planung erfolgt gemäß der Richtlinie "Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig."[1)]

Dem Übergang zu mehr staatlicher Planung entsprach in der Wettbewerbstheorie das Konzept des funktionsfähigen Wettbewerbs. Auf der Grundlage der "wirtschaftspolitischen Grundentscheidung" (Schiller) für das Primat des Wettbewerbs gegenüber der Planung entwickelt Kantzenbach ein Wettbewerbskonzept, das mit dem neoliberalen Konzept bricht, indem es nicht die Freiheit des Wettbewerbs, sondern die Funktionen in den Mittelpunkt stellt.

Nach diesem Konzept soll der Wettbewerb folgende Funktionen erfüllen:[2)]

1. Steuerung der funktionalen Einkommensverteilung nach der Marktleistung auf den Faktormärkten. Es wird unterstellt, daß dadurch eine Ausbeutung durch Marktmacht verhindert wird und in der Primärverteilung eine "günstige" Ausgangslage für die staatliche Sekundärverteilung zu sehen ist.

2. Steuerung der Zusammensetzung und Verteilung des laufenden Angebots an Gütern und Dienstleistungen nach den Käuferpräferenzen (Konsumentensouveränität). Bei gegebener Einkommensverteilung und gegebenem Produktionsvolumen bedeutet die Marktsteuerung eine Steigerung der individuellen Bedürfnisbefriedigung.

---

1) Schiller, K., a.a.O., S. 249

2) Kantzenbach, E., Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1966, 2. durchgesehene Auflage 1967

3. Lenkung der Produktionsfaktoren an den Ort ihres produktivsten Einsatzes. Bei gegebener Faktormenge wird durch Wettbewerb die Wertschöpfung gesteigert.

4. Der Wettbewerb sorgt für eine rasche und laufende Anpassung der Produktionskapazitäten an die sich ändernden wirtschaftlichen Daten (u.a. Nachfragestruktur und Produktionstechnik). Dadurch werden die Fehlinvestitionen im Rahmen gehalten und die sozialen Kosten des (ökonomischen) Strukturwandels minimiert.

5. Schließlich dient der Wettbewerb der beschleunigten Durchsetzung des technischen Fortschritts bei Produkten und Produktionsmethoden.

Wettbewerb führe also (bei geeigneter Form, d.h. bei optimaler Wettbewerbsintensität) durch seine Verteilungsfuktion (1), Steuerungsfunktion (2-4) und Antriebsfunktion (5) auf der Einkommensseite zu einer gerechten Einkommensverteilung, auf der Güterseite zu einer optimalen Zusammensetzung und einem maximalen Wachstum des Sozialprodukts.
Die Form des vollkommenen Wettbewerbs, bei dem möglichst viele Anbieter sich um die Gunst der Nachfrager bemühen, ist nach dieser Theorie nicht geeignet, die genannten Funktionen zu erfüllen. Dazu seien eher "weite Ologopole mit mäßiger Produktdifferenzierung"[1] in der Lage. Diese seien durch staatliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zu fördern.
Nur bei einem funktionsfähigen Wettbewerb seien die "oligopolistischen Interdependenzen" so stark, daß

---

1) Kantzenbach, E. Die Funktionsfähigkeit ... a.a.O., S. 49

Aktionen der Marktteilnehmer, vor allem der Unternehmer, die Wirtschaftspläne gegenseitig beeinflussen. Sie sind Voraussetzung für ein reibungsloses Revolvieren vorstoßender und nachahmender Wettbewerbsprozesse. Der Wettbewerb stellt sich als evolutorischer und ungleichgewichtiger Prozeß dar. Er setzt technische Erfindungen in technischen Fortschritt um, realisiert neue Produkte und neue Produktionstechniken. Das ist das Wesen des vorstoßenden Wettbewerbs. Durch die sich bietenden Gewinnchancen, nach genügender Erprobung der neuen Techniken und Produkte und unter dem Konkurrenzdruck werden die anderen Unternehmer zur Nachahmung angeregt. Durch die nachahmenden Unternehmer wird im Wettbewerb die vorübergehende Monopolstellung des Vorreiters abgebaut; der zyklische Wettbewerbsprozeß tendiert zu einem neuen Gleichgewicht. Bei diesem Prozeß besteht die Gefahr, daß durch eine zu schnelle Folge von Innovationen die oligopolistischen und monopolistischen Marktstrukturen, die im vorstoßenden Wettbewerb entstanden sind, durch die Nachahmer nicht mehr abgebaut werden können. Der oligopolistische Wettbewerb erstarrt dann zu einem Monopol und geht in den stationären Zustand monopolistischer Ausschaltung des Wettbewerbs über. Die "untere" Konkurrenzschwelle ist überschritten.[1)]

Auf der anderen Seite kann oligopolistischer Leistungswettbewerb zu einem ruinösen Wettbewerb bzw. zu einem "Schlafmützenwettbewerb" entarten. Mangelnde Leistungsdifferenzierung führt über die Reduktion des Auslese-prozesses zur Verminderung der Angebotsflexibilität.

---

1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen auf S. 12 f.

Bei fortschreitendem Nachfragerückgang und anhaltender Kostensteigerung wird eine "obere" Konkurrenzschwelle mit der Tendenz zum ruinösen Wettbewerb überschritten, der durch einen stationären Zustand "isopolistischer Lähmung" (H. Arndt) gekennzeichnet ist.

Für die Intensität des Wettbewerbs ist also die Stärke beider, des vorstoßenden und des nachahmenden Wettbewerbe von Bedeutung. Der Staat als "ordnende Potenz" trägt eine wichtige Verantwortung für eine optimale Wettbewerbsintensität. Durch Strukturpolitik (qualitative Wirtschaftspolitik, insbesondere Wettbewerbs- und Steuerungspolitik und Globalsteuerung) muß er verhindern, daß der Wettbewerb des weiten Oligopols beide Konkurrenzschwellen überschreitet. Im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist dem Staat ein Instrument der Wettbewerbssicherung in die Hand gegeben.
Die Stellung des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft als systembedingender Faktor findet nicht zuletzt auch seine Bestätigung darin, daß gerade das GWB als das "Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft"[1)] bezeichnet wird. Dieses Gesetz und das Stabilitätsgesetz bilden das Fundament der marktwirtschaftlichen Ordnung in der BRD.
Die Ansichten über die geeignete Form des Wettbewerbs, durch den die Marktwirtschaft funktionsfähig werden soll, haben sich also gewandelt.
Der marktwirtschaftliche Wettbewerb ist ein systembedingender Faktor, auf den auch die gelenkte Marktwirtschaft, die planerische Elemente in die Marktwirtschaft zu integrieren versucht, nicht verzichten kann.

---

1) Kartte, W., Ein neues Leitbild für die Wettbewerbspolitik, Köln, Berlin, Bonn, München 1969, S. 9

Unter den Bedingungen der heute auf den relevanten Märkten vorherrschenden oligopolistischen Marktstrukturen bleibt dem Wettbewerb resp. der Wettbewerbspolitik die Aufgabe, eine noch weitergehende Monopolisierung der Wirtschaft zu verhindern, indem mit Hilfe der zur Verfügung stehenden und noch zu schaffenden rechtlichen Maßnahmen die Bildung unangemessener Machtpositionen verhindert wird. Dies wird bei weiterer Stärkung der multinationalen Konzerne in Zukunft auch im internationalen Rahmen notwendig sein. Becker weist darauf hin, daß in den modernen Industriewirtschaften des Westens die Wirtschaftszweige unter dem beherrschenden Einfluß großer kapitalistischer Konzerne stehen. Dadurch ist "eine Art Synthese zwischen Markt- und Planmechanismus wirksam geworden".[1] Dieser, den Anforderungen der modernen Wirtschaft entsprechende Steuerungsmechanismus erfordere eine weiterreichende gesellschaftliche Kontrolle als nur die Wahrung der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs.

---

1) Vgl. Becker, R., Wettbewerb, a.a.O. S. 491

I. Der Wettbewerb im sozialistischen Wirtschaftssystem

1. Der dialektische Begriff des sozialistischen Wettbewerbs

Der Begriff des Wettbewerbs beinhaltet zwei wesentliche Elemente, die von ihrer Bedeutung her ein polares Gegensatzpaar darstellen: Wetteifer und gegenseitige Hilfe.
Das wesentliche Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs ist die gegenseitige Hilfe, d.h. in erster Linie die Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen. Stellt der Wettbewerb, mit diesem Prinzip in Zusammenhang gebracht, nicht einen Widerspruch in sich dar? Einerseits sollte es kein Unterliegen einer Wettbewerbspartei geben - denn dieser wird gerade geholfen das höhere Niveau zu erreichen, andererseits ist Wettbewerb dadurch gekennzeichnet, daß jeder bestrebt ist, ein gemeinsames Ziel als erster zu erreichen bzw. gegenüber dem Mitbewerber eine möglichst günstige Position einzunehmen. Auch der Drang, sich mit anderen Menschen zu messen, sich in der Gesellschaft durch beste Leistungen hervorzuheben oder seine persönliche materielle Situation zu verbessern, stellt einen permanenten Anreiz dar, andere zu überflügeln. Dabei gibt es der Natur des Wettbewerbs entsprechend andere, die zurückbleiben. Würde dem Unterlegenen geholfen, das höhere Niveau zu erreichen, entfiele der Anreiz, Wettbewerbs"sieger" zu werden.

Ausgehend von der Polarität zwischen Wettkampf und gegenseitiger Hilfe bietet sich die dialektische Methode zur Erfassung des Phänomens Wettbewerb und zu weiterführenden Überlegungen über den Begriff des sozialistischen Wettbewerbs an.
Im Wettbewerb sind die Bestrebungen des "Zueinander und des Auseinander" (L.v.Wiese) angelegt. Diese treten in

den verschiedenen Wirtschaftssystemen verstärkt in der einen oder anderen Richtung hervor.[1)]
Die Dialektik von Kampf und Zusammenarbeit im Wettbewerbsprozeß charakterisiert insbesondere den sozialistischen Wettbewerb. Kameradschaftlicher Kampf einerseits und gegenseitige Hilfe andererseits bilden das Spannungsfeld, in dem sich der sozialistische Wettbewerb realisieren soll. Beide Seiten des Gegensatzpaares haben positive und negative Wirkungen:
Der Wetteifer führt in seiner gegnerischen Ausprägung zu einseitigen Vorzugspositionen und zur Ausschaltung des Mitbewerbers, gegenseitige Hilfe vermindert den Antrieb durch Reduktion des persönlichen Interesses. Andererseits enthält das Wettbewerbsprinzip eine stimulierende Wirkung, das Prinzip der gegenseitigen Hilfe bewirkt soziales Verantwortungsbewußtsein.

Die Polarität von Wettstreit und gegenseitiger Hilfe findet ihre Konkretisierung in der dialektischen Beziehung von individuellem Interesse (materielles Interesse) und dem normativen Motiv der sozialen Verpflichtung gegenüber dem Rivalen und der Gemeinschaft (gesellschaftliches Interesse). Das materialistische Eigeninteresse ist eine der menschlichen Natur eigene Verhaltensweise, die auch in den sozialistischen Ländern von außen stimuliert wird (Lohndifferenzierung, Prämiensystem etc.), um die individuelle Leistungsfähigkeit zu steigern. Demgegenüber stellt die "eigenwillige" (autonome), selbstlose, dem Sozialinteresse dienende Hilfe für die anderen eine moralische Kategorie dar. Materielles Selbstinteresse und das auf Moral und gesellschaftlichem Bewußtsein basierende Gemeininteresse

---

1) Vgl. die eingangs getroffene Unterscheidung in gegnerischen und partnerschaftlichen Wettbewerb.

drängen als Gegensatz im sozialistischen Wettbewerb zu einer Synthese, in der beide im Sinne Hegels "aufgehoben" werden. Die Synthese könnte dann in einem realistischen sozialistischen Wettbewerb liegen, in welchem Materialismus und Idealismus zusammenträfen. Ein realistischer sozialistischer Wettbewerb ist so lange nicht möglich, als nicht beide Elemente vereint zur Geltung kommen. Wird der Wettbewerb vorwiegend mit Hilfe materieller Anreize geführt oder ist der Einsatz für die Gemeinschaft lediglich durch von außen herangetragene Verpflichtungskampagnen zu führen, kann von sozialistischem Wettbewerb nicht gesprochen werden.

Die Analyse der Entwicklung des Wettbewerbs in den sozialistischen Ländern versucht der Frage nachzugehen, ob es in der Sowjetunion oder in der DDR bereits sozialistischen Wettbewerb gab bzw. ob es eine Entwicklungstendenz zu einem realistischen sozialistischen Wettbewerb gibt. Die Darstellung der Wettbewerbsbewegungen wird zeigen, daß die Propagierung materieller Interessen vom Sozialismus im eigentlichen Sinne wegführt; die Bemühungen aber, das Verpflichtungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit zu wecken, stoßen wie zu zeigen sein wird, auf einen Widerstand, der der menschlichen Natur eigen ist. Die Entwicklungstendenzen des sozialistischen Wettbewerbs könnten einen Weg zu einer realistischen Synthese nehmen, in der materielle und ideelle Motive vereinigt wären. In der Literatur der sozialistischen Länder geht man bereits von der Einheit der polaren Gegensätze im Wettbewerb aus. Nach Ansicht Smolkow's "tritt im sozialistischen Wettbewerb der kameradschaftliche Wettkampf in der organischen Einheit von gegenseitiger Hilfe und Streben nach Überflügeln hervor."[1)]

---

1) Vgl. Smolkow, W.G., Wettbewerb und Kommunismus, In: Schriftenreihe Sozialistische Wirtschaftsführung und Gewerkschaften. Russ. Originaltitel: Sorewnowanie i Kommunism, Moskau 1970, Berlin, DDR, 1973, S. 82

2. Entstehungsbedingungen und Definitionen des sozialistischen Wettbewerbs

Die Wettbewerbsvorstellungen in den sozialistischen Ländern orientieren sich an einem Hinweis von Marx: Durch die Kooperation der Arbeiter, d.h. die "Form der Arbeit vieler, die in demselben Produktionsprozeß oder in verschiedenen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen planmäßig neben- und miteinander arbeiten",[1] werde nicht nur die individuelle Produktivkraft erhöht, sondern es entsteht eine neue Produktivkraft, "die an und für sich Massenkraft sein muß."[2] Der gesellschaftliche Kontakt bewirke bei den meisten produktiven Arbeiten einen Wetteifer und eine Erregung der Lebensgeister, welche die individuelle Leistungsfähigkeit steigere.[3] Dieses von A. Smith untersuchte Phänomen wird von allen Autoren des sozialistischen Lagers, die sich mit Problemen des sozialistischen Wettbewerbs beschäftigen als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen gewählt.[4] Der sozialistische Wettbewerb, argumentiert man weiter, beruht auf den Prinzipien der kameradschaftlichen Riva-

---

1) Marx, K., Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 344

2) ders., a.a.O., S. 345

3) ebenda

4) Vgl. u.a. Jewstafjew, G., N., Der sozialistische Wettbewerb- eine Gesetzmäßigkeit und Triebkraft in der ökonomischen Entwicklung der Sowjetgesellschaft, Berlin, DDR, 1954, S. 6 f., russ. Originaltitel: Sozialistischeskoe sorewnowanije - sakonomernost i dwischuschtschaja sila ekonomitscheskowo raswitija sowjetskowo obschtschestwa, Moskwa 1952

Vgl. Autorenkollektiv, Ökonomik der Arbeit, 6. überarbeitete Auflage, Berlin, DDR, 1974, S. 301

Vgl. Schüler, A., Zu einigen Problemen ... a.a.O, S. 195f.

Vgl. Fjedinin, W., Sozialismus und Wettbewerb, Berlin, DDR, 1972, S. 10 f., russ. Originaltitel: Sozialism i sorewnowanie, Moskau 1970

lität und der gegenseitigen Hilfe. Die Voraussetzung zu seiner Entfaltung liegt im gleichgerichteten Interesse aller Teilnehmer an der Erreichung eines gemeinsamen Ziels, der Steigerung der Produktion durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Die Voraussetzungen einer gleichgerichteten Interessenlage, d.h. die Ausschaltung egoistischer Interessen, werde durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die zentrale Volkswirtschaftsplanung erreicht. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse riefen zwischen den unmittelbaren Produzenten Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe hervor, da es (theoretisch) keinen Gegensatz mehr zwischen Arbeitenden und Besitzenden gäbe. Die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bestimmen die Bewußtseinslage und damit die Beziehungen der Menschen untereinander, zu den Produktionsmitteln und zu den Produkten. Aus den Nebeneinander- bzw. Gegeneinanderbeziehungen, die unter kapitalistischen Verhältnissen herrschend waren, würden nach der Vergesellschaftung Miteinanderbeziehungen, die ihren Ausdruck in gegenseitiger Hilfe, Erfahrungsaustausch, kollegialer Zusammenarbeit und der Entstehung von Initiativen zur Erreichung des gemeinsamen Ziels finden. Durch den Wandel des gesellschaftlichen Seins vollziehe sich zwangsläufig und unmittelbar eine Änderung des Bewußtseins der Massen, welches in ihnen ein neues Verhältnis zur Arbeit hervorruft.[1)]

Das neue Arbeitsverhältnis finde seinen speziellen Ausdruck im sozialistischen Wettbewerb.

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Ökonomik der Arbeit in der DDR, Berlin, DDR, 1964, S. 231.
Hier wird die These vertreten, daß "die schöpferische Masseninitiative der Werktätigen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität gesetzmäßig aus der bewußten Erkenntnis des grundlegend veränderten materiellen Seins, der sozialistischen Ökonomik wächst."

Im Verlaufe der Darstellung der historischen Wettbewerbsbewegungen wird diese Wettbewerbsvorstellung deutlicher hervortreten. Dabei wird auch die Frage zu erörtern sein, ob sich durch die Veränderung der Eigentumsordnung wirklich das Arbeiterbewußtsein in dem vorausgesagten Sinne verändert hat. Diese Probleme können nicht losgelöst von der Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems untersucht werden. Denn in den Arten und Formen des sozialistischen Wettbewerbs scheint sich jede Veränderung des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems wiederzuspiegeln.

Die Auffassungen über den sozialistischen Wettbewerb, insbesondere über seine Funktionen, haben sich auffällig gewandelt. In der ersten Ausgabe (1954) des offiziellen Lehrbuchs "Politische Ökonomie" heißt es: "Der sozialistische Wettbewerb ist die Methode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Vervollkommnung der Produktion auf der Grundlage der größtmöglichen Aktivität der werktätigen Massen ... Der sozialistische Wettbewerb ist auf die Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne, auf die Sicherung des ununterbrochenen Aufschwungs der sozialistischen Produktion gerichtet."[1] In der dritten Ausgabe dieses Lehrbuches (1959) liest man: "Der sozialistische Wettbewerb ist die dem Sozialismus eigene Methode, auf der Grundlage der maximalen Aktivität der werktätigen Massen die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Produktion zu vervollkommnen."[2] Im Unterschied hierzu wird in der vierten Auflage der sozialistische Wettbewerb als "die unmittelbare Äußerung des freien,

---

1) Politische Ökonomie - Lehrbuch, Moskau 1954, deutsche Ausgabe Berlin, DDR, 1955, S. 494

2) Politische Ökonomie - Lehrbuch, dritte Ausgabe, Berlin, DDR, 1959, S. 547 f.

schöpferischen Charakters der Arbeit", definiert, "der neuen, vom Sozialismus hervorgebrachten gesellschaftlichen und moralischen Impulse zur Arbeit".[1] In der neuesten Ausgabe dieses Buches (1970) wird der sozialistische Wettbewerb als "die unmittelbare Äußerung der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe von Ausbeutung freier Menschen" bezeichnet.[2] Demgegenüber ist der sozialistische Wettbewerb für die Autoren der 'Ökonomik der Arbeit' "entscheidendes Mittel zur Entwicklung der schöpferischen Initiative und des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen sowie zugleich die wirksamste Methode zum Aufschwung der Produktivkräfte, zur Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse, zur Erziehung der Werktätigen und zu ihrer Einbeziehung in die Leitung und Planung."[3] Wie diese Auswahl zeigt, gibt es für den sozialistischen Wettbewerb keine einheitliche, stets gültige Definition. Unter sozialistischem Wettbewerb soll hier eine partnerschaftliche Rivalität verstanden werden, die auf der Grundlage von gesellschaftlichen Bewußtseinsinhalten und gegenseitiger Hilfe die Menschen von sich aus dazu bewegt, einen Beitrag zum kollektiven Ergebnis zu erbringen.

---

1) Politische Ökonomie - Lehrbuch, 4. Auflage Berlin, DDR, 1964, S. 531

2) Lehrbuch Politische Ökonomie - Sozialismus, Moskau 1970, deutsche Ausgabe Berlin, DDR, 1972, S. 209

3) Autorenkollektiv, Ökonomik der Arbeit, 6. überarb. Auflage, Berlin, DDR, 1974, S. 300.

3. Sozialistischer Wettbewerb durch materielle Stimulierung

Die Praxis der Wettbewerbsführung in den sozialistischen Ländern zeigt, daß spontane, aus einer bestimmten ökonomischen oder politischen Situation heraus entstandene, aber auch die durch nachhaltige Appelle "von oben" initiierte Wettbewerbsbewegungen nur von kurzer Dauer waren. Um dem sozialistischen Wettbewerb einen eigenen Antrieb zu geben, entstand die Notwendigkeit, das Prinzip der materiellen Interessiertheit auch auf den sozialistischen Wettbewerb anzuwenden. Warum war dies notwendig? Nach der philosophischen Konzeption des historischen Materialismus bestimmen die gesellschaftlichen Lebens- bzw. Produktionsverhältnisse die Bewußtseinsinhalte der Menschen. Durch die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum würden die Widersprüche des Kapitalismus überwunden; die arbeitenden Menschen würden gemeinsam Eigentümer der Produktionsmittel mit gleichgerichteten Interessen. Die Produktion diene jetzt unmittelbar der Befriedigung der Bedürfnisse der Produzenten. "Wetteifer und gegenseitige Hilfe bei der Arbeit erweisen sich nicht nur als natürliches Ergebnis des Arbeitsprozesses, sondern sind zutiefst begründet im gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, im Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse."[1] Nach dieser "reinen Konzeption", wie sie zur Unterscheidung genannt werden mag, rufe doch das sozialistische Bewußtsein eine neue Arbeitsmoral hervor, die sich in der schöpferischen freiwilligen Masseninitiative ausdrücke. Da sich jedoch Ehrgeiz und moralische Antriebe nicht als dauerhaft treibende Motive erwiesen, mußte die Theorie des Marxismus-Leninismus in der Weise modifiziert werden,

---

1) Schüler, A., Zu einigen Problemen... a.a.O., S. 197

daß die Einführung persönlicher materieller Anreize in der ersten Phase der sozialistischen Gesellschaftsordnung unumgänglich und gesetzmäßig sei, weil die Arbeit noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis aller Menschen geworden sei und um die Übereinstimmung zwischen den individuellen und gesellschaftlichen Interessen für jeden spürbar zu machen.[1] Weiterhin wird von Seiten der Befürworter der Einführung materieller Stimuli[2] argumentiert, daß das Streben, von der Gesellschaft eine leistungsgerechte materielle Anerkennung zu erhalten, Bestandteil der sozialistischen Arbeitsmoral sei, in der sich die auf Befriedigung persönlicher Interessen gerichteten Ziele mit gesellschaftlich orientierten Zwecksetzungen des Individuums direkt miteinander vereinen. Es käme hierbei lediglich auf die Absicht an: wenn ohne entsprechende Gegenleistung, also auf Kosten der Gesellschaft, die persönlichen Interessen verwirklicht werden, stehe dies im Widerspruch zur sozialistischen Arbeitsmoral.[3] "Das Prinzip der persönlichen materiellen Interessiertheit ist eine Seite der sozialistischen Produktionsverhältnisse, seine Widerspiegelung im Bewußtsein geht in die sozialistische Arbeitsmoral ein."[4]

---

1) Vgl. Schüler, A., Zu einigen Problemen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der sozialistischen Industrie der DDR, In: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 2, Berlin, DDR, 1959, S. 203

2) Hierzu gehört die Sowjetunion und die ihr nahestehenden sozialistischen Staaten, aber auch Jugoslawien, wo der materiellen Stimulierung ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt wird.

3) Vgl. Hahn, T., Arbeitsfreude - eine soziologische Studie, In: Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II, Hrsg. Ludz, P.Ch. Soziologische Texte 71, Neuwied, Berlin 1972, S. 17. Zuerst erschienen in: Einheit, 20. Jg., Heft I, S. 39-47

4) ders., a.a.O., S. 17

Da es in der gegenwärtigen Phase des Sozialismus noch Teile der Bevölkerung gäbe, deren Beteiligung am Wirtschaftsprozeß, insbesondere am sozialistischen Wettbewerb noch nicht auf sozialistischem Bewußtsein basiere, sei es erforderlich, diese in volkswirtschaftlich nützlicher Richtung materiell zu stimulieren.

Das materielle Interesse der Arbeiter wird über die verschiedenen Lohnformen beeinflußt (Löhne, Prämien, Zulagen etc.). Moralische Anreize stellten demgegenüber einen Ansporn zum Handeln dar, der mit geistigen, ideellen Werten verbunden ist. Diese Werte entstehen einerseits im Arbeitsprozeß selbst (z.B. im Streben nach Vervollkommnung, Zufriedenheit im Beruf oder dem Streben nach einem Arbeitsergebnis) andererseits aber auch durch die Zugehörigkeit des Menschen zu einem Kollektiv oder einer Gesellschaftsordnung. Diese Stellung bringe moralische Anreize hervor, wie z.B. das Bewußtsein der Nützlichkeit der eigenen Arbeit für die anderen, das Gefühl der Schuld bzw. der Verantwortung gegenüber dem Kollektiv sowie das Streben der Beste des Kollektivs zu sein.

Gesellschaftliche, kollektive und persönliche Interessen, die durch ideelle (moralische) bzw. materielle Anreize Befriedigung erlangen, stellen eine dialektische Einheit dar. Die unmittelbare Verbindung zwischen Gesellschaft und Persönlichkeit bewirke, daß persönliche, gesellschaftliche und kollektiv-betriebliche Interessen "im Grundlegenden, Hauptsächlichen übereinstimmen."[1)]

Die materielle Stimulierung sei so lange notwendig, bis die Entwicklung der Produktivkräfte eine Verteilung nach den Bedürfnissen jedes Mitglieds der Gesellschaft zuläßt ("Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen") bzw. bis sich das gesellschaftliche Be-

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Politische Ökonomie, Sozialismus Lehrbuch, Moskau 1970, Berlin, DDR 1972, S. 138 (Hervorhebung dort)

wußtsein aller soweit herausgebildet hat, daß die industriellen materiellen Anreizsysteme überflüssig werden. Alle Versuche, eine Verteilung nach den Bedürfnissen vorzunehmen, bevor dieser Entwicklungsstand des Bewußtseins bzw. der Produktivkräfte erreicht ist, sei "kleinbürgerliche Gleichmacherei". Bei dieser Argumentation bezieht man sich auf Lenin: "Persönliche Interessiertheit hebt die Produktion."[1] An anderer Stelle vertritt er in Zusammenhang mit der NÖP die Meinung: "Es gilt, sich auf die persönliche Interessiertheit der Bauern zu stützen ... Die Schwierigkeit besteht darin, das persönliche Interesse zu wecken. Es gilt auch, das Interesse jedes Spezialisten zu wecken mit dem Ziel, ihn an der Entwicklung der Produktion zu interessieren ... Und wir sagen, daß man jeden Zweig der Volkswirtschaft auf der persönlichen Interessiertheit aufbauen muß."[2] Diese Hinweise Lenins sind jedoch immer im Hinblick auf die damalige Situation, der Durchsetzung der Neuen ökonomischen Politik und ihrer Rechtfertigung zu sehen.

Wird der Wettbewerb hauptsächlich mit Hilfe materieller Anreizsysteme aufrechterhalten, so kann es dazu kommen, daß der eigentliche Gedanke des sozialistischen Wettbewerbs, die gegenseitige Hilfe unterbleibt und die Erzielung einer möglichst hohen Prämie im Vordergrund der Bemühungen steht (Prämienwettbewerb). Dies bewirkt bei mehrmaligem Sieg einer Wettbewerbspartei Einkommensungleichgewichte, die bei den Zurückgebliebenen Resignation erzeugt. Weiterhin besteht die Möglichkeit, daß eine Wettbewerbspartei ihre Erfolge auf Kosten der anderen Teilnehmer, z.B. durch dessen Behinderung zu erreichen versucht. Liegt diese Verhaltensweise vor, könnte man von kapitalistischer Konkurrenz sprechen.

---

1) Lenin, W.I., Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, In: Werke, Bd. 33, S. 39

2) ders., a.a.O., S. 49 f.

Sozialistischer Wettbewerb kann sich also (zumindest in der Übergangsgesellschaft) so lange nicht realisieren, wie materieller persönlicher Anreiz den dominierenden Faktor des Wettbewerbs darstellt.

Gegen die Einführung materieller Anreizsysteme auf individueller Basis und gegen die Verzerrungen des sozialistischen Wettbewerbs durch konkurrenzähnliche Verhaltensweisen wenden sich "linke" Kommunisten. Sie sehen in der Einführung materieller Stimuli eine Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen und zu kapitalistischer Moral.[1] Sie fordern die Einführung "sozialistischer Anreize" bzw. politische Ziele als Antrieb zu individuellem Ehrgeiz.[2] Der Appell an den Eigennutz widerspreche den Ideen des Sozialismus. Der Eigennutz sei allenfalls für eine Übergangszeit ein noch notwendiges Übel, das aber so bald wie möglich überwunden werden müsse.

Sozialistische Anreize, die an die Stelle materieller Stimuli treten sollen, sind ideelle Anreize, die von der öffentlichen Belobigung für Bestarbeiter bis zu politischen Kampagnen reichen. Politische Kampagnen sollen den Enthusiasmus der Arbeiter auf die Ideale des Sozialismus, der Solidarität und der Hingabe an das gemeinsame Ziel lenken. Die politischen Ziele ersetzen den "Antrieb zu individuellem Ehrgeiz und halten so die Gesellschaft in Bewegung".[3]

Die Einführung des Konkurrenzprinzips wird von der Volksrepublik China als eine revisionistische Ketzerei verurteilt. Der sowjetische Marxismus sei in Wahrheit

---

1) Vgl. Bettelmann, Dobb, Foa, u. a., Zur Kritik der Sowjetökonomie, Rotbuch Nr. 11, Berlin 1969

2) Vgl. Hubermann, Sweezy, a.a.O., S. 50

3) Vgl. Hubermann, Sweezy, a.a.O., S. 50

ein Sozialimperialismus. Der chinesische Sozialismus - Kommunismus versucht ohne materielle Stimuli auszukommen. Ob mit Erfolg? Vielleicht ist die Auseinandersetzung um diese Frage, wie sie im folgenden Bericht dargestellt wird, typisch für die gegenwärtige Situation in China: In einer Düngemittelfabrik in Lantschau kritisierten junge Arbeiter ihre Manager, die ihnen Füllfederhalter und Teetöpfe bei Erfüllung des Arbeitssolls versprochen hatten. Diese bourgeoise Methode sei ein typisches Beispiel von Sowjetrevisionismus. Denn ein guter Chinese brächte Höchstleistungen auch ohne Prämie. Weiterhin hätten sich die Hafenarbeiter Schanghais gegen Tafeln, die die tägliche Arbeitsleistung anzeigt, gewandt. Ein solcher Ansporn sei ein typisches Beispiel von Sowjetrevisionismus. Ebenso verwahrten sich die Arbeiter zahlreicher Fabriken gegen die Bezahlung von Überstunden. Ein guter Chinese brächte Höchstleistungen auch ohne Prämien.[1)]

Die persönliche materielle Interessiertheit stimuliert eine Konkurrenzsituation, die dem Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs entgegensteht. Gegenseitige kameradschaftliche Hilfe kann sich nicht entwickeln, solange die Menschen bestrebt sind, ihren individuellen materiellen Interessen nachzugehen.

Sozialistischer Wettbewerb kann also erst dann entstehen, wenn die gegenseitige Hilfe zum dominanten Prinzip des Wettbewerbs geworden ist. Dieses Prinzip war, wie P. Kropotkin in seinem Buch "Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Pflanzenwelt" nachzuweisen versuchte, neben dem Selbstbehauptungstrieb des Individuums schon immer

---

1) Kein Geld mehr für Überstunden, In: Der Stern, Nr. 8, 1974, S. 53

ein wesentliches Element des Fortschritts.[1] Gemeinschaftliche Anstrengungen und gegenseitige Hilfe der Menschen waren seit der Urgemeinschaft die Existenzbedingungen der Menschheit, um den Bedrohungen der Umwelt widerstehen zu können.
Die Entwicklung des Wettbewerbs in den sozialistischen Ländern soll hier jeweils im Hinblick auf die Existenz von sozialistischem Wettbewerb, d.h. auf das Vorhandensein von kameradschaftlicher Hilfe hin untersucht werden. Erst das Ergebnis dieser Analyse wird zeigen, ob sich der Wettbewerb zu sozialistischem Wettbewerb hin entwickelt oder ob der Sozialismus ohne Konkurrenzelemente nicht auskommt.
Führt man den Gedanken des sozialistischen Wettbewerbs konsequent zuende, müßte man die Zukunft des sozialistischen Wettbewerbs als kommunistischen Wettbewerb ansehen. Sozialistischer Wettbewerb wäre dann als ein Zwischenstadium zu betrachten, bei dem noch materielle Anreize, Egoismus und konkurrenzähnliche Verhaltensweisen vorkämen. Kommunistischer Wettbewerb wäre gekennzeichnet durch gegenseitige Hilfe und kameradschaftliche Rivalität, bei der niemand zurückbliebe. Materielle Anreize wären nicht mehr notwendig, da die Menschen durch ihr gesellschaftliches Bewußtsein geleitet, von sich aus Initiative entwickeln würden.

---

1) Kropotkin, Peter, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Leipzig 1908, Berlin 1975.
"Aber wir sehen auch, daß die Betätigung der gegenseitigen Hilfe und ihre Entwicklungsstufen recht eigentlich die Zustände des Gesellschaftslebens geschaffen haben, worin der Mensch imstande war, seine Künste, sein Wissen und seinen Geist auszubilden; und daß die Perioden, wo die auf die Tendenz gegenseitiger Hilfe gegründeten Einrichtungen ihren größten Aufschwung nahmen, auch die Perioden des größten Fortschritts in den Künsten, der Industrie und der Wissenschaft war." (S. 272)

II. Der sozialistische Wettbewerb als Triebkraft zur Entwicklung der Produktivkräfte in der UdSSR

1. Die sozio-ökonomischen Verhältnisse im nachrevolutionären Rußland

Die revolutionäre Situation in Rußland war durch die militärische Niederlage gegenüber den Mittelmächten, durch soziale und ökonomische Rückständigkeit gegenüber den europäischen Industrieländern um Jahrzehnte, durch Hungersnöte in den Städten und halbfeudale Verhältnisse in der Landwirtschaft, durch Korruption und Finanzkrise gereift. Unter der Führung W.I. Lenins gelang es im Oktober 1917 durch die Besetzung der strategisch wichtigen Punkte der Hauptstadt, die Staatsmacht zu erringen. Der Sieg dieser Revolution wurde von den bolschewistischen Führern in Rußland lediglich als ein Signal zur internationalen Revolution ("Weltrevolution") wenigstens in Westeuropa, namentlich in Deutschland angesehen, denn die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft hatte nach Ansicht Lenins einen hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, ein hohes technisches und kulturelles Niveau der Arbeiter, die industrielle Produktion und die Dominanz der Industrie über die Landwirtschaft als Hauptsektor der Wirtschaft zur Voraussetzung. Auch Marx war der Ansicht, daß es der Kapitalismus sei, der erst die Voraussetzungen eines revolutionären Umsturzes zugunsten des Sozialismus bilde. Der Sieg der eigenen Revolution könne, so Lenin, nur erfolgreich sein, wenn die proletarische Revolution in den wichtigsten kapitalistischen Ländern erfolgen werde. Die Hoffnung auf wirtschaftliche, militärische und politische Hilfe revolutionärer Bruderländer mit fortgeschrittener industrieller Entwicklung, insbesondere Deutschlands, er-

füllte sich jedoch durch die dort eingetretene ökonomische Stabilisierung nicht. Somit waren die Revolutionäre gezwungen, eine neue Konzeption, die des Aufbaus des Sozialismus in einem Land durchzusetzen.
Die ersten Maßnahmen im Zuge der revolutionären Umgestaltung bestanden in der Einführung von Arbeiterkontrollen zur Überwachung der Produktion, der Nationalisierung des Bodens[1], der Ländereien der Gutsbesitzer und ihre Aufteilung unter die Bauern, der Nationalisierung der Banken, Versicherungen und der Großbetriebe. Die Verschärfung der internationalen Lage (Interventionskriege) und die inneren Auseinandersetzungen (Terror der Weißen und der Roten, der schließlich zum Bürgerkrieg führte) verhinderte die langfristige Durchsetzung der Pläne der Bolschewiki zur Transformation der Wirtschaftsstruktur, so daß noch im Jahre 1918 der Großhandel und die gesamte Industrie nationalisiert wurde, das ausländische Vermögen beschlagnahmt wurde und das staatliche Außenhandelsmonopol begründet wurde. Diese Phase, der sogenannte "Kriegskommunismus", war vorerst durch abnehmende industrielle und landwirtschaftliche Produktion, steigende Inflationsraten und den totalen Zusammenbruch der internationalen Handelsbeziehungen gekennzeichnet.[2]

---

1) Gemäß Dekret vom 8.11.1917

2) Die Entwicklung der Bruttoproduktion der gesamten Industrie nach der Revolution veranschaulichen folgende Daten:

1913 =	100 (Basisjahr)
1917 =	75,7
1918 =	43,4
1919 =	23,1
1920 =	20,4

Entnommen aus: Gaal, Miklos, Die Neue Oekonomische Politik in Rußland und die deutsche Währungs- und Wirtschaftsreform, Winterthur 1965, S. 20 (Tabelle).
Die Produktion der Großindustrie sank von 1913 = 100 auf 12,8 im Jahre 1920, die der Kleinindustrie von 100 auf 44,1 und die der Stahlindustrie auf 4 % des Niveaus von 1913.
Vgl. Mandel, E., Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1971, S. 578.

Die landwirtschaftliche Produktion war auf etwa die Hälfte des Standes vor der Revolution zurückgegangen.[1] Mehr als acht Millionen Menschen, meist Rückwanderer aus den Städten, in denen Arbeitslosigkeit und Hungersnöte herrschten, und vom Krieg zurückkehrende Soldaten suchten Zuflucht auf dem Lande, indem sie ihren Anteil am enteigneten und neuverteilten Boden verlangten. Um die vollständige Zersplitterung des Bodens zu verhindern, schuf die Sowjetregierung Staatsgüter (Sowchosen), die jedoch wegen ihres relativ geringen Anteils an der gesamten Anbaufläche nicht zur Linderung der Not beitragen konnten.[2]
Der Handel zwischen Stadt und Land reduzierte sich auf den Tausch; als auch dieser untersagt wurde und keine funktionsfähige Verteilungsinstanz an seine Stelle trat, versorgten die Bauern nur noch sich selbst, wodurch die Not in den Städten noch mehr wuchs. Bewaffnete Erfassungskommandos gingen zur Requisition der noch vorhandenen Vorräte über.[3] Die Bauern konnten jedoch nicht gezwungen werden, mehr anzubauen, als sie selbst für ihren Eigenbedarf benötigten. In den Jahren 1921/22 war die Anbaufläche auf 77 % zurückgegangen. Der Bevölkerungsbestand war durch Hungersnöte und Krieg stark reduziert.[4]

Dieses bis in die tiefsten Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zerrüttete Land versuchte Lenin durch die Mobilisierung der Volksmassen neu zu gestalten.

---

1) Vgl. Grottian, W., Lenins Anleitung zum Handeln, Köln, Opladen, 1962, S. 311

2) Raupach, H., Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek bei Hamburg, 1964, S. 38 (Tabelle).

3) Gemäß Dekret vom 6. Juni 1918

4) Raupach spricht von annähernd fünf Millionen Verhungerten, vgl. Raupach, a.a.O., S. 43

2. Die Wettbewerbskonzeption Lenins

Die wichtigste Aufgabe nach der Revolution in Rußland bestand für Lenin darin, den politischen und militärischen Sieg auch ökonomisch abzusichern. Das bedeutete in dieser Situation die Mobilisierung des ganzen Volkes zu einem organisierten Arbeitsaufschwung.[1] Dieser Aufschwung sollte durch die Organisierung des Wettbewerbs im ganzen Lande erreicht werden. Welchen Stellenwert Lenin dem Wettbewerb unter damaligen Verhältnissen beimaß, wird daraus ersichtlich, daß er sich in seiner ersten Schrift nach der Revolution der Frage widmete: Wie soll man den Wettbewerb organisieren?[2]

Lenin war der Ansicht, daß nur der Sozialismus durch die Beseitigung der Klassen und damit der Versklavung der Massen zum ersten Mal wirklich den Weg zum Wettbewerb eröffnen werde. Erst jetzt, nach der Übernahme der politischen Macht durch die Bolschewiki, nach der Nationalisierung der Banken, Fabriken und Werke, nach der Einführung des Außenhandelsmonopols werde in breitem Maße, wahrhaft für die Massen, die Möglichkeit geschaffen, Wettbewerb und kühne Initiative zu entfalten.[3] Durch die Ablösung der unfreien Arbeit durch die freie Arbeit, die Arbeit für sich selbst, werde die selbständige Initiative der Arbeiter geweckt. Das neue Verhältnis von gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und gesellschaftlichem Nutzen, der gleichbedeutend mit dem Nutzen jedes einzelnen sei, übe eine stimulierende Wirkung

---

1) Vgl. Tschangli, I., Der sozialistische Wettbewerb - die Triebkraft in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, Moskau 1951, S. 9, Russ. Originaltitel: Sozialistitscheskoe sorewnowanie - dwischuschtschaja sils raswitija sowjetskowo obschtschestwa, Moskwa 1951

2) Geschrieben 24. - 27. Dezember 1917 (6.-9. Januar 1918)

3) Vgl. Lenin, Wie soll man ... a.a.O., S. 34

auf die Arbeiter aus, ihre Leistungen zu erhöhen und ihre organisatorischen Talente zu entfalten. "Es gilt, einen Wettbewerb der praktischen Organisatoren aus den Reihen der Arbeiter und Bauern untereinandeer zu organisieren."[1)]

Im Kapitalismus werde der Wettbewerb durch die Konkurrenz, durch "die brutale Unterdrückung des Unternehmungsgeistes, der Energie und der kühnen Initiative der Massen der Bevölkerung" ausgeschaltet. Der Sozialismus jedoch ersticke keineswegs den Wettbewerb. "Jetzt, da eine sozialistische Regierung an der Macht ist, besteht unsere Aufgabe darin, den Wettbewerb zu organisieren."[2)] Die führende Rolle bei der Organisierung des Wettbewerbs solle dabei der Bevölkerung übertragen werden, die sich "von der Zaghaftigkeit zu befreien habe", um ihrer "neuen, schöpferischen Tätigkeit" gerecht zu werden.[3)]

Um in der Wirtschaft und Verwaltung verantwortliche Positionen übernehmen zu können, käme es darauf an, sich "die Macht des Wissens" anzueignen; denn die praktischen Organisatoren sollten an die Stelle der bisher tonangebenden bürgerlichen Intellektuellen treten. Diese praktischen Organisatoren aus dem Volke sollten untereinander in Wettbewerb um organisatorische Erfolge treten und den Wettbewerb "im gesamtstaatlichen Maßstab in Gang bringen". Überhaupt solle "jede 'Kommune', jede beliebige Fabrik, jedes beliebige Dorf, jede beliebige Konsumgenossenschaft, jedes beliebige Versorgungskomitee miteinander im Wettbewerb stehen."[4)]

---

1) Lenin, a.a.O., S. 42
2) ders., a.a.O., S. 34
3) ders., a.a.O., S. 41
4) Vgl. ders., a.a.O., S. 43

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität unter Ausnutzung der Mobilisierung der Volksmassen galt bei Lenin und gilt noch heute in den sozialistischen Ländern als eines der wichtigsten ökonomischen Probleme. Der Wettbewerb bewirke eine "höhere Organisierung der Arbeit" - dadurch bestehe die Möglichkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern, um der katastrophalen Lage Herr zu werden. Der von Lenin in der ersten Phase der ökonomischen Entwicklung propagierte totale Wettbewerb, während der jeder mit jedem in Wettbewerb treten sollte, beabsichtigte, den revolutionären Enthusiasmus der ersten Jahre umzusetzen in ökonomische Initiativen. Die Durchführung der Wettbewerbsinitiativen erforderte jedoch konkrete Ziele und organisatorische Prinzipien. Als Wettbewerbsziele werden von Lenin folgende neun Punkte genannt, die als "Kampfprogramm zur Steigerung der Arbeitsproduktivität" bekannt wurden:

1. Sicherung und Ausbau der materiellen Grundlage der Großindustrie, d.h. Entwicklung der Brennstoff- und Eisenproduktion, des Maschinenbaus und der chemischen Industrie,
2. Anwendung der jüngsten Errungenschaften der Technik, Mechanisierung und Automatisierung der Arbeit,
3. Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung,
4. Hebung des Bildungs- und Kulturniveaus,
5. Hebung der Qualifikation der Arbeiterkader,
6. Hebung der Arbeitsdisziplin, der Geschicklichkeit und der Arbeitsintensität,
7. Verbesserung der Arbeits- und Produktionsorganisation,
8. Verwirklichung des sozialistischen Prinzips der Bezahlung nach Leistung,
9. Organisierung sozialistischer Wettbewerbe.

Im März/April erteilte Lenin konkrete Hinweise zur Wettbewerbsführung, denn der totale Wettbewerb führte, da unorganisiert, zu keiner dauerhaften Leistungssteigerung. In seiner Schrift "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" gibt er Anleitung zur geregelten und organisierten Wettbewerbsführung. Danach seien folgende drei Prinzipien zu beachten:[1)]

1. Die Öffentlichkeit des Wettbewerbs
2. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse
3. Die Wiederholung im Massenumfang

Die Öffentlichkeit des Wettbewerbs hat einerseits die Funktion, die Bevölkerung durch Publizität der Wettbewerbsbewegungen mit ökonomischen Problemen vertraut zu machen. "... gerade die Fragen des täglichen Wirtschaftslebens (müssen) dem Urteil der Massen unterbreitet (werden) und diesen helfen, sie ernsthaft zu studieren."[2)] Andererseits kann nur durch die öffentliche Führung des Wettbewerbs der Wettbewerbsgedanke publiziert werden und damit die Bevölkerung zur Wiederholung "auf breiter Basis" angeregt werden, denn nur so könne "die Kraft des Beispiels die Möglichkeit erlangen, eine Massenwirkung auszuüben".[3)] Vor allem die Presse wurde aufgefordert, die meist erstmals in den Städten aufkommenden Wettbewerbsbewegungen in allen Teilen des Landes publik zu machen, um einen Nachahmungseffekt zu erzielen, da erst bei massenhafter Anwendung ein gesamtwirtschaftlicher Erfolg erreicht werden kann.

---

1) Vgl. Lenin, W.I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, (Entwurf und Artikel) In: Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR 1970, S. 31

2) ders., a.a.O., S. 67

3) ders., a.a.O., S. 68

Heute gibt es in der Sowjetunion ein umfangreiches Informationssystem, das dieser Aufgabe Rechnung trägt. Dazu gehören Zeitungen, Zeitschriften, Filme, Rundfunk und Fernsehen, die sich in unzähligen Beiträgen der Propagierung des Wettbewerbs widmen.[1] "Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator."[2] Daraus folgt, daß die Presse neben der Information und ideologischen Beeinflussung bezüglich des sozialistischen Wettbewerbs die Funktion hat, neue Arbeitsformen zu publizieren, Wettbewerbsverpflichtungen und -verträge, -aufrufe und Initiativen zu verbreiten, wissenschaftlich-technische Fortschritte und Wettbewerbsergebnisse zu erläutern und zur Anwendung bzw. Nachahmung dieser Ergebnisse aufzurufen. Es bleibt jedoch fraglich, ob durch den permanenten Einsatz "dieser machtvollen Mittel zur ideologischen Einwirkung" (Fjedinin) der Wettbewerbsidee nicht mehr Schaden als Nutzen zukommt, denn Initiative und Begeisterung lassen sich auf die Dauer nicht durch den Einsatz von Massenmedien aufrechterhalten.
Der Einsatz von Massenmedien ist jedoch nur eine Seite der Wettbewerbspropaganda. Innerhalb der Betriebe erfolgt die Propagierung des Wettbewerbs durch Plakate, Losungen, Fotoausstellungen, Wandtafeln, Flugblätter u.ä., um die Mitarbeiter ständig über den Stand, die Ergebnisse und weitere Wettbewerbsbewegungen zu informieren. Der leninistische Grundsatz der Öffentlichkeit scheint

---

1) In der UdSSR erscheinen gegenwärtig ca. 8.750 Zeitungen, über 5.000 Periodika und Zeitschriften, fast 1,4 Mrd. Exemplare an Büchern und Broschüren jährlich; es sind ca. 75 Mio. Rundfunkgeräte in Betrieb und 120 Fernsehzentralen strahlen ihre Sendungen aus.

2) Lenin, W.I., Werke, Bd. 5, Berlin, DDR, 1950, S. 11

mancherorts bis zur Perfektion betrieben zu werden. Als Erklärung dafür führt man die an sich richtige These an, daß Menschen, die schlecht informiert sind, in der Regel auch weniger aktiv sowohl in der Produktion als auch im gesellschaftlichen Leben sind. Die Richtigkeit dieser These findet jedoch da ihre Grenzen, wo eine Übersättigung mit immer wiederkehrenden Informationen erfolgt. Hierbei besteht die Gefahr, daß Desinteresse erzeugt wird und auch wesentliche Informationen nicht mehr beachtet werden. Außerdem bleibt es fraglich, ob die Aufwendungen an Zeit und Geld für diese Propaganda durch zusätzliche Arbeitsleistungen als Ergebnis der Propaganda gedeckt werden. Die zweite Forderung Lenins nach Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist eine Notwendigkeit bei jedem Wettbewerb; denn der Wettbewerb findet ja gerade wegen des Vergleichs der Leistungen statt und wird ohne Vergleich zu einer "toten Angelegenheit".[1] "Jeder Wettbewerb ist letztlich darauf gerichtet, die schöpferische Masseninitiative zu wecken, die veralteten Arbeitsmethoden durch neue, fortschrittliche zu ersetzen und durch den öffentlichen Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Hilfe einen allgemeinen Aufschwung zu erreichen."[2] Der Leistungsvergleich darf nicht schematisch, z.B. durch bloßen Vergleich von Kennziffern erfolgen, sondern es kommt darauf an, die Methoden der Besseren zu vergleichen, nachzuvollziehen und weiter zu verbessern.
Gleichzeitig müssen die Bedingungen verglichen werden, unter denen die Wettbewerber ihre Leistungen erbracht haben, denn Bedingungen einzelner Kollektive, die einer

---

1) Vgl. Tietze, G., Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, In: Schriftenreihe Arbeitsökonomik, Heft 1, Berlin, DDR, 1962, S. 58

2) ders. a.a.O., S. 58

Bevorzugung gleichkommen, wirken sich wettbewerbsschädigend aus, mindern die Aktivitäten und widersprechen dem Kollektivgeist.[1] Weiterhin müssen die Ergebnisse klar und anschaulich dargestellt werden, da die anschauliche Aufbereitung der Ergebnisse als Information und Anreiz für andere potentielle Wettbewerbsteilnehmer gilt.
Werden im Wettbewerb Verpflichtungen vereinbart, so müssen diese klar beschrieben und unter Berücksichtigung der Vergleichbarkeit des Wettbewerbspartners (Kapazitäten, Reserven) erfolgen.[2] Erst durch den exakten Leistungsvergleich kann das dritte Prinzip des Wettbewerbs sinnvoll zur Anwendung kommen: die Wiederholbarkeit der besten Leistungen auf breiter Basis.
Die Wiederholbarkeit der Bestleistungen geht der Austausch von Erfahrungen voran. "Die musterhaften Kommunen müssen und werden für die zurückgebliebenen Kommunen Erzieher, Lehrer und Helfer sein."[3] Dieses Prinzip der gegenseitigen Hilfe ist, wie bereits weiter oben erwähnt, das herausragende Kriterium des sozialistischen Wettbewerbs. Erfahrungen, neue Methoden und technische Innovationen müssen unverzüglich zum Gemeingut werden. Dies ist nur durch die Übermittlung der Erfahrungen, Methoden usw. möglich. Eine andere Form der Weitergabe dieser Informationen ist die der Patenschaft zwischen

---

1) Vgl. Fjedinin, W., a.a.O., S. 42

2) Eine zweiseitige Wettbewerbsvereinbarung kann z.B. folgende Verpflichtungen enthalten:
- Beginn des Wettbewerbs
- Erfüllung bzw. Übererfüllung des Planes der Produktion um X %
- Steigerung der Arbeitsproduktivität um X Mio. Mark
- Rationalisierungsmaßnahmen mit einem Nutzen von X Mio.
- Entsendung einer Bestarbeiterbrigade in die zurückgebliebene Fabrik X um sozialistische Hilfe zu leisten.

3) Lenin, W.I., Die nächsten Aufgaben ... a.a.O., S. 68

jungen Mitgliedern eines Kollektivs, die hinter der Norm zurückgeblieben sind und erfahrenen qualifizierten Facharbeitern, die ihre Fähigkeiten ständig den Unerfahrenen beibringen. Aus dieser Form gegenseitiger Hilfe entstanden später Schulen, in denen Bestarbeiter ihre guten Erfahrungen und Kenntnisse weitergaben, fortschrittliche Arbeitsmethoden öffentlich vorgeführt wurden. Es wurden Exkursionen zu hervorragenden Betrieben oder Kollektiven veranstaltet, sogenannte "schöpferische Seminare" veranstaltet, um möglichst rasch Neuerungen zu verbreiten und anzuwenden.[1)]

1) Vgl. Fjedinin, W., a.a.O., S. 55 f.

III. Die Formen des sozialistischen Wettbewerbs

Die Formen des sozialistischen Wettbewerbs bestimmen sich jeweils danach, welche Mittel und Zielsetzungen dem Wettbewerb zugrunde liegen, bzw. welche Konstellation der am Wettbewerb Beteiligten betrachtet werden soll. Stellt man auf die Ziel- und Mittelwahl ab, ergeben sich Formen der Klassifizierung wie sie bei W. Hofmann zu finden sind:[1)]

Mengenwettbewerb
Qualitätswettbewerb
Komplexer Produktivitätswettbewerb
Berufswettbewerb.

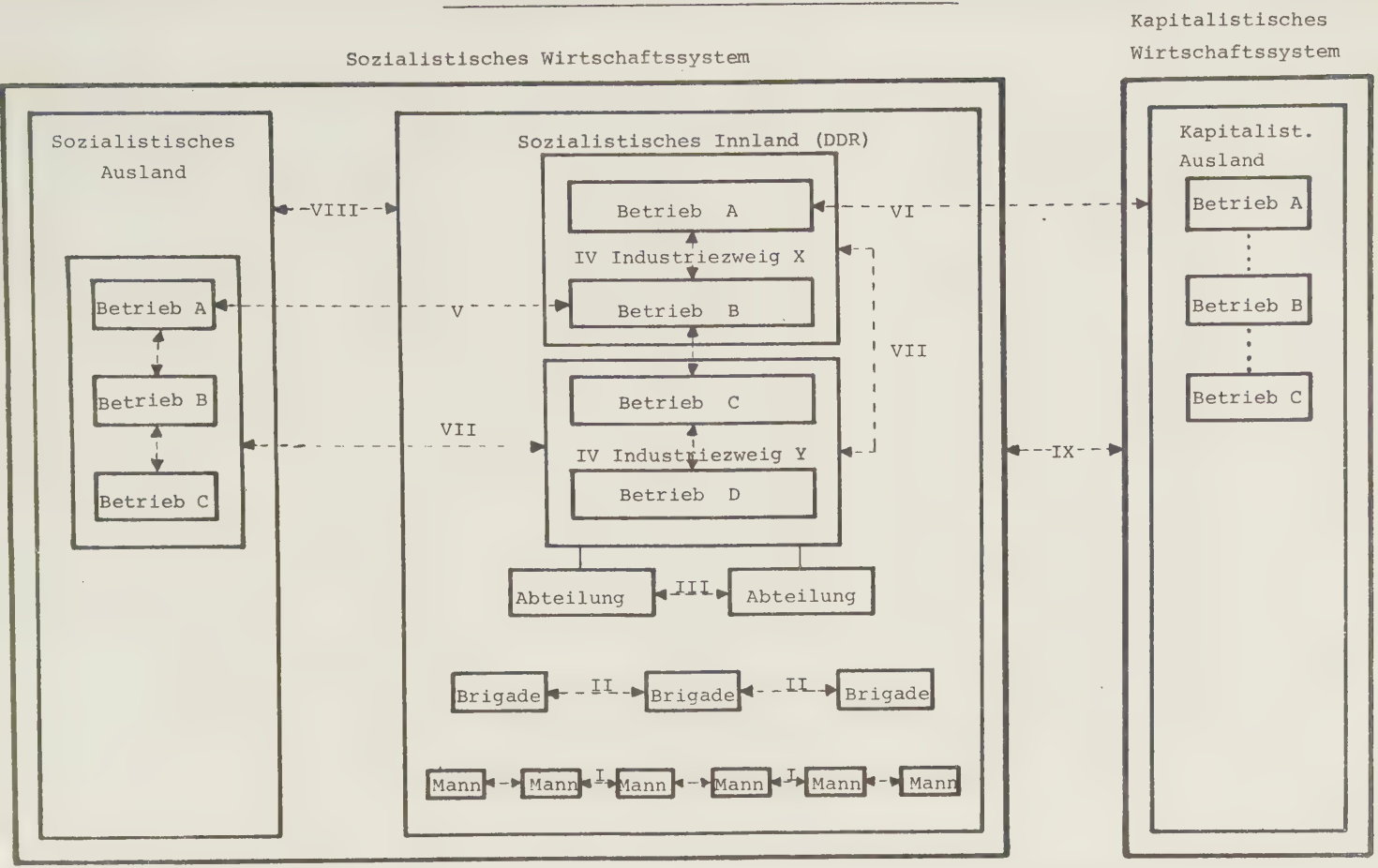
Diese Einteilung stellt jedoch lediglich auf eine sehr allgemeine Zielsetzung in der Wettbewerbsführung ab, ohne die Beziehungen der im Wettbewerb zueinander stehenden hinreichend zu beachten. Zumindest klarer, d.h. den vielfältigen in der Wettbewerbspraxis vorkommenden Formen gerecht werdend, klassifiziert Tietze.[2)] Er unterscheidet innerbetrieblichen und überbetrieblichen Wettbewerb. Dieser kann sich als Einzel- oder als Gruppenwettbewerb vollziehen; eine weitere Differenzierung ergibt sich dann, wenn nach "dem Umfang der Wettbewerbsgruppe" bzw. nach der "Eigenart der Arbeitsaufgabe" unterschieden wird.[3)] Auch diese von Tietze für den

---

1) Vgl. Hofmann, Werner, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 22, Berlin, 1956, S. 463

2) Tietze, Gerhard, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, Schriftenreihe Arbeitsökonomik, Heft 1, Berlin, DDR, 1962, S. 21 f.

3) Vgl. ders. a.a.O., S. 22



Vgl. auch Stiller, E., Zur Strategie der Wettbewerbsführung, Berlin, DDR, 1967

innerbetrieblichen Wettbewerb angewandten Unterscheidungskriterien charakterisieren den Wettbewerb in seinen Grundstrukturen nur unzureichend. In der folgenden Darstellung werden die Formen des sozialistischen Wettbewerbs aus den Beziehungen der Partner zueinander hergeleitet, wobei individuelle, kollektive, nationale und internationale Beziehungen zu untersuchen sind. Hierbei muß vor allem, wenn man vom innerbetrieblichen Wettbewerb absieht, der von Stiller[1] in die Wettbewerbsdiskussion eingebrachte Aspekt der Marktbeziehungen berücksichtigt werden.

1. Der innerbetriebliche Wettbewerb

Der innerbetriebliche Wettbewerb kann als individueller oder als kollektiver Wettbewerb geführt werden. Individuelle Wettbewerbsformen entstehen in Betrieben, in denen aus technologischen oder arbeitsorganisatorischen Gründen keine Arbeitskollektive gebildet werden oder in Bereichen, in denen die Wettbewerbsform "von Mann zu Mann"(I)[2] bessere Ergebnisse verspricht. Der Vorteil dieser Form liegt in der genaueren Vergleichbarkeit der Leistungen der Wettbewerbsteilnehmer. Beispielsweise wird dieser Wettbewerb um die Titel "Bester Meister" oder "Bester Facharbeiter" geführt. Seltener wird diese Wettbewerbsform auch ohne direkte Partner von einzelnen geführt. Allerdings ist diese Form, bei der der im Wettbewerb Stehende einem imaginären Partner gegenübersteht, wegen der fehlenden Vergleichbarkeit der Leistungen,

---

1) Vgl. Stiller, E., Zur Strategie der Wettbewerbsführung, Sozialistische Arbeitswissenschaft 12, Berlin, DDR, 1967

2) Vgl. Abb. 1. Die römischen Zahlen an den Pfeilrichtungen bezeichnen die jeweiligen Wettbewerbsbeziehungen.

schwer zu bewerten. Zu dieser Kategorie gehören auch die Neuerer, auf die an einer anderen Stelle dieser Arbeit näher eingegangen werden wird.

Das Wettbewerbsziel beim innerbetrieblichen Einzelwettbewerb mit vergleichbarer Tätigkeit besteht in der "höchstmögliche(n) Leistung bei der Erfüllung der übertragenen Planaufgaben."[1] Der Wettbewerbsteilnehmer erstrebt ein möglichst hohes Arbeitsergebnis, da sowohl die Höhe seines Arbeitslohnes (z.B. bei Stücklohn) als auch die Höhe der Prämie von seiner Leistung abhängig ist. Als Wettbewerbsergebnis besteht, nach Stiller, die objektive Möglichkeit des Unentschiedenausgangs auf der Basis der höchstmöglichen Leistung, da es kein materielles Interesse an einem Minimum der anderen gäbe.[2] Theoretisch ist dies möglich, jedoch ist zu bedenken - und dies zeigt die Erfahrung der Praxis - daß bei Maximierung der Leistungen der Wettbewerbspartner der Arbeitslohn und die Prämie nicht notwendig auch steigen, denn schon in der nächsten Periode droht bei signifikanter Leistungssteigerung die Anhebung der Norm. Damit ändert sich u.U. für diejenigen Wettbewerbspartner, die ihre Leistungen im Wettbewerb steigern, die Einkommenshöhe langfristig nicht oder nur geringfügig.

Stiller weist trotzdem darauf hin, daß derjenige das höchste Einkommen erhält, der im Wettbewerb die höchste Leistung erbracht hat. Da es jedoch keine direkte Ergebnisaufteilung zwischen den Wettbewerbspartnern gibt,

---

1) Stiller, a.a.O., S. 117

2) Vgl. ders., a.a.O., S. 37

erhält der Zurückgebliebene ein geringeres Einkommen. "Überlegenheit im Wettbewerb heißt: Maximum der Leistung gegenüber den anderen Beteiligten."[1] Wenn dieses Prinzip gilt und gleichzeitig "kameradschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit" die Merkmale dieser Wettbewerbssituation sein sollen, ist völlig unverständlich, wie beide Prinzipien nebeneinander gelten können. Offensichtlich hat der Hinweis auf die kameradschaftliche Hilfe bei dieser Wettbewerbsform nur noch eine Alibifunktion, denn die konsequente Anwendung der Hilfe für die Zurückgebliebenen müßte zu einem höheren Leistungsniveau beider Partner führen; ebenso müßte die Einkommensverteilung gestaltet werden. Ziel dieser Wettbewerbsform könnte nur ein Maximum, besser Optimum, der Leistungen beider sein, nicht maximale Leistung und "Überlegenheit" gegenüber dem Partner.

Der innerbetriebliche kollektive Wettbewerb kann zwischen arbeitsorganisatorischen Einheiten, wie zwischen Brigaden, Meisterbereichen, Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften stattfinden (II; III). Der Wettbewerb wird zwischen den Brigaden um den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" geführt. Wesentlich bei dieser Form ist, daß möglichst alle Werktätigen dieser Einheiten in den Wettbewerb einbezogen werden. Voraussetzung um einen innerbetrieblichen Gruppenwettbewerb erfolgreich zu gestalten, ist die Vergleichbarkeit der Tätigkeiten der Gruppen und die gleiche Bewertungskennziffer der Leistungen. Die Form des kollektiven Wettbewerbs innerhalb eines Betriebes ohne direkten Partner ist relativ selten und soll hier nur der Vollständigkeit halber

---

1) ders. a.a.O., S. 37

erwähnt werden (z.B. der Wettbewerb einer Brigade um den Titel "Brigade mit ausgezeichneter Qualität"). Die Form des kollektiven innerbetrieblichen Wettbewerbs hat gegenüber der individuellen Form den Vorteil, daß allein schon innerhalb der Wettbewerbsgruppe "der bloße gesellschaftliche Kontakt einen Wetteifer erzeugt" (Marx) und dieser sich in der Außenbeziehung zum Wettbewerbspartner potenziert, d.h. es werden einmal die kollektiven Kräfte der Gruppe selbst wirksam, diese wiederum verstärken sich in der Wettbewerbssituation mit dem rivalisierenden Partner.

Der innerbetriebliche Gruppenwettbewerb stellt eine höhere Stufe der Wettbewerbsform dar, da er zahlreiche technisch-organisatorische Voraussetzungen hat: Eng zusammen_arbeitende Gruppen von Werktätigen, vergleichbare Tätigkeiten, direkte Wettbewerbspartner, präzise Wettbewerbsziele bzw. -verpflichtungen und systematischen Erfahrungsaustausch. Daher setzte sich der Gruppenwettbewerb in der DDR auch verhältnismäßig spät durch. Zwar gab es schon in der Wiederaufbauperiode und auch späterhin spontane und wettbewerbsmäßige Zusammenarbeit von Gruppen mit gleicher Zielsetzung, doch die Partei sah nicht die Bedeutung dieser Ansätze. Sie erkannte nicht, daß es wegen der leichteren Vergleichbarkeit der Arbeit viel günstiger gewesen wäre, zunächst einen innerbetrieblichen Wettbewerb zu organisieren, und setzte sich stattdessen für einen allgemeinen überbetrieblichen Wettbewerb nach Kennziffern ein. Diese Kennziffern waren aber zu unbestimmt, weil sie nicht für die einzelnen Betriebsbereiche aufgeschlüsselt waren; die Arbeiter konnten sich nichts darunter vorstellen und hatten infolgedessen keinerlei Bezug zum Wettbewerb.[1)]

---

1) Vgl. Müller, H., Über den Gruppenwettbewerb, Fragen der Arbeitsökonomik, Hrsg. v. H. Thalmann, Heft 15, Berlin, DDR 1959

Problematisch kann die kollektive Wettbewerbsform innerhalb eines Betriebes sein, wenn Kollektive aufeinanderfolgender Produktionsstufen miteinander in Wettbewerb treten und deutliche Leistungsunterschiede auftreten. Abgesehen davon, daß der Leistungsvergleich und die Leistungsbewertung Probleme mit sich bringen, ist es kaum möglich, das Prinzip der Hilfe für die Zurückgebliebenen zu praktizieren, da die Arbeitsgebiete der Wettbewerbsgruppen völlig unterschiedlich sein können. Schwerwiegender können jedoch die aus dem Zurückbleiben eines Wettbewerbspartners sich ergebenen Disproportionen im gesamtbetrieblichen Ablaufprozeß sein, wodurch das Betriebsergebnis u.U. verschlechtert wird bzw. die zusätzlichen Leistungen eines Wettbewerbskollektivs unwirksam bleiben. Diese Probleme können mit weit schwerwiegenderen Folgen im zwischen- und überbetrieblichen Wettbewerb auftreten.

2. Der zwischenbetriebliche Wettbewerb

Der zwischenbetriebliche Wettbewerb ist eine Form des sozialistischen Wettbewerbs, der auf der Ebene der Betriebe untereinander stattfindet. Jedoch soll unter dieser Form nicht nur der Wettbewerb zwischen zwei oder mehreren Betrieben innerhalb eines sozialistischen Landes verstanden werden (IV), sondern auch die Wettbewerbsbeziehungen zu Betrieben des sozialistischen (V) und kapitalistischen (VI) Auslands. Weiterhin werden Wettbewerbsbeziehungen unter dem Begriff des zwischenbetrieblichen Wettbewerbs subsummiert, die innerbetriebliche Gruppen (Brigaden, Abteilungen usw.) eines Betriebes mit vergleichbaren Gruppen anderer, nationaler wie internationaler, miteinander eingehen.

Die häufigste Form des zwischenbetrieblichen Wettbewerbs stellt der Wettbewerb zwischen Betrieben des Inlandes (z.B. DDR) dar, die vergleichbare Produkte herstellen. Ihr primäres Wettbewerbsziel besteht in der Erzielung eines möglichst hohen Gewinns. Abbildung 2 stellt eine mögliche zwischenbetriebliche Wettbewerbssituation dar, bei der die Wettbewerbspartner (Betrieb A, B, C) im Wettbewerb um eine möglichst günstige Position auf den Exportmärkten rivalisieren und bei der Versorgung des Binnenmarktes eine Maximierung ihres Gewinnes erstreben.[1)]

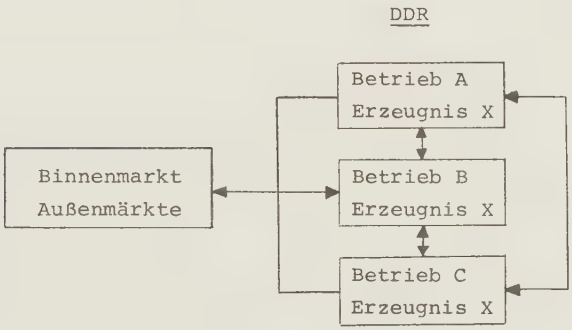


Abb. 2

Zunächst soll die Wettbewerbssituation untersucht werden, die sich ergibt, wenn die Betriebe lediglich auf dem Binnenmarkt ihre Produkte veräußern. Bei geplanten Preisen und gegebenem Produktionsvolumen können die Gewinne nur durch Senkung der Selbskosten innerhalb der

1) Vgl. Stiller, E., a.a.O., S. 27, Abb. ebenda

Betriebe und durch die Erhöhung des Gebrauchswerts der Produkte gesteigert werden. Der zwischenbetriebliche Wettbewerb ist vor allem auf die Senkung der Selbstkosten gerichtet: Rationalisierung und Erfindung, Material- und Zeitersparnis sowie Energieeinsparung; aber auch die Verbesserung der Qualität und die Erweiterung der Verwendungsmöglichkeiten der Produkte gelten als Einflußfaktoren zur Erhöhung des Betriebsgewinns. Zwischen den Betrieben wird der Wettbewerb jedoch offen ausgetragen, d.h. es besteht ein weitgehender Austausch von Erfahrungen in allen Bereichen (Produktion, Organisation und wissenschaftlich-technischer Art).

Durch die offene Wettbewerbsführung werden einerseits das beste Verfahren und die besten Erfahrungen sozialisiert, so daß sich der Produktionsprozeß stets auf dem Niveau des Fortgeschrittensten bewegt. Andererseits steht die Zielsetzung der Maximierung des Gewinns und damit die Steigerung der Prämien im krassen Widerspruch zum Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs, der Hilfe für die Zurückgebliebenen. Denn eigentlich dürfte kein Betrieb zurückbleiben, da ihm die Erfahrungen und technisch-organisatorischen Innovationen der Besten zur Verfügung stehen. Zum anderen aber widerspricht die Hilfe für die Zurückgebliebenen der Zielsetzung des Wettbewerbs, nämlich den eigenen Gewinn (Betriebsgewinn) zu steigern; denn die gegenseitige Hilfe behindert ja gerade den schnellen Ausbau der fortschrittlichen Position. Derjenige also, der sich solidarisch verhält, der sozialistischen Wettbewerb praktiziert, würde finanziell bestraft werden, denn das Prämienanreiz- und das Lohnsystem basieren auf dem Gewinnprinzip, so daß die materielle Interessenlage der Beschäftigten sowie des Betriebes als Ganzes dem sozialistischen Wettbewerb widerspricht.

Im zwischenbetrieblichen Wettbewerb soll nunmehr der Fall analysiert werden, bei dem Betriebe des Inlandes im gegenseitigen Wettbewerb um eine günstige Position auf internationalen Märkten ringen.
Der zwischenbetriebliche Wettbewerb, bei dem es auf das Bestehen bzw. den Ausbau der Stellung auf Exportmärkten ankommt, ermöglicht Ergebnisse, bei denen z.B. der Betrieb A, der bisher ein höheres Exportvolumen als der Betrieb B hatte, aber in der Qualität oder wegen sonstiger Konditionen (Lieferzeiten, Garantie etc.) zurückblieb, seinen Exportanteil auf diesem Markt zugunsten des Betriebes B teilweise oder vollständig verliert. Dieser Fall der Rivalität zweier sozialistischer Betriebe, der das Ausscheiden eines Rivalen bewirkt, ("Auslesefunktion des Wettbewerbs") muß der oben angegebenen Unterscheidung zufolge als gegnerischer Wettbewerb (Konkurrenz) bezeichnet werden. Die Betriebe A und B treten auf dem Exportmarkt gegeneinander an, jeder versucht seine Exporterlöse durch Ausweitung seines Marktanteils auf Kosten des anderen zu erreichen, um seine Exporterlöse (Devisen) zu steigern. Dieser klassische Fall der Konkurrenz verliert allenfalls dadurch seinen typischen Charakter, daß es auch hier zwischen den Betrieben einen Austausch von Konstruktions- und Produktionserfahrungen gibt bzw. geben soll und daß der Export über die gleiche Außenhandelsorganisation (Außenhandelsmonopol der Staaten) abgewickelt wird. Trotz des Austauschs von Konstruktions-, Produktions- und Absatzerfahrungen zwischen den Betrieben und der teilweise "abgestimmten Maßnahmen in Richtung auf den Außenmarkt"[1] entscheidet über Erfolg und Mißerfolg auf dem Exportmarkt - und hier besonders auf kapitalistischen Märkten bzw. dem Weltmarkt - die Nachfrage. Zwischenbetrieblicher Wettbewerb kann also zu Konkurrenzverhalten auch innerhalb eines sozialistischen Landes führen.

---

1) Vgl. Stiller, a.a.O., S. 23

"Wettbewerbssituationen, die sich aus der Vergleichbarkeit der Produktion und der Fonds verschiedener wirtschaftlicher Einheiten ergeben (Rentabilitätswettbewerb)", lassen sich unter dem Begriff des zwischenbetrieblichen Wettbewerbs subsummieren.[1] Diese Wettbewerbssituation besteht zwischen Betrieben mit vergleichbarer Produktionsstruktur und vergleichbaren Produktionsfonds. Wird der Wettbewerb innerhalb der DDR oder innerhalb anderer sozialistischer Staaten betrachtet, so gilt als Wettbewerbsziel die maximale Fondseffektivität [2] (niedrige Fondsintensität, hohe Fondsrentabilität). Die Voraussetzung zum Erfolg im zwischenbetrieblichen Wettbewerb ist die Berechnung und Durchsetzung des Optimums der Struktur der Fonds. [3] Dieses Optimum ließe sich für jeden Beteiligten erreichen, da die Faktoren, die auf die Fondseffektivität einwirken, bekannt seien und es lediglich darauf ankäme, die günstigste Variante zu ermitteln und anzuwenden.[4] Der Rentabilitätswettbewerb in bezug auf den Export wäre also abhängig vom Einsatz moderner Maschinen und Anlagen, von vielfältiger Rationalisierung, der Einführung moderner Organisationsformen sowie Sparsamkeit im Verbrauch von Material und Hilfsstoffen usw.

Stellt man die Vergleichbarkeit der Fertigungsverfahren, die Organisationsform der Produktion und die Verwaltung in den Vordergrund der Betrachtung, so entstehen auch hier Wettbewerbssituationen zwischenbetrieblicher Art,

---

1) Stiller, a.a.O. ,S. 117

2) Vgl. ders., a.a.O., S. 30

$$\text{Fondsintensität} = \frac{\text{Produktionsfonds}}{\text{Produktionsvolumen}}$$

$$\text{Fondsrentabilität} = \frac{\text{Gewinn}}{\text{Produktionsfonds}}$$

3) Vgl. Stiller, a.a.O., S. 31

4) ebenda

die als Rentabilitätswettbewerb anzusehen sind. Das Wettbewerbsziel besteht in dieser Situation darin, mit niedrigsten Fertigungszeiten zu arbeiten, geringste Herstellungskosten durch Anwendung rationeller Produktionsverfahren und Organisationsformen zu erreichen.[1)]

Werden diese Ziele erreicht, erhöht sich der Gewinn des Betriebes, damit das Volumen des Prämienfonds, folglich das Einkommen der Beschäftigten. Dieser Zusammenhang liegt der Argumentation zugrunde, daß der sozialistische Wettbewerb in materiellem Interesse in erster Linie den Arbeitern zugute käme und gesamtwirtschaftlich das Nationaleinkommen steigere.[2)]

Eine weitere Variante des zwischenbetrieblichen Wettbewerbs ist gegeben, wenn zwei oder mehrere Betriebe des Inlandes und des sozialistischen Auslands (Beispielsweise Betrieb A (ČSSR) und Betrieb B (DDR) in Wettbewerb treten (V). Wesentlich für den Charakter einer solchen Wettbewerbsbeziehung ist ihre Zielrichtung. Stellen sie vergleichbare Erzeugnisse her und versuchen sie sich im Wettbewerb um die geringsten Selbstkosten, die höchste Arbeitsproduktivität oder den höchsten Technisierungsgrad zu überbieten, so kann man, wenn der erfolgreiche Produzent seine Ergebnisse dem Rivalen mitteilt bzw. ihm die vorteilhafteste Methode usw. vermittelt, von internationalem sozialistischem Wettbewerb in zwischenbetrieblicher Form sprechen.
Ein anderer Fall tritt jedoch ein, wenn beide Betriebe miteinander im Wettbewerb um eine möglichst günstige Position auf dem Markt (des jeweiligen soz. Inlandes, eines anderen soz. Auslandes oder des kapitalistischen

---

1) Vgl. Stiller, E., a.a.O., S. 34 f.

2) Vgl. Friedrich, Claus, Gewerkschaften in der sozialistischen Demokratie, Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, o.J., S. 42 f., sowie Grude, H., Staatlicher Leiter und sozialistischer Wettbewerb, Berlin, DDR, 1966, S. 44 f.

Auslands) stehen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß verschiedene sozialistische Betriebe vergleichbare Erzeugnisse auf gleichen Märkten anbieten und somit wiederum in gegnerischen Wettbewerb zueinander treten.[1] Zur Ausschaltung von Konkurrenzverhalten gibt es innerhalb des sozialistischen Lagers, insbesondere im Zuge der sozialistischen ökonomischen Integration (RGW) die Möglichkeit, Vereinbarungen zu treffen, bilaterale Abkommen abzuschließen, um eine Koordination des Vorgehens auf kapitalistischen Märkten zu erreichen. Inwieweit aber nationaler bzw. betrieblicher Egoismus und der Zwang zur Erwirtschaftung von Devisen diesem Bestreben entgegensteht, läßt sich nur an der Marktpolitik der entsprechenden Länder bzw. Betriebe selbst ablesen.

Von zwischenbetrieblichem Wettbewerb könnte auch dann gesprochen werden, wenn ein Betrieb des sozialistischen Inlands mit einem Betrieb des kapitalistischen Auslandes in Wettbewerb tritt (VI). Diese Situation, in der jeder Betrieb versucht, seinen Gewinn zu steigern bzw. seine Stellung am jeweiligen Markt (Märkte des kapitalistischen Auslandes resp. Weltmarkt - (eine Rivalität zwischen sozialistischen und kapitalistischen Betrieben

---

1) Beispielsweise werden auf dem westdeutschen Markt nahezu gleichartige Autos der Fiat-Lizenzproduktion aus Polen (Polski Fiat) und der UdSSR ("Lada") angeboten. Beide bieten ihre Autos wesentlich billiger als Fiat-Italien an, so daß die Konkurrenz um diesen Markt besonders zwischen dem polnischen und dem russischen Produzenten besteht. Eine Vergrößerung des Marktanteils des einen kann nur auf Kosten des anderen erfolgen. Ähnliche Beispiele gibt es auf dem Photomarkt Westdeutschlands, auf dem Konkurrenz zwischen russischen Produkten und Produkten aus der DDR besteht.

um Marktpositionen in sozialistischen Ländern ergibt sich wegen der hohen Marktzutrittsschranken für westliche Anbieter selten) zu behaupten, muß unter die Kategorie Konkurrenz fallen, denn beide Betriebe sind bestrebt, ihre Ziele auf Kosten des anderen zu erreichen. Diese Gegeneinanderbeziehung schließt sozialistischen Wettbewerb im eigentlichen Sinne aus.
In jüngster Zeit sind jedoch verstärkt Betriebe aus unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen dazu übergegangen, Beziehungen miteinander einzugehen, die weder als Konkurrenz noch als sozialistische Wettbewerbsbeziehungen zu bezeichnen sind. Dieses Verhältnis, das meist durch die Bereitstellung von know how, Kapital und hochwertigen maschinellen Anlagen durch den westlichen Partner und Arbeitskräfte, Infrastruktur und Rohstoffe durch den östlichen Partner gekennzeichnet ist, wird als zwischenbetriebliche Kooperation bezeichnet.
Diese Form der Kooperation ist im Rahmen dieser Untersuchung nur insofern von Relevanz, als die Kooperationsbetriebe im zwischenbetrieblichen sozialistischen Wettbewerb dank ihrer Ausstattung über eine Vorzugsstellung verfügen. Ebenso können sie zur Stärkung der wettbewerblichen Position einer Branche im überbetrieblichen Wettbewerb bzw. eines sozialistischen Landes im internationalen Wettbewerb beitragen.

Eine Mischform von zwischenbetrieblichem und innerbetrieblichem Wettbewerb stellt der Komplexwettbewerb dar, der dadurch gekennzeichnet ist, daß innerhalb der Betriebe und zwischen Betrieben einer oder mehrerer VVB ein Wettbewerb um eine einheitliche komplexe Aufgabe geführt wird. Dieser Wettbewerb umfaßt alle Produktionsstufen, von Forschung und Entwicklung bis zum Absatz des entsprechenden Produktes, wobei auch mittelbar beteiligte Betriebe, wie Zulieferer, in den Wettbewerb einbezogen werden.

3. Der überbetriebliche Wettbewerb

Als überbetrieblicher Wettbewerb soll hier in erster Linie die Konstellation angesehen werden, bei der alle oder mehrere Betriebe eines Industrie- oder Volkswirtschaftszweiges (VVB oder bezirksgeleitete Industrie) im Wettbewerb miteinander stehen (VII). Das Wettbewerbsziel besteht in der höchstmöglichen Steigerung der wirtschaftlichen Effektivität um "einen maximalen Zuwachs des Nationaleinkommens zu erreichen".[1] Zur Realisierung dieses Ziels wird der Wettbewerb um den wissenschaftlich-technischen Höchststand bezüglich Qualität und Kosten im Vergleich zum Weltniveau sowie um "hohe Exportfähigkeit und Devisenrentabilität" geführt. Der Leistungsvergleich erfolgt auch bei dieser Wettbewerbsform anhand des Gewinns und zusätzlicher Kennziffern, wie Erfüllung der Planaufgaben, Einhaltung der geplanten Qualität, Einhaltung der Verträge und Ausnutzung der Grund- und Umlauffonds. Die Höhe des Betriebsprämienfonds hängt von der Erfüllung dieser Kennziffern, insbesondere jedoch von der Kennziffer "Effektivitätszuwachs" ab. Für die Betriebe, die das Effektivitätsniveau der Besten nicht erreichen, bedeutet dies eine geringere Prämienausschüttung, d.h. ein geringeres Einkommen. Der Aspekt der Hilfe für die Zurückgebliebenen tritt immer mehr zugunsten der Effektivitätskriterien in den Hintergrund. Bei dieser Wettbewerbsform besteht die Hilfe lediglich noch in der Chancengleichheit bezüglich des Zugangs zu den technischen Informationen, wie Produktionserfahrungen der anderen Betriebe, Technologien und Organisation ; auch hier wird der Leistungsfähigere für seine Hilfe materiell bestraft.

---

1) Vgl. Stiller, E., a.a.O., S. 32

Als überbetrieblicher Wettbewerb könnte auch die Wettbewerbsart bezeichnet werden, in der Einzelpersonen oder Gruppen unterschiedlicher Betriebe miteinander in Wettbewerb stehen.[1] Die Situation ist in diesen Fällen jedoch der verschiedenen Arten des innerbetrieblichen Wettbewerbs weitgehend vergleichbar, so daß es sich erübrigt, auf diese Variante näher einzugehen.

Auch der oben bereits kurz beschriebene Komplexwettbewerb ließe sich als überbetriebliche Wettbewerbsart verstehen. Hierbei treten, wie bereits erwähnt, mehrere Betriebe verschiedener Industriezweige zur Produktion eines bestimmten Gutes, z.B. zur Errichtung eines Kraftwerkes, miteinander in Wettbewerb. Der Leistungsvergleich und die Bewertung der Ergebnisse erfolgten nach einem umfangreichen Kennziffersystem. Die auf der Grundlage des Wettbewerbs aller beteiligten Betriebe erzielte Summe der Leistungen bildet die Grundlage für die Bewertung der einzelnen Leistungen.

Tietze formuliert eine Reihe von Grundsätzen, die bei der Organisierung des Wettbewerbs und bei der "Entwicklung der Formen des Wettbewerbs" besonders zu beachten seien:[2]

Jeder überbetriebliche Wettbewerb solle auf einem entfalteten innerbetrieblichen Wettbewerb basieren. Der Mittelpunkt jedes innerbetrieblichen Wettbewerbs müsse wiederum der individuelle bzw. der Wettbewerb zwischen Brigade, Abteilung oder Meisterbereich sein.

---

1) Vgl. Tietze, G., Leistungsvergleich ... a.a.O., S. 22

2) Vgl. Tietze, G., a.a.O., S. 23

Produktionsmäßige Beziehungen und kollektive Bindungen seien im Einzel- und Gruppenwettbewerb am stärksten.

Der Wettbewerb um den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" soll den Kern des Wettbewerbs im Betrieb bilden und die organisierte gegenseitige Hilfe verstärken. Dabei muß "jedes formale Herangehen" vermieden werden.

Der Wettbewerb zwischen bestimmten Wettbewerbsgruppen ist dem innerhalb einer Wettbewerbsgruppe vorzuziehen, da er dem Wesen des Wettbewerbs besser entspricht." Da der gemeinsame Arbeitsgegenstand für die Arbeiter das beste Vergleichsobjekt darstellt, muß besonderer Wert auf den Wettbewerb bei gleichartiger und vergleichbarer Produktion gelegt werden. Deshalb müssen bei der Bildung von Wettbewerbsgruppen die Erfordernisse der Vergleichbarkeit der Leistungen beachtet werden.

4. Der zwischenstaatliche Wettbewerb innerhalb der sozialistischen Weltwirtschaft

Von zwischenstaatlichem Wettbewerb innerhalb der sozialistischen Weltwirtschaft soll dann gesprochen werden, wenn zwei oder mehrere Länder, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossen sind, miteinander in Wettbewerb treten (VIII). Die nicht zum RGW gehörigen Ländern sollen hier zunächst außerhalb der Betrachtung bleiben, da über die Wettbewerbsproblematik in China und Albanien wenig Informationen vorliegen und Jugoslawien als Mitglied mit besonderem Status unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs extra behandelt wird.[1)]

In der Literatur der sozialistischen Länder wird der zwischenstaatliche Wettbewerb nicht erwähnt. Diese Tatsache ist besonders bemerkenswert, da alle anderen möglichen Formen des Wettbewerbs, vom innerbetrieblichen bis zum Wettbewerb der Wirtschaftssysteme, wenn auch nicht immer ausführlich und systematisch behandelt, so doch zumindest erwähnt werden. Zwischenstaatlichen Wettbewerb muß es jedoch sowohl in der Weiterentwicklung der Theorie, z.B. der der "Strategie der Wettbewerbsführung"[2)] als auch in der realen Entwicklung zwischen den sozialistischen Ländern geben, denn letztlich stellt diese Wettbewerbsform nichts anderes als die Summe der oben beschriebenen Einzel- und Gruppenwettbewerbsbeziehungen zwischen den Betrieben des sozia-

---

1) Dem RGW gehören gegenwärtig folgende Länder an: Bulgarien, Ungarn, DDR, Mongolei, Polen, Rumänien, UdSSR, Kuba, CSSR; Jugoslawien arbeitet seit 1964 in einigen Kommissionen mit, Albanien nimmt seine Mitgliedschaft derzeit nicht wahr, Nordvietnam und Nordkorea nehmen als Beobachter teil.

2) Stiller klassifiziert die Wettbewerbstypen bzw. -situationen lediglich vom Wettbewerb einzelner Werktätiger bis zu "wirtschaftlichen Einheiten" resp. Industriezweigen. Vgl. Stiller, E., Zur Strategie... a.a.O., S.116 f.

listischen Auslands dar. Das bedeutet, daß der Staat im Wettbewerb Sieger ist, der die meisten Siege im zwischen- bzw. überbetrieblichen Wettbewerb im Verhältnis zu seinen ausländischen Wettbewerbspartnern errungen hat. Der Grund dafür, daß man den zwischenstaatlichen Wettbewerb völlig außer acht läßt, scheint darin zu liegen, daß einerseits die einzelnen sozialistischen Länder aufgrund ihrer unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und ihrer verschiedenartigen Wirtschaftsstruktur kaum vergleichbar sind (z.B. die Mongolei, Kuba oder Bulgarien als relativ industriell unterentwickelte, und die DDR, CSSR und die UdSSR als weiterentwickelte Industrieländer), andererseits aber durch die bewußte öffentliche Diskussion über den Wettbewerb zwischen diesen Ländern das nationale Bewußtsein gefördert würde. Nationalistische Tendenzen innerhalb des RGW könnten bei den bestehenden Entwicklungsunterschieden den Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration erschweren bzw. diese verhindern; denn nationaler Egoismus ruft Konkurrenzverhalten hervor, dieses wiederum steht einer politischen und ökonomischen Integration entgegen.

Die Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Jahre 1949 erfolgte auf der Basis der freiwilligen Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung, um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu nutzen[1] und um im Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssystemen zu bestehen.[2]

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Politische Ökonomie - Sozialismus, Lehrbuch, Übersetzung aus dem Russischen, Moskau 1970, Berlin, DDR 1972, S. 579

2) Vgl. Dokumente RGW, Über die Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration, Hrsg. Büro des Ministerrates, Abt. RGW, Berlin, DDR, 1971, S. 15

Zu diesem Zweck werden die Volkswirtschaftspläne zwischenstaatlich koordiniert, die Entwicklungsniveauunterschiede sollen zwischen den einzelnen Ländern durch Spezialisierung, Kooperation und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit überwunden werden. Gleichzeitig wird durch diese abgestimmte Entwicklungsplanung der nationale Egoismus verhindert, wodurch die Beschreitung unterschiedlicher Wege zum Sozialismus vermindert wird. Auch aus diesem Grunde gibt es offiziell keinen zwischenstaatlichen Wettbewerb im sozialistischen Lager.

Durch die innerhalb des RGW getroffenen Vereinbarungen über den gegenseitigen unentgeltlichen Austausch wissenschaftlich-technischer Information, wie technische Dokumentationen über Projektierungsunterlagen, Konstruktions- und Fertigungsanleitungen für die Herstellung von Maschinen, Anlagen und Ausrüstungen usw. sowie die unentgeltliche Bereitstellung von Patenten und Lizenzen zwischen den Mitgliedsländern, entsteht eine relativ "offene Wettbewerbssituation". Bei dem Wettbewerb zwischen den RGW-Ländern handelt es sich um einen Entwicklungswettbewerb, dessen Ziel in der Steigerung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus gegenüber den anderen Ländern besteht. Diese Art des Wettbewerbs könnte insofern als sozialistischer Wettbewerb angesehen werden, als die kostenlose Bereitstellung der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung für alle anderen der Hilfe für die Zurückgebliebenen entspräche.

Die langfristige Zielsetzung des RGW besteht in der Angleichung der Entwicklungsniveaus aller Länder, wobei als Maßstab das Niveau der am höchsten entwickelten

Länder gelten soll.[1] "Würde die wirtschaftliche Entwicklung einiger Länder gebremst, um anderen Ländern den Anschluß an ihr Niveau zu erleichtern, so käme das einem Verzicht auf die Möglichkeit gleich, die Potenzen eines jeden Landes für den gemeinsamen Fortschritt zu nutzen. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Verlangsamung der Entwicklung des gesamten sozialistischen Weltsystems."[2] Die Niveauunterschiede lassen sich jedoch entsprechend den Vorstellungen in den RGW-Vereinbarungen und bei Anwendung des Prinzips der Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen nur ausgleichen, wenn erstere ihre Entwicklung relativ verlangsamen und die dann freiwerdenden Kapazitäten den weniger entwickelten Ländern zur Verfügung stellen. Die oben zitierte Unterstellung, daß es zu einer Verlangsamung der Entwicklung des gesamten Systems käme, träfe nur dann zu, wenn man unter Entwicklung nicht die gleichmäßige Entwicklung aller Länder versteht, sondern die Weiterentwicklung der ohnehin schon fortgeschrittenen Länder. Die Differenz würde bei dieser Vorgehensweise noch verstärkt. Die Untersuchung der Frage, ob in der realen Entwicklung der RGW-Länder bestehende Unterschiede im Entwicklungsniveau beibehalten, verstärkt oder durch eigene bzw. Hilfe der Partnerländer ausgeglichen wurden, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Es ist jedoch offensichtlich, daß es immer noch sehr große Unterschiede im Entwicklungsstand zwischen den RGW-Ländern gibt, die wegen ihrer ungünstigen Voraussetzungen (fehlende Ressourcen, geographische Lage, geringe Qualifikation der Arbeitskräfte ua.) auch bei entsprechender Hilfe der industriell weiter entwickelten Länder, wie der DDR, der ČSSR und der UdSSR, noch lange Zeit weiter bestehen werden.

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, unter der Leitung von Faude, E., Sozialistische ökonomische Integration, Berlin, DDR, 1974, S. 8 ff.

2) Autorenkollektiv, Politische Ökonomie - Sozialismus, a.a.O., S. 595

5. Der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssystemen

Der ökonomische Wettbewerb der beiden Wirtschaftssysteme, des sozialistischen und des kapitalistischen, stellt eine Wettbewerbsform dar, die letztlich mit dem hier zu untersuchenden Gegenstand des sozialistischen Wettbewerbs wenig zu tun hat (IX). Hierfür sprechen mindestens zwei gewichtige Gründe: Erstens wird bei der Analyse des Systemwettbewerbs lediglich die Außenbeziehung des jeweiligen Systems zu dem anderer betrachtet; der sozialistische Wettbewerb ist aber im wesentlichen auf die Wettbewerbserscheinungen innerhalb des sozialistischen Systems und hier insbesondere auf die Beziehungen innerhalb und zwischen den Betrieben gerichtet. Zweitens wird der Systemwettbewerb fälschlicherweise als Wettbewerb bezeichnet, denn hier handelt es sich doch eindeutig um Konkurrenzbeziehungen, jedenfalls wenn man auf die grundsätzliche und langfristige politische und ökonomische Zielsetzung beider Systeme abstellt: einerseits die weitere Ausbreitung des Sozialismus-Kommunismus zu verhindern, andererseits den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als eine revolutionäre Aufgabe des Sozialismus zu betrachten, die eine "grundlegende Gesetzmäßigkeit" darstellt.[1)] In der Theorie des sozialistischen Lagers geht man also davon aus, daß in der Systemkonkurrenz der Sozialismus ökonomisch siegreich sein wird; aufgrund seines Einflusses werden sich weitere revolutionäre Prozesse

---

1) "Die Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist vor allem durch das Wirken des Gesetzes von der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte bedingt." "Der immer akuter werdende Konflikt zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen stellt der Menschheit gebieterisch die Aufgabe, die verfaulte kapitalistische Hülle zu zerreißen, die mächtigen Produktivkräfte, die der Mensch geschaffen hat, von ihren Fesseln zu befreien

Forts.nächste Seite

vollziehen, die "unvermeidlich zum weiteren allmählichen Herausfallen einzelner Länder aus der Kette des Weltkapitalismus, zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Weltsystems führen werden".[1] Der Sozialismus ist also bestrebt, sein Konkurrenzsystem zu überwinden. Ebenso charakterisierte Stalin das Konkurrenzprinzip: "Niederlage und Tod der einen, Sieg und Herrschaft der anderen."[2] Warum wird in der zahlreich vorhandenen Literatur des sozialistischen Lagers, die sich mit der Systemauseinandersetzung befaßt, nie von der Konkurrenz der Systeme, sondern immer vom "Wetteifer zwischen Sozialismus und Kapitalismus", vom "ökonomischen Wettstreit" bzw. vom "friedlichen ökonomischen Wettbewerb der beiden Weltsysteme" gesprochen? Die Begründung liegt einmal in der ungenügenden begrifflichen Differenzierung zwischen Wetteifer, Wettstreit, Wettbewerb, sozialistischer Wettbewerb und Konkurrenz in der Literatur der sozialistischen Länder. Auf diesen Mangel wurde schon eingangs hingewiesen. Andererseits spielt der Umstand für die theoretische Auseinandersetzung des Sozialismus mit seinem Widerpart eine Rolle, daß "die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Revolution nicht in allen Ländern gleichzeitig heranreifen", d.h. daß es unvermeidlich eine Epoche des Zusammenlebens, der Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus auf dieser Welt gäbe. In dieser Zeit der friedlichen Koexistenz gehen die Systeme mit unter-

---

Fortsetzung der FN von S. 71

und zum Wohl der ganzen Gesellschaft zu nutzen." (Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion) Zitiert nach: Autorenkollektiv, Politische Ökonomie-Sozialismus, Lehrbuch, Aus dem Russischen, Moskau 1970, Berlin, DDR 1972, S. 26.

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 26

2) Vgl. Stalin, J.W., Der Wettbewerb und der Arbeitsaufschwung der Massen, In: Werke, Bd. 12, Berlin DDR 1954 S. 98

schiedlicher Gesellschaftsordnung wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen ein, die zum Vorteil beider sein sollen. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz, das bereits von Lenin aufgestellt wurde, findet also sein ökonomisches Pendant im "friedlichen ökonomischen Wettbewerb", dessen Ziel für das sozialistische System vorerst darin besteht, die kapitalistische Wirtschaft einzuholen und zu überholen. "Ich bin davon überzeugt", sagte Lenin, "daß die Sowjetmacht die Kapitalisten einholen und überholen wird und daß wir nicht nur rein ökonomisch gewinnen werden."[1)]

Die Frage der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Systeme sowie die Auseinandersetzung über die Chancen des Einholens und Überholens im Wachstum bzw. Pro-Kopf-Verbrauch findet seit Bestehen der UdSSR breites Interesse in der wissenschaftlichen Literatur beider Wirtschaftssysteme. Im Rahmen dieser Arbeit kann jedoch lediglich auf die einschlägige Literatur verwiesen werden, da der Untersuchungsgegenstand sozialistischer Wettbewerb diese Problematik zwar tangiert aber tiefergehendere Erörterungen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden.[2)]

---

1) Lenin, W.I., Werke, Bd. 31, Berlin DDR, 1950, S. 453
Vgl. auch: ders., Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, In: Werke, Bd. 25, a.a.O., S. 375

2) Früngel, W., Wirtschaftssysteme im Wettbewerb, Berlin, DDR, 1966
Autorenkollektiv, Der ökonomische Wettbewerb zwischen der UdSSR und den USA, russ. Moskau, 1959, deutsche Übers. Berlin, DDR 1961
Autorenkollektiv, Politische Ökonomie- Sozialismus, a.a.O., insbesondere Kap. 49, im 4. Teil, S. 600 ff.
Autorenkollektiv (Hrsg. Meißner, H.) Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, insbesondere Kap. 17, Berlin, DDR, 1967, S. 617 ff.

Die politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen den Systemen stellen grundsätzlich, wie oben dargelegt wurde, Konkurrenzbeziehungen dar. Gleichzeitig sind jedoch insbesondere nach Beendigung der "frostigen" Phase des kalten Krieges (etwa ab Mitte der 50er Jahre) Elemente der Gemeinsamkeit und der Kooperation zunächst im politischen, später verstärkt auch im ökonomischen Bereich in den Beziehungen der beiden Systeme zueinander zu erkennen gewesen. Ein Indiz für eine internationale Zusammenarbeit stellt die Beteiligung der sozialistischen Länder an internationalen Organisationen dar, wie z.B. Vereinte Nationen, Wirtschaftskommission für Europa, Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten, Weltbank, Internationale Arbeitsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Internationale Normungsgemeinschaft u.v.a.m.[1] Weitere Übereinkünfte, die für beide Systeme von Nutzen sind, wie z.B. Standardisierung von Handelsdokumenten, Allgemeine Verkaufsbedingungen für bestimmte Güter, Meistbegünstigungsklauseln, Formen und Bedingungen für Versicherung und Rückversicherung im Außenhandel und andere Vereinbarungen[2] zeigen, daß beide Systeme zur internationalen Zusammenarbeit solange gezwungen sind, als kein System auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung verzichten kann bzw. solange beide das Prinzip der friedlichen Koexistenz nicht zuletzt aufgrund des militärischen Patt akzeptieren müssen. Eine weitere Etappe der teilweisen Überwindung

---

1) Vgl. Yearbook of International Organizations 1972-1973 Union of International Associations, Brüssel 1972.

2) Vgl. Wilczynski, J., Das sozialistische Wirtschaftssystem, Grundsätze der zentralen Planwirtschaft in der UdSSR und in Osteuropa unter dem neuen System. Originaltitel: The Economic of Socialism, Köln 1974, S. 234 f.

der Konkurrenzsituation zwischen den Systemen wurde zu Beginn der 60er Jahre durch die Ost-West-Kooperation auf industriellem Gebiet erreicht. Diese Form der Zusammenarbeit, die mit dem Austausch von know-how als eine der einfachsten Formen der Kooperation beginnen kann und sich bis zur gemeinsamen Produktion und gegenseitigem Vertrieb resp. Zusammenarbeit auf Drittmärkten erstrecken kann, trägt dazu bei, die Konkurrenz zwischen den Unternehmen und damit auch die zwischen den Systemen abzubauen. Beispiele der Ost-West-Kooperation gibt es nach Schätzungen von Wilczynski bis 1973 ca. 1.400.[1)] Mit zunehmendem Abbau des Konkurrenzverhaltens zwischen den Wirtschaftssystemen wird mehr und mehr Raum für einen fairen ökonomischen Wettbewerb frei. Sozialistischer Wettbewerb schließt sich bei dem antagonistischen Charakter beider Systeme aus. Kameradschaftliche, gegenseitige Hilfe kann und wird es nicht geben, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß trotzdem eine Situation eintreten kann, bei der das fortgeschrittene System, welches auch immer das sein möge, dem Zurückgebliebenen Hilfe leistet. Es wird dies nicht aus sozialistischer Verantwortung aber unter Umständen zur Erhaltung des globalen ökonomischen Gleichgewichts oder zur eigenen Systemstabilisierung tun müssen.

---

1) Wilczynski, W., Das sozialistische Wirtschaftssystem, a.a.O., S. 240

IV. Die Entwicklung der sozialistischen Wettbewerbsbewegungen in der UdSSR

1. Die Subbotnikbewegung

Der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention erreichten im Jahre 1919 ihren Höhepunkt und gefährdeten den Sieg der Revolution von 1917. Eine 40.000 Mann starke Armee des Admirals Kolčschak hatte das Uralgebiet besetzt und rückte auf die Wolga vor. General Denekin stieß mit einer 100.000 Mann Armee von Süden gegen Moskau vor. Petrograd wurde von den Truppen Judenitsch's bedroht. Damit waren die ökonomisch wichtigsten Gebiete von Gegnern der Revolution beherrscht: das Donezbecken mit seinen Kohlelagern, die Ukraine als die "Kornkammer" Rußlands, das Uralgebiet mit seinen reichhaltigen Bodenschätzen. Die ausländischen Interventionstruppen drangen von Osten (Japan), Süden (Frankreich) und von Norden (Angloamerikanische Verbände) in Rußland ein. Der Bestand der Roten Armee belief sich auf ca. 1 Mio. Soldaten; ihre Hauptschwierigkeit bestand in der Versorgung mit Nachschub.

Neben der politisch-militärisch schwierigen Situation war die Lage der Bevölkerung im Hinterland durch Hungersnöte gekennzeichnet, die durch den Verlust der ertragreichsten Gebiete hervorgerufen wurden. Weiterhin wurde durch Hortung von Getreide bei Bauern und Händlern und durch die Unmöglichkeit der Verteilung des verfügbaren Getreides infolge der Zerstörung der Transportwege die Ernährungslage verschärft. Lenin sah das Hauptproblem dieser Situation in der niedrigen Arbeitsproduktivität. Die Ursache der ständig sinkenden Arbeitsproduktivität liege hauptsächlich im Hunger begründet. Um aber den Hunger zu beseitigen, muß die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft, der Industrie und im Verkehrswesen erhöht werden.[1)2)]

---

1) Lenin, W.I., Die große Initiative, Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR, 1970, S. 22

2) Da der Wettbewerb in der sozialistischen Volkswirtschaft ein systembedingter Faktor ist, dessen Form und Inhalt jeweils durch das Hervortreten bestimmter Systemkomponenten bestimmt wird, muß hier zunächst auf eine der wesentlichen Komponenten, die Arbeitsproduktivität eingegangen werden.

Dieser Circulus vitiosus könne nur durch einen "Umschwung in der Stimmung der Massen", durch eine "heroische Initiative einzelner Gruppen" durchbrochen werden.[1] Es müßte nach den Vorstellungen Lenins also eine Aktion erfolgen, die ungeahnte Kräfte freisetzt - eine Masseninitiative - um die drohende Katastrophe abzuwenden. Diese Aktion war die Subbotnikbewegung, die ihren Namen vom russischen "subbota" = Sonnabend, ableitet, da die erste Initiative an einem Sonnabend stattfand. Als auslösender Faktor dieser Aktion sind verschiedene Aufrufe Lenins anzusehen, die die Arbeiter im Hinterland aufforderten "alles auf die Beine zu bringen und alle Kräfte zu mobilisieren"[2] bzw. die Arbeit auf revolutionäre Art in Angriff zu nehmen[3], um die drohende Gefahr abzuwenden.

Unabhängig davon, woher die erste Anregung kam, ist zu konstatieren, daß zwei Umstände objektiv gegeben waren: es bestand eine Notlage, die nur durch die Mehrleistung in den Eisenbahnbetrieben zu überwinden war, und es war bei den Arbeitern offenbar die Bereitschaft vorhanden, ihre ganze physische Leistungsfähigkeit unentgeltlich für die beschleunigte Inbetriebnahme aller in Reparatur befindlicher Fahrzeuge einzusetzen. Unter den gegebenen Voraussetzungen kann man annehmen, daß die am Subbotnik beteiligten Arbeiter tatsächlich sowohl am Erfolg ihrer Arbeitsleistung unmittelbar, als auch an der Durchsetzung einer neuen Ordnung interessiert waren.[4]

Am 7. Mai 1919 beschlossen Kommunisten und Sympathisanten der "Moskau-Kasan-Eisenbahn" bis zum völligen Sieg

---

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 22

2) ders., In: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Berlin, DDR, 1952, S. 542

3) ders., a.a.O., S. 545

4) Vgl. Becker, R., Der sozialistische Wettbewerb (unveröffentlichtes Manuskript) Berlin, S. 21

über Koltschak von ihrer Freizeit eine Stunde täglich zu opfern "d.h. ihren Arbeitstag um eine Stunde zu verlängern, diese Stunden zusammenzulegen und am Sonnabend sechs Stunden auf einmal körperlicher Arbeit zu leisten, mit dem Ziel, sofort einen realen Wert zu erzeugen. Diese Arbeit ist unentgeltlich zu leisten."[1)]

Am Sonnabend, den 10. Mai 1919 fand der erste Subbotnik statt, an dem Arbeiter, Angestellte und Mitarbeiter der Direktion mit großem Eifer Reparaturarbeiten an Lokomotiven und Waggons vornahmen. Der Gegenwert der geleisteten Arbeit betrug fünf Mio. Rubel.[2)] Gerade im Bereich des Transportwesens waren die Subbotniki von entscheidender Bedeutung für die Behebung von Schäden an Fahrzeugen und Schienen, um den Nachschub militärischer Güter und Soldaten sowie die Verteilung von lebenswichtigen Gütern zu sichern und um somit einen Beitrag zur Unterstützung der Soldaten an der Front zu leisten.
Die Subbotniki boten die Möglichkeit des schwerpunktmäßigen Einsatzes bei der Beseitigung von Engpässen (Beseitigung unmittelbarer Kriegseinwirkungen, Energiesicherung, Transportwesen) und waren somit für den Kriegsverlauf entscheidend.

Um die Wirksamkeit der Subbotnikbewegung zu erhöhen, sei es nötig, so Lenin, die Bewegung in allen Orten und auf allen Gebieten massenhaft zur Anwendung kommen zu lassen. Dazu, so fordert er, sei es Aufgabe aller, insbesondere aber der Presse, der Schriftsteller, Agitatoren, Propagandisten und Organisatoren, der Subbotnikbewegung mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sie unablässig zu würdigen.[3)]

---

1) Arbeit auf revolutionäre Art, In: Prawda vom 17.5.1919 Zitiert nach: Lenin, Die große Initiative, a.a.O., S. 5

2) Vgl. ders., a.a.O., S. 5

3) Vgl. ders., a.a.O., S. 13

Lenin selbst sah die Subbotniks als eine Bewegung von "ungewöhnlich großer Tragweite" an und zeigt in seiner Schrift "Die große Initiative" (Über das Heldentum der Arbeiter im Hinterland. Aus Anlaß der "kommunistischen Subbotniks")[1], welche Bedeutung sie bei der Schaffung des Sozialismus habe. Um den Sozialismus zu schaffen, seien zwei Aufgaben zu lösen: "erstens die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten mitreißen durch seinen grenzenlosen Heroismus im revolutionären Kampf gegen das Kapital, sie organisieren, sie führen, um die Bourgeoisie niederzuwerfen und jeden Widerstand vollständig zu brechen; zweitens die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten sowie alle kleinbürgerlichen Schichten auf den Weg eines neuen wirtschaftlichen Aufbaues führen, auf den Weg der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Bindung, einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Arbeitsorganisation, die das letzte Wort der Wissenschaft und der kapitalistischen Technik (als der am höchsten entwickelten Technik, A.d.V.) vereinigt mit dem Massenzusammenschluß bewußt arbeitender Menschen, die die sozialistische Großproduktion ins Leben rufen."[2] Nachdem die erste Aufgabe durch den Sieg der Revolution zu weiten Teilen erfolgreich bewältigt worden war, mußten nunmehr alle Kräfte auf die ökonomische Rekonstruktion gerichtet werden. Diese weit schwierigere Aufgabe - da sie nicht "durch den Heroismus eines einzelnen Ansturms" gelöst werden könne - erfordere den bewußten, permanenten disziplinierten und organisierten Einsatz der breiten

---

1) geschrieben am 28. Juni 1919, veröffentlicht im Juli 1919

2) Lenin, Die große Initiative, a.a.O., S. 18

Masse der Arbeiter und Bauern unter Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik. Die zweite Aufgabe sei gerade deshalb existenziell für die Durchsetzung einer neuen Gesellschaftsordnung, weil diese sich nur durchsetzen kann, wenn die Arbeitsproduktivität die der vorangegangenen Entwicklungsperiode übertreffe. "Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung."[1] Zum Beweis dieser These führt Lenin an, daß der Feudalismus letztlich dadurch überwunden wurde, daß die folgende Entwicklungsetappe, der Kapitalismus, eine höhere Arbeitsproduktivität erreichen konnte, als der Feudalismus. Also müsse demnach der Kapitalismus endgültig dadurch überwunden werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schaffe.[2] Somit liegt für Lenin der Schlüssel zum Sieg des Sozialismus letztlich in der Arbeitsproduktivität.[3]

Als eine der geeignetsten Maßnahmen zur Beeinflussung der Arbeitsproduktivität wird in den sozialistischen Volkswirtschaften der sozialistische Wettbewerb angesehen, der wiederum auf zahlreiche Einflußgrößen wirkt. Aus diesem Zusammenhang leiten sich die Zielsetzungen des sozialistischen Wettbewerbs ab, die mannigfach variiert dem Hauptziel, der Steigerung der Arbeitsproduktivität dienen sollen: Herausbildung des kollektiven Bewußtseins als moralisch-ethische Kategorie, auf die im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch näher eingegangen werden soll; das Arbeiten lernen - insbesondere in der ersten Phase der Industrialisierung der UdSSR, als Land-

---

1) Lenin, a.a.O., S. 23

2) ders. a.a.O., S. 23

3) Die Bereitschaft zur Leistungssteigerung wird als eine Voraussetzung zur Wettbewerbsführung angesehen.

arbeiter zur systematischen industriellen Arbeit erzogen werden mußten; Einführung, Entwicklung und Anwendung des technischen Fortschritts und die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung: Rentabilitäts- und Sparsamkeitsdenken.

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte wird deutlich, warum Lenin gerade den Subbotniks eine historische Dimension zumaß; denn gerade bei dieser Bewegung erkannte er Keime einer Entwicklung, die etwas Kommunistisches an sich hatte: Hunger leidende Arbeiter, "umgeben von einer Atmosphäre böswilliger konterrevolutionärer Agitation der Bourgeoisie, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, 'kommunistische Subbotniks' leisten ohne jede Bezahlung Überstunden und erreichen eine ungeheure Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Ist das nicht der Anfang einer Wendung, der weltgeschichtliche Bedeutung zukommt?"[1] Lenin sieht dieses Ereignis als den "faktischen Beginn des Kommunismus" an,[2] denn "der Kommunismus beginne dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen "Nahestehenden" zugute kommen, sondern "Fernstehenden", d.h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit".[3] Die Entfaltung der eigenen Initiative zugunsten der Gemeinschaft stellt ein herausragendes Element in Lenins Bemerkungen über den sozialistischen Wettbewerb im allgemeinen und in der Subbotnikbewegung im besonderen dar.

---

1) ders., a.a.O., S. 23 (Hervorhebung durch Lenin)
2) Vgl. ders., a.a.O., S. 23 (Hervorhebung durch Lenin)
3) Vgl. ders., a.a.O., S. 24 (Hervorhebung durch Lenin)

Hieran zeigt sich für ihn die Entwicklungstendenz der Gesellschaft zum Sozialismus/Kommunismus. Diese "Umwälzung" sei "ein Sieg über die eigene Trägheit, über die eigene Undiszipliniertheit, über den kleinbürgerlichen Egoismus", der jedoch weit schwieriger, wesentlicher, radikaler, entscheidender sei als der Sturz der Bourgeoisie.[1)]

Die Resonanz, die die ersten Subbotnikaktionen hatten, zeigt sich in der sprunghaft ansteigenden Zahl ihrer Teilnehmer. Allein in Moskau, wo im Mai 1919 erst 718 Kommunisten an den Subbotniks beteiligt waren, erhöhte sich die Anzahl der Teilnehmer im Dezember 1919 auf 16.686 und im April 1920 auf 29.317.[2)] Ähnliche Erfolge bei der Mobilisierung der Massen wurden aus Petrograd gemeldet, wo bei fünf Subbotnikeinsätzen 41.475 Personen unmittelbar beteiligt waren und dabei ein Arbeitspensum leisteten, das auf mehr als 1,16 Mio. Rubel geschätzt wurde.[3)] Im April 1921 beteiligten sich in Moskau mehr als 100.000 Menschen an den kommunistischen Subbotniks, von denen ca. 75 % Parteilose waren.[4)]

Die wichtigste Antriebskraft dieser ersten Subbotnikaktionen war der revolutionäre Enthusiasmus und die freiwillige Einsatzbereitschaft zur Erhaltung der neuen Ordnung. Die Subbotniks erhielten für ihre Arbeit lediglich ein zweites Mittagessen, d.h. den Anspruch auf ein halbes Pfund Brot, jedoch gegen Bezahlung.

---

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 3

2) Vgl. "Prawda" vom 9. Mai 1920, Zitiert nach Jewstafjew, G.N., Der sozialistische Wettbewerb - eine Gesetzmäßigkeit und Triebkraft in der ökonomischen Entwicklung der Sowjetgesellschaft, Berlin, DDR, 1959, S. 70 (Tabelle)

3) ebenda

4) Vgl. Laptin, M.N., Ponomarjow, J.I., Lenin zur sozialistischen Wirtschaftsführung, Russ. Originaltitel: W.J. Lenin i sozialistitscheskoe chosjaistwowanie, Berlin, DDR, 1970, S. 112.

Bereits 1921, drei Jahre nach der Abschaffung aller früheren Orden und damit verbundener Privilegien, wurde als Auszeichnung für vorbildliche Arbeit der Orden "Rotes Banner der Arbeit" gestiftet, der sowohl Einzelpersonen als auch ganzen Kollektiven verliehen werden konnte. Wenig später wurde als moralische Anerkennung die Ehrung an sog. "Roten Tafeln" bzw. in der örtlichen Presse vorgenommen.

Durch Beschluß des ZK der KPR (B) vom Juli 1920, in dem die Aufgaben und Ziele der Subbotnikbewegung auf Lenins Anregung hin festgelegt wurden, erlangte diese Bewegung staatliche Anerkennung und weitgehende Unterstützung. Dieser Beschluß war jedoch gleichzeitig von innerparteilicher und innenpolitischer Bedeutung, denn danach durften nur noch diejenigen Mitglieder der Kommunistischen Partei werden bzw. bleiben, die eine halbjährige "Probezeit" absolviert hatten, während der sie "auf revolutionäre Art" zu arbeiten hatten. Auf diesem Wege wollte sich die Partei von Mitläufern trennen.[1)]

Noch heute finden in der UdSSR regelmäßig Subbotniks statt. In jedem Jahr arbeiten im Frühjahr zahlreiche Moskauer unentgeltlich in Erinnerung an den ersten Subbotnik des Jahres 1919, an dem Lenin selbst teilnahm. Im Frühjahr 1969 und 1970 wurden durch die Arbeit der Bevölkerung 120 Mio. Rubel (fast 1/2 Mrd. DM) erarbeitet. Das Geld wurde für ein Krebsforschungszentrum, für den Bau von Schulen und Krankenhäusern verwendet. Tausende beschäftigten sich an den Sonnabenden mit der Stadt, pflanzten Bäume, reinigten die Parkanlagen.[2)] Insbesondere die Angehörigen der Behörden und sonstigen öffentlichen

---

1) Vgl. Lenin, Die große Initiative, a.a.O., S. 30 f.

2) Vgl. Millionen arbeiten am Freitag, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 89 vom 17.4.1971, S. 9

Einrichtungen werden aufgefordert, an den Subbotniks teilzunehmen, um sich körperlich zum Besten der Allgemeinheit zu betätigen. In Moskau verpflichteten sich im Frühjahr 1972 5.000 Studenten im Laufe eines Monats im Rahmen der Subbotnikbewegung, einen vollen Arbeitstag in der Produktion ohne Entgelt zugunsten des Fünfjahresplanes abzuleisten.[1)]

---

1) Vgl. Samstag der unbezahlten Arbeit, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 88 vom 15.4.1972, S. 3

2. Die Produktionsberatungen

Der Bürgerkrieg und die ausländischen Interventionen hatten die UdSSR an den Rand einer Wirtschaftskatastrophe gebracht. Das reale Volkseinkommen sank von 5,6 Mrd. Rubel (auf der Basis von 1961 berechnet) im Jahre 1913 auf 2,5 Mrd. Rubel im Jahre 1920[1], die industrielle Bruttoproduktion sank auf ca. 1/5 des Standes von 1913 (1913 = 100, 1920 = 20,4)[2], die landwirtschaftliche Bruttoproduktion zeigte eine ähnliche Entwicklung: 1913 = 100, 1921 = 51,9[3], die Roheisenerzeugung war auf etwa 3 % der Vorkriegszeit gefallen.[4] Erst im Jahre 1920, nach Beendigung des Bürgerkrieges, begann die Produktion allmählich wieder anzulaufen. Der Mangel an Lebensmiteln, Heizmaterial und Gebrauchsgütern war enorm. In dieser für das Weiterbestehen der UdSSR entscheidenden Situation kam es darauf an, die noch vorhandenen Produktionsanlagen wieder in Betrieb zu nehmen und voll auszunutzen sowie die zerstörten Anlagen wieder aufzubauen, Transportsysteme wieder funktionsfähig zu machen, damit die Verteilung insbesondere von Nahrungsmitteln und Rohstoffen gesichert werden konnte.

Im Produktionsbereich galt es, die Kapazitäten in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu steigern. Die Qualität der Arbeitskraft und die der Produktion hängen jedoch in großem Maße vom Stand der Arbeitsorganisation und der Arbeitsdisziplin der Beschäftigten ab. Die 1923

---

1) Vgl. Anischischkin, A.I., Jerenenko J.W., Tempy i proporzii ekonomitscheskowa raswitija (Tempo und Proportionen der ökonomischen Entwicklung), Moskau, 1967

2) Prokopovicz, N.S., Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets, Zürich, New York 1944, S. 195

3) Jewstafjew, G.N., a.a.O., S. 78

4) ders., a.a.O., S. 108

eingeführten Produktionsberatungen dienten beiden Zielen, der Steigerung der Arbeitseffektivität durch Organisation des Arbeitsprozesses und der Disziplinierung der Arbeiter. Die Produktionsberatungen sollten die Arbeiter dazu anregen, innerhalb ihres Betriebes, in ihrer Abteilung, an ihrem Arbeitsplatz, also in dem vom einzelnen Arbeiter überschaubaren Bereich unter Ausnutzung der am Arbeitsplatz gesammelten Erfahrungen Mängel aufzudecken und Vorschläge zu deren Beseitigung zu unterbreiten. Das Aufspüren von Mängeln und die Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen in die Praxis würde das Verhältnis von Arbeiter - Betrieb - Gesellschaft von Grund auf ändern. Denn die Beschäftigten, die sich aktiv an den Produktionsberatungen beteiligten, würden durch ihr Engagement ein engeres und bewußteres Verhältnis zu i h r e m Betrieb (als dessen Miteigentümer sich jeder Mitarbeiter nach der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln fühlen solle) bekommen. Sie würden dabei lernen, über die Sphäre ihres Arbeitsplatzes hinaus gesamtbetrieblich und gesamtwirtschaftlich denken und handeln zu lernen. Diese "neue gesellschaftliche Bindung" würde ein Verantwortungsbewußtsein hervorrufen, das die Einstellung zur Arbeit, also auch die Arbeitsdisziplin grundlegend ändert. Ähnliche Erwartungen, wie sie mit der Einführung der Produktionsberatungen verbunden waren, hatte Lenin schon in "Staat und Revolution" geäußert. Er nahm an, daß allein schon die Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum eine ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte hervorbringen werde. "Die Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen."[1] An anderer Stelle führt

---

1) Lenin, W.I., Staat und Revolution, In: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Bd. II, S. 397 f. (Hervorhebung durch Lenin)

Lenin aus, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben werde.[1)]

Abgesehen von der Subbotnikbewegung, bei der wohl in erster Linie revolutionärer Enthusiasmus und Spontaneität auslösende Elemente der Aktion waren und ihnen gerade deshalb eine große Bedeutung zukommt, weil in einer lebenswichtigen Epoche die Arbeiter bewußt und freiwillig initiativ wurden, kann von einer ungeheuren Entfaltung der Produktivkraft Arbeit allein durch die "neue gesellschaftliche Bindung" noch nicht gesprochen werden. Der unterschiedliche Charakter der Landarbeit und der industriemäßigen Produktion stellte ein schwer überwindbares Hindernis dar. Die zahlreichen, aus den Dörfern in die teils schon industrialisierten Städte strömenden Arbeitskräfte mußten erst an die industrielle, systematische Arbeit gewöhnt werden. Die Erziehung zu einer "sozialistischen Einstellung zur Arbeit" und die Schaffung einer "neuen Arbeitsdisziplin" waren wichtige Voraussetzungen, um aus der UdSSR ein Industrieland zu machen, das im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus bestehen kann, resp. diesen ein- und überholen kann.[2)] Die Leistungsbereitschaft der Arbeiter der damaligen Zeit ließ jedoch eine rasche Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht zu. Klagen über mangelnden Arbeitseifer, Absentismus und Bummelantentum häuften sich.[3)] Die Ursache dafür sah Lenin in den vergangenen Produktionsverhältnissen.

---

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 398

2) Vgl. Lenin, W.I., Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, In: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band II, S. 305

3) Vgl. ders.: Die nächsten Aufgaben ..., a.a.O., S. 753 f. Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 81. Hofmann führt eine große Anzahl von Literaturhinweisen an, die dies bestätigen. Vgl. Hofmann, W., Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956, 3. Kapitel, S. 225 ff.
Vgl. Stalin, J.W., Rede auf der Beratung der Wirtschaftler, In: Lenin und Stalin über den Wettbewerb, Berlin, DDR, 1948, S. 69

Während die fortgeschrittenen Nationen bereits unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen arbeiteten, herrschten in Rußland noch halbfeudale Verhältnisse. "Der russische Mensch ist ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit den fortgeschrittenen Nationen. Und anders konnte das auch nicht sein unter dem Regime des Zarismus und angesichts so lebendiger Überreste der Leibeigenschaft.;[1)]
Um also diesem Dilemma zu entgehen, komme es darauf an, "Arbeiten lernen" - diese Aufgabe muß die Sowjetmacht dem Volk in ihrem ganzen Umfang stellen."[2)]
Arbeiten lernen bedeutet in der Restaurationsperiode und während der Industrialisierungsperiode in erster Linie regelmäßiges Arbeiten lernen. Insbesondere die in die Städte kommenden ländlichen und jugendlichen Arbeitskräfte waren die regelmäßige industrielle Arbeitsweise nicht gewohnt. Um Unregelmäßigkeiten in der Produktion zu vermeiden, mußte ein intensiver Kampf gegen unbegründetes Fernbleiben resp. sich Entfernen vom Arbeitsplatz, gegen Zuspätkommen, gegen den Mißbrauch der Krankenversicherung, gegen Alkoholismus, Rowdytum, Diebstahl und den "blauen Montag" geführt werden.[3)]

Um eine Änderung der Einstellung der Arbeitskräfte zur Arbeit und damit die Verbesserung der Arbeitsdisziplin zu erreichen, war es neben der Androhung und Anwendung von Zwangsmaßnahmen[4)], deren alleinige Anwendung das Problem nicht zu lösen vermochte, im wesentlichen durch Erziehung (insbesondere der Jugendlichen), durch die Wirkung der betrieblichen Arbeitsorganisation selbst und

---

1) Lenin, die Nächsten Aufgaben ..., a.a.O., Bd. II, S. 753f.

2) ders., a.a.O., S. 753

3) Ausführliche Angaben und Quellenhinweise finden sich hierzu bei Hofmann, W., a.a.O., S. 257 f.

4) Hierzu wurde eine große Anzahl von Gesetzen, VO und Bestimmungen erlassen, auf deren Wirksamkeit und Problematik in dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden soll.

durch "kameradschaftliche Selbsterziehung" möglich, die Situation zu verbessern. Die Produktionsberatungen, deren Hauptziel in der Verbesserung der Arbeitsdisziplin lag, setzt gerade hier im Bereich der betrieblichen Arbeitsorganisation an.

1923 wurden erstmals Produktionsberatungen durchgeführt, die sich innerhalb der Betriebe mit "Fragen der Produktionstätigkeit, des Arbeitsprogrammes, Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, der rationellen Auslastung der Anlagen, der Qualitätsverbesserung, der Kostensenkung, der Beschaffung von Material und Rohstoffen sowie der Bekämpfung von Verschwendung und Ausschußproduktion zu beschäftigen hatten."[1)]

Im Gegensatz zur Subbotnikbewegung, die weitgehend spontan entstand und freiwillig durchgeführt wurde, waren die Produktionsberatungen von der Parteiführung geplant und mit Hilfe der Gewerkschaft durchgeführt, wobei man sich in geschickter Weise die Initiative und praktische Intelligenz der Arbeiter zunutze machte.

Das ZK der KPdSU beschäftigte sich im Mai 1925 mit der Arbeit der Produktionsberatungen und hob in seinem Beschluß hervor, daß die Produktionsberatungen zu einer Massenorganisation zu entwickeln seien, damit durch die aktive Teilnahme breiter Schichten der Arbeiter an der Diskussion über betriebsökonomisch relevante Probleme (Regelung des Produktionsprozesses zur Steigerung der Arbeitsprodukti-

---

1) Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 80 f.

vität) ein gesamtwirtschaftlicher Erfolg erzielt werde.[1] Außerdem sollten die Produktionsberatungen das Qualifikationsniveau der Arbeiter heben, um sie somit zu befähigen, in der Organisation, Verwaltung und Wirtschaftsführung teilzunehmen. Dies war von besonderer Bedeutung, da ein Großteil der früheren Manager entlassen worden waren bzw. nicht bereit waren, nach der Enteignung weiterhin in den Betrieben zu arbeiten.[2]

Neben der Funktion, "Schule der Verwaltung und der Wirtschaftsführung" zu sein, sollten die Produktionsberatungen

---

1) "Produktionsberatungen ... sind der beste Weg, um ... in ihnen (den Arbeitenden, A.d.V.) das Bewußtsein der engen Bindung zwischen den Interessen der Werktätigen und dem Grad von wirtschaftlichem Erfolg zu pflegen, der dem sozialistischen Staat zufällt, und neue Schichten von Wirtschaftsleitern und Verwaltungskräften proletarischer Herkunft auszubilden und zu erziehen." (Protokolle des XIV. Parteitags von 1925, S. 979).

2) In diesem Zusammenhang wendet sich Lenin mit den schärfsten Worten gegen diejenigen bürgerlichen Intellektuellen, die sich auf die Seite der ehemaligen Eigentümer stellten: "Die organisatorische Aufgabe ist mit der Aufgabe der schonungslosen militärischen Niederhaltung der Sklavenhalter von gestern (der Kapitalisten) und der Meute ihrer Lakaien, der Herren bürgerlichen Intellektuellen, zu einem untrennbaren Ganzen verflochten. Wir waren immer die Organisatoren und Leiter, wir haben kommandiert - sagen und denken die Sklavenhalter von gestern und ihre Handlanger aus den Reihen der Intellektuellen -, wir wollen es auch weiter bleiben, wir werden dem "einfachen Volk", den Arbeitern und Bauern, nicht gehorchen, wir werden uns ihnen nicht unterordnen, wir werden unser Wissen in eine Waffe zur Verteidigung der Vorrechte des Geldsacks und der Herrschaft des Kapitals über das Volk verwandeln."
Lenin, W.I., Wie soll man ... Ausgewählte Werke in drei Bänden, Bd. II S. 588

"Laboratorien der Rationalisierung" sein. Inwieweit sie diese Funktion erfüllt haben, läßt sich einerseits aus den von Jewstafjew[1] genannten Daten ersehen, andererseits gibt es in der Literatur zur Produktionsberatung eine Anzahl kritischer Bemerkungen, die die Angaben Jewstafjews relativieren.
In den Leningrader Betrieben wurden allein 1925 über 90.000 Rationalisierungsvorschläge eingebracht und diskutiert, diese sollen eine jährliche Ersparnis von mehr als 100 Mio. Rubel erbracht haben.[2] Die "Prawda" organisierte im Jahre 1928 eine "Unionsschau über die Arbeit der Produktionsberatungen", die dazu beitragen sollte, Rationalisierungsvorschläge zur Steigerung der Produktivität, zur Senkung der Kosten und zur Steigerung der Qualität der Produkte zu unterbreiten. Diese Aktion soll in zehn Kreisen und Gouvernements 231.630 Vorschläge zur Erreichung der o.g. Ziele erbracht haben.[3] Im Leningrader Werk "Rotes Dreieck" wurden im Rahmen der Produktionsberatungen bis 1928 im Jahresdurchschnitt 100.000 Rubel eingespart; in Leningrader Betrieben wurden 1.274 Arbeiter zu leitenden Wirtschafts- und Verwaltungsangestellten gemacht.[4]

Gesamtwirtschaftliche Fortschritte führt Jewstafjew ebenfalls auf die Effektivität der Produktionsberatung zurück. Die Produktionsziffern dokumentieren einen eindeutig positiven Trend: Bruttoproduktion der Schwerindustrie 1921 = 2.004 Mio. Rubel (zu Preisen von 1926/27) 1927 = 12.679 Mio. Rubel.[5]

---

1) Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 82
2) Vgl. ders., a.a.O., S. 82
3) Vgl. ders, a.a.O., S. 89
4) Vgl. ders., a.a.O., S. 82
5) Vgl. ebenda

Neben der optimistischen Einschätzung der Produktionsberatungen der 20er Jahre durch Jewstafjew finden sich durchaus kritische Bemerkungen insbesondere über die Durchführung und das Interesse von Arbeitern und Betriebsräten an den Beratungen. Die Zeitschrift "Ekonomitscheskaja Schizn" kritisierte am 20.11.1928, daß die Produktionsberatungen in den größeren Betrieben nur einmal in sechs bis zehn Monaten stattfänden und daß nicht nur Arbeiter, sondern auch Betriebsräte diesen Konferenzen fernblieben und die Beschlüsse der Produktionskonferenz nicht durchgeführt würden.[1)]

Die ökonomischen Erfolge, die Jewstafjew wesentlich auf die Produktionsberatungen zurückführt, sind jedoch wahrscheinlicher durch die Prosperitätsphase der "Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) zu erklären, insbesondere dann, wenn er Vergleichszahlen anführt, die die NEP-Periode mit einschließen. (Vergleich 1913 - 1921 - 1927) Diese Periode war eine entscheidende Phase in der Wirtschaftsgeschichte der UdSSR, die den Ausweg aus der Stagnation der Periode des Kriegskommunismus (1917-1920) herbeiführen sollte. Ein Teil der Industrie wurde reprivatisiert, der Handel wurde wieder zugelassen, staatliche Unternehmen erhielten weitreichende Entscheidungsfreiheit, Kleinbetriebe wurden an Privatpersonen und Genossenschaften verpachtet, ausländische Unternehmen erhielten Konzessionen, die ihnen relativ freie wirtschaftliche Betätigung sicherten.[2)] Für die Verteilung von Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs

---

1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen bei Hofmann, a.a.O., S. 295

2) Vgl. Gaal, M., Die Neue Ökonomische Politik in Rußland und die deutsche Währungs- und Wirtschaftsreform, Winterthur, Diss., 1965, S. 156 ff.

in den Städten und die Versorgung der Dörfer mit den Produkten des Handwerks (Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land) war der wiederentstandene private Handel von enormer Wichtigkeit. Der Versuch während der Zeit des Kriegskommunismus, den Kleinhandel völlig zu unterbinden, müsse bei der "Existenz von Millionen Kleinproduzenten eine Dummheit und Selbstmord der Partei" (Lenin) bedeuten. Allein 1922 wurden 667.000 Konzessionen zum Privathandel erteilt.[1] Die reprivatisierte Industrie und das Kleingewerbe produzierte seit 1921 wieder für einen freien Markt. Die Marktteilnehmer waren Konkurrenzbedingungen ausgesetzt; staatliche Unternehmen waren nunmehr ebenfalls gezwungen, ihre wirtschaftliche Tätigkeit nach dem Rentabilitätsprinzip zu organisieren und sich der privaten Konkurrenz zu stellen.[2] Im Jahre 1922 wurden die Staatsgüter und Kolchosen den Einzelbauern gleichgestellt. Damit produzierten mehr als 90 % der Landwirtschaft unter Konkurrenzbedingungen für den Markt.[3]

Von 1926 an wurde die Neue Ökonomische Politik, die von Lenin als eine taktische und vorübergehende Maßnahme zur Überwindung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Weg zum Sozialismus angesehen wurde, wieder rückgängig gemacht. In der Zeit der NEP wurden jedoch bedeutende Fortschritte erzielt, die Jewstafjew als Erfolge der Produktionsberatung wertet. Tatsächlich scheint jedoch der wirtschaftliche Aufstieg der UdSSR durch die Wirtschaftspolitik der Wiederaufbauphase (NEP) erreicht worden

---

1) Vgl. Raupach, H., Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbeck, 1964, S. 52

2) Vgl. Gaal, a.a.O., S. 48

3) ders., a.a.O., S. 15, S. 165 f.

zu sein.[1)] Die Produktionsberatungen haben gerade in dieser Phase eine sehr viel geringere Relevanz, denn die wirtschaftliche Aktivität ging hier in erster Linie vom freien Handel, von privaten Investoren und Produzenten aus, die weitgehend autonom unter Markt- und Konkurrenzverhältnissen wirtschaften konnten.

---

1) Der wirtschaftliche Erfolg der NEP ist unbestreitbar: Die Produktion erreichte ihr Vorkriegsniveau, die Arbeitskraft des Volkes regenerierte sich.

Bruttoproduktion der Landwirtschaft:

1921	=	5.460 Mio. Rubel
1923	=	8.330 Mio. Rubel
1926	=	11.170 Mio. Rubel

Bruttoproduktion der gesamten Industrie:

1913	=	100 (Basisjahr)
1920	=	20,4
1923/24	=	48,0
1925/26	=	89,9

Entwicklung der Reallöhne

1913	=	100 (Basisjahr)
1922/23	=	47,3
1924/25	=	85,1
1925/26	=	96,7
1926/27	=	108,4

Quelle: Prokopovicz, S.N., Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets, Zürich, N.Y. 1944, S. 108, 195, 302
Raupach, a.a.O., S. 60

3. Die Stoßarbeiterbewegung[1)]

Die Formen und Funktionen des Wettbewerbs im sozialistischen Wirtschaftssystem sind abhängig vom Entwicklungsstand der Volkswirtschaft. Jedes Entwicklungsstadium weist charakteristische Formen, Methoden und Inhalte des Wettbewerbs auf. Um den Wandel von Form und Funktion des Wettbewerbs in der Planwirtschaft zu verdeutlichen, können bestimmte Systemkomponenten herausgestellt werden, die als Indikatoren dieses Wandels angesehen werden können. Systemkomponenten sind die jeweils aufgrund des Charakters der Planwirtschaft und des Entwicklungsstandes herrschenden Bedingungen, die das jeweilige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem determinieren. Die entscheidende Komponente, dem Sowjetsystem zum politischen und ökonomischen Sieg zu verhelfen, war gemäß der Leninschen Analyse die Arbeitsproduktivität. Als erstes Mittel zur Erreichung dieses Ziels galt der Wettbewerb auf der Grundlage der Opferbereitschaft und des Enthusiasmus in der Form der Bewegung der Subbotniks.
Die Entwicklung des Systems wurde jedoch im ökonomischen Bereich gehemmt durch geringe berufliche Qualifizierung, mangelnde Arbeitsdisziplin und die unzureichende Organisation des Arbeitsprozesses.
War die Subbotnikbewegung noch Ausdruck spontanen Bekenntnisses der Subbotniks zur Sowjetmacht , die es durch praktische Solidarität zu unterstützen galt, so richtete sich die Stoßarbeiterbewegung bereits an den konkreten Planzielen aus.

---

1) Russisch: udarnitschetwo; udar = Stoß, Vorstoß, Schlag

Der Produktionsprozeß in der ersten Planperiode[1] war durch hohe Störanfälligkeit infolge unzulänglicher innerbetrieblicher Planung, mangelnder Technisierung und durch den Einsatz unerfahrener Arbeitskräfte gekennzeichnet. Um eine kontinuierliche, plangemäße Produktionstätigkeit zu gewährleisten, war es erforderlich, innerbetriebliche Reserven zu aktivieren und kostensparende Verfahren anzuwenden.

Das November-Plenum des ZK der KPdSU von 1928 forderte in seiner Resolution eine "Verbesserung der qualitativen Kennziffern" und wies auf das bestehende Mißverhältnis von Investitionen und erzielter Kostensenkung im industriellen Bereich hin. Es käme darauf an, in den Betrieben das "Sparsamkeitsregime" zu beachten. An dieser Zielsetzung seien die inner- und zwischenbetrieblichen Wettbewerbe zu orientieren. Als Reaktion auf den Beschluß des ZK wurden zahlreiche Wettbewerbsvereinbarungen zwischen Arbeitern als Einzelwettbewerb, zwischen Brigaden, Kollektiven oder Abteilungen als Gruppenwettbewerb oder zwischen ganzen Betrieben (zwischenbetrieblicher Wettbewerb) getroffen. Dabei wurde folgendes typische Verfahren insbesondere im zwischenbetrieblichen Wettbewerb angewandt: Die Belegschaft (Abteilungen, Brigaden) eines Betriebes veröffentlicht in der "Prawda" eine Erklärung, daß sie in Übereinstimmung mit den Direktiven des Parteitags Initiativen zur Kostensenkung vorgenommen habe und sich verpflichte, die Selbstkosten pro Jahr um z.B. 10 % zu senken. Gleichzeitig fordere sie die Betriebe A, B und C zum Wettbewerb um die Senkung der Selbstkosten heraus. Zu dieser Aufforderung mögen die Betriebe A, B und C ebenfalls in der "Prawda" Stellung

---

1) Der erste Fünfjahresplan begann am 1. 10. 1928

nehmen. Auf diese Art öffentlich herausgefordert, sehen sich die angesprochenen Betriebe gezwungen, ihrerseits mindestens in gleicher Höhe Verpflichtungen einzugehen.

Dieses typische Verfahren der Wettbewerbsführung, das oftmals mit einem Parteitagsbeschluß und dem Aufruf (Pressekampagne) an alle Werktätigen beginnt, Einzelne, Kollektive oder ganze Betriebe dann durch Selbstverpflichtungen zu höheren Leistungen darauf reagieren und anschließend die Ergebnisse wiederum mit großem propagandistischem Aufwand publiziert werden, ist spätestens nach der Subbotnikbewegung zu einem festen Ritual geworden, das bis heute bei nahezu allen Wettbewerben beibehalten wurde. Diese Form widerspricht jedoch der These der freiwilligen Eigeninitiative der Arbeiter im Sozialismus, die sich durch die Ablösung der kapitalistischen Verhältnisse herausbilden soll. Aus dem Befolgen eines Appels kann noch nicht auf ein geändertes gesellschaftliches Bewußtsein der Arbeiter geschlossen werden.

Jewstafjew berichtet von einem starken Widerhall in vielen Zweigen der Industrie auf die Aufforderung des November-Plenums-Beschlusses[1], jedoch appelliert schon ein Jahr später die XVI. Parteikonferenz der KPdSU (B) eindringlich an alle Arbeiter und Bauern, den Wettbewerb in allen Bereichen, der Wirtschaft, Verwaltung, der Schulen und Krankenhäuser zu organisieren und zu entfalten, um den Volkswirtschaftsplan zu erfüllen.[2]

---

1) Vgl. Jewstafjew, G.N., a.a.O., S. 88 f.

2) Vgl. ZK-Beschluß vom 9.5.1929, Verordnung der Regierung der RSFSR vom 2.7.1929

Am 9. Mai 1929 beschloß das ZK der KPdSU (B), daß "der sozialistische Wettbewerb der Fabriken und Werke" folgende Aufgaben bei der Industrialisierung des Landes zu erfüllen habe:[1)]

- Erfüllung bzw. Übererfüllung der Finanz- und Produktionspläne
- Erfüllung bzw. Übererfüllung der festgelegten Normen zur Kostensenkung und Steigerung der Arbeitsproduktivität
- Verbesserung der Qualität der Produktion
- Bekämpfung von Bummelantentum und Ausschußproduktion
- Technisierung, Automatisierung und Rationalisierung unter Einbeziehung des Erfinderwesens, voranzutreiben.

Diese Ziele sind im wesentlichen noch heute Bestandteil der Wettbewerbsbewegungen. Dabei wird insbesondere auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Anlehnung an Lenins Äußerung, daß diese "das Allerwichtigste ... für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung" sei, hingewiesen.

Die Bildung von Stoßgruppen (udarnye gruppy) und Stoßbrigaden (udarny brigady) erfolgte innerhalb der Betriebe. Diese bestanden aus einer kleinen Anzahl meist junger Arbeiter, die sich zum Ziel setzten, die bisherige Form der Arbeit zu ändern, um die o.g. Ziele zu erreichen. Die Stoßbrigade eines Leningrader Eisenhüttenwerkes rief bereits im Jahre 1928 andere Betriebe zu einem Wettbewerb um die Senkung der Selbstkosten auf, und organisierte gleichzeitig einen innerbetrieblichen Wettbewerb um die beste Abteilung, die im Rahmen des Ziels der Selbstkostenreduzierung die geringste Ausschußquote aufwies, die Arbeitszeit voll ausnutzte

---

1) Vgl. Beschluß des ZK der KPdSU (B) vom 9. Mai 1929)

und die Instandhaltungskosten der Anlagen minimierte. Die Hauptaufgabe der Stoßbrigaden bestand darin, neue Arbeitsmethoden zu entwickeln und diese den anderen Arbeitern zu vermitteln ("Stoßgruppe für Versuche und Erfahrungsaustausch")[1]. Andere Stoßbrigaden beschäftigten sich mit der Behebung von Betriebsstörungen und der Rationalisierung der Arbeitsorganisation. Ende 1929 soll es bereits ca. 300.000 Stoßarbeiter gegeben haben, denen als "Avantgarde der Arbeiterklasse" vor allem Verdienste bei der innerbetrieblichen Weiterbildung der Arbeitskollegen zukamen.[2] Der "Vorstoß" zu kostensparenden Arbeitsverfahren sollte sozialisiert werden, um dadurch eine allgemeine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Eine weitere Aufgabe der Stoßarbeiter bestand in der Propagierung des Wettbewerbsgedankens; Stoßgruppen und -brigaden standen selbst untereinander in Wettbewerb, um die Effektivität des Wettbewerbs zu dokumentieren.

Im Jahre 1930 sollen von den Arbeitern der Gesamtindustrie 29 % Stoßarbeiter gewesen sein, 1931 schon 56,3 % und 1932 bereits 64,2 %. In den Bereichen Metall- und chemische Industrie waren mehr als 70 % der Arbeiter Stoßarbeiter.[3]

Der hohe Grad der Allgemeinheit dieser Bewegung läßt jedoch noch keinen gesicherten Schluß auf die gesamtwirtschaftlichen Erfolge zu,[4] denn den Titel "Brigade der Stoßarbeiter" erhielten die Brigaden allein schon für die Selbstverpflichtung - also ungeachtet ihrer Realisierung.

---

1) Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 87
2) Vgl. ebenda
3) Vgl. ders., a.a.O., S. 102 (Tabelle)
4) Vgl. demgegenüber Jewstafjew, a.a.O., S. 115

Diese Wettbewerbsbewegung war nicht dazu angetan, die Beschäftigten zu erhöhter Dauerleistung anzuregen. Es gelang dieser Bewegung nicht, eine erhöhte Arbeitsnorm verbindlich und dauerhaft vorzugeben, d.h., sie widersprach dem Ziel der geplanten Gleichmäßigkeit des Produktionsprozesses. Aus diesem Grunde auch wurde die Stoßarbeiterbewegung durch Beschluß der XVIII. Allunionskonferenz der KPdSU von 1941 widerrufen.[1)]

Die Stoßarbeiter hatten aber auch eine Funktion als Vorreiter bei der innerbetrieblichen Planerstellung. In der Planära hatte der Wettbewerb einerseits die Funktion, zur Erfüllung der Pläne beizutragen, andererseits die Funktion, die Arbeiter an der Plangestaltung teilnehmen zu lassen. Waren die spontanen Wettbewerbsbewegungen in der Vorplanperiode und in den ersten Planjahren noch losgelöst von den Plandirektiven erfolgt, und behinderten dadurch teilweise die Bestrebungen der Planer nach kontinuierlicher Produktion, so sollten durch die Methode der Gegenplanung direkt von der untersten Stufe, der unmittelbaren Produzenten, die vorgegebenen Direktiven revidiert, d.h. dem maximal Erreichbaren angepaßt werden. Initiatoren der Gegenplanung waren in der ersten Zeit der Planperiode die Stoßarbeiter, die unter Beachtung aller verfügbaren innerbetrieblichen Reserven Produktions- und Finanzgegenpläne entwarfen. Diese Gegenpläne hatten den Charakter von Selbstverpflichtungen der Produzenten gegenüber der Planbehörde. Dadurch sollte erreicht werden, daß die Beschäftigten nunmehr ein unmittelbares Interesse am reibungslosen Planablauf und an der Erfüllung dieser revidierten Pläne haben; denn die Gegenpläne waren ja Produkt ihrer innerbetrieblichen Diskussion mit den Stoßarbeitern, die Produktionsreserven aufdeckten, Vorschläge zur besseren Ausnutzung von Material und Maschinen

---

1) In diesem Beschluß hieß es unter anderem: "Es ist notwendig, mit der Planlosigkeit, mit der Unregelmäßigkeit des Produktionsausstoßes, mit der Stoßmethode in der Arbeit der Betriebe Schluß zu machen, um zu einem täglichen, festgelegten Produktionsplan ... zu kommen."

machten und ihre Ergebnisse der Belegschaft unterbreiteten. Indem die Beschäftigten die Gegenpläne akzeptierten, waren sie Mitwirkende einer realistischen Detailplanung und damit für deren Realisierung verantwortlich.

Eine sinnvolle Weiterentwicklung der Stoßarbeiterbewegung stellte die Bildung von "durchgängigen Stoßbrigaden" dar, die 1930 in einer Rostower Landmaschinenfabrik erstmals gebildet wurden, denn sie "erfaßten sämtliche Fertigungsstadien" bei der Produktion von Maschinen und trugen damit zur Koordination der Arbeit einzelner Abteilungen sowie der Arbeit vor- und nachgelagerter Betriebe bei. Dadurch leisteten sie zwar einen Beitrag zur Organisation und Planung der Arbeit innerhalb und zwischen den Betrieben, konnten jedoch nicht als dauerhaftes Koordinierungsinstrument angesehen werden.

4. Die Bewegung der kollektiven Hilfe

Das sozialistische Element im Wettbewerb stellt das Prinzip der gegenseitigen, kameradschaftlichen Hilfe dar.

Die bisher dargestellten Wettbewerbsbewegungen sind insofern streng genommen noch nicht als sozialistischer Wettbewerb zu bezeichnen, da es hierbei nicht in erster Linie darum ging, Zurückgebliebenen zu helfen, um somit "den allgemeinen Aufschwung zu erreichen." Erst die Bewegung für kollektive Nachhilfe, die im Jahre 1930 im Donezbecken entstand, setzte sich zum Ziel, führende Betriebe zu veranlassen, ihre Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten einzusetzen, um Zurückgebliebenen zu helfen, den Anschluß an das Produktionsniveau der Fortgeschrittenen zu erreichen, wodurch dem sozialistischen Element des Wettbewerbs Rechnung getragen wird.

Diese Bewegung geht auf die Anregung des Schlossers Affanassenko zurück, der in der Kohlengrube "Artjom" der Betriebsversammlung den Vorschlag unterbreitete, sie möge sich verpflichten, der benachbarten Kohlengrube "Oktoberrevolution" aus ihrem Rückstand herauszuhelfen. Ein Teil der Arbeiter der "Artjom-Kohlengrube" begab sich für einen Monat und zehn Tage in die Nachbargrube, spürte dort Fehler und Mängel auf und zeigte anhand von 400 Verbesserungsvorschlägen, wie die Arbeitsorganisation verbessert und die Produktion effektiviert werden kann. Durch diese kollektive Hilfsmaßnahme konnte die Produktion von 700 t auf 1000 t gesteigert werden.[1)]

Diese Methode der kameradschaftlichen Hilfe wurde anfangs von anderen Kohlegruben praktiziert, später breitete sie sich auch in anderen Industriezweigen und in der Landwirtschaft aus. Bei erfolgreichem Verlauf führte

---

1) Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 104 f.

die gegenseitige Hilfe zu einem Wettbewerb zwischen dem vorher rückständigen und den helfenden Betrieb.

Im weiteren Verlauf der Planperiode verlagerte sich der Schwerpunkt des Wettbewerbs. Produktionssteigerungen konnten in größerem Maße nicht mehr durch die einfache Rationalisierung des Arbeitsprozesses, wie innerbetriebliche Organisation, erzielt werden. Es kam nun darauf an, die Intensität der Produktion durch den Einsatz technisch verbesserter Produktionsmittel (Maschinen, Anlagen) zu erreichen. Neu errichtete Betriebe mußten auf ihre volle Leistungsfähigkeit gebracht, neu entwickelte Verfahren der Bestarbeiter mußten als Allgemeingut möglichst rasch in die Produktion eingebracht werden. Voraussetzung dazu war jedoch, daß möglichst viele Arbeiter die "neue Technik" beherrschen lernten. Die "technische Schulung der Kader" wurde zur Hauptaufgabe des sozialistischen Wettbewerbs.[1)]

In diesem Zusammenhang wurde der Bergarbeiter N. Isotow bekannt, der eine Bewegung ins Leben rief, deren Ziel darin bestand, den ungelernten Arbeitern fortschrittliche Arbeitsmethoden und Erfahrungen im Umgang mit modernen technischen Anlagen zu vermitteln. Isotow, der seine eigene Arbeitstechnik verbesserte und dadurch die Produktionsnorm um ein Vielfaches übertraf, wurde zum Initiator für die Unterweisung zurückgebliebener Arbeiter. Sein Leitmotiv war: "Wer selbst gut arbeitet, ist noch kein Isotow. Ein Isotow ist der-

---

1) Vgl. Fjedinin, a.a.O., S. 63

jenige, der selbst gut arbeitet und andere gut lehrt." Mit Hilfe dieser Bewegung sollte ein Hauptproblem der damaligen Arbeitssituation gelöst werden: die Qualifizierung der Arbeitskräfte.

Die Idee von Isotow war der Anstoß, der später zur Gründung von Schulen führte, in die Arbeiter delegiert wurden, um sich fortschrittliche Arbeitsmethoden anzueignen und sich mit dem neuesten Stand des technischen Fortschritts vertraut zu machen. Einige dieser Schulen vermittelten die Produktionserfahrungen eines oder mehrerer Arbeiter, einer größeren Gruppe von Arbeitern oder ganzer Betriebsabteilungen, andere versuchten, die zusammengefaßten Erfahrungen einer Gruppe von Bestarbeitern allen Arbeitern mehrerer verwandter Betriebe (Branchen) mitzuteilen (überbetriebliche Schulung). Ziel dieser Schulung war die umfassende Anwendung der neuesten Erkenntnisse und Methoden der Wissenschaft und Technik. Der Wandel in der Zielsetzung der Wettbewerbsführung ergibt sich aus der Notwendigkeit, mit zunehmendem Reifegrad der Volkswirtschaft effektivitätssteigernde Produktionsverfahren einzuführen, um das Ziel des sozialistischen Wettbewerbs, die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität, zu erreichen. Innovationen aufgrund wissenschaftlicher Forschung und deren unmittelbare Anwendung in der Praxis sowie Erfinder- und Rationalisatorenbewegungen aus der praktischen Erfahrung heraus sollen zur qualitativen Verbesserung der Produktionsanlagen und damit der Produkte führen. Diese Notwendigkeit ergibt sich für jede wachstumsorientierte Volkswirtschaft, die einerseits nur über begrenzte Ressourcen verfügt (Arbeitskräfte, Rohstoffe, etc.) und andererseits gezwungen ist, ihre Produkte in qualitativer Hinsicht dem Weltmarktniveau anzupassen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Der Zwang zur Verwertung der eigenen Produktion im Ausland stellt sich trotz eines hohen Eigenbedarfs umsomehr, da gerade die UdSSR technisches 'know how' importieren muß (Lizenzen, Patente, z.B.), um ihre Produktion weiterhin dem wissenschaftlich-technischen Höchststand anzupassen. Andererseits benötigt sie, wie die NEP-Periode und die gegenwärtige Situation zeigt, Kapital (Kredite, Währungsreserven, usw.), um mit Hilfe des Auslands Produktionsanlagen erstellen zu lassen.[1] Um jedoch diesbezüglich nicht vom Ausland abhängig zu werden, muß die Sowjetunion bestrebt sein, ihrerseits innovatorisch tätig zu sein, um den Import von Innovationen in Grenzen zu halten und ihrerseits Patente, Lizenzen usw. anbieten zu können.

Noch heute spielt der sozialistische Wettbewerb bei der Entwicklung des technischen Fortschritts eine entscheidende Rolle. Rationalisatoren-, Erfinder- und Neuererbewegung, auf die im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch näher eingegangen werden soll, zeigen, welchen Stellenwert man dem Wettbewerb in dieser Beziehung beimißt. "Man kann ohne Übertreibung sagen, daß vom Ausmaß und Niveau des sozialistischen Wettbewerbs für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im hohen Maße das Tempo unseren Vorwärtsschreitens abhängen wird."[2]

Im Anschluß an die Isotow-Bewegung entwickelte sich ein Wettbewerb um "die Ablieferung ausschließlich ausgezeichneter Arbeit" und um den Titel eines "Bestarbeiters". Diese Bewegung, die als Vorläufer der Stachanowbewegung nur relativ kurze Zeit populär war, war ebenfalls auf die Hebung der produktionstechnischen Qualifikation der Arbeiter gerichtet. Der Titel "Bestarbeiter" wurde auch in Zukunft für ERfolge im sozialistischen Wettbewerb verliehen.

---

1) Als Beispiele aus jüngster Zeit seien hier die Projekte Togliattigrad (Fiat-Lizenz), Kama-LKW Produktion, Großröhrenprojekt, Kursk Stahlwerke (Krupp, Korf, Salzgitter AG) genannt.

2) Fjedinin, a.a.O., S. 69

5. Die Stachanowbewegung

Die Transformation eines relativ unterentwickelten Landes in einen modernen Industriestaat, der allein in der Lage ist, die Bedingungen des Kommunismus ("Konsumtionsmittel in Hülle und Fülle bereitstellen, um nach den Bedürfnissen ihrer Mitglieder zu verteilen", Stalin) zu erfüllen, konnte nur durch den Einsatz moderner Produktionsanlagen und durch die Ausbildung von Arbeitern, die diese Anlagen bedienen können, erreicht werden. Auf diese Notwendigkeit wies Stalin zu Beginn des zweiten Fünfjahresplanes hin. "In der Periode des ersten Fünfjahrplans haben wir es verstanden, den Enthusiasmus, das Pathos des neuen Aufbaus zu organisieren, und haben entscheidende Erfolge errungen. Das ist sehr gut. Jetzt genügt das aber nicht. Jetzt müssen wir das durch den Enthusiasmus, das Pathos der Meisterung der neuen Betriebe und der neuen Technik ergänzen, durch eine ernste Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch eine ernste Herabsetzung der Selbstkosten. Das ist jetzt die Hauptaufgabe."[1)]

Die ehrgeizigen Ziele des zweiten Fünfjahrplanes konnten mit den bisher angewandten Produktionsmethoden und unter Ausnutzung des revolutionären Enthusiasmus allein nicht mehr bewältigt werden. Aus diesem Grunde war es unabdingbar, die Technisierung der Industrie weiter voranzutreiben um die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Kosten zu senken.[2)]

---

1) Stalin, J.W., Fragen des Leninismus, Berlin, DDR, 1951 S. 475 f.

2) Der 2. Fünfjahrplan sah vor, die Arbeitsproduktivität um 63 % zu steigern und die Produktionskosten der Industrie um 26 % zu senken.

Im Zuge der Technisierung der Industrieanlagen und aus der Notwendigkeit, der aufstrebenden Industrie (Schwerindustrie) eine gesicherte Energiebasis zu geben, entstand erstmals im Kohlebergbau eine Wettbewerbsbewegung, die von ihrer Wirksamkeit und ihrer Ausbreitung als die bedeutendste und auch im Ausland als die bekannteste gilt. Ihren Namen erhielt sie nach dem Grubenarbeiter Alexej Stachanow, dessen Verdienst darin bestand, daß er im August 1936 in der Kohlengrube "Zentralnaja Irmino" in einer Schicht 102 t Kohle förderte und damit seine Norm um das 14fache übererfüllte.[2] Diese Leistung erbrachte Stachanow durch gute organisatorische Vorbereitung dieser Schicht. Unter Ausnutzung des Prinzips der Arbeitsteilung, d.h. hier durch die Trennung des Arbeigsprozesses in Hilfs- und Hauptprozesse war Stachanow als Hauer mit zwei Zimmerleuten in der Lage, diese Leistungssteigerung zu erreichen.[1] Die Ausbauarbeiten, die Vorbereitungen von Abstufungen im Kohleflöz, die Herrichtung der Bewetterung und andere Hilfs- und Vorbereitungstätigkeiten minderten die reine Abbauzeit bzw. den Maschineneinsatz vor Ort. Durch diese Trennung der Hilfsarbeit von der Hauptarbeit, dem reinen Abbau der Kohle, erhöhte sich die Produktivität der Maschinen und Geräte. Indem jedoch ausschließlich die Leistungen der Hauptprozesse bewertet werden und somit die Gesamtleistung verzerrt dargestellt bzw. eine Zuordnung unterbleibt, kann keine exakte Aussage über die Produktivität dieser Schicht gemacht werden. Außerdem besteht die Gefahr bei dieser Bewertungsmethode, daß sich die vernachlässigten Hilfsprozesse als ein Bremsklotz für das

---

1) Bei der Ehrung Stachanows wurden die Namen der Zimmerleute, ihr Anteil an der Gesamtleistung und ihre Funktion bei der Schaffung der "Idealbedingungen" für Stachanow nicht erwähnt.

2) Vgl. Jewstafjew, Der sozialistische Wettbewerb ... a.a.O, S. 77 f.

weitere Wachstum der Arbeitsproduktivität herausstellen.

Mandel sieht den Vorteil dieser Methode darin, daß hochqualifizierte Arbeiter von der Notwendigkeit befreit wurden, Arbeiten auszuführen, die auch von weniger qualifizierten Arbeitern verrichtet werden könnten. Die qualifizierten Arbeiter werden durch ihren Einsatz in Bereichen, die hohe Qualifikation erfordern, die Produktivität der Arbeit steigern können, während zweitrangige Tätigkeiten von niedriger entlohnten Beschäftigten ebenso produktiv verrichtet werden können.[1)]

Das Stachanowprinzip breitete sich sehr rasch in allen Zweigen der Volkswirtschaft aus. Der Häuer Djukonow übertraf wenig später Stachanows Leistungen um das Doppelte (227 t Kohle), der Schmied Bussygin fertigte 1.000 Kurbelwellen statt 675 normgemäß, der Fräser Gudow übererfüllte seine Norm um das 14fache, der Lokomotivführer Kriwonos verdoppelte die Geschwindigkeit der Lokomotive, der Mähdrescherfahrer K. Borin erntete 780 ha ab, während die durchschnittliche Leistung 336 ha betrug. Diese Reihe berühmter Stachanowarbeiter ließe sich beliebig fortsetzen.[2)]

---

1) Vgl. Mandel, E., Marxistische Wirtschaftstheorie, Ffm., 1971, S. 634
Originaltitel: Traité d'Economie, Paris 1962

2) Vgl. Maslowa, N.S., Proiswoditelnost truda w promyschlennosti SSSR, deutsch: Die Arbeitsproduktivität in der UdSSR, Moskau 1949, Berlin, DDR, 1975, S. 212 f.
Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 122 ff
Vgl. Fjedinin, a.a.O., S. 64 ff.
Vgl. Sozialistitscheskoe sorewnowanie w SSSR 1918 - 1964- Dokumenty i Materialy profsojusow, Moskau 1965, S. 127 ff.

Die Einzelleistungen der Stachanowleute, die in den Massenmedien ausführlich dargestellt und zur Nachahmung empfohlen wurden, sollten "allen Arbeitern die Richtung der Bewegung zeigen"[1], d.h., sie sollten angeregt werden, die eigene Arbeitsleistung ebenfalls, jedoch nicht unbedingt im gleichen Maße (nach Stalins Vorstellungen um durchschnittlich halb so viel wie die Stachanowleute) zu erhöhen, mit den alten Normen zu brechen und gewissermaßen mit den Stachanowleuten in den Leistungswettbewerb zu treten. Die Nachahmung der Stachanowleistungen in breitem Umfang würde dann zu einem Gesamtaufschwung der Arbeitsproduktivität beitragen. Außerdem könnten die "veralteten Normen" durch neue, d.h. höhere ersetzt werden, da die bisherigen Normen irreal seien, denn sie berücksichtigten nicht das neu erworbene technische Wissen der Arbeiter. "Wir brauchen technische Normen, die etwa in der Mitte liegen zwischen den jetzigen technischen Normen und jenen Normen, die die Stachanows und Busygins erreicht haben."[2]

Durch eine dem durchschnittlichen Leistungsstandard vorauseilende Leistungsnorm aufgrund neuer Arbeitsmethoden und -techniken wird in jedem System eine Anpassung der alten an die neuen Arbeitsmethoden erzwungen. Unter den besonderen historischen und ökonomischen Bedingungen der Sowjetunion war man wesentlich stärker auf eine möglichst rasche "Generalisierung erfolgreicher Arbeitsmethoden" angewiesen, denn innerhalb der UdSSR gab es bei dem hohen Tempo der Industrialisierung einerseits noch Handwerksbetriebe mit mittel-

---

1) Maslowa, a.a.O., S. 225

2) Stalin, J.W., a.a.O., S. 102

alterlicher Ausrüstung, andererseits schon voll- bzw. teilautomatische Produktionsstätten nebeneinander. Diese Disproportionen mußten durch die schnelle Verallgemeinerung neuer Produktionsverfahren und Arbeitsmethoden beseitigt werden.

Auf diesem Hintergrund erscheint es plausibel, daß alles unternommen werden mußte, um die Verbreitung der Pionierleistungen der Stachanowleute zu gewährleisten. Andererseits führte die "Ökonomisierung des Arbeitstages", wie sie die Stachanowbewegung zu erreichen suchte, zur effektiven Verlängerung des Arbeitstages der Beschäftigten. Das oft genannte Wettbewerbsziel: "Volle Ausnutzung der Arbeitszeit" führte z.B. dazu, daß Stachanowleute propagierten, die Pflege von Maschinen, Rüst- und Reparaturzeiten und Anfahrtswege zum Arbeitseinsatzort aus der Normalarbeitszeit auszuklammern (Nasarowna-Methode). Dadurch ergab sich für die Beschäftigten bei Einhaltung der Normalzeit eine zusätzliche Belastung. Ähnlicher Ansicht war auch Trotzki. Seiner Meinung nach beruhe die Stachanow-Bewegung z.T. auf Arbeitszeitverlängerungen, da die Richtzeiten in die Ruhezeiten der Arbeitenden verlegt worden sind.[1)]

Die Stachanowbewegung konzentrierte sich im Laufe ihrer Entwicklung auf eine große Anzahl unterschiedlicher Ziele:[2)]

Arbeitsteilung

Vermehrung der Maschinenzeit durch Minderung der Stillstände

Rationalisierung des Produktionsprozesses, des Transportes,

---

1) Vgl. Trotzki, L., Verratene Revolution, Ffm. 1968, S. 81f.

2) Vgl. Maslowa, a.a.O., S. 225

Mehrmaschinenbedienung (Wolkowa-Methode)

Rationelle Organisation der Arbeit und des Arbeitsplatzes

Intensive Ausnutzung der Produktionskapazitäten

Einsparung von Roh- und Hilfsstoffen

Der begeistertste Verfechter der Stachonowidee war Stalin, der ähnlich wie Lenin zur Zeit der Subbotnikbewegung, in dieser Bewegung den Ausdruck der sich wandelnden Bewußtseinsinhalte der Arbeiter sah. Stachanowleute waren für ihn "neue, besondere Menschen"[1], die sich die Überwindung der bestehenden technischen Normen, die Überwindung der projektierten Leistungsfähigkeiten, die Überwindung der bestehenden Produktionspläne und -bilanzen zum Ziel gesetzt haben, die Revidierung der alten Pläne und Normen forderten und dadurch die Industrie revolutionierten. Aus diesem Grunde sei die Stachanowbewegung zutiefst revolutionär.[2] Stalin sah eine große Bedeutung der Stachanowbewegung darin, daß sie "einen neuen Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbs" bringe. Es genüge in dieser Zeit nicht mehr, an den revolutionären Geist und an die Opferbereitschaft der Arbeitenden zu appellieren, um Produktivitätssteigerungen zu erzielen. Die Stachanowbewegung stelle eine Etappe im sozialistischen Wettbewerb dar, die mit der neuen Technik und der Ausbildung der Arbeiter verbunden sei.[3] Weiterhin sah er die Bedeutung der Stachanowbewegung darin, daß sie die Bedingungen für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus vorbereite, da durch sie das kulturelle und technische

---

1) Stalin, Rede ... a.a.O., S. 91

2) Vgl. ders., a.a.O., S. 91

3) Vgl. ders., a.a.O., S. 90

Niveau der Arbeiter so gesteigert werde, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwinde und durch das dann bestehende hohe Niveau der Arbeitsproduktivität ein Überfluß an Konsumtionsmitteln herrsche, wodurch der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben werde, nach dem Prinzip des Kommunismus: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen", zu leben.[1] Die Stachanowbewegung berge die ersten Ansätze zu dieser Entwicklung in sich, da sie freiwillig die Erhöhung der Normen vorantreibe. Wesentlich sei die Spontaneität, die Entwicklung "von unten her", ohne irgendwelchen Druck seitens der Betriebsleitung - oft sogar gegen deren Willen.

In der Tat liegt in der freiwilligen Initiative das wichtigste Element des Wettbewerbs. Wettbewerbsbewegungen in sozialistischen Ländern können spontan entstehen oder kampagnemäßig institutionalisiert werden. In der Geschichte des sozialistischen Wettbewerbs lassen sich alle Formen nachweisen, vom spontanen Wettbewerb, der hauptsächlich auf dem revolutionären Enthusiasmus und die Opferbereitschaft der Massen begründet war (Subbotnikbewegung) bis hin zur kampagnemäßigen Wettbewerbsführung, abgesichert durch materielle Stimuli in der gegenwärtigen Phase des sozialistischen Wettbewerbs, wie er am Beispiel der DDR dargestellt werden wird. Die Stachanowbewegung erscheint als eine Mischform. Auf der einen Seite wird auf die Spontaneität, auf die Bewegung "von unten her" hingewiesen (Stalin), andererseits befassen sich die Publikationsorgane, die Gewerkschaft und die Partei so intensiv mit dieser Bewegung, daß man auf eine gelenkte, kampagnemäßig geführte Wettbewerbsbewegung schließen muß. Entscheidendes

---

1) Vgl. Stalin, a.a.O., S. 92 f.

Indiz für die Beurteilung wäre jedoch die Rolle der Arbeiter und ihre Motivation, sich an dieser Form des Wettbewerbs zu beteiligen. Geht man allein von der Anzahl der Stachanowarbeiter aus - Ende 1938 beteiligten sich ca. 41 % aller Arbeiter[1] - so kann von einer Massenbewegung gesprochen werden, die trotz des stalinistischen Terrors in dieser Zeit ohne eigene Initiative der Arbeiter nicht hätte entstehen können. Spätere Wettbewerbsbewegungen haben diese Beteiligungsquote selten erreicht. Auch die Ausbreitungsgeschwindigkeit weist auf ein lebhaftes Interesse der Arbeiter hin.[2]

Stalin nennt vier Ursachen, die zur Stachanowbewegung und ihrer schnellen Ausbreitung führten:[3]

1. die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter
2. die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung
3. die Einführung der neuen Technik
4. die Ausbildung von Kadern, von Menschen, die fähig sind, der Technik leitend voranzugehen und sie vorwärtszubringen.

Um die Stachanowbewegung nicht abklingen zu lassen, sei die Entfaltung, ihre Ausdehnung in Breite und Tiefe und auf alle Gebiete, notwendig. Die Parteiorganisation solle als "Motor dieser Bewegung" eingesetzt werden. Gleichzeitig sollen denjenigen, die die Stachanowbewegung zu hemmen versuchten und sich hartnäckig an das Alte klammerten, "Zügel angelegt werden."[4]

---

1) Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 130

2) Empirische Untersuchungen aus dieser Zeit über das Arbeiterbewußtsein liegen leider nicht vor.

3) Stalin, a.a.O., S. 97 ff.

4) ders., Rede ... a.a.O., S. 101

Die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter kann nicht, wie Stalin behauptete, als Ursache der Entstehung der Stachanowbewegung angesehen werden, da diese ja erst das Ziel der Wettbewerbsbewegung darstellte. Obwohl die Reallöhne nach der schweren Versorgungskrise des Jahres 1933 erhöht wurden, muß der Hinweis auf die Verbesserung der Lage den Arbeitern geradezu als Zynismus erschienen sein; war doch die Erfüllung der ehrgeizigen Planziele erst durch die enorme Anstrengung der Arbeiter erreicht worden. Inwieweit die zweite Ursache, die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung für die Entstehung und Ausbreitung der Stachanowbewegung tatsächlich gegeben war, ließe sich nur bei gesicherter Information über den Bewußtseinsstand der Arbeiter beantworten. Es ist jedoch zu bedenken, daß etwa gleichzeitig mit der Einführung der Stachanowbewegung das Akkord- und das Prämiensystem etabliert wurden, die vorwiegend das individuelle Interesse ansprechen. Da die Veränderung des gesellschaftlichen Seins nach der herrschenden Lehre aber das Bewußtsein der Menschen bestimmt, müßte mit der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung ein neues Bewußtsein entstehen, ein gesellschaftliches Bewußtsein, welches Prämien- und Akkordsysteme als Leistungsstimulans überflüssig erscheinen läßt. Gerade die Einführung dieser Systeme und die Entstehung der Stachanowbewegung, die hohe Einzelleistungen favorisiert, widerspricht der These Stalins. Die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung kann lediglich als eine Voraussetzung zur Entstehung der Stachanowbewegung angesehen werden.
Die Einführung der "neuen Technik" kann ebenfalls nicht als Ursache, sicher aber als Mittel für die Durchführung erster Stachanow-Spitzenleistungen gelten. Wesentlich ist aber nicht die Ausstattung Einzelner mit modernen Techniken, um sie dann als Vorbilder propagandistisch aufzuwerten, sondern die weite Verbreitung und Anwendung neuer Technologien. Da das allgemeine technische Niveau

aber weiter hinter dem der Stachanowarbeiter blieb, und wie am Beispiel A. Stachanows gezeigt wurde, die weiteren Produktionsbedingungen günstiger waren, bestand zwischen den Stachanowarbeitern und den anderen Arbeitern keine Wettbewerbsbeziehung. Die Spitzenarbeiter standen vom Beginn an außerhalb jeden Wettbewerbs. Die Stachanowbewegung läßt sich in zwei Phasen unterteilen:
In der ersten Phase wurde mit Hilfe der Partei und der Betriebsleitung eine Stachanowleistung erzielt, die propagandistisch hervorgehoben wurde und dem Stachanowarbeiter zahlreiche Ehrungen und materielle Vorteile verschaffte (Veröffentlichung in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften, staatliche Auszeichnungen, wie den Ehrentitel "Held der Arbeit" bzw. nach 1938 "Held der sozialistischen Arbeit" oder den Leninpreis bzw. Stalinpreis ab 1940, die jeweils mit Geldprämien und anderen materiellen Privilegien, wie bevorzugte Wohnraumzuteilung, verbunden waren). In der zweiten Phase wurde versucht, die Stachanowleistung im Massenumfang zu wiederholen. Hierbei bediente man sich der Form des individuellen Wettbewerbs, der innerhalb der Betriebe von Mann zu Mann geführt wurde (I).[1)] Der Entscheidung für diese Form der Wettbewerbsführung lag die Erfahrung zugrunde, die man mit den Stoßbrigaden gemacht hatte. Die Wettbewerbsverpflichtung (Planerfüllung bzw. Übererfüllung) sollte eindeutig bestimmt und individuell zurechenbar und damit kontrollierbar gemacht werden (Prinzip der persönlichen Verantwortung der Wettbewerbsteilnehmer). In der ersten Phase, in der die Stachanowarbeiter (Vorreiter) gewissermaßen das Leistungsmaximum angaben, kann, wie oben bereits erwähnt, von Wettbewerb noch nicht gesprochen werden. Der Wettbewerb von Mann zu Mann der zweiten Phase ist auch im Sinne von Stalins

---

1) Vgl. Abb. I, S. 51

Vorstellungen über den Wettbewerb im Sozialismus noch kein sozialistischer Wettbewerb, da die gegenseitige Hilfe weitgehend außer acht gelassen wurde.[1)]
Eine gesicherte Aussage über den gesamtwirtschaftlichen Erfolg der Stachanowbewegung läßt sich nach dem verfügbaren Material nicht machen, jedoch kann mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Stachanowbewegung einen beachtlichen Anteil an der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die im "Stachanowjahr" 1936 ca. 22 % betrug, hatte.

---

1) Stalin definiert den sozialistischen Wettbewerb als Gegensatz zur Konkurrenz folgendermaßen:
"Das Prinzip der Konkurrenz: Niederlage und Tod der einen, Sieg und Herrschaft der anderen.
Das Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs: Kameradschaftliche Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen, um einen allgemeinen Aufschwung zu erzielen. Die Konkurrenz sagt: Schlage die Zurückgebliebenen nieder, um deine Herrschaft zu festigen.
Der sozialistische Wettbewerb sagt: Die einen arbeiten schlecht, die anderen gut, die dritten besser - hole die Besten ein und erziele einen allgemeinen Aufschwung."
Stalin, J.W., Der Wettbewerb und der Arbeitsaufschwung der Massen, In: Werke, Bd. 12, Berlin, DDR, 1954, S. 98

6. Weitere Wettbewerbsbewegungen

Als eine höhere Stufe des sozialistischen Wettbewerbs wurde die Kowaljow-Bewegung angesehen, die im Anschluß an die Stachanowbewegung populär wurde. Hierbei wurden mit wissenschaftlichen Methoden Arbeitsstudien durchgeführt, um die rationellsten Arbeitsgänge herauszufinden und sie allgemein zur Anwendung zu bringen. Dazu werden die einzelnen Arbeitsgänge in ihre physiologischen Bestandteile zerlegt, um durch den Vergleich der verschiedenen Methoden unterschiedlicher Bestarbeiter (z.B. Stachanowarbeiter) oder durch eine optimale Kombination der vorteilhaftesten Einzeltätigkeiten den Gesamtarbeitsvorgang zu effektivieren. Diese Methode sollte "den Arbeitseffekt selbst jedes einzelnen Stachanowarbeiters noch übertreffen und alle isolierten Leistungen zu potenzierter Wirkung zusammenfassen".[1] Zur allgemeinen Verbreitung der Ergebnisse der Untersuchungen wurden Stachanowschulen, Patenschaften (zur Unterweisung von Mann zu Mann, Kollektiv zu Kollektiv, etc.) Gewerbeschulen, die mit Zeitlupenfilmen und anderem Demonstrationsmaterial arbeiteten, eingerichtet. Die Ergebnisse dieser Methode wirkten sich unmittelbar auf die Arbeitsnorm aus. Die Norm orientierte sich nun nicht mehr am "'fortschrittlichen Durchschnitt', sondern der überdurchschnittliche Fortschritt ist das stillschweigende Prinzip geworden."[2]

Die Kowaljow-Methode, die auf den arbeitswissenschaftlichen Studien des Amerikaners F.W. Taylor beruhte, konnte selbst in der UdSSR nicht mehr als Neuerung ange-

---

1) Hofmann, W., Die Arbeitsverfassung .... a.a.O., S. 331 f.

2) Hofmann, W., Die Arbeitsverfassung ... a.a.O., S. 332

sehen werden, da das Taylor-System bereits 1918 von Lenin zur Anwendung in der Sowjetunion empfohlen worden war.[1] Allerdings waren die Möglichkeiten der Einführung dieses Systems damals noch nicht gegeben, da es noch keinen festen Industriearbeiterstamm gab, auf den dieses System zur Anwendung hätte kommen können. Der von Kowaljow unterbreitete Vorschlag richtete sich nunmehr an eine Industriearbeiterschaft, die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung der Bewegungsabläufe, insbesondere im Bereich der komplizierten technischen Anlagen zu erreichen.
Bei der Anwendung dieser Methoden ergaben sich vielfach Schwierigkeiten dadurch, daß die Arbeiter an ihrer Einführung nicht interessiert waren, denn eine Steigerung der Arbeitsproduktivität hatte in der Regel die Erhöhung der Arbeitsnormen - nach dem Prinzip der fortschrittlichen Normung - zur Folge. Weiterhin versagte dieses System - ähnlich wie auch das Taylor-System in den westlichen Betrieben - dadurch, daß die ermittelte beste Arbeitsmethode zwar die rationellste Bewegungsform (z.B. Griffolge) darstellt, jedoch die individuelle Ermüdungsanfälligkeit der einzelnen Bewegungen nicht mitberücksichtigt wird. Wird dann die ermittelte beste Arbeitsmethode verbindlich vorgegeben, entspricht das Arbeitsergebnis nicht notwendig dem Optimum.

Zu Beginn des 2. Weltkrieges setzte sich eine Wettbewerbsbewegung durch, die ausgehend von der Automobilfabrik "Gorki" die Arbeiter insbesondere in kriegsentscheidenden Produktionsbereichen aufrief, mehrere

---

1) "Der Sozialistischen Sowjetrepublik steht eine Aufgabe bevor, die sich kurz so formulieren läßt, daß wir das Taylorsystem und die wissenschaftliche amerikanische Steigerung der Arbeitsproduktivität in ganz Rußland einführen müssen, wobei wir dieses System verbinden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, mit der Anwendung neuer Methoden der Produktion und Arbeitsorganisation ohne jeglichen Schaden für die Arbeitskraft der werktätigen Bevölkerung."
Lenin, W.I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, a.a.O. S. 18 f.

Maschinen gleichzeitig zu bedienen. Dadurch sollten Arbeitskräfte eingespart werden, die dann an der Front eingesetzt werden konnten.

Etwa zur gleichen Zeit entstanden in zahlreichen Betrieben sog. Frontbrigaden, die auf Initiative der jüngeren Arbeiter zum Wettbewerb um "die Erfüllung der Aufträge für die Front" aufriefen und ihre Kampagne unter den Leitspruch stellten: "In der Arbeit wie im Gefecht!" Sie stellten sich selbst höhere Aufgaben und arbeiteten täglich so lange, bis der Tagesplan erfüllt war.

Eine ähnliche Funktion hatten die Konsomol- und Jugendbrigaden. Sie entstanden im Herbst 1941 und trugen während des Krieges hauptsächlich zur Erfüllung der kriegsentscheidenden Produktionspläne bei. In einem Moskauer Werk stellten die Konsomol- und Jugendbrigaden 1943 30 % aller Arbeiter und leisteten fast die Hälfte der Gesamtproduktion des Betriebes.[1)]

Auch diese Brigaden standen untereineinder im Wettbewerb um den Titel "Frontbrigade", den die Brigade erhielt, die den Plan mit 150 % oder mehr erfüllte.[2)]

Die Zielsetzung des sozialistischen Wettbewerbs während des 2. Weltkrieges war vergleichbar mit der während der Zeit des Kriegskommunismus; es handelt sich hierbei im wesentlichen um einen "Ausstoßwettbewerb" (Hofmann), bei dem wieder quantitative Produktionsergebnisse im Vordergrund standen. Auch hinsichtlich der Arbeitszeit

---

1) Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 151

2) Vgl. ders., a.a.O., S. 151

waren die Wettbewerbsinitiativen der Jahre nach der Revolution und der während des 2. Weltkrieges vergleichbar, denn Wettbewerbserfolge während des Krieges wurden hauptsächlich durch eine beträchtliche Verlängerung des Arbeitstages erreicht.

Nach dem II. Weltkrieg war der sozialistische Wettbewerb in der UdSSR durch Wettbewerbskampagnen geprägt, die aus den unterschiedlichsten Anlässen initiiert wurden: Zum Jahrestag der Revolution, zu Lenins Geburtstag, zum Besuch eines hohen Staatsgastes usw. Während in der Kriegsperiode im wesentlichen quantitative Ziele im Vordergrund standen, änderte sich die Zielsetzung der Wettbewerbsbewegungen mit zunehmender Detaillierung der Pläne. Der Quantitätswettbewerb wurde durch den Qualitätswettbewerb abgelöst. Wettbewerbsbewegungen, wie die Mehrmaschinenbedienung (Wolkowa), Schnellschmelzen (Kutscherin), Schnellmauern (Kulikow und Sabljugin), Kostensenkungswettbewerb und Wettbewerb für "hohe Ernte" in der Landwirtschaft werden zunehmend durch Bewegungen zur Verbesserung qualitativer Kennziffern ersetzt: "Bewegung für ausgezeichnete Qualität" (Tschutkich), "für vorbildliche Reparatur" von Maschinen, "für ausgezeichnete Ausführung jedes Arbeitsganges" (seit 1951), für Senkung der Selbstkosten bei jedem Arbeitsgang, für "Materialökonomie".

Die bewußte Personalisierung des Wettbewerbs, wie sie schon seit der Revolution betrieben wurde, indem der Name des Bahnbrechers mit der Bewegung verbunden wurde, setzte sich auch in den Kampagnen der Nachkriegszeit fort. N. Mamaj und A. Koltschik wurden als Begründer des Komplexwettbewerbs bekannt, wobei es auf die Einhaltung der Planfakten, der Qualitätskennziffern und quantitative Planerfüllung ankam. Neben rein ökonomischen Zielen sollte der Wettbewerb auch stets das gesellschaftliche Bewußtsein

der Wettbewerbsteilnehmer formen. Diese Funktion sollten die "Brigaden der kommunistischen Arbeit" übernehmen, deren Institutionalisierung mit den Namen Gaganova und Stanilevitsch verbunden war.

Der sozialistische Wettbewerb änderte nach dem Tode Stalins seinen Charakter. Wurde während der Regierungszeit Stalins der Stachanowbewegung besonders favorisiert, die, wie beschrieben, auf die einmalige Spitzenleistung eines Arbeiters abstellte, um dann mit allen propagandistischen Mitteln einen Nachahmungseffekt auf möglichst breiter Basis zu erreichen, war man nach Stalins Tod bemüht, statt vorbildlicher Einzelleistungen zu dauerhaften Bestleistungen im Wettbewerb zu gelangen. Dieser Wandel war einerseits ökonomisch erforderlich, um die auf dem XX. Parteitag beschlossene Lohnerhöhung und die Reduzierung der Arbeitszeit auf die 40-Stunden-Woche durch höhere Leistungen im Wettbewerb zu kompensieren, andererseits wurde die Stachanowbewegung, die unter Stalin zur Glorifizierung der Stachanowarbeiter führte, als ein Teil seines Personenkultes angesehen, der in der Ära Chruschtschows scharf kritisiert wurde.[1] Während die Stachanowaktivisten nach vollbrachter einmaliger Spitzenleistung das Land bereisten, um für die Nachahmung ihrer Leistung zu werben, um schließlich eine

---

1) "Der Parteitag hat die mit dem Personenkult um J.W. Stalin verbundenen Fehler einer prinzipiellen Kritik unterzogen und Maßnahmen getroffen, um die Folgen des Personenkults zu überwinden. In seiner Kritik am Personenkult ging der Parteitag von den grundlegenden Thesen des Marxismus-Leninismus aus, von den kritischen Bemerkungen W.I. Lenins über Mängel und negative Charakterzüge J.W. Stalins, die sich im letzten Abschnitt seines Lebens besonders verstärkt und unserer gemeinsamen Sache ernsthaften Schaden zugefügt haben." N.S. Chruschtschow, 40 Jahre große sozialistische Oktoberrevolution, Festrede in der Jubiläumssitzung des Obersten Sowjets der UdSSR 6. November 1957, Berlin, DDR, 1957, S. 36

führende Position in Wirtschaft oder Politik einzunehmen, kehrten die Aktivisten in der Epoche nach Stalin, nachdem sie anderen Kollegen in Brigaden, Abteilungen, Betrieben oder anderen Industriezweigen ihre Methoden, Kenntnisse und Erfahrungen vermittelt hatten, an ihren Arbeitsplatz zurück.

Die Methoden der Wettbewerbsführung wandelten sich jedoch auch nach Stalin nicht grundsätzlich. Insbesondere kann nicht festgestellt werden, daß die Werktätigen nun nach Überwindung des stalinistischen Terrors von sich aus initiativ im Hinblick auf die bewußte, freiwillige, "von unten" kommende Wettbewerbsführung wurden. Die folgende Wettbewerbsbewegung anläßlich des XX. Parteitags entstand nicht spontan, sondern wurde von der Partei angeregt. Allerdings konnten die Arbeiter unmittelbare Vorteile von den Ergebnissen erwarten: neben der bereits erwähnten Lohnerhöhung, die insbesondere die niedrigeren Lohngruppen betrafen und der Senkung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden erhoffte man sich weitere innenpolitische Lockerungen, nicht zuletzt auch wegen des ausdrücklich im Rechenschaftsbericht betonten Gedankens der "friedlichen Koexistenz von Ländern mit verschiedenen sozialen und politischen Systemen".
Das Erfordernis, nunmehr dem wachsenden Wohlstand der breiten Massen Rechnung zu tragen, die Produktion der qualitativ veränderten Nachfrage anzupassen, d.h. auch die Priorität mehr zur Konsumgüterindustrie zu verlagern, führte andererseits zur Forderung an die Produzenten, die Arbeit zu intensivieren und im sozialistischen Wettbewerb Verpflichtungen einzugehen, die Planziele zu erfüllen bzw. überzuerfüllen.

Wiederum im Kohlebergbau entstand eine Wettbewerbsbewegung, die von den Häuern Mamaj ausging und später von Koltschik modifiziert wurde. Mamaj schlug seiner Brigade vor, sich zu verpflichten, je Schicht und Häuer eine Tonne Kohle über den Plan zu fördern. Gleichzeitig forderten die Mitglieder der Belegschaft eine andere Kohlengrube zur Nachahmung ihres Beispiels auf. Die Brigade Mamaj erfüllte ihre Verpflichtung bereits vorfristig und beschloß im kommenden Jahre ihre Verpflichtung auf 1,4 Tonnen pro Mann zu steigern. In der zum Wettbewerb herausgeforderten Kohlengrube sollen nach Angaben Tschanglis 1957 50.000 t. Kohle über den Plan gefördert worden sein.[1] Koltschik modifizierte die Mamaj-Bewegung, indem er die Produktionskosten in den Wettbewerb einbezog. Nach seinen Vorschlägen sollte nicht nur das Produktionsvolumen erhöht werden, sondern auch die Selbstkosten pro Tonne Kohle um einen Rubel gesenkt werden. Dieser Aspekt ist bis heute in allen folgenden Wettbewerbsbewegungen von großer Bedeutung gewesen. Insbesondere in der gegenwärtigen Phase der weltweiten Verknappung bzw. der exorbitanten Preissteigerungen im Bereich der Rohstoffe und der Energie (Rohöl) gewinnt der Aspekt der Material- und Energiekostensenkung mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs in den rohstoffarmen sozialistischen Ländern (DDR, Ungarn, Bulgarien) besondere Relevanz.

Die Mamaj-Koltschik-Bewegung unterscheidet sich in ihrer Durchführungsform von den bisherigen Wettbewerben dadurch, daß am Ende der Wettbewerbsperiode die Teilnehmer

---

1) Vgl. Tschangli, I., sozialistitscheskoe sorewnowanie i novye formy kommunistitscheskoe truda (Der sozialistische Wettbewerb und die neuen Formen der kommunistischen Arbeit), Moskau 1969, S. 94

im Erfahrungsaustausch herauszufinden versuchten, wer die besten Methoden angewandt hat, warum die Zurückgebliebenen das Wettbewerbsziel nicht erreichten und wie man die besten Arbeitsmethoden vermitteln bzw. sich aneignen kann. Weiterhin ist wesentlich, daß dieser Wettbewerb nicht lediglich diejenigen mit den besten Produktionsergebnissen ermitteln wollte, sondern es kam darauf an, ein vergleichbares Wettbewerbsziel am höchsten überzuerfüllen. Dazu war es notwendig, in der Vorbereitungsphase im Wettbewerbsvertrag exakt vergleichbare Wettbewerbsziele zu definieren und unterschiedliche Produktionsbedingungen bzw. unterschiedliche Ausgangssituationen einzubeziehen. Jeder Teilnehmer hat das Recht, die Arbeitsbedingungen der anderen zu überprüfen. Nachdem ein Jahresziel im Vertrag vereinbart worden war, konnte man dieses für Tage, Wochen oder Monate aufschlüsseln, um jederzeit den Stand des Wettbewerbs feststellen zu können. Die tägliche Auswertung sollte bei den Zurückgebliebenen neue Energien freisetzen, ihren Rückstand einzuholen bzw. die anderen zu überholen.

Auch bei dieser Art der Wettbewerbsführung fällt ganz offensichtlich der Aspekt der gegenseitigen Hilfe nicht ins Gewicht, wenn man davon absieht, daß nach Beendigung der Wettbewerbsperiode eine Analyse durchgeführt wird, die ggf. darüber Informationen liefern kann, warum die Zurückgebliebenen das Ziel nicht erreicht haben. Während der Wettbewerbsperiode, also in der Durchführungsphase versucht jeder selbst (bzw. jedes Kollektiv) eine möglichst günstige Stellung zu erreichen, ohne den anderen zu helfen. Erst Ende der 50er Jahre wurde das Prinzip der Hilfe für die Zurückgebliebenen in der Wettbewerbsbewegung neu verankert.

Die Brigadierin einer Bestarbeiterbrigade eines Textilkombinats, Walentina Gaganowa, entschloß sich im Oktober 1958 vorübergehend ihren Arbeitsplatz zu wechseln, um in einer Brigade zu arbeiten, die hinter der Durchschnittsleistung zurückgeblieben war. Dieser Brigade wollte sie durch die Bereitstellung ihrer Erfahrungen helfen, das Durchschnittsniveau zu erreichen bzw. das Niveau der Bestbrigade zu erzielen. Dieses Beispiel der uneigennützigen Hilfe für die Zurückgebliebenen sollte den ursprünglichen Gedanken des sozialistischen Wettbewerbs wieder stärker in die Wettbewerbsbewegungen einfließen lassen.[1] Es kann bei dieser Aktion sicherlich nicht davon ausgegangen werden, daß Frau Gaganova zufällig an jenem Datum, dem 13. Oktober 1958 ihre Entscheidung traf, an dem im Moskauer Rangierbahnhof der Beschluß über die Aufnahme des Wettbewerbs der Brigaden der kommunistischen Arbeit gefaßt wurde.[2] Auch wenn diese beiden Entscheidungen zufälliger Natur gewesen wären, bleibt es jedoch ein wichtiger Hinweis, gleichgültig ob "von oben" oder aus der Einsicht der Kollegin Gaganowa hervorgegangen, daß an dieses Prinzip erinnert und in die weitere Wettbewerbsdiskussion und -praxis eingeführt wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach kam es jedoch auf die damalige aktuelle Situation an, die diesen Weg erforderlich machte, denn in vielen Industriebetrieben der damaligen Zeit gab es einen großen Anteil von jugendlichen Arbeitern, deren Leistungen weit hinter denen ihrer älteren und erfahrenen Kollegen zurückblieben. Aus diesem Grund war es erforderlich, den Jugendbrigaden einen erfahrenen Brigadier zuzuordnen oder aber die Brigaden umzubilden, damit jeweils erfahrene und unerfahrene Werktätige zusammen eine Brigade bilden.

---

1) Als Leiterin der schlecht arbeitenden Jugendbrigade erhielt Gaganowa lediglich 550 - 600 Rubel, im Gegensatz zu 950 Rubel, die sie als Leiterin der Bestarbeiterbrigade erhielt.
Vgl. Gaganowa, V.I. Pomotschem ostajuschtschim dognat peredovych, Moskau 1959, S. 18

2) Vgl. Becker, R.. Der sozialistische Wettbewerb, in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs,(unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1965, S. 77)

Die Entwicklung des Wettbewerbs in der Sowjetunion hat gezeigt, daß seine Form und Funktion im wesentlichen abhängig sind vom Entwicklungsniveau des Landes. Die bisherige Entwicklung der Sowjetwirtschaft war durch die extensive Ausnutzung der Wachstumsfaktoren, wie Arbeitskräfte, Bodenschätze bzw. Kapazitätserweiterungen der industriellen Anlagen bewirkt worden. Die Weiterentwicklung dieser Produktivkräfte stößt jedoch immer mehr an ihre natürliche Grenze, da sowohl die Menge der Arbeitskräfte als auch die Rohstoffproduktion nicht beliebig erweitert werden können. Um das Wachstum der Wirtschaft nicht zu beeinträchtigen, wird es auch in der Sowjetunion, die im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen sozialistischen Ländern über ein weit größeres Potential an natürlichen Ressourcen verfügt, notwendig, die Intensivierung der Produktivkräfteentwicklung zu betreiben. Hierzu gehört die Einführung technischer Neuerungen, wissenschaftliche Arbeits- und Leitungsorganisation und weitgehende Rationalisierung. Die Wettbewerbsbewegungen wurden diesen Wachstumsbedingungen entsprechend ausgerichtet.

"Die Volkswirtschaft der Sowjetunion ist in ein solches Stadium eingetreten, in dem die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, die Verbesserung der qualitativen Kennziffern aller ihrer Zweige auf der Grundlage weiterer Errungenschaften der Wissenschaft und Technik immer stärker zur Hauptquelle des Wirtschaftswachstums werden. Unter diesen Bedingungen rücken die grundlegenden Fragen der Technik und der Ökonomik der Produktion an die erste Stelle."[1)]

---

1) Fjedinin, a.a.O., S. 67

Die Wettbewerbsziele wurden durch die Beschlüsse des XXIII. Parteitages vorgegeben und orientieren sich eindeutig am Wachstum der Produktion unter Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Effektivitätssteigerung der Produktion, Qualitätsverbesserungen, die Einführung neuer Technik sowie die Steigerung der Arbeitsproduktivität seien die Grundlagen, die bestimmend für die Wettbewerbsinhalte, -formen und methoden sind.[1] Aus dieser Perspektive leiten sich in der Produktionssphäre Wettbewerbsziele her, die rein ökonomisch-technischer Natur sind. Der Wettbewerb wurde nun in der Form geführt, daß für jeden Arbeiter ein persönlicher Fünfjahrplan aufgestellt wurde, der aufgeschlüsselt auch Auskunft über seinen täglichen Plan gibt. Dieser Fünfjahrplan fügt sich in den Gesamtplan des Betriebes ein, wodurch erreicht werden soll, daß "die schöpferische Initiative im sozialistischen Wettbewerb sich zukünftig an den verschiedenartigen Schwerpunktaufgaben in den einzelnen Unternehmen orientieren kann."[2]

Die zunehmende Industrialisierung und die damit verbundene technische Ausstattung der Arbeitsplätze führte zu einem erneuten Wandel der Ziele des sozialistischen Wettbewerbs. Im Vordergrund stand nunmehr die reibungslose Funktionsfähigkeit der technischen Anlagen und die Erfüllung der Produktionspläne; Übererfüllung erzeugt Disproportionen bei den vor- und nachgelagerten Verarbeitungsstufen bzw. im Absatz. Die intensive Ausnutzung der menschlichen Leistungsfähigkeit trat zurück hinter die volle Ausnutzung der Kapazitäten der Anlagen.

---

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 68

2) Vgl. Becker, R., a.a.O., S. 933

Daraus leitet sich ein neues Wettbewerbsziel ab: die umfassende Qualifizierung der Arbeitskräfte, um die Funktion der Anlagen zu gewährleisten, d.h. die fristgerechte Planerfüllung zu sichern. Hierzu steht ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung: Gegenseitiger Erfahrungsaustausch auf zwischenbetrieblicher Ebene, Besuche von Schulen, Seminaren und Hochschulen (überbetriebliche Weiterbildung) u.a.
Durch diese Weiterbildungsmaßnahmen würden sich gleichzeitig die Qualifikationsunterschiede zwischen den Arbeitenden reduzieren, wodurch langfristig das Ziel der Aufhebung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit im Sozialismus erreicht werden könnte.

Der sozialistische Wettbewerb soll den Prozeß der Einführung und Anwendung von Wissenschaft und Technik im Produktionsprozeß zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beschleunigen helfen. In vielen Betrieben werden dazu Abteilungen für Organisation und Rationalisierung gegründet, die dem technischen Fortschritt zur Durchsetzung verhelfen sollen. Es werden Zentren für wissenschaftliche und technische Propaganda errichtet, um die "neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik und die fortgeschrittenen Produktionserfahrungen" zu propagieren und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Werktätigen in der Produktion zu fördern. Im Rahmen des sozialistischen Komplexwettbewerbs wurden Verträge zwischen Forschungsinstituten und Betrieben geschlossen, um technische Innovationen anwendungsreif zu entwickeln, zu erproben und zur allgemeinen Anwendung zu bringen.
Der sozialistische Wettbewerb sei dazu berufen, die wissenschaftliche Arbeitsorganisation, die in der UdSSR von Kowaljow propagiert wurde, zu fördern.[1)]

---

1) Vgl. Fjedinin, a.a.O., S. 83

Der sozialistische Wettbewerb war insbesondere in der Stalinära, an seiner ursprünglichen Idee gemessen, eine Massenbewegung zu sein, die auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfe zur Entwicklung der Produktivkräfte beiträgt, dadurch pervertiert worden, daß er als Rechtfertigung für ständige Normerhöhung ausgenutzt wurde.[1] Die Anwendung des Prinzips der "fortschrittlichen Arbeitsnormung" bewirkte die Ablehnung des sozialistischen Wettbewerbs durch die Arbeiter; die Folge war, daß der Wettbewerb "von oben" kampagnemäßig geführt wurde. Die Freiwilligkeit, Spontaneität und Kreativität der Arbeiter wurde durch dieses Verfahren unterdrückt.

Nach Stalins Tod setzte mit wirtschaftspolitischen Reformversuchen auch eine Änderung der Wettbewerbsführung ein. Die Zielsetzung der verschiedenen, seit dem XX. Parteitag durchgeführten Reformen war, den unteren Planungsinstanzen und damit auch den Betrieben einen größeren Entscheidungsspielraum zu überlassen. Dies bedeutet auch für den sozialistischen Wettbewerb, daß die Arbeiter innerhalb der Betriebe verstärkt über die Produktionsberatungen, -konferenzen und über die Arbeitsgemeinschaften der Rationalisatoren und Erfinder an der betrieblichen Planung mitbeteiligt wurden. Der bisherigen Zentralisierung "von oben" sollte durch Initiativen und Kontrolle "von unten" entgegengewirkt werden. Alle Mitarbeiter waren aufgerufen, Kritik zu üben und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Der Wettbewerb sollte nach dem "Prinzip der kameradschaftlichen 'Rivalität'" geführt werden, wobei die Rivalität nicht auf einen Verdrängungswettbewerb hinauslaufen soll, sondern

---

1) "Ein Charakterzug des Wettbewerbs ist die schöpferische Initiative der Neuerer und der Bestarbeiter in der Produktion, die die moderne Technik vollkommen beherrschen, alte, überholte Arbeitsnormen und -methoden über den Haufen werfen und neue aufstellen."
Politische Ökonomie, Lehrbuch, nach der dritten, überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe von 1959, Berlin, DDR 1960, S. 583

derjenige sollte ideell durch Anerkennung und materiell durch Prämien ausgezeichnet werden, der durch verbesserte Technik und neue Arbeitsmethoden höhere Leistungen erzielt und diese Technik und Methoden der Allgemeinheit zugänglich macht. Das sozialistische Prinzip der Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen wurde hierbei indirekt wirksam.
Die allgemeine Anwendung der im sozialistischen Wettbewerb erarbeiteten Techniken wurde jedoch durch die administrativ zentralistisch-bürokratische Planung oftmals verhindert. Zahlreiche Beispiele hierfür sind in der Presse der Sowjetunion genannt worden.[1)]
Wird der sozialistische Wettbewerb durch Formalismus und Bürokratie behindert bzw. wirken sich objektiv positive Wettbewerbsergebnisse negativ für die Initiatoren oder die ganze Belegschaft des Betriebes aus, bleibt die schöpferische Initiative aus. Der Wettbewerb wird selbst zu einer formalen bürokratischen Einrichtung. Auch hierfür gibt es zahlreiche Beispiele. Fjedinin zitiert die "Prawda", in der Arbeiter des Nowomoskowsker Chemiekombinats "ein solches bürokratisches Herangehen an die Organisierung des Wettbewerbs" (Fjedinin) wie folgt beschreiben:[2)]

"Bei uns kann man öfters in der Abteilung oder auf dem Werkhof ein Verzeichnis mit etwa folgenden Verpflichtungen sehen: den Plan mit hundert und einigen Prozent erfüllen, für eine hohe Produktionskultur kämpfen, keine Verletzungen des technologischen Regimes und der Bestimmungen der Sicherheitstechnik aufweisen usw. Derartige überaus allgemeine Versprechungen werden Monat für Monat an den Bekanntmachungs- und Leistungstafeln ausgehängt. Niemand sprechen sie an; sie berühren nicht das wirkliche Leben."

---

1) Die Betriebe der Papierindustrie waren bemüht, durch bessere Ausnutzung der Rohstoffe die Selbstkosten zu senken, indem sie das Gewicht pro Quadratmeter verminderten. Dadurch konnte der Plan (in Quadratmeter Papier gemessen) bedeutend übererfüllt werden. Da diese Betriebe aber die vorgeschriebenen Selbstkosten, die pro Tonne Papier festgelegt waren, nicht eingehalten haben, also den Plan der Selbstkosten nicht erfüllten, erhielten sie wegen ungünstiger Planerfüllung keine Prämien. Vgl. Finanzy SSSR, 12/1964, S. 45

2) Fjedinin, W., Sozialismus und Wettbewerb, a.a.O., S. 47 f.

"In einigen Betrieben wurden die Verträge des sozialistischen Wettbewerbs nach einer einheitlichen, zuvor ausgearbeiteten Schablone aufgestellt und enthielten allgemeine, schablonenhafte Kennziffern."[1)]

---

1) ders., a.a.O., S. 48

V. Die systemimmanente Kritik der traditionellen Wettbewerbsvorstellungen

Die administrativ autoritäre Methode der Wirtschaftsführung und die damit verbundene kampagnemäßige Form der Wettbewerbsführung konnte das Problem der Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht befriedigend lösen. Mangelhaftes Interesse der Arbeiter wegen unbefriedigendem Mitspracherecht bei der Produktionsplanung, geringe Löhne und mangelnde Konsummöglichkeiten, fehlende Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und ihrer Leitung, geringe Initiative infolge der Detailplanung "von oben", Wettbewerbsbewegungen auf der Basis gelenkter, bewußt und termingerecht initiierter Aktionen waren die Ursachen für den immer größer werdenden Abstand zwischen dem Produktionsniveau des Westens und der UdSSR. Dieses Problem wurde auch den Ökonomen der Sowjetunion zunehmend bewußt. Die erste öffentliche Auseinandersetzung auf breiter Basis mit diesen Problemen und der Vorschlag zu Lösungsmöglichkeiten wurde von Liberman unterbreitet.

"Es ist notwendig", schreibt der Charkower Professor Liberman in einem Artikel der "Prawda" vom 9.9.1962, "eine ausreichend einfache und gleichzeitig begründete Lösung einer der wichtigsten Aufgaben zu finden, die im Programm der KPdSU gestellt sind: das System der Planung und der Einschätzung der Arbeit der Betriebe so aufzubauen, daß sie in hohem Maße an den höchsten Planaufgaben, der Einführung der neuen Technik und an der Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse, mit einem Wort, an dem größtmöglichen Nutzeffekt der Produktion interessiert sind"[1] Die im Gosplan[2] fixierten generellen

---

1) Liberman, J., "Plan, Gewinn, Prämie, In: "Prawda", vom 9.9.1962, Aus: Die Presse der Sowjetunion, Nr. 108, Berlin, DDR, 1962, S. 2331

2) Gosplan = Abkürzung von Gosudarstwenny plan = Staatsplan

wirtschaftlichen Ziele der UdSSR wurden auf den einzelnen Stufen der planwirtschaftlichen Hierarchie, in einen gewaltigen Desaggregierungsprozeß, mit immer kleineren Teilzielen, aufgespalten, in immer detailliertere Elemente zerlegt, bis sie schließlich in Form von konkreten Anweisungen in die einzelnen Betriebe gelangten. Die Betriebe hatten sich mit zahlreichen Kennziffern auseinanderzusetzen, so daß ihnen zugunsten der "Freiheit der Planstrategen" auf höchster Ebene keine eigene Entscheidungsfreiheit blieb.

Libermans Ansicht nach sollte die unübersehbare Zahl von Kennziffern lediglich durch Vorgabe des geplanten Produktionsumfanges, gegliedert nach Sortiment und Lieferfristen, ersetzt werden. Alle anderen Kennziffern sollten nurmehr dazu dienen, den von den Volkswirtschaftsräten verwalteten Gebieten eine wirtschaftliche Rahmenordnung zu geben, innerhalb derer die Betriebe ihre Pläne autonom aufstellen können. Dies ist jedoch so lange nicht möglich, wie die Betriebe in ihren Planentwürfen Angaben machen, die weit unter den tatsächlichen Möglichkeiten liegen. Um die Betriebe an der "vollständigen Ausnutzung der Reserven" zu interessieren, sieht Liberman die Möglichkeit langfristiger "Rentabilitätsvorgaben" in Tabellen, "die die Höhe der Prämien für die Mitarbeiter in Abhängigkeit von dem erreichten Stand der Rentabilität festlegen."[1] Dieses Prinzip bewirkt, daß die Prämien von der Renatbilität des Betriebes abhängen, d.h. daß die Betriebe erstmals einen auf ihre eigene Leistung bezogenen materiellen Anreiz erhalten, der

---

1) Liberman, J., a.a.O., S. 2332, Die Rentabilität des Betriebes errechnet sich aus dem Gewinn bezogen auf den Produktionsfonds:

$$R = \frac{\text{Gewinn}}{\text{Produktionsfonds}}$$

sich langfristig dahingehend auswirken könnte, daß sich die sowjetische Wirtschaft entgegen ihrer bisherigen Entwicklung, zugunsten technischer Neuerungen entwickeln kann.[1)]

Da die Betriebe die Prämien auf der Grundlage einer anteilsmäßigen Beteiligung am erzielten Gewinn erhalten, steigert sich die Prämie, je höher der vom Betrieb selbst aufgestellte Plan der Rentabilität ist. Ist der Betrieb bestrebt, die höchstmögliche Rentabilität zu erreichen (bei geplanten Preisen), so muß er die maximale Kapazitätsauslastung bei der Ausarbeitung der Pläne anstreben. Damit würde ein Grundübel der sowjetischen Wirtschaft beseitigt, nämlich unnötige Investitionsmittel und Maschinen anzufordern und unnötige Reservepolster anzulegen.

Wichtigstes Kriterium aller Wettbewerbsbewegungen in den sozialistischen Staaten war und ist die Maximierung der Arbeitsproduktivität. In Libermans System werden "die Betriebe bestrebt sein, die Arbeitsproduktivität maximal zu steigern", da es sich ungünstig auf die Rentabilität und somit auf die Prämienfonds auswirkt, daß wie bisher "überflüssige Arbeitskräfte angefordert und eingestellt" werden. Das würde die permanenten Appelle zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, die sich seit der russischen Revolution in Wettbewerbskampagnen geäußert haben, weitgehend überflüssig machen. Libermans Ansicht, die "kollektive und individuelle materielle Interessiertheit zu einem

---

1) Vgl. Nove, Alec, "Die Rolle von Wettbewerb und Planung in der Wirtschaftsverfassung der kommunistischen Länder, In: Planung in der Marktwirtschaft, Schriftenreihe der Friedrich Naumann-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte, Nr. 7, S. 100

einheitlichen Ganzen zu verbinden," ("Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muß äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebes sein.")[1] führt zu der Forderung nach mehr Freiheit und Unabhängigkeit der einzelnen Betriebe von der "kleinlichen Bevormundung", nach Einschränkung "administrativer Maßnahmen". Die Vorschläge Libermans zur Reformierung des sowjetischen Wirtschaftssystems bedeuten unter dem hier zu behandelnden Gesichtspunkt des Wettbewerbs ein Plädoyer für die Einführung eines zwischenbetrieblichen Leistungswettbewerbs. "Mögen sie (die Betriebe, A.d.V.) zeigen, wozu sie im Wettbewerb fähig sind."[2] Diese Aufforderung Libermans am Ende seines Artikels weist am klarsten auf sein Anliegen hin, die Leistungsfähigkeit der Betriebe im Wettbewerb untereinander zu verbessern und als Gradmesser für diese Leistungsfähigkeit den Gewinn einzuführen, eine Kategorie, die bisher lediglich als Bezeichnung für die Differenz von Kosten und Einnahmen galt, nun aber ein Maßstab für Erfolg bzw. Mißerfolg der Betriebe darstellen soll, d.h. "Ergebnis der tatsächlichen Effektivität des Arbeitsaufwandes"[3] ist.

Die Realisierung der Libermanschen Vorschläge würde zu einem Anreizsystem für die Betriebe führen, bei dem der Leistungsstärkere durch höhere Gewinne und damit höhere Prämien eine Vorzugsstellung erhält, die zahlreiche Probleme mit sich bringt.[4]

---

1) Liberman, J., Plan, Gewinn, Prämie, a.a.O., S. 2333

2) ders., a.a.O., S. 2334

3) ders., a.a.O., S. 2333

4) Vgl. hierzu auch die Ausführungen auf S. 37 ff.

Die zunehmende Betriebsautonomie und eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnis innerhalb des gegebenen Rahmens (politisches System, ökonomische Kennziffern) sowie der Anreiz zu rentabler Produktion ermöglichen den Wettbewerb der Betriebe um bessere, d.h. absatzfähige Produkte und damit den Wettbewerb um die Konsumenten. Mit zunehmender realisierter Produktion steigt der Gewinn, damit die Prämie. Die Konzeption Libermans stimuliert die Betriebe zur Einführung neuer Produkte, neuer Produktionsmethoden und ermöglicht damit einen Wettbewerbsvorsprung eines Betriebes gegenüber anderen. Diese sähen sich gezwungen, gleiche Maßnahmen vorzunehmen, um ihre Position zu behaupten, also ihre Produkte für die Nachfrage attraktiv zu machen, da sie gezwungen sind, ebenfalls Gewinne zu erzielen, um ihrer Belegschaft Prämien zahlen zu können. Würden die zurückgebliebenen Betriebe den Vorsprung des Vorreiters nicht aufholen können oder wollen, ergäben sich für die Belegschaft, da die Gewinne niedriger wären bzw. keine erzielt würden, über die niedrigere Prämienzahlung Einkommensdisparitäten, die eine Abwanderung von Arbeitskräften von unrentabel arbeitenden zu rentabel arbeitenden zur Folge hätte. D.h. zwischen den Betrieben entwickelt sich ein Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte.

Ist die Zielrichtung des Wettbewerbs lediglich ein möglichst hoher Prämienanteil am Lohn (Prämienwettbewerb) bzw. am Direktorengehalt, so würden die Reformvorschläge Libermans den Gedanken des sozialistischen Wettbewerbs zugunsten einer egoistischen Orientierung der Beschäftigten an den Betriebsergebnissen pervertieren.

Eine positive Konsequenz der Libermanschen Vorschläge wäre, daß das Angebot an Produkten breiter, qualitativ besser (größerer Nutzeffekt) und bei flexibler Preisgestaltung u.U. billiger werden könnte. Damit verbunden wäre eine bessere Einkommenssituation für die Beschäftigten der erfolgreichen Betriebe sowie die bessere Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse, da der Kulturfonds ebenfalls durch den Gewinn gespeist wird.

Die Realisierung der Vorschläge Libermans hätten unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs die negative Konsequenz, daß dem Gesichtspunkte der gegenseitigen Hilfe nur noch wenig Raum gegeben würde, denn jeder Betrieb müßte bei beschränktem Nachfragevolumen seinen Vorteil auf Kosten der anderen, d.h. auf Kosten des Absatzanteils des anderen Betriebes zu erreichen suchen, denn die Maximierung des Absatzes eines Betriebes bedeutet eine entsprechende Einschränkung anderer. Gerade in dieser Situation besteht die Gefahr der Durchsetzung der eigenen Interessen gegenüber den anderen mit unfairen Mitteln. Der Charakter des Wettbewerbs würde sich unter diesen Bedingungen immer mehr in Richtung der Konkurrenz, des gegnerischen Wettbewerbs wandeln.

Diese Entwicklung sieht Liberman offensichtlich noch nicht. Er verneint die Existenz von Konkurrenz im Sozialismus. "Es stimmt, daß es bei uns keine Konkurrenz gibt, aber das bedeutet durchaus nicht, daß es bei uns keinen Wettbewerb um die besten Leitungsmethoden gibt. Im Gegenteil, dieser Wettbewerb muß bei uns voll entfaltet werden."[1] Mit diesem Hinweis will Liberman einen besonderen Typ des Wettbewerbs hervorgehoben wissen, den Wettbewerb des Managements um bessere, effektivere Führungsmethoden und den Wettbewerb der Betriebe um die besten Führungspersonen. Diejenigen Betriebe, die die

---

1) ders., a.a.O., S. 2334

besten Leitungsmethoden anwenden und entwickeln, d.h. über das bessere Management verfügen, werden sich eine Vorzugsstellung schaffen können, da sich die Ergebnisse besseren Managements in neuen Produktionsverfahren, neuen Produkten, besserem Absatz und einer größeren Rentabilität niederschlägt. Die höheren Gewinne eines Betriebes können zu Einkommensdiskrepanzen führen, die, wenn sie nicht durch staatliche Subventionen für die Zurückgebliebenen ausgeglichen werden, soziale Konflikte erzeugen können. Weiterhin kann die Vorzugsstellung zu einer Monopolstellung führen, wenn es anderen Betrieben nicht gelingt, ihre Leistungen ebenfalls zu steigern und somit den Vorsprung zu nivellieren. Eine Monopolstellung einzelner Betriebe hat in der Regel den Effekt, daß sich die Betriebe resp. die Betriebsleiter verselbständigen und somit den weiteren Ausbau ihrer Position betreiben, z.B. indem sie bevorzugt beliefert werden, für sich günstige Verträge abschließen, indem sie ihre Macht einsetzen zur Durchsetzung solcher Verträge u.v.a.m.

Insgesamt kann die Planmäßigkeit der Entwicklung durch zunehmende Freiheit zum Wettbewerb in Frage gestellt werden. Der Vorwurf der Wiedereinführung des Kapitalismus durch die Realisierung der Liberman-Idee ist bereits in diesem Zusammenhang gemacht worden.[1)]

Bei voller Anwendung der Vorschläge Libermans müßte eine staatliche Wettbewerbspolitik dafür Sorge tragen, daß die o.g. negativen Begleiterscheinungen vermieden würden und daß der moralisch höhere Anspruch des sozialistischen

---

1) Vgl. hierzu: Carlo, Antonio, Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (197 - 1975), Diktatur des Proletariats oder bürokratischer Kollektivismus? Aus dem Italienischen von B. Kroeber, Berlin 1972, S. 93

Wettbewerbs (gegenseitige uneigennützige Hilfe) nicht durch Konkurrenzverhalten beseitigt wird. Gleichzeitig muß die größere Wirksamkeit des Wettbewerbs auf der Basis größerer Betriebsautonomie erhalten bleiben bzw. gefördert werden. Es kommt also darauf an, den sozialistischen Wettbewerb mit effektivitätssteigernden Elementen, wie Entscheidungsfreiheit der Betriebe, Vertragsfreiheit, wirksame Anreizsysteme, Kennzifferreduzierung usw. zu versehen.

Auch in der Zeit nach der Wirtschaftsreform wurden weiterhin Wettbewerbsbewegungen in der traditionellen Form der Kampagnen durchgeführt, jedoch hat, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird, die relative Autonomie der Betriebe zu einer Entwicklung geführt, die den ursprünglichen Charakter des sozialistischen Wettbewerbs modifiziert.

Obgleich Libermans Vorschläge und Anregungen von zahlreichen Persönlichkeiten der UdSSR damals als prinzipiell richtig anerkannt wurden[1)], ist die Wirtschaftsreform erst drei Jahre später nach intensiver Diskussion im September 1965 beschlossen worden.
Eine Analyse des Wettbewerbs im reformierten Plansystem erfolgt im Anschluß an die Behandlung der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR. (Vgl. Kap.X, S. 213 ff.)

---

1) Vgl. Weselkow, F., (Leiter der Gruppe für materielle Anreize beim ökonomischen Forschungsinstitut des staatlichen Wirtschaftsrates beim Ministerrat der UdSSR), Vorzüge und Nachteile, In: "Prawda" vom 16.9.1962, In: Presse der Sowjetunion, Nr. 108/1962 S. 2335 f.

Vgl. Antonow, N., (Leiter der Planungsabteilung des Volkswirtschaftsrates von Uljanowsk), Hauptkennziffer ist der Gewinn, in: "Prawda" vom 14.9.1962, In: Presse d. Sowjetunion, Nr. 108/1962, S. 2336 f.

VI. Die Entwicklung des Wettbewerbs in der DDR

Die Anwendung der russischen Wettbewerbserfahrungen in den anderen sozialistischen Ländern nach dem Kriege war die logische Konsequenz aus der Übernahme der sozialistischen Produktionsverhältnisse sowjetischen Typs.

Nach der Verstaatlichung der Banken, der Groß- und Mittelbetriebe und nach Beendigung der Bodenreform wurde der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft mit Hilfe des Modells der sozialistischen Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild vorgenommen. Dazu gehörten auch die schon aus der UdSSR bekannten Wettbewerbskampagnen.

In der Tschechoslowakei wurden bereits 1945 freiwillige Arbeitsbrigaden nach dem Muster der kommunistischen Subbotniks gebildet, um die Kriegsschäden zu beseitigen und die industrielle Produktion wieder in Gang zu bringen. Anschließend an die Aktion entstand die "Bewegung für unentgeltliche Arbeit in der Freizeit"[1] in der 30 Mio. Aufbaustunden geleistet worden waren. 1948 bildeten sich die ersten Stoßbrigaden, die sog. Lübschitz-Myjavaer-Bewegung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Festigung der Arbeitsdisziplin und zur Steigerung des Produktionsausstoßes.

In Polen entstand eine Wettbewerbsbewegung, die auf die Initiative des Bergarbeiters V. Prokrowski zurückging, der die Bergarbeiter zum Wettbewerb aufrief. Bereits 1949 sollen über 60 % aller Arbeiter am Wettbewerb teilgenommen haben.[2]

In Rumänien sollen 1950 ebenfalls 60 % der Arbeiter und Angestellten in Wettbewerb miteinander gestanden haben.[3] Ähnliche Angaben wurden in Ungarn gemacht.[4]

1) Vgl. Jewstafjew, a.a.O., S. 257
2) ders., a.a.O., S. 258
3) ders. ebenda, S. 258
4) ders. ebenda, S. 258

Auch in der Volksrepublik China wurden anfangs Wettbewerbskampagnen nach russischem Muster durchgeführt. Im Osten und Nordosten des Landes hat sich 1949 ein Wettbewerb um die Erhöhung der Kohleförderung entfacht, an dem 210.000 Bergarbeiter beteiligt gewesen sein sollen.[1]

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, alle in den sozialistischen Ländern durchgeführten Wettbewerbsbewegungen darzustellen. Dies erscheint auch aufgrund der gleichartigen Verläufe der Wettbewerbsinitiativen in verschiedenen Ländern als wenig sinnvoll. Aus diesem Grunde soll im folgenden Kapitel am Beispiel der DDR gezeigt werden, wie sich die Wettbewerbsbewegung außerhalb der UdSSR entwickelt hat.

---

1) ders., ebenda, S. 258

Zunächst soll die Entwicklung des Wettbewerbs in der DDR im Zusammenhang mit der sozio-ökonomischen Entwicklung dargestellt und analysiert werden. Dabei soll insbesondere den Fragen nachgegangen werden, ob im Unterschied zum Wettbewerb in der Sowjetunion der sozialistische Charakter des Wettbewerbs hier Geltung findet und welcher Zusammenhang zwischen Wettbewerb und der Wirtschaftsordnung besteht.

"Die Geschichte der DDR ist eine Geschichte des Wettbewerbs", mit diesen Worten charakterisierte W. Ulbricht den Zusammenhang von Wettbewerb und wirtschaftlicher Entwicklung in der DDR. Seit ihrem Bestehen ist der Wettbewerb institutionell im Wirtschaftssystem der DDR verankert, wobei er im wesentlichen zwei Funktionsbereichen dient: einerseits als "Hauptform des Kampfes um die Durchsetzung der Volkswirtschaftspläne", andererseits der Systemauseinandersetzung, also dem Wettbewerb zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

1. Die sozio-ökonomische Ausgangssituation

Die Nachkriegssituation auf dem Gebiet der heutigen DDR war durch umfangreiche Zerstörung der Infrastruktur (Verkehrswege, städtische Wohnzentren) und der Betriebsanlagen sowie der Dezimierung der Bevölkerung gekennzeichnet. Zusätzlich wurde die ökonomische Situation durch die Demontage der noch existierenden Produktionsanlagen verschärft. Mangel an Konsum- und Investitionsgütern sowie an Rohstoffen war die Folge. Durch die Teilung Deutschlands und die Abtretung der sogenannten

Ostgebiete ergab sich für die DDR eine schwierige Lage, denn einerseits war das Gebiet getrennt von den Rohstofflagern des Ruhrgebiets und Schlesiens, andererseits von früheren nahrungsmittelproduzierenden Gütern östlich der Oder.

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes wurden weitreichende soziale und ökonomische Veränderungen auf dem unter sowjetischer Besetzung stehenden Gebiet vorgenommen: Durch Befehl 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 wurden die Betriebe von aktiven Nazis, Kriegsverbrechern und Kriegsschuldigen bzw. Kriegsgewinnlern beschlagnahmt und unter provisorische Zwangsverwaltung gestellt, später gemäß Enteignungsgesetz Art. 1 enteignet und in Volkseigentum überführt. Unter dieses Gesetz fielen praktisch die gesamte Großindustrie und die Banken. Jedoch blieb vorerst ein Teil der Betriebe, meist Klein- und Mittelbetriebe bis zu 50 Beschäftigten in Privatbesitz. Die aus der Deutschen Wirtschaftskommission hervorgegangene wirtschaftliche Zentralbehörde steuerte die Entwicklung der Volkswirtschaft durch die Aufstellung von Zonenwirtschaftsplänen und auf dem Verordnungswege. Hiermit waren die Voraussetzungen einer gesamtwirtschaftlichen Planung geschaffen. Im Bereich der Landwirtschaft wurden die Voraussetzungen zur Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse durch die Bodenreform von 1945 gelegt. Der Boden aller Großgrund- und Gutsbesitzer mit mehr als 100 ha Betriebsfläche und der Grundbesitz ehemaliger Nazis und Kriegsverbrecher wurde entschädigungslos enteignet. Der enteignete Boden, der ca. ein Drittel der gesamten Wirtschaftsfläche der SBZ entsprach, wurde gegen eine geringe Gebühr an Landarbeiter, Umsiedler, Arbeiter und landarme Bauern verteilt.[1)]

1) Vgl. Immler, H., Die Landwirtschaft in der DDR, Kurze Einführung, In: DDR-Landwirtschaft in der Diskussion. Hrsg. von Merkel, K., Immler, H., Berlin, 1972, S. 8

2. Die ersten Initiativen

Ebenso wie sich in der Sowjetunion kurze Zeit nach der Revolution aufgrund des revolutionären Enthusiasmus Teile der Bevölkerung entschlossen, freiwillig und ohne Bezahlung am Samstag zusätzlich eine Arbeitsschicht zu leisten, gab es unmittelbar nach Kriegsende organisierte "Rote Samstage", "Aufbaukollektive" und "Stoßbrigaden" in Leipzig, die versuchten, die unmittelbaren Kriegsfolgen zu beseitigen.[1] Über Verlauf und Ergebnis dieser Aktionen ist nichts bekannt, jedoch ist die spontane Initiative ohne materiellen Anreiz zugunsten aller bemerkenswert.

Die Einführung eines völlig neuen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, insbesondere der Wiederaufbau und die Volkswirtschaftsplanung, verlangte von der Bevölkerung eine gesellschaftliche und ökonomische Mitarbeit beim Aufbau des sozialistischen Systems. Dieses System sollte nach dem Vorbild der Sowjetunion, als dem damals einzigen sozialistischen Land errichtet werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund bediente man sich der Erfahrungen der Sowjetunion auch auf dem Gebiet des Wettbewerbs.

---

1) Vgl. Schüler, A., Zu einigen Problemen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der sozialistischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, In: Probleme der Politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 2, Berlin, DDR, 1959, S.213

3. Der Beginn der organisierten Wettbewerbsbewegungen

Nachdem die elementarsten Produktionsbedingungen wieder gegeben waren, wurden erste Wettbewerbsbewegungen in der damaligen SBZ von der SMAD,[1] der Gewerkschaft und der Verwaltung angeregt, die, um eine große Resonanz bei den Werktätigen hervorzurufen und die jeweiligen politischen und ökonomischen Erfordernisse zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen und dadurch die "Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu fördern, unter zugkräftige Parolen gestellt wurden. Die erste Etappe des Wettbewerbs in der DDR stand unter der auf dem II. Parteitag der SED (1947) geprägten Losung: "Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben." Diese Losung wurde auf dem 2. Gewerkschaftskongreß (FDGB) übernommen, d.h. die Gewerkschaft wurde in die Wettbewerbsbewegung als ausführendes Organ eingeschaltet. Auf die Funktion der Gewerkschaft bei der Wettbewerbsführung wird später zurückzukommen sein.

Priorität hat bei dieser Forderung der quantitative Aspekt der Produktion. Es kam in erster Linie darauf an, mehr zu produzieren, um die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und vor allem weitere Produktionsanlagen in Gang zu bringen und neue zu errichten. Zu einer Masseninitiative unter dieser Wettbewerbsparole kam es jedoch nicht. Dies hätte auch nicht erwartet werden können, denn der durch einen Parteitagsbeschluß bzw. durch Befehl "von oben" erlassene Wettbewerb kann die Massen nicht zur

---

1) Sowjetische Militäradministration in Deutschland

Initiative stimulieren. Hierauf hatte ja bereits Lenin hingewiesen. Schüler beschreibt die damalige Wettbewerbssituation mit folgenden Worten:[1] "Der entscheidende Anstoß zu dieser Entwicklung (die Anfänge der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, A.d.V.) kam durch den bekannten Befehl 234 des obersten Chefs der SMAD im Oktober 1947 über Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter. Der Kampf um die Produktionssteigerung und um die Verbesserung der Arbeitsdisziplin in der täglichen Arbeit wurde in einer Reihe von Betrieben aufgenommen. Dennoch ergriff dieser Kampf noch nicht die Massen, das Niveau der Arbeitsproduktivität blieb im allgemeinen noch niedrig."

Einen ersten Erfolg auf breiterer Basis als der nur sporadisch befolgte Wettbewerbsaufruf des 2. FDGB-Kongresses erzielte die Hennecke-Bewegung. Stagnierende bzw. rückläufige Kohleförderung forderte eine Aktion heraus, die mit dem Namen Adolf Hennecke seit dieser Zeit verbunden ist. Das Plansoll der Kohleförderung konnte trotz Sonderschichten (an den Wochenenden) bisher nicht erreicht werden; gerade Kohle war jedoch in der Nachkriegszeit der Hauptenergieträger und damit für den Aufbau unersetzlich. Die Arbeitsmoral und Disziplin der Bergleute verschlechterten sich durch den unbefriedigenden Lebensstandard. Um die Produktion zu steigern, versuchte man anfangs mehr Arbeitskräfte in den Betrieben zu beschäftigen. Der Erfolg blieb jedoch aus. Hennecke, der als Bergmann in der DDR die Rolle übernehmen sollte, die Stachanow in der Sowjetunion gespielt hatte, weist darauf hin, ... "daß man zur Leistungssteigerung zunächst einmal eine neue Einstellung

1) Schüler, A., a.a.O., S. 214

des einzelnen Arbeiters zu seiner Arbeit braucht."[1] Die Materialknappheit, so Hennecke, könne nicht beseitigt werden, da zur Produktion dieser Materialien (Maschinen, Ersatzteile etc.) wiederum Kohle vorhanden sein müsse, um Eisen, Stahl und Maschinen produzieren zu können. "Eine Leistungssteigerung muß folglich mit den vorhandenen Mitteln, jedoch durch eine bessere Arbeitsmoral und -disziplin, durch eine bessere Arbeitsorganisation, durch rationellere Auslastung der Produktionsmittel, durch pflegliche Behandlung des gesamten Materials, durch verbesserte Arbeitsmethoden, durch geschickteres Disponieren bei Förderstörungen usw. erreicht werden."[2]

Nach Absprache mit der Werksleitung und der Revierdirektoren kam man überein, eine einmalige außergewöhnliche Leistung von einem Häuer vollbringen zu lassen, die beweisen sollte, daß bei guter Arbeitsorganisation und der Zusammenarbeit von Körper und Geist eine allgemeine Leistungssteigerung möglich sei.[3] Am 13. Oktober 1948 begann Hennecke seine Schicht um 6 Uhr und beendete sie um 13.15 Uhr mit einer Förderung von 24,4 cbm. Die übliche Norm lag bei 6,3 cbm. Damit hatte er sein Soll mit 387 % erfüllt. "Es wäre natürlich Unsinn, diese einmalige Leistung zu verallgemeinern"[4]. Worauf es ihm lediglich ankam, war, "zu zeigen, daß bei einer gesunden Einstellung zur Arbeit, durch verbesserte Arbeitsmethoden und kluge Organisation es möglich ist, eine allgemeine Leistungssteigerung zu erreichen."[5]

---

1) Hennecke, Adolf, Aktivisten zeigen den Weg, Berlin, DDR 1948, S. 4

2) ders., a.a.O., S. 7

3) Vgl. ders., a.a.O., S. 9

4) ders., a.a.O., S. 10

5) ebd.

Diese Leistungssteigerung sollte für alle Arbeiter beispielhaft und nachahmenswert sein, damit so durch die Anstrengung jedes Einzelnen ein allgemeiner Aufschwung erreicht werde. Tatsächlich breitete sich die Hennecke-Bewegung rasch aus. Ende 1948 gab es 4.000 Hennecke-Aktivisten, ein Jahr später bereits 36.000 und im Oktober 1950 146.000.[1)]

Da die Hennecke-Bewegung in der gleichen Weise wie die Stachanow-Bewegung in der UdSSR vorbereitet und durchgeführt wurde, lassen sich auch hier ähnliche Kritikpunkte nennen.[2)] Die Hennecke-Bewegung war eine "von oben" initiierte Kampagne zur Steigerung der Produktion, die allenfalls als auslösender Faktor zu einer Wettbewerbsbewegung angesehen werden kann, denn erst die Nachahmung der Leistungen des Pioniers (Hennecke) löste einen Wettbewerb aus, in dem andere ähnliche Leistungssteigerungen zu erreichen suchten. Einen sozialistischen Charakter enthielt diese Bewegung noch nicht.

Im weiteren Verlauf der Aktivistenbewegung wurden sozialistische Elemente der gegenseitigen Hilfe deutlich, als einzelne Aktivisten ihre im Zuge der Hennecke-Bewegung gesammelten Erfahrungen (z.B. bessere Arbeits-

---

1) Vgl. Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß, Berlin, DDR, 1955, S. 112

2) Wie bei der Stachanowbewegung so verließen auch in der Hennecke-Bewegung die Aktivisten nach vollbrachter Spitzenleistung ihren Arbeitsplatz, um sich "höheren Aufgaben" zu widmen. So bekleidete Hennecke u.a. folgende Positionen: Verwaltungsratsmitglied und Hauptinstrukteur bei der VVB Steinkohle, Mitglied der provisorischen Volkskammer und deren Wirtschaftsausschuß, Mitglied des Kreis-, Landes- und Bundesvorstandes des FDGB und Vizepräsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.
Vgl. Keller, D., Lebendige Demokratie, Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR, 1948 bis 1952, Berlin, DDR, 1971, S. 246 (Anmerkung 124)

methoden) anderen Werktätigen vermittelten. Eine Kritik an der Hennecke-Bewegung muß jedoch auch die positive Ausstrahlungskraft und den damit induzierten Nachahmungseffekt zu besseren Leistungen berücksichtigen, obgleich die Methode der "von oben" organisierten Wettbewerbsführung den Prinzipien des sozialistischen Wettbewerbs widerspricht.
Diese Bewegung wurde, gemäß Lenins Weisung, den Wettbewerb unablässig zu würdigen und ihm Aufmerksamkeit zu schenken, in allen Publikationsorganen von Partei und Gewerkschaft propagiert und zur Nachahmung in allen Bereichen, insbesondere jedoch im Produktionsbereich, empfohlen. Nahezu in jedem Industriezweig, in jeder Branche, in jedem Betrieb, sogar in der Verwaltung wurde zu Hennecke-Leistungen aufgerufen. Die außergewöhnliche Einzelleistung Henneckes, die nur durch gute Vorbereitung des Arbeitsprozesses erreichbar war, sollte nun zur Kollektiv- und Dauerleistung stilisiert werden. Unter der Losung "Erst mehr produzieren - dann besser leben!", wurde gleichzeitig zum gegenwärtigen Konsumverzicht zugunsten der Investitionen gerufen.[1)]

Auf Initiative der Weberin Luise Ermisch wurde (seit 1949) als weitere Komponente die Qualität in die Wettbewerbsbewegungen einbezogen. Die "Qualitätsbewegung" wurde unter der Losung geführt: "Mehr Erzeugnisse bei hoher Qualität". Die Qualität der Produkte erlaubte es bis-

---

1) Im Juli 1949 beteiligten sich bereits 30 % der Beschäftigten der volkseigenen und ihnen gleichgestellter Betriebe am Wettbewerb. Vgl.: Autorenkollektiv Ökonomik der Arbeit in der DDR, Berlin, DDR, 1962, S. 249.

her nicht, auf internationalen Märkten erfolgreich zu sein. Dadurch konnten keine Devisen erwirtschaftet werden, ohne Devisen war es nicht möglich, dringend benötigte Rohstoffe und Maschinen aus dem Ausland zu importieren. Dieser circulus vitiosus behinderte das ökonomische Wachstum der DDR. Aber auch der Inlandsbedarf verlangte bessere Qualität der Erzeugnisse. In der Textilindustrie traten aufgrund der Initiative der Weberin Ermisch Brigaden miteinander in Wettbewerb. Wettbewerbsziel war, Waren von möglichst bester Qualität zu erzeugen. Die Sieger in diesem Wettbewerb erhielten den Titel: "Brigade mit ausgezeichneter Qualität." Charakteristisch für diese Phase des Wettbewerbs war die Übernahme sowjetischer Arbeitsmethoden und Erfahrungen zur Verbesserung der qualitativen Kennziffern der Produktion.

Zu Beginn der zweiten Parteikonferenz im Jahre 1952 entstand die Rationalisatoren- und Erfinder-Bewegung. Als Wettbewerbsziel galt, möglichst viele Verbesserungsvorschläge zur Rationalisierung bzw. Erfindung, die sich unmittelbar auf den Produktionsprozeß anwenden ließen, zu unterbreiten.[1] Der Wettbewerb wurde unter der von der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 herausgegebenen Parole geführt: "Auf sozialistische Art zu leben, erfordert auf sozialistische Art zu arbeiten." Um die innerpolitischen Spannungen der 50er Jahre zu kanalisieren, versuchte man, dem Wettbewerb einen politischen Inhalt zu geben, indem Nebenziele (Hauptziel war und ist weiterhin die Steigerung der Arbeitspro-

---

1) Auf diese Wettbewerbsart wird weiter unten zurückzukommen sein. Vgl. Die Neuererbewegung, S.179 d. Arbeit.

duktivität) außer technisch-organisatorischen Neuerungen, auch die politische Information und Bildung betrafen. "Im Zusammenhang mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus erhält auch der Wettbewerb einen höheren Inhalt, er wird zum sozialistischen Wettbewerb".[1] Beispielhaft für die neue Stufe des Wettbewerbs werden die "Sonderwettbewerbe der Stahlwerker" angeführt, die einen Wettbewerb durchführten, bei dem es in erster Linie um eine höhere Form der politischen Führung, d.h. der Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein ging, und bei dem sich als wichtigstes Element die gegenseitige Hilfe durchzusetzen beginne. Dieser Aspekt ist wesentlich für den sozialistischen Charakter des Wettbewerbs. Es kommt bei der sozialistischen Wettbewerbsführung, wie bereits erwähnt, darauf an, denjenigen, die nicht so leistungsfähig sind, die nicht die effektivsten Arbeitsmethoden anwenden, die ihre Arbeit nicht optimal organisieren, die besseren Möglichkeiten aufzuzeigen und ihnen zu helfen, das Niveau der Fortgeschrittenen zu erreichen. Die besseren Arbeiter fühlen sich verantwortlich gegenüber den Zurückgebliebenen. Zeichnet sich der Wettbewerb durch solche Züge aus, so kann von sozialistischem Wettbewerb gesprochen werden.[2] Die Wettbewerbsparole, die zu Beginn des Jahres 1952 geprägt wurde, drückt jedoch noch eindeutig die quantitative Orientierung der Wettbewerbsbewegung aus: "Mehr produzieren - besser produzieren, rentabler in den Betrieben arbeiten, das Material sparsam verwenden."

---

1) Ulbricht, W., Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED, Berlin, DDR, 1952, S. 73

2) Vgl. hierzu die Ausführungen unter I, 2. und I,3.

4. Die Bewegung zur gegenseitigen Hilfe im Wettbewerb

Die erste Wettbewerbsbewegung, die das Element der gegenseitigen Hilfe in den Wettbewerb miteinbezogen hat, war die Franik-Bewegung (1952). Nach Auffassung des Bergarbeiters Franik, der im Wettbewerb sein Soll um über 20 % übererfüllte, kommt es nicht nur darauf an, daß einzelne Arbeiter hohe Spitzenleistungen erzielen, sondern daß alle Mitglieder der Arbeitsgruppe (Brigade, Kollektiv) gute Ergebnisse erzielen. Franz Franik half den zurückgebliebenen Kollegen, indem er ihnen seine Erfahrungen und Methoden als Häuer im Steinkohlenbergbau vermittelte. Die Hervorhebung hoher Einzelleistungen beruhe noch auf der bürgerlichen Denkweise, die auf dem Egoismus basiere. Erst die Verbindung von persönlichen mit gesellschaftlichen Interessen bewirke einen radikalen Bruch mit dieser Denkweise. Im Rahmen dieser Bewegung, die immer beispielhaft dafür herangezogen wird, daß sich das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter in der DDR bereits herausgebildet hat, wurde die Forderung nach Aufschlüsselung der Betriebspläne gestellt, um hiermit die Voraussetzung für konkrete Wettbewerbsverpflichtungen zu schaffen. Im Zusammenhang damit wurde die Notwendigkeit erkannt, den Arbeitern die Betriebspläne und damit die betriebsökonomischen Zusammenhänge zu erklären, denn erst dadurch kann das Interesse des Einzelnen am wirtschaftlichen Gesamtprozeß und seiner Effektivierung geweckt werden. Die Franik-Bewegung breitete sich außerordentlich rasch in allen Industriezweigen aus. Die Führungskräfte waren zu dieser Zeit jedoch offensichtlich noch nicht in der Lage, die ihnen bei dieser Wettbewerbsbewegung zukommende Aufgabe befriedigend zu lösen. "Zugleich erwies sich jedoch, daß insbesondere die Qualität der Führungstätigkeit noch nicht den wachsenden Anforderungen gerecht

wurde und hinter der Initiative der Arbeiter zurückblieb. Bei der Franik-Bewegung wurden formalistische Entstellungen zugelassen, und die Aufgabe, die Zurückgebliebenen an die Fortgeschrittenen heranzuführen, konnte nur zum Teil und stellenweise im Rahmen der Franik-Brigaden gelöst werden, während Teile der Arbeiterklasse außerhalb der Bewegung blieben."[1)]

Diese Bewegung war insofern von grundsätzlicher Bedeutung, als hier das sozialistische Bewußtsein zum Ausdruck kommt, den Zurückgebliebenen zu helfen, ein höheres Niveau zu erreichen. Das sozialistische Bewußtsein dominiert über dem Streben nach höheren Einzelleistungen . Indem Franik auf hohe Spitzenleistungen zugunsten der Hilfe für die anderen verzichtete, verdiente er auch weniger. Die Frage bleibt allerdings offen, ob es wirklich das neue sozialistische Bewußtsein war, was Franik zu dieser Haltung veranlaßte oder ob er nicht lediglich gesellschaftliche Anerkennung (Ehre, Ruhm) über materielle stellte. Die materielle Anerkennung würde sich später bei einem Wechsel des Arbeitsplatzes von selbst einstellen.

Am Beispiel der Franik-Bewegung zeigt sich ein wesentlicher Mangel des sozialistischen Wettbewerbs bzw. des Entlohnungssystems: Der sozialistische Wettbewerb erfordert kameradschaftliche Hilfe, das Entlohnungssystem honoriert dagegen ausschließlich hohe individuelle Leistungen.[2)] Praktiziert ein Arbeiter Hilfe für die Zurückgebliebenen, sinkt sein Lohn und seine Prämie. Diejenigen Arbeiter, die trotz materieller Nachteile am sozialistischen Prinzip im Wettbewerb festhalten, könnten

---

1) Schüler, A., a.a.O., S. 216

2) Auf diesen Zusammenhang weist besonders U. Wagner hin. Vgl. Wagner, U., Vom Kollektiv zur Konkurrenz, Partei und Massenbewegung in der DDR, Materialistische Wissenschaft 15, Berlin, 1974, S. 101 f.

dann als "Menschen neuen Typs" (Stalin) bezeichnet werden, die sich altruistisch verhalten. Man muß allerdings auch hier beachten, daß in Analogie zur Stachanow-Hennecke-Bewegung bei hohen Einzelleistungen die Gefahr der Normerhöhung bestanden hätte, die allen Mitgliedern des Kollektivs materielle Nachteile gebracht hätte. Somit ließe sich die Franik-Bewegung als ein Akt der Solidarität des besseren Kollektivmitgliedes gegenüber dem anderen verstehen. Dieser hilft anderen, um eventuell ein besseres Kollektivergebnis zu erzielen und verzichtet damit auf kurzfristige Einzelbelohnung, dem ganzen Kollektiv bleibt eine Normerhöhung erspart, d.h. sie erhalten zumindest ihren materiellen status quo. Diese Handlungsweise entspricht der individuellen- und Gruppenrationalität und muß somit noch kein Zeichen des geänderten Bewußtseins der Arbeiter sein.[1)]

Diese Bewegung erreichte Ende des Jahres 1952 ihren Höhepunkt und verlor dann allmählich an Bedeutung. Im Jahre 1958 wurde allerdings eine vergleichbare Wettbewerbsbewegung in der Sowjetunion bekannt, die Gaganowa-Bewegung, auf die bereits im dritten Teil dieser Arbeit eingegangen wurde.[2)]

---

1) Für die fruchtbare Diskussion dieser Problematik bin ich W. Raschmann dankbar.

2) Vgl. S. 119 f.

Unter der Parole: "So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben" wurde eine neue Wettbewerbskampagne ins Leben gerufen, die ihren Namen von der Initiatorin Frida Hockauf erhielt. Sie verpflichtete sich, als Weberin von September 1953 bis zum Jahresende 45 Meter Stoff über ihren persönlichen Plan hinaus zu weben. Diese Bewegung zielt darauf ab, die Werktätigen zu Einzelverpflichtungen zur zusätzlichen Erzeugung von mehr Produkten bester Qualität bei Senkung der Selbstkosten und des Ausschusses zu stimulieren. Die Senkung der Selbstkosten bei jedem Arbeitsgang und beste Qualitätsarbeit bei sinkenden Selbstkosten waren Wettbewerbsziele, die auch von L. Steinbach und P. Simon propagiert wurden. Sie forderten ihre Wettbewerbspartner heraus, diese Ziele in einem Wettbewerb zu verfolgen.

5. Die kristenhafte Entwicklung und kampagnemäßige Fortsetzung der Wettbewerbsbewegung

Mitte der 50er Jahre wurde man sich in der DDR einer Reihe von Widersprüchen in der Wettbewerbsführung bewußt. Die Hauptursache für den nicht immer befriedigenden Verlauf der Wettbewerbsbewegungen ist der Widerspruch zwischen einzelnen erfolgreichen Teilnehmern am Wettbewerb und der fehlenden Initiative der breiten Massen der Arbeiter. Kritisch bemerkt Schüler: "Das Hauptaugenmerk wurde vielfach auf die Schaffung und die Popularisierung von Beispielen gelegt, während die Übertragung der Erfahrungen auf die Massen der Arbeiter ebenso wie die Förderung der einfachen und grundlegenden Formen der Masseninitiative (Produktionsberatung, Wettbewerb von Brigade zu Brigade und von Mann zu Mann) in der täglichen Kleinarbeit vernachlässigt wurde."[1)]

1) Schüler, A., a.a.O., S. 217

Ein Rückgang der Wettbewerbsbewegungen erfolgte außerdem durch die höheren Leistungsanforderungen an die Werktätigen (Normerhöhung)[1] bei gleichzeitiger Beibehaltung des Entwicklungsprinzips, nachdem der Grundstoff- und Schwerindustrie eine höhere Priorität als der Konsumgüterindustrie eingeräumt wurde. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dieser Entwicklung, die ihr unmittelbares Interesse an der Steigerung des Lebensstandards vernachlässigte, trat am 17. Juni 1953 offen hervor.

Dies scheint jedoch nicht der einzige Grund zu sein, weshalb sich die breite Masse nicht aktiv am sozialistischen Wettbewerb beteiligte. Den meisten Arbeitern fehlte die Motivation, freiwillig ihre Leistungen zu steigern bzw. in den Wettbewerb mit anderen um höhere Leistungen zu treten, ohne daß sie unmittelbar einen materiellen Nutzen für sich darin zu erkennen vermochten.

In dieser Zeit hatte der Wettbewerb in der DDR seinen Tiefpunkt erreicht. "Viele Gewerkschaftsfunktionäre wagten kaum noch, in den Betrieben solche Fragen, wie beispielsweise den sozialistischen Wettbewerb aufzuwerfen."[2] Erst mit der Verabschiedung der Resolution "Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei" durch das ZK, in der für die nächste Zeit eine "ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ... und auf dieser Grundlage

---

1) Das ZK der SED beschloß am 16. Mai 1953, die Normen bis zum 15. Juni 1953 um durchschnittlich mindestens 10 % zu erhöhen. Ferner wurde die bisherige Bestimmung revidiert, nach der eine Senkung des Lohnes mit Einführung neuer Arbeitsnormen nicht zulässig sei. Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin, DDR 1954, S. 411

2) Schüler, A., a.a.O. S. 217 f.

die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bedeutend zu heben ..."[1] versprochen wurde, würde die Grundlage für einen neuen Aufschwung im sozialistischen Wettbewerb gelegt.

Obgleich auf der 15. Tagung des ZK der SED die Fehler bei der Wettbewerbsführung erkannt wurden, wurde im Prinzip an der Durchführungsform, dem kampagnemäßigen Wettbewerb, festgehalten.[2] Die Unzufriedenheit der Partei und der Gewerkschaft mit der Initiative der Werktätigen im Wettbewerb zeigte sich darin, daß der 4. FDGB-Kongreß im Juni 1955 beschloß, "Aktivistenschulen einzurichten, Erfahrungsaustausch, Partnerschaften und vielfältige Formen der Kulturarbeit zu organisieren, um den Werktätigen das Prinzip des sozialistischen Wettbewerbs, die gegenseitige Hilfe, näherzubringen."[3]

Seit 1957 ging man in der Wettbewerbsführung der DDR dazu über, dem Wettbewerb neue Impulse zu geben, indem man auf konkreten Anlässen, wie z.B. Parteitage, Geburtstage, Jahrestage, Besuche bedeutender Persönlichkeiten etc. bezug nahm und anläßlich dieser Ereignisse in immer kürzeren Zeitabständen neue Wettbewerbsaufrufe erließ. In den Betrieben hatten dann die Gewerkschaften die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß möglichst viele Einzelpersonen, Brigaden oder Kollektive Wettbewerbsverpflichtungen eingingen. So wurde erstmals als aktueller

---

1) Der Neue Kurs und die Aufgaben der Partei. 15. Tagung des ZK der SED vom 24. bis 26. Juli 1953, Hrsg. Parteivorstand der KPD, Hamburg o.J. S. 9

2) In diesem Zusammenhang erklärte Ulbricht: "Statt die Kraft und Initiative der werktätigen Masse, ... zur Entfaltung zu bringen, wurde der Personenkult durch idealistische Auffassungen über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte gefördert und dadurch die Initiative der Massen selbst gelähmt." Ulbricht, W., Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, 15. Tagung des ZK der SED, Berlin, DDR, 1953, S. 73

3) Vgl. Beschluß des 4. FDGB-Kongresses, In: Die Arbeit, Nr. 7, Jg. 9, Berlin, DDR, 1955, S. 443

Anlaß zu einer Wettbewerbskampagne der 40. Jahrestag der Oktoberrevolution gewählt; anschließend wurde zu Ehren des 5. Parteitages der SED eine Wettbewerbsbewegung ins Leben gerufen, die unter der Losung stand: "Jeder eine gute Tat für die gemeinsame sozialistische Sache." Die Wettbewerbsbewegungen unter diesem Motto sollten auch die politischen Zielsetzungen einbeziehen. W. Ulbricht meint: "..., daß der politische Kampf organisiert werden muß, wenn Erfolge im sozialistischen Wettbewerb erzielt werden sollen..."[1] Ideologische und gesellschaftspolitische Aspekte werden oft mit den Wettbewerbskampagnen verbunden. "Wettbewerbskampagnen können dazu dienen, Konflikte zu kanalisieren, Diskussionen in aller Öffentlichkeit auszutragen und damit auch die Demokratie sozialistischen Typus zu beweisen. Wettbewerbe und Kampagnen, die meist in überschaubaren Teilbereichen angesiedelt werden, zielen ferner auf Gruppenidentifikation und, über die beabsichtigte Identität zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen, von da aus auf Identifikation mit dem staatlichen und gesellschaftlichen Gesamtsystem; Stolz auf die Leistung wird zum Stolz auf den Staat stilisiert."[2] Die Wettbewerbslosung: "Rationeller produzieren - für dich, für deinen Betrieb, für den sozialistischen Friedensstaat - dem 20. Jahrestag der DDR entgegen" ist in ihrem Argumentationszusammenhang typisch für diese immer mehr favorisierte Identifikationsfolge. Auch wenn ihre Inhalte unpolitischer Natur sind, zielen die Wettbewerbskampagnen auf bestimmt vorgegebene Bewußtseins-

---

1) Ulbricht, W., Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR. Referat der 33. Tagung des ZK der SED, Berlin, DDR, 1957, S. 26

2) Der 20. Jahrestag der DDR - Vorbereitung und Feierlichkeiten, In: Aktuelle Informationen, Hrsg.: Lades,H. Hamburg, Heft 8, Okt. 69, S. 3

und Verhaltensnormen ab.[1] Um die Kontinuität zu wahren, wird bereits vor Ablauf der Kampagne deren Weiterführung beschlossen. Anlässe dazu lassen sich ausreichend finden.

Eine erste systematische Auswertung der Wettbewerbsbewegung anläßlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution ergab, daß die bisherige Wettbewerbsführung noch nicht den Anforderungen von Partei und Gewerkschaft entsprach. Folgende Konsequenzen sollten daraus gezogen werden:[2]

- Erfolgreich kann der sozialistische Wettbewerb erst dann sein, wenn die Arbeiter ein sozialistisches Bewußtsein erreicht haben und sich infolge dessen ihre Einsatzbereitschaft für das Gemeinwesen ändert.
- Dazu ist es notwendig, die Arbeiter durch Partei und Gewerkschaft mit den Zielen der Politik der SED vertraut zu machen, d.h. daß das Niveau der politischen und organisatorischen Führung des Wettbewerbs durch die Gewerkschaften gehoben wird.
- Gleichzeitig müssen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen verbessert werden.
- Es müssen weiterhin konkrete politische und ökonomische Zielsetzungen vorgegeben werden.

---

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 3

2) Vgl. Lehmann, D., Referat auf der 29. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB. In: Tribüne vom 9.12.1957, S. 4 f., Beilage

- Die Wettbewerbsverpflichtungen einer größeren ökonomischen Einheit (z.B. Betrieb) müssen sich aus kontrollierbaren Einzel- oder Gruppenverpflichtungen zusammensetzen. -
- An der Wettbewerbsführung müssen alle Ebenen des Betriebes beteiligt sein (Arbeiter, Ingenieure, Verwaltung) -
- Ergebnisse des Wettbewerbs müssen unverzüglich ausgewertet, veröffentlicht und prämiert werden. Besonderes Gewicht sei auf die Produktionsberatung zu legen, denn diese Form der Wettbewerbsführung, die schon 1923 in der UdSSR erfolgreich praktiziert wurde, schien in der damaligen Zeit noch die wirkungsvolle Möglichkeit zu sein, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

Abgesehen davon, daß dieser Maßnahmekatalog nicht vollständig ist, um die bisherigen Mängel, die bei der Wettbewerbsführung auftraten, zu beseitigen (z.B. die der Wirtschaftsführung selbst) ist es weiterhin fraglich, ob allein schon durch die Erläuterung der Zielsetzung der Politik der SED und der Diskussion der "Grundfragen der Politik von Partei und Regierung" ein sozialistisches Bewußtsein bei der Bevölkerung hervorgerufen werden kann, das wiederum erst Voraussetzung für eine freiwillige Masseninitiative im Wettbewerb sein kann.

Die kampagnemäßige Weiterführung des Wettbewerbs muß wohl als Indiz dafür angesehen werden, daß der "Umschwung bei der Masse" auch durch die Beschlüsse des FDGB nicht erreicht werden konnte.

Im Jahre 1957 wurde eine Wettbewerbsbewegung publik, deren Ziel darin bestand, den bisher unrythmischen Planablauf gleichmäßiger zu gestalten. Diese sog. Christoph-

Wehner-Methode geht davon aus, daß es möglich sein müsse, eine "tägliche Planerfüllung und -übererfüllung anhand meßbarer Verpflichtungen bei exakter Planaufschlüsselung" zu erreichen. Verpflichtung der Kollektive bzw. der Arbeiter besteht darin, ständig ihre Leistungen zu steigern, während die Betriebsleitung alle beeinflußbaren Plankennziffern täglich aufschlüsseln muß, damit die Verpflichtungen der Arbeiter wiederum auf genau bestimmbare Ziele ausgerichtet werden könnten. Der Wettbewerb nach der Christoph-Wehner-Methode setzt die enge Zusammenarbeit zwischen dem Meister und dem Wettbewerbskollektiv voraus. Mit Hilfe dieser Methode sollte einerseits die für einen geplanten Wirtschaftsablauf notwendige Kontinuität erreicht werden. Andererseits sollte der Widerspruch aufgelöst werden, der in dem Bemühen der Produzierenden lag, ihre Produktionsziele durch Wettbewerbe bei gegenseitiger Hilfe zu erfüllen resp. übererfüllen und der Führungstätigkeit der Wirtschaftsfunktionäre in den Betrieben, die durch Aufstellung "weicher Pläne"versuchten, die Reserven zu verschleiern, um niedrige Planvorgaben in der nächsten Planperiode zu erhalten, und diese dann wegen der zu erwartenden Prämien zu erfüllen. Bei diesem Verfahren entstanden hohe volkswirtschaftliche Verluste durch zu niedrige Auslastung der Kapazitäten. Gleichzeitig wurden jedoch Wettbewerbskampagnen initiiert, um die Leistungen der Arbeiter zu steigern. Diese Verfahrensweise der Betriebsbürokratie widersprach den Interessen der Werktätigen insofern, als bei voller Auslastung der Kapazitäten und realistischer Planung das gleiche Produktionsziel erreicht worden wäre, ohne die Arbeitsintensität wesentlich zu erhöhen. Die exakte Planaufschlüsselung bei der Christoph-Wehner-Methode war für die Werktätigen Maßstab ihres Leistungspensums. Für die Wirtschaftsfunktionäre hätte der aufgeschlüsselte

Plan und der jeweilige Stand seiner Realisierung ein Anhaltspunkt für die realistische Planung des nächsten Jahres sein können.

Eine Variante dieser Methode, bei der es darum geht, Zeitverluste, mangelhafte Arbeitsorganisation und veraltete Technologien zu bekämpfen, ist seit 1959 die propagierte Seifert-Methode.[1] Die Arbeiter selbst sollen alle Mängel, insbesondere die Zeitverlust verursachenden, aufspüren und die Werksleitung für die Beseitigung dieser Mängel verantwortlich machen. Das Hauptaugenmerk wird bei dieser Methode auf die Beseitigung von Verlusten von Arbeitszeit gelegt. Waren z.B. beim Leistungsstücklohn in der Normzeit Zeitverluste als globale Größe enthalten, so "werden diese Zeiten aus der Norm herausgenommen und durch entsprechende Maßnahmen in produktive Zeit umgewandelt."[2] Dabei soll für die Arbeiter keine Lohnminderung eintreten. Für die Gesellschaft ergäbe sich jedoch ein ökonomischer Nutzen.[3] Als Gegenleistung für die Aufdeckung und Beseitigung von Zeitverlusten wurden Prämien gezahlt, jedoch nur dann, wenn es sich nicht um bisherige "Bummelstunden" handelte, wenn damit der Lohnfonds nicht überzogen wurde und wenn innerhalb von drei Monaten eine effektive Lohnkosteneinsparung nachgewiesen worden war.[4] Stellen sich die Zeitverluste wieder ein, wird ein Ausgleich in Höhe der durchschnittlichen Normerfüllung der laufenden Lohnabrechnungsperiode gezahlt, wodurch die Betriebsleitung zu sofortiger Beseitigung der Ursachen animiert werden soll.

1) Vgl. Seifert, Erich, Zeitverluste und Lohntüte, Berlin, DDR, 1959

2) Vgl. Tietze, G., Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, Berlin, DDR, 1962, S. 79

3) Vgl. ders., a.a.O., S. 29

4) ders., a.a.O., S. 29

6. Der Wettbewerb und Mitbestimmung - Produktionsberatungen und Produktionskomitees

Seit 1954 werden in der DDR nach sowjetischem Vorbild Produktionsberatungen eingeführt, die später (ab 1957) als Ständige Produktionsberatungen in größeren Betrieben bzw. Abteilungen als innerbetriebliche Institution tätig wurden. Einem Beschluß des Ministerrats vom 9.4.1959 und des Bundesvorstands des FDGB gemäß mußten in allen Betrieben, die bis zu 10 Mitarbeiter hatten, Ständige Produktionsberatungen durchgeführt werden. Ihre Aufgabe bestand darin, "die Arbeiter und die Intelligenz an der Leitung der Produktion durch die Produktionsberatung stärker zu beteiligen, indem sie sich einzusetzen haben für die höchste Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, für die Rekonstruktion der Betriebe, für die volle Ausnutzung der vorhandenen Technik, für die richtige Anwendung der Investitionsmittel, für die größte Sparsamkeit an Zeit und Geld und damit für die Senkung der Selbstkosten, für die Verbesserung der Qualität der Produkte, für die Förderung des sozialistischen Wettbewerbs, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sowie der Bewegung der Neuerer, Rationalisatoren und Erfinder und für die ständige Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Technologie."[1] Die Ständige Produktionsberatung hat nach § 19 des Gesetzbuches der Arbeit mitzuberaten über die Entwicklung des Betriebes (Betriebsperspektive) und hat die Möglichkeit, Vorschläge zu deren Realisierung zu unterbreiten; sie wirkt mit an der "Ausarbeitung, Erfüllung und Kontrolle der betrieblichen Planaufgaben" und "setzt sich für die Verwirklichung der Vorschläge der Werktätigen ein."

---

1) Vgl. Brzoska, J., Die Ständige Produktionsberatung, Berlin, DDR, 1959, S. 37 f.

Weiterhin kann sie die Verbesserung der Arbeitsorganisation im Betrieb und Beseitigung von Mängeln vom Betriebsleiter verlangen.[1] Der Betriebsleiter hat die Ständige Produktionsberatung zu unterstützen, jedoch haben ihre Beschlüsse nur empfehlenden Charakter.[2] Durch die Institution der Ständigen Produktionsberatungen, die von den Gewerkschaften zu organisieren sind,[3] sollte den Arbeitern über die Gewerkschaft eine stärkere Mitbestimmungsfunktion im Bereich unmittelbarer Produktion eingeräumt werden, gleichzeitig wurden jedoch unter Hinweis auf den "demokratischen Zentralismus als staatliches Leitungsprinzip die ökonomischen Grundentscheidungen konsequenter zentralisiert."[4]

Die Einzelleitung der Betriebe durch die Wirtschaftsfunktionäre und ihre Kontrolle durch die Arbeiter mit Hilfe gewerkschaftlicher Organe (Produktionsberatungen stellten Gewerkschaftsorgane dar, die von der Betriebsleitung in ihrer Arbeit zu unterstützen seien) stellten jedoch noch keine gleichgewichtigen Entscheidungsmächte innerhalb der Betriebe dar, insbesondere deshalb nicht, weil die Gewerkschaften selbst keine autonome, d.h. von Parteidirektiven und Betriebsführung unabhängige Institution waren. Aus diesem Grund entfachte gerade in dieser Zeit die Diskussion über die Arbeiterselbstverwaltung (Jugoslawien) und die Arbeiterräte, die in einigen sozialistischen Ländern versuchsweise eingeführt wurden (Polen), wieder. Diese Diskussion wurde jedoch mit dem Hinweis abgewürgt, die jugoslawische These von der Selbstverwaltung der Wirtschaft sei eine "kleinbürger-

---

1) Vgl. Gesetzbuch der Arbeit der DDR und eine Auswahl anderer Bestimmungen arbeitsrechtlichen Inhalts, Hrsg. vom Staatlichen Amt für Arbeit und Löhne, Berlin, DDR, 1968, S. 44

2) Vgl. Gesetzbuch ... a.a.O., § 19, II, III

3) Vgl. Verfassung der DDR, v. 8. April 1968, Art. 44 III

4) Vgl. Schüler, A., a.a.O., S. 211

liche Leitungsmethode", eine revisionistische Theorie, die die führende Rolle der Partei negiere und die Masseninitiative der Spontaneität, dem Marktgesetz, dem kleinbürgerlichen Egoismus, ausliefere".[1] Ebenso habe sich die Einführung der Arbeiterräte in Polen nicht bewährt, weil sie faktisch zu einer Trennung von politischer Aufklärung und Aufgabenstellung und ökonomischer Leitung führe.[2]

Die Arbeit der Produktionsberatungen, die "Rationalität der betrieblichen Leistungserstellung (zu) sichern", ist, wie R. Becker zutreffend feststellt, durch das bürokratische Planungssystem selbst beschränkt. "Es gibt einerseits nur sehr beschränkte Möglichkeiten, um eine Initiative in den Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit zu entfalten, zum anderen ist es nur bedingt möglich, Rationalisierungsvorschläge bei der Leitung durchzusetzen."[3] Aus diesem Grunde hat das Interesse an den Produktionsberatungen immer mehr nachgelassen, so daß die Versammlungen oft beschlußunfähig waren und die Arbeit durch die Ausschüsse der Produktionsberatungen erledigt wurden.[4]

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Produktionsberatungen verdeutlicht sich, wenn einerseits W. Ulbricht den Produktionsberatungen eine "ungeheure Bedeutung" beimaß und erklärte:
"Sie sind die wichtigste Methode, um die Arbeiter dazu zu erziehen, daß sie aus eigener Initiative

---

1) Vgl. Schüler, a.a.O., S. 209 f.

2) Vgl. ders., a.a.O., S. 211

3) Becker, R., Die sozialökonomische Funktion der Produktionsberatungen, In: Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie, Hrsg. im Forschungsinstitut für Soziologie an der Universität zu Köln v. René König 16. Jg. 1964, Sonderheft 8, S. 180

4) Vgl. ders., a.a.O., S. 181

arbeiten."[1] Andererseits zeigte die Praxis, daß die Beratungen teilweise zu zehnminütigen Brigadebesprechungen zur Arbeitsvorbereitung umfunktioniert wurden bzw. wegen mangelnder Beteiligung überhaupt nicht mehr stattfinden konnten.

Um diese Institution zu einem funktionsfähigen Instrument der innerbetrieblichen Mitbestimmung zu machen, wurden die Produktionsberatungen durch die Produktionskomitees abgelöst, die sich im wesentlichen von den Produktionsberatungen durch die Reduzierung der Teilnehmerzahl unterschied. Die ersten Produktionskomitees wurden Mitte 1963 nach sowjetischem Vorbild gegründet; bis 1967 waren die Veränderungen in den meisten Betrieben vollzogen. Ständige Produktionsberatungen blieben in den Betriebsabteilungen der Großbetriebe und in den Betrieben, in denen keine Produktionskomitees gewählt wurden, bestehen. "Das Produktionskomitee des volkseigenen Großbetriebes ist ein gesellschaftliches Organ der bewußten und schöpferischen Teilnahme der Werktätigen an der Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Betrieb.[2] Dieses Komitee sollte als Mitbestimmungsorgan in den volkseigenen Betrieben fungieren, denn die "wichtigste Voraussetzung und Bedingung zur Entwicklung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ist die bewußte Initiative der Werktätigen", diese lasse sich jedoch nur durch die Mitbestimmung und das Interesse an der betrieblichen und gesellschaftlichen Entwicklung erreichen. Unter der Parole: "Plane mit,

---

1) Vgl. Ulbricht, W., Aufgaben der technischen Intelligenz, In: Ulbricht, W., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätzen. Bd. III, Berlin, DDR, 1953 (1963)[6] S. 396

2) Beschluß über die Tätigkeit der Produktionskomitees in den volkseigenen Betrieben vom 27.4.1967 (GBL. II, S. 495), In: Gesetzbuch der Arbeit, a.a.O., S. 176

arbeite mit, regiere mit!" wurde innerhalb der Betriebe versucht, mit Hilfe der Produktionskomitees die schöpferische Initiative der Arbeiter hervorzurufen. Die Produktionskomitees arbeiten unter der Führung der SED-Betriebsparteiorganisation; ihre Wahl erfolgt durch die Belegschaft des Betriebes, die vom Komitee Rechenschaft über seine Arbeit fordern kann. Gewählt werden die fähigsten Arbeiter, Ingenieure, Ökonomen, Wissenschaftler und leitende Kader der gesellschaftlichen Organisation.[1] Ziel dieser Institution sei es, "die Übereinstimmung der Interessen des Kollektivs und des einzelnen Werktätigen mit den Interessen der sozialistischen Gesellschaft ständig herbeizuführen und den Werktätigen die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erläutern."[2] Als "Organ der sozialistischen Demokratie" befaßt sich das Produktionskomitee mit Entwicklungs-, Planungs- und Leitungsproblemen des Betriebes. Dem Betriebsdirektor dient es als Entscheidungshilfe, jedoch wird die Eigenverantwortlichkeit des Direktors durch die Tätigkeit des Komitees nicht eingeschränkt. Zu den Hauptaufgaben gehört die Beratung und Kontrolle der Pläne (Perspektivpläne, Jahrespläne) und der Rationalisierungsvorhaben, die Durchsetzung des technischen Fortschritts, die Kontrolle der Einhaltung abgeschlossener Verträge (Kooperationsverträge, Liefervereinbarungen usw.), Einflußnahme auf die Berufsausbildung und "die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen."[3]

---

1) Vgl. Beschluß über die Tätigkeit der Produktionskomitees in den volkseigenen Großbetrieben vom 27.4.1967, GBL. II, S. 495, § I, 1, In: Gesetzbuch der Arbeit, Berlin, DDR, 1968, S. 176 ff.

2) Vgl. a.a.O., S. 177

3) Vgl. a.a.O., S. 178

Im sozialistischen Wettbewerb kommt dem Produktionskomitee die Aufgabe zu, über die Konzeption der Wettbewerbsführung zu beraten und die Betriebsgewerkschaftsleitung und den Betriebsdirektor bei der Durchführung zu unterstützen sowie die Wettbewerbsergebnisse auszuwerten.

VII. Neue Formen des sozialistischen Wettbewerbs

1. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit

Unter der Bezeichnung "sozialistische Gemeinschaftsarbeit" entwickelte sich die Wettbewerbsbewegung seit Beginn der Periode des Siebenjahresplanes in einer neuen, kollektiven Form weiter. Auf einen Hinweis der Partei hin[1] entstand, ausgehend von einer Jugendbrigade im Elektrochemischen Werk Bitterfeld, die Bewegung der "Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit." Kennzeichnend für diese Bewegung sollte die kameradschaftliche Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe in der täglichen Praxis sein. Diese "höhere Qualität" des sozialistischen Wettbewerbs drückte sich aus im Wettbewerb um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" und im Wettbewerb zwischen den verschiedenen Brigaden der sozialistischen Arbeit. Jedoch geht es bei dieser Stufe des Wettbewerbs nicht mehr ausschließlich um die betriebliche Arbeit und um die Verbesserung ökonomischer Kennziffern. In der Losung: "Sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen und sozialistisch leben" wird deutlich, daß nach und nach alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens erfaßt werden sollten. Neben dem Ringen um höhere ökonomische Ergebnisse sollten die Mitglieder der Kollektive, die um den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" wetteifern, die Verpflichtung eingehen, "ihr politisches und fachliches Wissen zu vertiefen und ihr geistiges und kulturelles Leben zu entfalten."

---

1) W. Ulbricht meint auf dem V. Parteitag der SED, es sei notwendig, die gesellschaftliche Arbeit auf eine neue Stufe zu heben und auf sozialistische Weise zu arbeiten. Vgl. Ulbricht, W., Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, Berlin, DDR, 1959, S. 58

Die Brigaden der sozialistischen Arbeit wurden durch die Partei und die Massenorganisationen direkt geleitet und massiv unterstützt. Aus diesem Grunde entwickelte sich die Bewegung der Anzahl der Teilnehmer nach, erfolgreicher als andere Wettbewerbskampagnen.[1] Den "Kollektiven der sozialistischen Arbeit" wurde in quantitativer Hinsicht die Aufgabe gestellt, mehr freiwillige Teilnehmer für den Wettbewerb in den Kollektiven zu gewinnen. In qualitativer Hinsicht sollen die Kollektive der sozialistischen Arbeit "an der Spitze des Kampfes um den wissenschaftlich-technischen Höchststand stehen". Dabei geht es um die Anwendung neuer Methoden und Verfahren mit hohem ökonomischen Nutzen, die die Grundlage für die Einführung neuer technisch begründeter Arbeitsnormen darstellen sollten.[2] "Neue Technik - neue Norm", war das Schlagwort zur allgemeinen Normerhöhung, die von den Kollektiven der sozialistischen Arbeit ausging. Eine weitere Forderung an die Kollektive bestand darin, Vorbild in der Erhöhung ihrer politischen und fachlichen Qualifikation zu sein. Dies sei notwendig, um die Durchsetzung und Verbreitung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie ihre Anwendung zu garantieren.

---

1) Entwicklung der Anzahl der Brigaden der sozialistischen Arbeit:

März	1959	=	1.500
Juni	1959	=	16.000 mit ca. 200.000 Mitgliedern
Dez.	1959	=	60.000 mit ca. 700.000 Mitgliedern
Juni	1960	=	120.000 mit ca.1500.000 Mitgliedern
Dez.	1960	=	130.000 mit ca.1700.000 Mitgliedern

(Quelle: Statistische Praxis, 16. Jg., Heft 4, Berlin, DDR, 1961)
Im November 1963 standen 114.575 Produktionskollektive mit 1.721.328 Teilnehmern um den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" im Wettbewerb, vgl. Stiller, u.a. Wettbewerb heute und morgen, Berlin, DDR, 1974, S. 132. 1968 sank die Anzahl auf 83.003 Kollektive, vgl. Ökonomisches Lexikon, Bd. 1, 2. Auflg., Berlin, 1970, S. 402

2) Vgl. Stiller, E., a.a.O., S. 133 f.

Tabelle I: Kollektive der sozialistischen Arbeit

Jahr	In Wettbewerb um den Titel "Kollektive der sozialistischen Arbeit" stehende Produktionskollektive			Sozialistische Arbeits- und Forschungsgemeinschaften	
	Anzahl	Mitglieder	davon erhielten diesen Titel	Anzahl	Mitglieder
Febr. 1962[1]	125 276	1 696 475		30 441	233 664
Febr. 1963[1]	119 209	1 698 723	3 174	35 061	243 849
1965[2]	84 147	1 370 440	6 705	28 893	188 480
1970[2]	129 608	2 501 997	24 613	32 927	241 084
1971[2]	146 923	2 880 190	28 765	38 697	290 933
1972[2]	154 120	3 010 931	38 260	39 954	303 170
1973[2]	200 537	3 412 291	58 477	47 088	364 344

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1964, 9. Jahrgang, Berlin, DDR, 1964, S. 57

2) Quelle: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1974, Berlin, DDR, 1974, S. 70

Der Wettbewerb um den Titel "Brigade" bzw. "Gemeinschaft der sozialistischen Arbeit" wurde nach 1962 als Wettbewerb um den Ehrentitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" weitergeführt.[1] Die Kollektive der sozialistischen Arbeit sollten durch die enge Zusammenarbeit von Arbeitern und technischer Intelligenz die Qualifizierung der Arbeiter fördern, um damit den Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit überwinden zu helfen. Die Durchsetzung des technischen Fortschritts wurde Hauptinhalt des sozialistischen Wettbewerbs. Andere Wettbewerbsziele, wie Verbesserung der Betriebsorganisation, Senkung der Kosten, Verbesserung der Arbeitsdisziplin und -moral, Einführung von Rationalisierungsmaßnahmen sowie politische und kulturelle Betätigung blieben davon unberührt.

Eine andere Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit stellen die "sozialistischen Arbeits- bzw. Forschungsgemeinschaften" dar. Ihre Aufgaben bestehen in der Durchführung von Projekten auf wissenschaftlich-technischem oder organisatorischem Gebiet. Die Zusammensetzung dieser Arbeitsgemeinschaften umfaßt Arbeiter, meist Neuerer, und Angehörige der Intelligenz, die, oft aus verschiedenen Betrieben kommend, ein bestimmtes Projekt gemeinsam bearbeiten. Die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften erhielten für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit". Die Einführung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften als kollektive Wettbewerbsform soll eine größere Effizienz durch gemeinschaftliches Handeln, gegenseitige Erziehung und gegenseitige Hilfe bewirken.[2]

---

1) Vgl. Zweite Verordnung über die Stiftung des Ehren-Titels "Kollektiv der sozialistischen Arbeit", vom 28.9.1966 (GBL. III S. 701). Die bisher verliehenen Titel "Brigade und Gemeinschaft der sozialistischen Arbeit" blieben bestehen.

2) Vgl. Autorenkollektiv, Betriebsökonomik, Grundlehrgang, Berlin, DDR, 1972, S. 169, Forts. nächste Seite

Während sich die Anzahl der Mitglieder, die in den Kollektiven am Wettbewerb teilnahmen, von 1962 bis 1973 mehr als verdoppelten (von ca. 1,69 Mio. auf 3,41 Mio.), erhöhte sich die Anzahl der Kollektive selbst lediglich um ca. 85 %. Gleichzeitig stieg jedoch der Anteil der zur Auszeichnung gelangten Kollektive an den im Wettbewerb beteiligten Kollektiven von ca. 2,7 % (1963) und ca. 6 % (1965) auf ca. 29 % (1973). Daraus läßt sich bei konstanter Anforderung an die Auszeichnung eine qualitative und quantitative Verbesserung der Leistungen der Kollektive im Wettbewerb um diesen Titel ablesen.

Im Gegensatz zu den bisher skizzierten Wettbewerbsbewegungen, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Mitteln und Methoden zur Erreichung dieser Ziele setzten, ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit durch zwei wesentliche und gleichrangig bewertete Faktoren gekennzeichnet: Einerseits durch das Streben nach Erfüllung der gesetzten (geplanten) technisch-ökonomischen Aufgaben, andererseits - und diese Seite scheint nach den zahlreichen Versuchen, eine Eigendynamik des Wettbewerbs herbeizuführen, besonders wichtig zu sein - die gegenseitige Erziehung zu sozialistischen Persönlichkeiten, als eine weitere Etappe auf dem Weg zur kommunistischen Einstellung der Menschen zur Arbeit. Die "sozialistische Gemeinschaftsarbeit" soll als eine neue "Form der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, die die Vorzüge der sozialistischen Produktionsverhältnisse umfassend zur Wirkung bringe",

---

Forts. Anm. vorhergehende Seite:

So wurde im Chemiekombinat Leuna und Buna die Transportleistung der Eisenbahn durch Rationalisierungsmaßnahmen wesentlich erhöht und die Verweildauer der Güterwagen um 720.000 Stunden reduziert.

ein hohes Niveau der kameradschaftlichen Zusammenarbeit erreichen, indem hier Arbeiter, Wissenschaftler, Ökonomen und Ingenieure zusammenarbeiten und dazu beitragen sollen, eine "neue Form der Verbindung von Theorie und Praxis" zu finden, um den Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu vermindern. In dieser Form der Zusammenarbeit sollen sich die Werktätigen gegenseitig dazu anregen, sich politische, ökonomische, fachliche und kulturelle Kenntnisse anzueignen. Somit würden sie eine "höhere Stufe des sozialistischen Wettbewerbs verkörpern."[1)]

2."Keiner siegt ohne den anderen"

Besondere Beachtung fanden in der Wettbewerbsbewegung der DDR diejenigen, die auf eigene Initiative immer neue Varianten des Wettbewerbs bzw. neue Ziele vorschlugen. Ein Beispiel dafür ist die Textilarbeiterin Irmgard Richter oder auch die Brigade "Fritz Weineck". I. Richter ging als sehr gutes Brigademitglied in eine schwächere Brigade und praktizierte somit das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, indem sie der schwächeren zurückgebliebenen Brigade ihre Arbeitsmethode und ihre Erfahrungen vermittelte. Außerdem setzte sie sich für eine objektive Vergleichbarkeit der Wettbewerbsergebnisse ein. Die Brigade "Fritz Weineck" propagierte die gegenseitige Hilfe zwischen ganzen Kollektiven unter der Losung "Keiner siegt ohne den anderen". Durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch sollen beide Kollektive ihren Plan erfüllen bzw. übererfüllen. Eine Auszeichnung des Wettbewerbssiegers erfolgt erst, wenn auch der Wettbewerbspartner mindestens den Plan erfüllt hat; daran hat wiederum die bessere Seite ein Interesse, da sie ja die Auszeichnung und die Prämie erhalten will. Diese Form der Bindung der Erfolgsprämie im Wettbewerb an die Leistung des Wettbewerbspartners kann jedoch im Falle eines relativ schwachen Partners zum Verlust der

---

1) Betriebsökonomik, Grundlehrgang, 2. überarbeitete Auflg., Berlin, DDR, 1972, S. 168 f., sowie Schüler, A., a.a.O., S. 221

eigenen Prämie führen, wenn die Planerfüllung nicht erreicht wird. Die bessere Brigade würde sich dann nicht mehr am Wettbewerb beteiligen, wenn ihre Bereitschaft, höhere Leistungen zu erbringen, lediglich von der zu erwartenden Prämie abhängig ist. Dieses Verfahren ist also nur dann erfolgreich anzuwenden, wenn (über das materielle Interesse hinaus) ein Bewußtseinsstand der Brigade erreicht ist, der die Hilfe für die Zurückgebliebenen zur moralischen Verpflichtung erhebt. In diesem Fall würde sich jedoch auch der materiell-persönliche Anreiz erübrigen, da bei den Wettbewerbsteilnehmern das gesellschaftliche Interesse im Vordergrund steht und sie über den erzielten allgemeinen Aufschwung ihr persönliches Interesse realisieren könnten. Die Wettbewerbspraxis zeigt jedoch diese Verhaltensweise noch nicht. Deshalb argumentiert man, es gäbe in der Übergangsperiode noch Widersprüche zwischen persönlichem und gesellschaftlichem Interesse, d.h. daß ein Teil der Werktätigen noch vorwiegend individualistisch konditioniert sei.[1)] Folgt man der Argumentation, dann würde die Zahl der an diesem Wettbewerb Beteiligten Aufschluß über den Bewußtseinsstand der Werktätigen geben. Aus der Literatur über die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs ist jedoch nicht zu ersehen, daß diese Wettbewerbsbewegung eine große Resonanz bei den Kollektiven und Brigaden gefunden hat. Bereits kurze Zeit später wurden andere Wettbewerbsinitiatoren durch neue Wettbewerbslosungen und -vorschläge bekannt.

---

1) Vgl. Kap. I, 3. dieser Arbeit

3. Politisch begründete Wettbewerbskampagnen

In den sozialistischen Wettbewerb wurden häufig zur ökonomischen Stimulierung politische "Argumente" einbezogen, um gleichzeitig die politische Identifikation der Wettbewerbsteilnehmer mit dem System hervorzurufen. So wurde der Wettbewerb z.B. im Zusammenhang mit dem damals erstrebten Abschluß eines Friedensvertrages mit der UdSSR gebracht. "Es kommt darauf an, den sozialistischen Wettbewerb allen Werktätigen in seiner politischen Bedeutung für die Stärkung unserer Republik, den Kampf um den Sieg des Sozialismus, den Abschluß und die Durchführung des deutschen Friedensvertrages zu erläutern."[1] Oder wie der Vorsitzende des FDGB auf der 9. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB sagte: Es käme darauf an, daß die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes durch neue Taten am Arbeitsplatz entscheidend sei für die Erringung des Friedensvertrages und die Sicherung des Friedens. Es sei notwendig, diesen Zusammenhang jedem Werktätigen in Verbindung mit den Produktionsaufgaben, die er selbst zu lösen hat, zu erläutern.[2]
W. Ulbricht gab zur gleichen Zeit die Wettbewerbsparole aus: "Wer gut arbeitet, arbeitet für den Arbeiter- und Bauern-Staat, wer schlecht arbeitet, unterstützt die Bonner Ultras."[3]
Diese Versuche, eine Identifikation der Arbeiter mit der Politik der SED zu erzielen, schien den Wettbewerb jedoch nicht im erwarteten Maße zu beflügeln, denn im weiteren Verlauf der Wettbewerbsführung wurden wieder überwiegend ökonomisch-gesellschaftliche Ziele in Wettbewerbsaufrufen genannt.

---

1) Tietze, a.a.O., S. 38

2) Vgl. Warnke, H., Wichtige Aufgaben der Gewerkschaften, In: Tribüne vom 29. 8. 1961, Beilage, S. 4

3) Ulbricht, W., Die Erfahrungen des Stahlwerkerwettbewerbs, In: Tribüne, vom 26.1.1961

Unter der Losung: "In der gleichen Zeit mit dem gleichen Geld mehr produzieren" wurde die Wettbewerbskampagne nach dem 13. August 1961 weitergeführt. Im sogenannten Produktionsaufgebot ging es um die Aufdeckung aller betrieblichen Reserven und um konkrete Verpflichtungen der Arbeiter zu höherer Produktion. Darin sollten die Werktätigen ihr "klares, klassenmäßiges Bekenntnis ... zu ihrem Arbeiter- und Bauernstaat bekunden.[1)] Mit Hilfe des Produktionsaufgebots wurde der Versuch unternommen, die Verluste, die durch die enorme Zahl von Flüchtlingen aus der DDR bis zum Sommer 1961 entstanden waren, zu kompensieren, andererseits erforderte die Grenzbefestigung große Mengen Material (Baustoffe) und Menschen, die eine weitere Belastung für die Wirtschaft der DDR darstellten. Im Produktionsaufgebot vereinigten sich unterschiedliche Formen der Masseninitiative auf ein einheitliches Ziel hin. Die Initiative ging von den Elektrodendrehern des VEB Elektrokohle Berlin aus, die von September bis Dezember 1961 612 t Elektroden über den Plan bearbeiteten und damit einen Gewinn von 690.000 M[2)] erwirtschafteten. Im Zusammenhang mit dem Produktionsaufgebot sollte der Wettbewerb nach Schwerpunkten differenziert werden. Dabei sollten konkrete Wettbewerbsziele für jeden Zeitraum (Monat, Tag) und für jeden Beschäftigten festgelegt werden. Erst dadurch sei es möglich, die Erfüllung der Pläne genau zu kontrollieren.

---

1) Vgl. Tietze, G., Leistungsvergleich und Vergleichbarbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb. Schriftenreihe Arbeitsökonomik, Heft 1, Berlin, DDR, 1962, S. 39

2) Vgl. Neues Deutschland vom 29. Jan. 1962

Weitere Forderungen, die die Elektrodendreher für das Produktionsaufgebot aufstellten, lauteten: Disziplin und Ordnung im Betrieb; wirtschaftlich produzieren und ständig messen, rechnen und vergleichen sowie Rechenschaft über die Verwirklichung der Verpflichtung ablegen .[1)]

1) Warnke, H., Zum Produktionsaufgebot für die Vorbereitung des Friedensvertrages, In: Tribüne vom 12.9.61, Beilage

4. Wettbewerb durch Gegenpläne

Der sozialistische Wettbewerb wurde seit seiner Einführung in der DDR den Vorschriften des Gesetzbuches der Arbeit gemäß von den Gewerkschaften getragen. "Die Gewerkschaften organisieren den sozialistischen Wettbewerb und mobilisieren die Werktätigen zur Teilnahme am Wettbewerb."[1] "Der Betriebsleiter ist verpflichtet, den sozialistischen Wettbewerb allseitig zu fördern und alle Voraussetzungen für die Teilnahme der Werktätigen am Wettbewerb mit größtem wirtschaftlichen Nutzen zu schaffen."[2] Diese Aufgaben- und Kompetenzverteilung änderte sich Ende der 60er Jahre. Die Führung des Wettbewerbs wurde weitgehend in die Hände der Betriebsleitung gegeben. Von der Gewerkschaft organisierte Wettbewerbe, insbesondere sog. allgemeine Wettbewerbe, deren Ziel in der Steigerung der Arbeitsproduktivität oder anderen allgemeinen Zielsetzungen, meist quantitativer Orientierung bestanden, durften lediglich noch stattfinden, wenn sie mit der Hauptaufgabe übereinstimmten und vom Generaldirektor akzeptiert worden waren.[4] Später sollten allgemeine Wettbewerbe überhaupt nicht mehr durchgeführt werden. "Die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Umwälzung gestatteten es nicht mehr, den Wettbewerb in allen Zweigen der Volkswirtschaft nach allgemeingültigen Zielen und Beispielen zu organisieren."[3] Der Grund für diese Änderung lag einmal darin, daß die Stellung des Generaldirektors in der betrieblichen Leitung gestärkt werden sollte, die Gewerkschaften deshalb den

---

1) Gesetzbuch der Arbeit, vom 12.4.1961, i.d.Fassung vom 17.4.1963 GBL, Teil I, Nr. 5/1961; GBL, Teil I/1963, Nr. 4, § 15,2

2) ebenda, § 15,3

3) Ulbricht, W., Probleme der sozialist. Leitungstätigkeit, Berlin, DDR, 1968, S. 257

4) Vgl. ders., Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus im gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß einheitlich anwenden, In: Probleme der sozialistischen Leitungstätigkeit, a.a.O., S. 275

Wettbewerb nicht "am Direktor vorbei" organisieren sollten, denn dem Direktor obliegt die Hauptverantwortung für die Erfüllung der betrieblichen Pläne. Also muß ihm auch die Befugnis über den optimalen Einsatz aller betrieblichen Ressourcen, wozu auch die im Wettbewerb liegenden Kräfte gehören, zugestanden werden. Führen die Gewerkschaften allgemeine Wettbewerbsaktionen durch, gehen diese Kräfte für die Lösung der Hauptaufgaben weitgehend verloren. Ein weiterer Grund für die Abschaffung der allgemeinen Wettbewerbe lag in der Notwendigkeit der Koordinierung der Wettbewerbsbewegungen innerhalb der Betriebe und zwischen den vor- und nachgelagerten Produktionsstufen verschiedener Betriebe. Je stärker die zwischenbetrieblichen Verflechtungen (Kooperationsbeziehungen, vertragliche Vereinbarungen über Bezug und Lieferungen) wurden, desto eher erwiesen sich unkoordinierte Wettbewerbsaktionen als Störfaktoren im gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozeß. Beispielsweise kann eine quantitative Verbesserung der Produktion durch innerbetriebliche Wettbewerbe, wenn sie nicht eingeplant ist, zu Diskontinuitäten führen, weil sie nicht absetzbar ist oder weil nicht genügend Vorprodukte vorhanden sind, diese "Überproduktion" weiterzuverarbeiten. Aus diesen Gründen ging man in der DDR immer mehr zum überbetrieblichen Wettbewerb über, dessen Vorteil darin gesehen wurde, daß hierbei mehrere Betriebe, incl. Zulieferer und Endabnehmer, am Wettbewerb beteiligt werden.

Eine weitere Methode, den Wettbewerb den Bedingungen der Wirtschaftsplanung zu unterwerfen, stellen die sogenannten Gegenpläne dar. Diese Methode wurde bereits zu Beginn der Wettbewerbsbewegung in der UdSSR angewandt.[1)]

---

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 127 f.

Das Ziel der gegenwärtigen Aktion der Gegenplanung, die mit beträchtlichem propagandistischem Aufwand in der DDR betrieben wird, ist es, den Wettbewerb zu institutionalisieren und damit zu einem Instrument der Planung zu machen, d.h. ihm seinen spontanen Charakter zu nehmen.[1)]

H. Warnke[2)] sieht den Zusammenhang zwischen sozialistischem Wettbewerb und der Gegenplanung folgendermaßen: "... zwischen dem sozialistischen Wettbewerb und den Gegenplänen (besteht) ein untrennbarer Zusammenhang und eine Wechselwirkung. So wie der Gegenplan auf den Erfahrungen des Wettbewerbs beruht, die in den Vorschlägen während der Plandiskussion ihren konkreten Ausdruck fanden, so wie er nur mit Hilfe des Wettbewerbs erfüllt werden kann, so erhält andererseits der Wettbewerb in jedem Betrieb durch den aufzustellenden Gegenplan seine fundiertere, einem politischen Kampfauftrag gleichkommende Zielstellung"[3)]. Der Wettbewerb könne auf der Grundlage der Gegenpläne differenzierter und plangerechter erfüllt werden. Wettbewerb und Gegenplanung seien als Einheit anzusehen, die sowohl die Betriebsgewerkschaftsorganisation als auch die Wirtschafts- und Planungsorgane als "ständige Arbeitsgrundlage" zu betrachten haben.[4)]

---

1) Vgl. Kinnigkeit, W., Das neue Stichwort: Gegenpläne, In: SZ vom 17.4.1973, S. 2 sowie: Der Tagesspiegel vom 24.1.1974, S. 18

2) Seit 1948 Vorsitzender des FDGB

3) Warnke, Herbert, Der Sozialistische Wettbewerb zu Ehren des 25. Jahrestages der DDR, In: Einheit, Jg. 29, Heft 2, 1974, Berlin, DDR, 1974, S. 166

4) Vgl. ders., a.a.O., S. 166

5. Die Neuererbewegung

Die Wettbewerbsbewegung ist seit Bestehen der DDR eng mit der Entwicklung des Wirtschaftssystems verbunden. Die Wettbewerbsfunktionen bestanden vorwiegend in der Systemstabilisierung, indem der Wettbewerb auf die das Wirtschaftssystem determinierenden Komponenten einwirkt: erste Initiativen von Aufbaukollektiven, "Roten Samstagen" und Stoßbrigaden zur Instandsetzung der Infra-Struktur und der Produktionsanlagen, die sich anschließende Henneckebewegung zur quantitativen Steigerung der Produktion, die folgenden Wettbewerbsaktionen zur Materialeinsparung und Arbeitszeitersparnis (Kostensenkung) sowie zur Verbesserung der Arbeitsorganisation, schließlich die Wettbewerbe zur Lösung der Qualitätsprobleme (L. Ermisch u.a.). Außer diesen Wettbewerbsbewegungen, die die geplante Wirtschaftsentwicklung sichern sollten, wurden Wettbewerbskampagnen immer dann initiiert, wenn wirtschaftliche Notsituationen infolge ungünstiger Witterungseinflüsse insbesondere in der Landwirtschaft eintraten oder Versorgungsschwierigkeiten (z.B. im Energiebereich) die Existenz des Wirtschaftssystems gefährdeten.
Eine besondere Stellung nimmt eine Wettbewerbsbewegung ein, die seit dem ersten Fünfjahrplan (1951 - 1955) an die schöpferische Initiative der Beschäftigten appellierte, die Neuererbewegung. Diese Bewegung gilt als bedeutender Faktor zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ihr Stellenwert in der sozialistischen Wettbewerbsbewegung stieg mit wachsendem Reifegrad der Volkswirtschaft. Die weitere industrielle Entwicklung, die anfänglich durch extensive Ausnutzung der Ressourcen erfolgte, stieß an ihre Grenze. Infolgedessen nahm die Bedeutung der Bewegungen zu, die auf der intensiven Ausnutzung der Produktionsfaktoren beruhten.

"Hauptinhalt der Neuerertätigkeit ist die weitere Intensivierung der Produktion durch sozialistische Rationalisierung in Einheit mit der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen."[1)] Die Neuererbewegung beruht auf dem betrieblichen Vorschlagswesen. Hierbei wird eine möglichst umfassende Beteiligung von Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz an Vorschlägen zur Einführung wissenschaftlich-technischer Neuerungen und zur Organisation der Produktion und der Arbeit angestrebt. Als Neuerer wurden jene Werktätigen bezeichnet, die Vorschläge ausarbeiten und einreichen oder Methoden entwickeln, die geeignet sind, die Produktionsprozesse und Arbeitsmethoden oder -verfahren effektiver zu gestalten.

Die ersten Neuerer versuchten Neuerungen aus der Sowjetunion (meist Arbeitsmethoden) in der DDR-Wirtschaft zur Anwendung zu bringen (z.B. die Mehrmaschinenbedienung, neue Stahlschmelzmethoden u.a.). Die anfänglich spontan auftretenden Neuerer wurden nach dem VI. Parteitag (1963) im Zuge der Einführung des "Neuen ökonomischen Systems" durch den Erlaß der Neuererverordnung zu einem institutionellen Bestandteil der DDR-Wirtschaft.[2)]

Die Neuererbewegung sollte planmäßig und zielgerichtet entwickelt werden, um unablässig den wissenschaftlich-technischen Fortschritt voranzutreiben, wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, die unverzüglich in

---

1) Verordnung über die Förderung der Neuerer und Rationalisatoren in der Neuererbewegung - Neuererverordnung, In: GBL, Teil II/1972, Nr. 1, S. 1

2) Vgl. Verordnung über die Förderung und Lenkung der Neuerer (Neuererverordnung) vom 31. Juli 1963 in der Fassung vom 7. Juni 1967 und in der Fassung vom 22.12.1971

die Praxis umzusetzen seien. Dadurch solle die Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen erreicht werden mit dem Ziel, menschliche Arbeitskraft einzusparen, die Selbstkosten z.B. durch günstige Substitution des Materialeinsatzes zu senken, die Produktionsmittel rationell einzusetzen, qualitätsgerechte Produkte bei Gesundheitsschutz und technischer Sicherheit der Beschäftigten zu erzeugen.[1)]

Die Neuererverordnung sichert den Neuerern zahlreiche Rechte zu und verpflichtet die Betriebs- und Gewerkschaftsleitung in vielfältiger Weise. So muß über einen eingereichten Vorschlag innerhalb festgelegter Fristen entschieden werden; der Neuerer hat das Recht an der Entscheidungsvorbereitung teilzunehmen. Wird der Vorschlag als Neuerung anerkannt, hat der Neuerer das Recht auf eine angemessene Vergütung, die sich aus einer Berechnungstabelle feststellen läßt, in der gesellschaftlicher Nutzen und Vergütungsbetrag in Abhängigkeit voneinander aufgeführt sind.[2)] Die Aufgabe der Neuerer ist es, Möglichkeiten innerhalb des Betriebes herauszufinden, um Reserven, insbesondere im technisch-organisatorischen Bereich, aufzudecken, die einen möglichst hohen Nutzen für den Betrieb haben. Diese Neuerungen sollen möglichst auch überbetrieblich verwertbar sein, so daß bei Verbreitung der Neuerungen eine allgemeine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden kann. Neuerungen können auch dadurch erreicht

---

1) ebenda

2) Vgl. Anlage I zur o.g. VO

werden, daß Kollektive oder ganze Betriebe miteinander Neuerervereinbarungen abschließen, beispielsweise mit dem Ziel, "die im Plan der Aufgaben der Neuerer fixierten Schwerpunktprobleme zur Weiterentwicklung des Arbeitsprozesses und seiner Ergebnisse einer termingebundenen Lösung zuzuführen sowie die Realisierung und optimale Nutzung des Ergebnisses zu gewährleisten."[1)]

Im Gegensatz zu anderen Wettbewerbsbewegungen werden über die Ergebnisse der Neuererbewegung detaillierte Angaben publiziert. Danach wurden im Jahr 1963 in der volkseigenen Wirtschaft 579.000 Neuerervorschläge eingereicht, von denen 519.000 in Benutzung genommen wurden. Der hieraus erzielte durchschnittliche Nutzen betrug aus vereinbarten Neuerungen 22.400 M., der aus den übrigen (spontanen) Neuerungen 1.900 M.
Aus Tab. I geht hervor, daß sich das Verhältnis von eingereichten und realisierten Vorschlägen von 1963 - 1971 stetig verschlechterte, der gesellschaftliche Nutzen der Neuerervorschläge jedoch zunahm. Diese Entwicklung läßt auf eine stärkere Qualitätskontrolle der eingereichten Vorschläge schließen, da sich der durchschnittliche Nutzen bei sinkender Zahl der genutzten Vorschläge (1963 = 519.000, 1971 = 361.000) beträchtlich erhöhte. (1963 = 24.300 M.; 1971 = 37.000 M.)[2)]

---

1) Vgl. Autorenkollektiv, Ökonomik der Arbeit; 6. überarbeitete Auflage, Berlin, DDR. 1974, S. 339

2) Vgl. Tabelle I, Neuererbewegung

Tabelle I:

Neuererbewegung: Neuerungen (Neuerervorschläge, Erfindungen) in der volkseigenen Wirtschaft.

Jahr	einger. Neuerungen 1.000	in Benutzung genommen (ohne Nachben.) 1.000	% Nutzen aus N.-Vereinbarungen 1.000	aus übrigen Neuerungen 1.000
1963	579	519	22,4	1,9
1964	541	448	21,8	1,9
1965	582	435	19,7	2,1
1966	607	407	19,2	2,4
1967	611	364	22,2	3,3
1968	602	335	28,7	4,0
1969	636	329	25,6	4,4
1970	681	313	34,3	5,2
1971	826	361	31,8	5,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1972, Berlin, DDR 1972, S. 71

Die Neuerertätigkeit muß jedoch, wenn sie effektiv sein soll, geplant werden. Dies ist schon allein deshalb notwendig, um Neuererergebnisse unverzüglich gesamtwirtschaftlich nutzen zu können. Im Plan müssen Mittel für Maßnahmen eingeplant werden, die zur Einführung der Neuerung notwendig werden können (Investitionsmittel; Zeit für Umstellungen und Anpassungen der Produktion). Aus diesem Grunde will man in der DDR immer mehr von der Spontaneität der Neuerer zu geplanter, d.h. zu vereinbarter Neuerertätigkeit übergehen. Wie die Statistik zeigt, bleibt der Nutzen aus vereinbarten Neuerungen noch immer hinter den spontan entstehenden Neuerungen zurück: 1973 : 1.441,0 Mio. Mark zu 3.553,8 Mio. Mark, jedoch betrug dieses Verhältnis 1964 noch 280,0 Mio.M.

zu 1.151,6 Mio. Mark.[1] Der Betriebsplan bestimmt im Planteil Wissenschaft und Technik die Aufgaben der Neuerer, die außerhalb ihrer normalen Arbeitszeit zu lösen sind. Die zwischen den Neuerern (oft in der Form der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft organisiert) und der Betriebsleitung abgeschlossene Neuerervereinbarung bildet die Grundlage für ihre Planung.

Die Angaben in Tabelle I zeigen, daß der durchschnittliche Nutzen, der aus vereinbarten Neuerungen resultiert, beträchtlich schwankt, die übrigen Neuerungen jedoch stetig steigen. Diese Tatsache könnte für eine noch nicht funktionsfähige Innovationsplanung sprechen. Es ist aber auch zu beachten, daß die Zurechenbarkeit der Ergebnisse der Neuerertätigkeit statistische Probleme bereitet, die die Ursache für diese Schwankungen bilden könnten.

---

1) Vgl. Tabelle II, Ergebnisse der Neuererbewegung

Tabelle II

17. Neuererbewegung in der volkseigenen Wirtschaft

Kennziffer	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972[1])	1973
	1000									
Berufstätige, die Neuererleistungen erbracht haben – Neuerer	526	568	590	593	585	623	661	820	1 123	1 274
darunter:										
Produktionsarbeiter	.	.	.	.	.	.	.	.	686	751
Weibliche Neuerer	76	90	103	107	109	126	140	193	290	354
Jugendliche Neuerer	76	82	85	87	89	100	111	147	215	265

Jahr / Verantwortungsbereich	Anteil der Berufstätigen, die Neuererleistungen erbracht haben, an den Berufstätigen				In Benutzung genommene Neuerungen (ohne Nachbenutzungen)	Anteil der in Benutzung genommenen Neuerungen an den abgeschlossen bearbeiteten	Nutzen aus den in Benutzung genommenen Neuerungen für ein Benutzungsjahr (einschließlich Nachbenutzungen)	Nutzen aus vereinbarten Neuererleistungen (§ 13 [2] NVO)	Durchschnittlicher Nutzen je in Benutzung genommene Neuerung	
	Insgesamt	darunter[2]) Produktionsarbeiter	darunter[2]) Weibliche Neuerer	darunter[2]) Jugendliche Neuerer					aus vereinbarten Neuererleistungen (§ 13 [2] NVO)	aus Neuerervorschlägen (§ 18 NVO)
	Prozent				1 000	Prozent	Mio Mark		1 000 Mark	
1964	12,6	.	1,5	10,2	431	70,5	1 151,6	280,0	28,7	1,8
1965	13,4	.	5,2	10,8	409	73,0	1 242,1	328,0	21,4	2,0
1966	13,8	.	6,0	12,4	381	74,4	1 349,3	377,0	20,5	2,3
1967	14,1	.	6,3	13,6	341	74,6	1 544,4	473,0	25,4	3,0
1968	13,7	.	6,3	14,8	326	74,5	1 908,4	644,0	31,3	3,8
1969	14,8	.	7,1	15,9	321	74,9	2 067,4	709,0	28,8	4,2
1970	15,5	.	7,7	17,0	307	75,2	2 456,4	934,0	35,5	5,0
1971	19,2	.	10,8	21,7	359	76,5	2 920,0	1 183,0	31,9	5,2
1972[2])	23,3	24,2	14,2	27,3	446	76,9	3 176,7	1 800,0	30,3	4,5
1973	26,4	27,3	16,9	31,3	484	77,1	3 553,8	1 441,0	30,9	5,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1974 der deutschen Demokratischen Republik, 19. Jahrgang, Hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin, DDR, 1974, S. 71

Ein Problem stellt die weitere Nutzung der Neuerungen durch andere Betriebe in der DDR oder innerhalb des sozialistischen Auslands dar. H. Warnke weist darauf hin, daß gerade in der Nachnutzung noch beträchtliche Reserven liegen.[1]) Die Ursache dafür liegt einerseits

1) Vgl. Warnke, H., Der sozialistische Wettbewerb zu Ehren des 25. Jahrestages der DDR, In: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 2, Jg. 29, Berlin, DDR, 1974, S. 164

in dem nicht ausreichend funktionierenden betrieblichen Informationssystem; andererseits im Desinteresse der Arbeiter und der Betriebsleitung, eine Neuerung, die möglicherweise Anfangs- und Umstellungsschwierigkeiten bereitet, einzuführen, da diese Schwierigkeiten vorübergehende Produktionsstörungen und damit Prämiennachteile mit sich bringen können. Da bei Nachahmung einer Neuerung keine Neuererprämie mehr gezahlt wird, arbeitet man nach der "bewährten Methode" weiter.
Zwischen den sozialistischen Staaten versucht man die Verbreitung der Neuererideen unter anderem durch die gegenseitigen Besuche von Neuererkollektiven und intensive Zusammenarbeit zu erreichen. So wurde im Okt. 1973 das sog. "Schmelzen der Freundschaft" durchgeführt, an dem in mehreren Stahlwerken der DDR russische Stahlschmelzer zusammen mit ihren DDR-Kollegen nach neuen russischen Erkenntnissen Stahl schmolzen. Dadurch soll eine weit höhere Tonnen-Stunden-Leistung erbracht worden sein.[1)]

Die Neuererbewegung läuft seit Beginn der 60er Jahre als selbständige Bewegung zur Förderung des technischen Fortschritts neben den immer wieder inszenierten Wettbewerbskampagnen her. Fast täglich erscheinen in den Zeitungen und Zeitschriften der DDR Berichte über Neuerervereinbarungen, Prämienverleihungen usw., die auf den ersten Seiten der Publikationsorgane besonders herausgestellt werden, um der Bewegung Massencharakter zu verleihen.[2)]

---

1) ders., a.a.O., S. 165

2) Vgl. Neues Deutschland vom 2.10.1973, S. 2,
vom 14.10.1973, S. 1 f,
vom 17.10.1973, S. 2,
vom 3.3.1973, S. 1, 8,
vom 28.3.1973, S. 3,
vom 27.4.1973, S. 1,
vom 30.8.1973, S. 1.

Die Neuererbewegung hat, wie die statistischen Angaben zeigen, einen bedeutenden Beitrag zur Effektivität der Produktion geleistet, jedoch kann sie nicht als eine sozialistische Wettbewerbsbewegung bezeichnet werden; denn auch hier wurde, wie bei zahlreichen anderen Wettbewerbsbewegungen das Prinzip der Hilfe für die Zurückgebliebenen zugunsten der individuellen Steigerung der Leistung (Produktionsrationalisierung, technische Vervollkommnung) vernachlässigt. Entscheidend war bei dieser Bewegung die Effektivität, die Hilfe für die anderen bestand lediglich in der Weitergabe der erzielten und prämierten Ergebnisse.
Wagner weist darauf hin, daß von der Neuererbewegung insbesondere die technische Intelligenz einen Vorteil habe, da sie einen Großteil der hochprämierten Neuerungen erbringe, während es für die am Fließband Beschäftigten, deren Tätigkeit schon weitgehend rationalisiert war, kaum noch Möglichkeiten im innerbetrieblichen Vorschlagswesen gäbe. Außerdem seien gerade diejenigen, deren Tätigkeit am Fließband die geringsten Vorkenntnisse erforderten, zu den "Zurückgebliebensten" zu rechnen, die aber kaum die Möglichkeit hätten, an der Neuererbewegung teilzunehmen.[1)]

---

1) Vgl. Wagner, U., Vom Kollektiv ... a.a.O., S. 135
Nach einem hier zitierten Beispiel haben sich lediglich 6,5 % der Frauen eines Betriebes, dessen Belegschaft 1971 zu 65 % aus Frauen bestand, an der Neuererbewegung beteiligt. Im Bereich Entwicklung und Konstruktion betrug der Anteil jedoch 45 %.
Vgl. hierzu auch Tabelle II.

Eine soziologische Studie,[1] die der Frage nachgeht, welches die Anschauungen und Motive sind, die das Verhalten der Neuerer in ihrer Arbeit bestimmen, kommt zu interessanten Ergebnissen, die auch allgemein für die Einstellung der Werktätigen zur Arbeit im Sozialismus und zum Wettbewerb Aufschluß geben. Die Befragung von 328 Neuerern aus zwei Berliner Großbetrieben nach den Voraussetzungen, unter denen die Arbeit Befriedigung schafft, wurden folgende Faktoren in folgender prozentualer Häufigkeit genannt:

a) gute, der Leistung entsprechende Bezahlung	70,0
b) gesellschaftliche Wertschätzung	43,9
c) gutes Verhältnis zu Vorgesetzten	61,5
d) gutes Verhältnis zu Kollegen	75,0
e) selbständige und verantwortungsvolle Arbeit	77,0
f) abwechslungsreiche und interessante Arbeit	74,5
g) angenehme Arbeitsbedingungen	57,7

Von diesen Faktoren nannten als wichtigste Voraussetzung für Befriedigung in der Arbeit: 32,3 % selbständige und verantwortungsvolle Arbeit (e), 24,7 % gute, der Leistung entsprechende Bezahlung (a), 15,7 % abwechslungsreiche und interessante Arbeit (f), 13,9 % gutes Verhältnis zu den Kollegen (d), 5,8 % angenehme Arbeitsbedingungen (g), 4,5 % gutes Verhältnis zu Vorgesetzten (c) und 3,1 % gesellschaftliche Wertschätzung (b).

---

1) Hahn, Toni, Arbeitsfreude, - eine soziologische Studie In: Einheit, 20. Jg. Heft 1 (Januar 1965), S. 39-47, Wiederabgedruckt in: Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II, Hrsg. Ludz, P.Ch., Neuwied und Berlin, 1972, S. 3 ff.

In der Gruppe der Neuerer mit Leitungsfunktionen bzw. in Forschung, Entwicklung und wissenschaftlich-technischer Organisation Tätigen hielten geringfügig mehr, nämlich 5,5 % der Befragten die gesellschaftliche Anerkennung für einen wesentlichen Faktor um Arbeitsbefriedigung.

Auf die Frage nach den Motiven für das Einreichen von Verbesserungsvorschlägen wurden die vorgegebenen Faktoren in folgender Stärke genannt:[1)]

1. Erleichterung der Arbeit	63,4 %
2. Prämien	33,6 %
3. Allgemeines Streben nach Produktivität und Einsparung von Mitteln	53,7 %
4. Persönliches Ansehen in Betrieb und Gesellschaft	19,5 %
5. Lust am Kurbeln	29,5 %
6. Ökonomischer Nutzen, gesellschaftlicher Wohlstand, Ansehen der DDR	65,2 %

Hahn interpretiert diese Ergebnisse als Beweis dafür, daß sich hierin sowohl die "ureigensten persönlichen Bedürfnisse, als auch die unmittelbaren gesellschaftlichen Interessen ausdrücken." Nach seinen Erhebungen haben 47,8 % den 1. Faktor (Erleichterung der Arbeit) als erstrangig bezeichnet, 5,1 % nannten die Prämien, 3,9 % gaben die Faktoren 4 und 5 als vorrangig an. "Für die Mehrzahl der Befragten wird eine mehr oder weniger bewußt gesellschaftlich ausgerichtete Zielstellung in wachsendem Maße zum persönlichen Motivfaktor ihrer Handlungen."[2)] "Dem liegt die bewußt gewordene Erfahrung zugrunde, daß in der sozialistischen

---

1) ders. a.a.O., S. 11

2) Vgl. Hahn, a.a.O. S. 12

Gesellschaft die Arbeit für die Gesellschaft zugleich im persönlichen Interesse der Werktätigen liegt".[1] Dieses sehr vage formulierte Ergebnis ("mehr oder weniger bewußt gesellschaftlich ausgerichtet") muß noch durch den Hinweis relativiert werden, daß über die Struktur dieser befragten Gruppe keine Angaben vorliegen. Da sich Bildungsgrad und Tätigkeitsfeld auf die Motive auswirken (vgl. die Angaben zur Arbeitsbefriedigung von Gruppen unterschiedlicher Schulbildung bzw. Stellung im Beruf), wäre es wesentlich, auch hier zu zeigen, welche Neuerer, ob Arbeiter oder sog. Intelligenzler, "mehr oder weniger bewußt gesellschaftlich ausgerichtete Zielstellungen" aufweisen.

Aufschlußreicher ist eine weitere Erhebung, die ohne vorgegebene Antworten der Frage nachgeht, was einen guten Arbeiter kennzeichnet:

(in Prozent)	Neuerer	Andere
1 Kollegialität, Hilfsbereitschaft	17,4	22,3
2 Arbeitsdisziplin, Pünktlichkeit, Regelmäßigkeit	52,3	66,3
3 Qualitätsarbeit, Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit	31,0	26,2
4 Moralisch vorbildlich außerhalb der Arbeitszeit	14,3	8,4
5 Fachliches Können, Qualifizierung	32,5	20,7
6 Bewußtes Verhalten zur Arbeit, Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volkseigentum	28,6	14,1
7 Gesellschaftliche Arbeit, Einwirken auf andere	13,4	6,6

Das Ergebnis dieser Umfrage verdeutlicht und bestätigt die schon anfangs geäußerte Meinung, daß die Faktoren 6 (Bewußtes Verhalten zur Arbeit, Ver-

---

1) ebenda

antwortungsbewußtsein gegenüber dem Volkseigentum) und 7 (Gesellschaftliche Arbeit, Einwirken auf andere), die im gewissen Sinne das gesellschaftliche Bewußtsein widerspiegeln, keine wesentliche Bedeutung beigemessen wurde. Dies gilt insbesondere für Nicht-Neuerer (6,6 %), die den Hauptanteil der Beschäftigten in der Produktion darstellen.

VIII. Die systemimmanente Kritik der traditionellen Wettbewerbsvorstellungen

1. Die Kritik an der administrativen Methode in der DDR

Der nach Stalins Tod aufkommende Freiheitsgedanke in Osteuropa erfaßte in der DDR vornehmlich die "Kreise der Intelligenz, die sich von der Parteidiktatur zu lösen versuchten und unter Hinweis auf die Mängel und Fehler der zentralistischen Planung neue Wege zur Förderung der privaten Initiative und des technisch-ökonomischen Fortschritts suchten."[1] Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR wies in den Jahren 1951 - 1955 starke Diskontinuitäten auf, die mit den Zielvorstellungen des 2. Fünfjahrplanes unvereinbar waren. Die Zuwachsrate der industriellen Produktion sank von 22,2 % im Jahre 1951 auf 7,7 % im Jahre 1955. Um die Planvorstellungen zu realisieren, war es nötig, eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität von 9 % zu erzielen; tatsächlich wurden 12,0 % (1951), 11,1 % (1952), 8,1 % (1953), 5,9 % (1954), 7,3 % (1955) erreicht.[2]

Auf diese Entwicklung bezugnehmend äußerten sich die Wortführer dieser Bewegung, der Nationalpreisträger Professor Fritz Behrens und der Dozent Arne Benary kritisch gegenüber den bisher angewandten Methoden der Wirtschaftsführung.[3] "Die in den vergangenen Jahren

---

1) Schack, Herbert, Marx-Mao-Neomarxismus, Wandlungen einer Ideologie, Frankfurt/M., 1969, (1971)^2, S. 123

2) Vgl. Benary, Arne, Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, In: Wirtschaftswissenschaften, 5. Jahrg., 3. Sonderheft, Berlin 1957, S. 64

3) Vgl. Behrens, Fritz, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, In: Wirtschaftswissenschaften, 5. Jahrg., 3. Sonderheft, Berlin 1957, S. 195 ff., sowie Benary, A., a.a.O., S. 62 ff.

angewandten Methoden der Wirtschaftsführung - ... - waren mit einer übermäßigen Administrierung und Reglementierung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe belastet ..."[1] Die Administrierung und Reglementierung, die sich darin zeigte, daß den Betrieben bis in die untersten Entscheidungsstufen Vorschriften gemacht wurden, d.h. keinen Spielraum für autonome Entscheidungen auf Betriebsebene zuließen, erstickte die "schöpferische Aktivität der Werktätigen", die das entscheidende Element der sozialistischen Wirtschaft darstellt.[2] Benary kritisiert die bisher übliche Form der "kampagnemäßigen" Wettbewerbsführung, die er als langfristig wenig effizient betrachtet. "Die Hauptform, in der sich ihre (der Beschäftigten, A.d.V.) Initiative und Aktivität äußert, ist der sozialistische Wettbewerb", der jedoch nicht so zu verstehen sei, wie er bisher geführt wurde, "mehr oder weniger kampagnemäßig, in seiner Zielsetzung sowohl inhaltlich als auch termingemäß begrenzt."[3] Die teilweise üblichen Wettbewerbsmethoden, die "in den Anstrengungen leitender technischer und ökonomischer Kader" und in der "Verbesserung der Technologie" bestanden, akzeptiert Benary. Seine Vorstellungen sind jedoch weiterreichend. Er fordert die Austragung des Wettbewerbs auf dem Markt. "Es besteht aber keinerlei Veranlassung anzunehmen, daß der Sozialismus etwa den Wettbewerb der Produktionsbetriebe um die beste und zugleich billigste Produktion oder der Wettbewerb der Produktions- und Handelsbetriebe

---

1) Benary, A., a.a.O., S. 63

2) Vgl. hierzu Benary, A., a.a.O., S. 66
Behrens, F., a.a.O., S. 109

3) Benary, A., a.a.O., S. 66

um die beste örtliche und zeitliche Versorgung mit Konsumgütern, um das vollständigste Sortiment usw. ausschließe, Formen des Wettbewerbs also, die auf dem Markt ausgetragen werden ...[1)]

Benary spricht sich für die Einschränkung administrativer Befugnisse in Wirtschaftsplanung und -lenkung aus; andererseits tritt er für die "bewußte Ausnutzung ökonomischer Gesetze" ein, d.h. "Handlungsweisen von Menschen" erkennen und "ausnutzen", um die "Spontaneität der Massen bewußt zu lenken." "Planmäßigkeit und Spontaneität sind trotz ihrer Gegensätze zu einem dialektischen Ganzen zu vereinigen. Leugnet man die Vereinbarkeit der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft und der schöpferischen Aktivität der wirtschaftenden Menschen, so leugnet man die Möglichkeit, das ökonomische Verhalten der Menschen zu lenken und damit die ökonomische Gesetzmäßigkeit ausnutzen zu können."[2)]

Benary schlug vor, anstelle der administrativen Methode, die die Gefahr der "Überzentralisierung", des Reglementierens in sich trägt ("aus schöpferischer Aktivität wird dann ebenso spontane Resignation, unschöpferische Aktivität"), die "ökonomische Methode" anzuwenden, die auf der Grundlage der Untersuchung von Verhaltensweisen der wirtschaftenden Menschen, "nicht vorwiegend durch mittelbare Anweisungen zentraler (oder örtlicher) Instanzen gekennzeichnet ist, sondern "durch die Schaffung solcher Bedingungen, unter denen die spontan verlaufenden Prozesse, planbar, berechenbar, ihre Richtung, Art und Stärke bestimmbar werden. An die Stelle der unmittelbaren Anweisung tritt die Ausnutzung ökonomischer Hebel."[3)] Hierbei werden Preis, Kredit und Zins sowie Lohn, Gewinn und Steuern besonders hervorgehoben.[4)]

---

1) Benary, A., a.a.O., S. 66
2) Schack, H., a.a.O., S. 23
3) Benary, A., a.a.O., S. 84
4) Vgl. ders., S. 84

Um das Interesse der Werktätigen an ihrer Arbeit zu steigern, sei es nach Benary notwendig, sie unmittelbar an der Verwaltung der Produktionsmittel und an der Produktion zu beteiligen. "Die Selbstverwaltung der Wirtschaft kann und muß jetzt an die Stelle der Verwaltung der Wirtschaft durch den zentralisierenden Staatsapparat treten." Der Werktätige wird um so rascher zum bewußten, kollektiven Eigentümer der Produktionsmittel, je unmittelbarer er die Verfügung über sie ausübt, je unmittelbarer die Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet ist.[1)]

Die Fortführung der administrativen Methode der Wirtschaftsführung, die "Verwaltung der Wirtschaft durch den Staatsapparat" würde, sobald sie nicht mehr objektiv notwendig ist - d.h. nach Benary in der Übergangsperiode - zum Selbstzweck und damit zur wirtschaftlichen Basis des Bürokratismus. Bürokratismus wiederum, der "mit der Aufrechterhaltung historisch überlebter Methoden der Leitung und Planung zwangsläufig verbunden ist, schränkt natürlich die schöpferische Aktivität der Werktätigen ein, er behindert die volle Wirksamkeit dieser entscheidenden Triebkraft des technisch-ökonomischen Fortschritts", Bürokratismus verhindert den sozialistischen Wettbewerb, den Benary forderte, eine Wettbewerbsart, die sich am Marktgeschehen orientiert.

Die Vorstellungen Behrens stimmten weitgehend mit denen Benarys überein. Er wendet sich ebenfalls gegen die die Wirtschaft zu stark beeinflußende zentrale Staatsmacht, gegen die staatliche Administration, die ein Durchsetzen "objektiver ökonomischer Gesetze" verhindert. Juristische

1) Vgl. Benary, A., a.a.O., S. 89

Gesetze, Anordnungen und Direktiven könnten ökonomische Gesetze nicht ersetzen, sondern sollten "die ökonomischen Gesetze unterstützen, d.h. das Handeln der Menschen richtig lenken." "Wenn das Ausnutzen ökonomischer Gesetze durch staatliche Administration ersetzt wird, dann werden die Initiative und die Eigenverantwortlichkeit der Werktätigen bei der Durchführung der ökonomischen Aufgaben gehemmt und erstickt."[1] Auch die klügste zentrale Leitung sei nicht in der Lage, bei der Regelung ökonomischer Einzelheiten die entscheidenden Kettenglieder zu erfassen, sie können nicht die "Findigkeit, die Initiative und Schöpferkraft der werktätigen Massen ersetzen."[2] Behrens Ideen gingen dahin, die aktive Rolle des Staates auf die Politik zu beschränken und der Wirtschaft lediglich Rahmenbedingungen in Gesetzesform vorzugeben. "Die voluntaristische Vorstellung, daß der sozialistische Staat das Tempo der ökonomischen Entwicklung nach seinem Ermessen bestimmen könne, ist falsch und schädlich. Der Staat legt das Tempo der ökonomischen Entwicklung nicht nach seinem Ermessen fest, sondern aufgrund der erreichten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung."[3] Behrens wandte sich in scharfer Form gegen die Auffassung, daß der Staat alles könne und daß auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet und kontrolliert werden müsse. Er hielt Lenins Auffassung vom "Absterben des Staates"[4] in dem Maße, wie die Produktionsverhältnisse sich festigen und die kapitalistische Bedrohung nachläßt, für die Über-

---

1) Behrens, Fritz, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, a.a.O., S. 109

2) Vgl. Behrens, F., a.a.O., S. 109

3) Behrens, F., a.a.O., S. 115

4) Vgl. Lenin, W.I., Staat und Revolution, Werke, a.a.O., Bd. II, S. 330 ff.

gangsperiode der DDR für notwendig. "Das aber bedeutet, daß die Selbstverwaltung der werktätigen Massen im staatlichen Leben in der Selbstverwaltung der Wirtschaft ihre Ergänzung finden muß."[1] Die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe sei deshalb so bedeutend, weil sie die Voraussetzung für die volle Entfaltung der Initiative der Werktätigen sei. Wirkliches Interesse an der Arbeit und an "seinem Betrieb" entwickelt sich bei den Beschäftigten eines Betriebes erst dann, wenn ihnen die Möglichkeit der Mitbestimmung und der Mitentscheidung gegeben wird.

Auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED (vom 30. 1. - 1.2.1957) verwahrte sich W. Ulbricht gegen jede Kritik der Wirtschaftsführung und lehnte die Reformvorschläge Behrens und Benarys mit den schärfsten Worten ab.[2]

Erst als ein halbes Jahr später Liberman seine bereits im Jahre 1955 andeutungsweise geäußerten Vorstellungen einer Wirtschaftsreform,[3] die auf ökonomischem Gebiet ähnliche Ziele verfolgten, wie die Behrens' und Benarys, der breiten Öffentlichkeit in der "Prawda" zur Diskussion stellte, fanden sie auch in der DDR stärkere Beachtung. In der UdSSR wurde später probeweise ein wirtschaftspolitisches Programm eingeführt, das teilweise Ideen der Reformer berücksichtigte.

---

1) Behrens, F., a.a.O., S. 25

2) Vgl. Ulbricht, W., Grundfragen der Politik der SED, Berlin 1957, S. 53, 51 ff.

3) Vgl. "Woprossy Ekonomiki", Heft 6, 1955 (russ.)

2. Die Kritik an der Wettbewerbsführung in der DDR und UdSSR

Die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR wurde in jüngster Zeit im wesentlichen von der Notwendigkeit bestimmt, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt voranzutreiben. Aus diesem Grunde liegt das Schwergewicht im Wettbewerb auf der Neuererbewegung bzw. auf einer Variante dieser Bewegung, die sich an die Jugend richtet, die "Messe der Meister von morgen". Die Erfüllung des Planes Wissenschaft und Technik und der qualitativen Kennziffern werden als entscheidendes Ziel der neuen Entwicklungsetappe im sozialistischen Wettbewerb genannt.[1] Dieser Zielsetzung entsprechen die Neuerermethoden deshalb am besten, weil sie meist unmittelbar im wissenschaftlich-technischen Bereich bzw. in der Rationalisierung des Produktionsprozesses ansetzen und weil die vorgeschlagene Neuerung unverzüglich in den Institutionen (Betriebsbüro für Neuerer) geprüft und zur Anwendung gebracht werden. Durch das in der Neuererverordnung vorgesehene Verfahren soll verhindert werden, daß Vorschläge und Anregungen unbeachtet bleiben bzw. nicht allgemein angewandt werden.

Neben dieser am meisten favorisierten Wettbewerbsbewegung werden bis heute weiterhin allgemeine Wettbewerbskampagnen unter den bekannten bzw. abgewandelten Losungen betrieben, um das Interesse der Allgemeinheit am Wettbewerb und an immer neuen Verpflichtungen zur Leistungssteigerung nicht versiegen zu lassen. Die Bewegung unter der Parole "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben", die auf dem VIII. Parteitag der SED und

---

1) Vgl. Heintze, H., Zu Problemen der weiteren Erhöhung der Wirksamkeit des sozialistischen Wettbewerbs. In: Aktuelle Probleme der Organisierung und Führung des sozialistischen Wettbewerbs - Erfahrungsaustausch. Berlin, DDR, 1974, S. 8

auf dem 8. FDGB-Kongreß beschlossen wurde, steht gegenwärtig im Mittelpunkt des Wettbewerbsgeschehens. Durch diese Wettbewerbsbewegung sollen "qualitativ neue Impulse im politischen, ökonomischen, sozialen und ideologisch-erzieherischen" Sinne dem Wettbewerb gegeben worden sein.[1] Die charakteristischen Entwicklungsmerkmale dieser Bewegung seien:

"-Die Verpflichtungen der Kollektive zum sozialistischen Arbeiten, Lernen und Leben wurden mit der schrittweisen Verwirklichung der Grundsätze inhaltsreicher, komplexer, meß- und abrechenbarer.
- Die Vorbereitung der Verpflichtungen und ihre Realisierung sind auf die gezielte Überbietung des Planes gerichtet, und die öffentliche Verteidigung der Verpflichtungen für das Jahr 1974 führte zu einem weiteren Aufschwung im sozialistischen Wettbewerb.
- Die kollektiven Zielstellungen zum sozialistischen Arbeiten, Lernen und Leben wurden in ihrer Mehrzahl durch persönliche Verpflichtungen der einzelnen Kollektivmitglieder ergänzt.
- Im Ringen um die Erfüllung der Verpflichtungen entwickelt sich immer stärker ein echter Wettstreit in und zwischen den Kollektiven.
- Zielstrebiger bemühen sich die Kollektivmitglieder um die Erhöhung des Bildungsniveaus auf politischem, ökonomischem und beruflich-fachlichem Gebiet.
- Mit der Verwirklichung der Grundsätze entwickelt sich eine neue Qualität kultureller Bedürfnisse und kultureller Selbstbestätigung, die vor allem von der Arbeiterklasse geprägt wird."[2]

Die Realität innerhalb der Betriebe widerspricht jedoch, wie Heintze selbst ausführt, diesen "Entwicklungsmerk-

---

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 11
2) ders. a.a.O., S. 11 f.

malen". Einer Untersuchung der Gewerkschaftsschule "Fritz Heckert" zufolge war nur der Hälfte aller Befragten der auf das Arbeitskollektiv aufgeschlüsselte Plan bekannt, so daß die Voraussetzung für eine sachkundige Teilnahme dieses Personenkreises nicht gegeben war. Weiterhin erwies sich, daß bei der Ausarbeitung und Gestaltung der Wettbewerbsprogramme nur zwischen 25 % und 70 % aller Befragten in ihren Kollektiven mitgewirkt hatten.[1] Diese Ergebnisse zeigen, daß von einer schöpferischen Masseninitiative nicht gesprochen werden kann. Vielmehr weist das Untersuchungsergebnis auf die Tatsache hin, daß der Wettbewerb sich nicht von sich aus, d.h. durch das stetige Engagement der Arbeitenden erhält, sondern immer wieder von Partei- und Gewerkschaft innerhalb der Betriebe und in der breiten Öffentlichkeit publik gemacht werden muß. Dazu gehören Verpflichtungskampagnen, Wettbewerbsvereinbarungen, persönlich-schöpferische Pläne und Wettbewerbsprogramme in den Betrieben und intensive Öffentlichkeitsarbeit in den Massenmedien.

Als weitere Kritikpunkte der Wettbewerbsbewegung wurden immer wieder Formalismen, Zahlenhascherei und Schematismus genannt.[2] Diese Kritik bezieht sich darauf, daß formale Verpflichtungen, meist Kollektivverpflichtungen übernommen wurden, die am Schreibtisch von Partei- oder Gewerkschaftsfunktionären ohne Beteiligung der Wettbewerbsteilnehmer ausgearbeitet wurden. Die Rolle der Wettbewerbsteilnehmer reduzierte sich dann auf das Unterschreiben eines vorher abgefaßten Papiers, in dem allgemeine Kennziffern aufgezählt wurden.[3] "Es versteht sich von selbst, daß dieses büro-

---

1) Vgl. ders., a.a.O., S. 10

2) Vgl. Heintze, H., a.a.O. , S. 20

3) Vgl. Fjedinin, W., Sozialismus und Wettbewerb a.a.O, S.175

kratische Herangehen an die Organisierung des Wettbewerbs die Menschen keineswegs für schöpferisches Forschen und Lernen mobilisieren kann, sondern nur Schaden stiftet."[1] Schädlich für die erzieherische Funktion des Wettbewerbs sei die sogenannte Schaustellerei, d.h. daß Verpflichtungen nicht das Ergebnis der Aufdeckung neuer Möglichkeiten für das Wachstum der Produktion sind, sondern deshalb übernommen werden, "weil gerade die eine oder die andere Kampagne im Gange ist."[2] Diese Verpflichtungen seien entweder ausgedacht oder nicht real und haben deshalb keinen günstigen Einfluß auf das Bewußtsein der Beschäftigten. Das Zentralkomitee der KPdSU übte in seinem Beschluß "Über die weitere Verbesserung der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs" vom September 1971 Kritik an den Partei- und Gewerkschaftsorganen, die in den Inhalt des sozialistischen Wettbewerbs nicht tief genug eindringen und die gestiegenen Anforderungen an den Wettbewerb nicht berücksichtigten, der sich aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt ergäbe.[3] Die Anstrengungen der Wettbewerbsteilnehmer seien ungenügend auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Einführung der neuen Technik und neuer Erzeugnisarten sowie die Verbesserung der Qualität der Produktion orientiert. Ungenügend seien auch die Wettbewerbsaufgaben: "termingerechte Kooperationslieferungen" wissenschaftliche Arbeitsorganisation, "Verstärkung der Arbeits- und gesellschaftlichen Disziplin" und das Erreichen des geplanten Produktionsumfanges bei konstanter Anzahl der Arbeitskräfte erfüllt worden.

---

1) ders. a.a.O., S. 176

2) ders., a.a.O., S. 150

3) Vgl. Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU, Über die weitere Verbesserung der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs, Übersetzung aus: "Prawda" vom 5. Sept. 1971

Einzelne Betriebe orientierten den Wettbewerb zu wenig am Aufspüren und an der Nutzung von Reserven, die Qualität des Kundendienstes werde noch nicht durch wettbewerbliche Maßnahmen verbessert, "die soziale und erzieherische Rolle des sozialistischen Wettbewerbs und seine Bedeutung für die Entwicklung der Initiative, für die Heranziehung der Werktätigen zur Leitung der Produktion und für die Erhöhung des Bewußtseins" werde von Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen und von Sowjet- und Wirtschaftsorganisationen unterschätzt.[1] Die Kritik erstreckt sich weiterhin auf die Landwirtschaft, wo Wettbewerbsfragen selten behandelt werden, es träten Mängel bei der Auszeichnung von Wettbewerbsteilnehmern auf, indem Prämien vergeben werden, ohne daß die tatsächliche Arbeitsleistung der Kollektive und einzelnen Beschäftigten den Wettbewerbsbedingungen gemäß erfolgte, die moralischen Stimuli werden unterschätzt bzw. nicht richtig angewandt. Die immaterielle Prämierung erfolge formal durch Übergabe von Urkunden, Wanderfahnen und Eintragungen in Ehrenbücher und -tafeln, ohne die erforderliche öffentliche Bekanntmachung; vielerorts seien die Anforderungen für die Verleihung des Titels von Kollektiven und Stoßarbeitern der kommunistischen Arbeit vermindert worden.[2] Auch in der Propagierung und in der Bearbeitung der theoretischen Probleme des sozialistischen Wettbewerbs wurden ernsthafte Mängel konstatiert.[3]

Diese, alle Bereiche des sozialistischen Wettbewerbs umfassende systemimmanente Kritik zeigt, daß die Wettbewerbsbewegung in der UdSSR und in der DDR sehr große

---

1) Vgl. ebenda

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. ebenda

Mängel aufweist. Die Ursachen hierfür wurden bereits erörtert: die sich fortlaufend wiederholenden Kampagnen führen zur Reduzierung der Aufmerksamkeit und des Interesses der Beschäftigten am sozialistischen Wettbewerb. Dies ist jedoch nur eine Erscheinungsform, die bei der kampagnemäßigen Wettbewerbsführung zu beobachten ist. Wesentlich ist vielmehr, daß als Voraussetzung eines realistischen sozialistischen Wettbewerbs ein Verpflichtungsbewußtsein der Arbeitenden der Allgemeinheit gegenüber besteht. Dieses gesellschaftliche Bewußtsein ist nicht gegeben und konnte sich, wie bereits ausgeführt, auch im sozialistischen System sowjetischer Prägung nicht entwickeln. Um die Leistungserstellung durch wettbewerbliche Aktionen überhaupt zu stimulieren, mußten materielle Anreizsysteme geschaffen werden, die jedoch vom Sozialismus im eigentlichen Sinne wegführten. Das individuelle Interesse, das der menschlichen Natur entgegenkommt, dominiert. Die oben kritisierten negativen Erscheinungen im Wettbewerb stellen Produkte dieser individuellen Interessen dar.

Die von Behrens und Benary in der DDR sowie von Liberman u.a. in der Sowjetunion geübte grundsätzliche Kritik orientierte sich weniger an der Frage, wie man ein neues gesellschaftliches Bewußtsein der Arbeitenden erreichen kann, das als Voraussetzung zu einem sozialistischen Wettbewerb auf der Basis der gegenseitigen Hilfe anzusehen ist, als an der Problematik der Steigerung der ökonomischen Effektivität des Systems. Die Wirksamkeit des Wettbewerbs sollte, ihren Vorstellungen gemäß durch die Einbeziehung marktwirtschaftlicher Elemente in das Gesamtsystem und durch die Austragung des Wettbewerbs auf dem Markt erfolgen. Dadurch würde sich jedoch der Charakter des Wettbewerbs vom partnerschaftlichen zum gegnerischen wandeln. Gegnerische Wettbewerbsbeziehungen und materielle Anreize stellen jedoch Elemente dar, die vom Sozialismus wegführen.[1)]

---

1) Vgl. die Beiträge von Hubermann, Bettelheim u.a., In: Zur Kritik der Sowjetökonomie, a.a.O.

IX. Das politische Problem des sozialistischen Wettbewerbs - Zentralisation versus Spontaneität und Initiative

Bei der Analyse des sozialistischen Wettbewerbs drängt sich die Frage auf, die letztlich zum Verständnis des Wesens des Wettbewerbs in den sozialistischen Staaten entscheidend ist: warum trat der sozialistische Wettbewerb immer weniger als Initiative der arbeitenden Massen sondern als parteigesteuerte Aktion in Erscheinung? Anders gefragt: Warum haben sich innerhalb der fast 60-jährigen Existenz sozialistischer Produktionsverhältnisse die gesellschaftlichen Produktivkräfte nicht oder noch nicht als die treibenden Kräfte im sozialistischen Wettbewerb hervorgetan, wie es die Theorie des Wettbewerbs besagt. Es gilt also zu untersuchen, warum es noch immer der ideologische Überbau, vertreten durch die Partei und den Staat ist, von dem die eigentliche Initiative zum sozialistischen Wettbewerb ausgeht.

Um diese Frage beantworten zu können, muß man den sozialistischen Wettbewerb über seine ökonomische Dimension hinaus analysieren, denn der evidente Widerspruch zwischen Wettbewerbstheorie und -praxis versteht sich letztlich nur aus den theoretischen Vorstellungen von Marx und Engels sowie Lenins und Stalins und aus dem sozialökonomischen Entwicklungsprozeß der sozialistischen Länder.

Die marxistisch-leninistische Theorie vertritt ihrer materialistisch-rationalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung zufolge einen ontologischen Determinismus, der in der Marxschen These seinen Ausdruck findet: "Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."[1)]

---

1) Marx, K., Zur Kritik der Politischen Ökonomie, (Vorwort), MEW, Bd. 13, S. 9

Veränderungen der Produktionsweise bewirken also Änderungen der Denkweise der Menschen; Veränderungen der Arbeitsverhältnisse ziehen notwendig auch Veränderungen des Arbeitsbewußtseins nach sich. Damit entwickelt sich nach marxistischer Auffassung mit der Herausbildung von Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ein Gemeinschaftsbewußtsein, welches die treibende Kraft für die Mobilisierung der gesellschaftlichen Produktivkräfte darstellt. Eine der Formen, in der sich die Produktivkräfte entwickeln, stellt der sozialistische Wettbewerb dar. Die Masse der Arbeiter ergreift freiwillig und spontan die Initiative, um die Produktion zu steigern, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.
Akzeptiert man diesen Zusammenhang als allein gültige Beziehung, stellt sich die Frage, weshalb im sozialistischen System dann noch die Notwendigkeit zu Appellen an die Werktätigen besteht, sich persönlich zu engagieren, revolutionäres Pflichtbewußtsein zu entwickeln und sich am sozialistischen Wettbewerb zu beteiligen?
Die Marxsche These, die von Stalin auf die verkürzte Formel: "Wie die Lebensweise, so die Denkweise" gebracht worden war, kann als grundsätzlich richtig anerkannt werden, jedoch darf sie nicht verabsolutiert werden. Es ist nicht ausschließlich das gesellschaftliche Sein, das das Bewußtsein bestimmt. Engels hatte die These von Marx schon relativiert, indem er darauf hinwies, daß auch den gesellschaftlichen Ideen ein bedeutender Stellenwert im Bewußtseinsbildungsprozeß zukomme. "In der Geschichte der Gesellschaft sind die Handelnden lauter mit Bewußtsein begabte, mit Überlegung oder Leidenschaft handelnde, auf bestimmte Zwecke hinarbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewußte

Absicht, ohne gewolltes Ziel."[1] "Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab."[2]

Die für das Verständnis des sozialistischen Wettbewerbs in diesem Zusammenhang wesentliche Frage ist, ob aufgrund der sich wandelnden Bewußtseinsinhalte die Massen von sich aus initiativ werden oder ob eine Führung dieser Massen notwendig ist, um sie in die Lage zu versetzen, die freigewordenen "sozialen Energien" sinnvoll einzusetzen. Das Proletariat als Klasse bedarf wohl für seine revolutionäre als auch für die spätere ökonomische Aufgabe einer Führung. Diese Führung kann die Partei oder eine andere Organisation sein, die die Interessen des Proletariats wirksam vertreten kann. Woher kommen aber die Führer, die leitenden Kader der Partei? Wie die Erfahrung zeigt, meist aus den Schichten des Bürgertums, der Intelligenz. Ist demnach die Arbeiterklasse nicht in der Lage ihre eigenen Führungspersönlichkeiten hervorzubringen? Engels hatte bereits darauf hingewiesen, daß Not und Elend, in der sich das Proletariat befinde, nicht der Boden sei, aus dem führende Persönlichkeiten erwachsen. Es ist zweifellos richtig, daß die arbeitenden Massen von sich aus nicht in der Lage sind, sich zu führen und von sich aus initiativ zu werden, da durch ihre Tätigkeit in der Produktion alle ihre Kräfte beansprucht werden. Die Geschichte hat gezeigt, daß sich Kräfte aus den Reihen der Intelligenz mit dem Los des Proletariats identifizieren, in-

---

1) Engels, Fr., Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW, Bd. 21, S. 296

2) ders., a.a.O., S. 298

dem sie theoretisch und auch praktisch die Arbeiterbewegung unterstützen bzw. sich an ihre Spitze stellen. Lenin, der selbst nicht aus den Reihen des Proletariats stammte, kann als Beispiel hierfür angeführt werden. Folgende Äußerung zeigt seine Einstellung zu diesem Problem: "Das politische Klassenbewußtsein kann in die Arbeiterklasse nur von außen hineingetragen werden, d.h. aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, ist das Gebiet der Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen."[1] Diese bereits von Kautsky geäußerte These begründet die Ansicht, daß die Arbeiterklasse von sich aus unfähig sei, die Revolution durchzuführen und eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Aus diesem Grunde müsse die Partei die führende Rolle in der revolutionären Phase und beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft spielen. Die Praxis gerade in der Sowjetunion zeigt jedoch, daß die an der Spitze der Partei stehenden Kräfte alle relevanten Entscheidungen an sich ziehen, eine Überzentralisierung der Entscheidungen aber den Interessen der Arbeiter widerspricht und ihr Engagement beeinträchtigt. Die ehemaligen Anwälte der Arbeiter werden, an die Spitze der Partei gekommen, zu ihren Beherrschern. Die Massen werden unter diesen Bedingungen zu Befehlsempfängern degradiert.

Diese Situation führt zur Entfremdung zwischen Basis und Parteiführung. Die Verselbständigung der Partei,

---

1) Lenin, W.I., Was tun? Berlin, DDR, 1949, S. 117

- ein Problem, das in China ein wesentlicher Grund für die Kulturrevolution war,- hemmt die Initiative der Massen, da sie an der Machtausübung nur geringen Anteil hat. Resignation, Apathie und Arbeitsunlust sind die Folgen dieser Entwicklung. Außerdem trägt die Parteibürokratie, die wesentlich für die Verkrustung der Herrschaftsstrukturen in Partei und Gesellschaft verantwortlich ist, zur Lähmung der Initiative der Werktätigen bei.

  Lenin hatte in seiner Schrift "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" als eine der "Hauptbedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie unbedingte Zentralisation und strenge Disziplin des Proletariats" angegeben. Man könne ohne eine "proletarische Avantgarde" nicht einmal den ersten Schritt zum Sieg des Proletariats tun. Ebenso gelte aber: "Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen." Die Klasse des Proletariats werde von politischen Parteien geführt, die Parteien wiederum von mehr oder minder stabilen Gruppen der einflußreichsten und erfahrensten Personen.

  In diesem Konzept liegen bereits die Anlagen für eine Entwicklung, wie sie später unter Lenins Nachfolgern eingetreten ist. Der sozialistische Wettbewerb kann als ein Beispiel dafür angesehen werden, wie im ökonomischen Bereich die Masseninitiative systematisch gehemmt wurde, soweit, daß es notwendig wurde, sie autoritär wiederzubeleben.

  Die Zentralisierung der wichtigsten Entscheidungen wäre in der Zeit der Revolution und des Bürgerkrieges, eventuell auch noch unter den schwierigen Bedingungen der Industrialisierung der 20iger Jahre zu rechtfertigen gewesen. Lenin war sich aber bewußt, daß die Auswirkungen dieser strengen Zentralisierung auf der anderen Seite

durch die Unterstützung der Masseninitiative ausgeglichen werden muß. Spontaneität und Initiative von unten und Zentralisation von oben! Diese Dialektik sollte das bestimmende Element der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion werden.[1)]

In der Praxis funktionierte dieses Prinzip jedoch nur so lange, wie der revolutionäre Enthusiasmus der ersten Jahre nach der Revolution noch wirksam war. In diese Periode fiel die Subbotnikbewegung, deren Existenz wesentlich durch die Spontaneität der Massen zu erklären war. Diese Bewegung wird heute noch in der UdSSR als Beispiel der "bewußten, freiwilligen Initiative der Arbeiter" dargestellt; sie sollte auch für alle späteren Wettbewerbsbewegungen beispielhaft sein. Sie konnte dies jedoch nicht sein, weil die "freiwillige, bewußte Initiative" damals das Ergebnis des kurzfristigen revolutionären Enthusiasmus war, der nicht auf einem vollständigen Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter beruhte. Da man aber "die Entstehung des Bewußtseins nicht abwarten" konnte, mußte es also "von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden". Dieser Weg der Bewußtseinsbildung, der mit Hilfe der Über-

---

1) "Gerade die Verbundenheit der Sowjets mit dem "Volke" der Werktätigen schafft besondere Formen der Abberufung und andere Kontrollen von unten, die jetzt besonders eifrig entwickelt werden müssen. Es gibt nichts Dümmeres als die Verwandlung der Sowjets in etwas Starres und sich selbst Genügendes. Je entschlossener wir jetzt für eine rücksichtslos starke Macht, für die Diktatur einzelner Personen für bestimmte Arbeitsprozesse, in bestimmten Momenten rein exekutiver Funktionen eintreten müssen, desto mannigfaltiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein, um jede kleinste Möglichkeit, die Sowjetmacht zu entstellen, zu paralysieren, um das Unkraut des Bürokratismus immer wieder und unermüdlich auszureißen."

Lenin, W.I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, (Artikel), Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR, 1970, S. 84.

zeugung, Bildung, politischer Pädagogik u.a. beschritten werden muß, dauert noch an. Indem man diesen Weg einschlug hat man sich der Möglichkeit der Bewußtseinsbildung der Arbeiter von sich aus, von unten also, beraubt; damit verbunden auch der Voraussetzungen der aktiven Teilnahme der Bevölkerung in Wirtschaft und Gesellschaft, also einer demokratischen Entwicklung. Die Masseninitiative muß folglich ersetzt werden durch die Parteidirektive. "Die Partei setzt sich an die Stelle der Klasse und entscheidet in ihrem Namen."[1)]

Diese Entwicklung setzt sich unter Stalin verschärft fort. Während Lenin als wesentliche Komponente der historischen Initiative der Massen wenigstens in der Theorie eine große Bedeutung beimaß, sieht Stalin lediglich eine Seite: die Ausweitung der Macht von Partei und Staat, um die Entwicklung der Produktivkräfte unter allen Umständen voranzutreiben.
Die Folgen dieser Entwicklung sind weitgehend bekannt und brauchen an dieser Stelle nicht mehr dargestellt zu werden: die Partei entwickelt sich immer mehr zu einer Kaderpartei, in der nicht die Mitglieder, sondern die leitenden Funktionäre, letztlich nach Beseitigung jeder parteiinternen Opposition nur noch der Parteichef, der gleichzeitig Regierungschef ist, allein entscheidet. Die Wirtschaft wird gemäß einem von oben vorgegebenen Volkswirtschaftsplan autoritär-zentralistisch verwaltet; einziges Ziel ist die Erfüllung resp. Übererfüllung dieses Plans.

---

1) Garaudy, R., Die große Wende des Sozialismus, Wien München, Zürich, 1970, S. 88

Der abnehmende revolutionäre Enthusiasmus der Massen hat bis heute keinen adäquaten Ersatz finden können, da die Massen sich mit dieser, so geführten Partei nicht identifizieren können. Die oben beschriebene Entwicklung des sozialistischen Systems sowjetischen Typs verhindert seit Stalins Regierungszeit die Freisetzung "sozialer Energien", die sich aus der Mitwirkung insbesondere der breiten Schichten der Werktätigen an den Entscheidungen, an der Organisation und der Verwaltung ergeben könnten. Da diese Energien, die Lenin in dem "Verstand von Dutzenden Millionen Schöpfern" sah, sich nicht entfalten können, andererseits aber alle verfügbaren Ressourcen zur wirtschaftlichen Entwicklung mobilisiert werden müssen, sollte der sozialistische Wettbewerb die Funktion einer "freien, schöpferischen Initiative der Massen" übernehmen. Da sich dies jedoch, wie oben gezeigt wurde, ausschloß, muß der Wettbewerb, wie auch alle anderen Aktivitäten von den Parteiinstanzen aus initiiert, organisiert, kontrolliert und prämiert werden, wobei die Gewerkschaften und die Massenmedien Hilfestellung leisten.

Diese Ausführungen verdeutlichen, daß es in der Sowjetunion und den ihr nahestehenden Ländern nicht gelungen ist und aufgrund der Auffassung der herrschenden Partei auch nicht gelingen konnte, dem sozialistischen Wettbewerb die Stellung der "historischen Masseninitiative" zu übertragen, die nach leninistischer Dialektik zusammen mit der Theorie, deren Träger die Partei sein solle, einen Weg zum Sozialismus erst ermöglicht. Wird sowohl die Theorie als auch die "schöpferische Teilnahme der Werktätigen", die den "spezifisch sozialistischen Anreiz"

für die Massen zum Aufbau des Sozialismus darstellt, von Seiten der Partei vorgegeben, so ist damit der wesentliche Gedanke des Sozialismus, nämlich die Befreiung der Arbeiter völlig pervertiert.

X. Der Wettbewerb im reformierten Plansystem

1. Die Bedeutung der sowjetischen Wirtschaftsreform für den sozialistischen Wettbewerb

Die Kritik an der administrativen Wirtschaftsführung in der DDR durch Behrens und Benany[1] und die Reformdiskusson in der Sowjetunion, die durch den bedeutenden Aufsatz von Liberman[2] ausgelöst wurde, führten zur Einleitung von Reformmaßnahmen in der DDR (1963) und in der UdSSR (1965). Eine ausführliche Behandlung der Wirtschaftsreform der DDR und der UdSSR würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es wurde bereits auf die Kritik an der autoritären Wirtschaftsführung (DDR und UdSSR) eingegangen. Im folgenden soll am Beispiel der Sowjetunion Ursache und Verlauf der Wirtschaftsreform skizziert und anschließend die Rolle des Wettbewerbs im reformierten sowjetischen Wirtschaftssystem untersucht werden. Eine Darstellung der Entwicklung in der DDR erübrigt sich, da die Ziele und Methoden in weiten Teilen übereinstimmen. Interessanter für die Untersuchung erscheint die weitergehende Reform des stalinistischen Wirtschaftssystems, wie sie sich in Jugoslawien und in den Vorstellungen der tschechoslowakischen Reformer darstellt.

Die Entwicklung der Sowjetwirtschaft, insbesondere die Wachstumsentwicklung machte deutlich, daß die bisher angewandten Planungs- und Leitungsmethoden nicht mehr dem Entwicklungsstand der Volkswirtschaft entsprachen. Das durchschnittliche Wachstum des Nationalprodukts definiert als "produziertes Nationaleinkommen" (= Nettomaterialprodukt), das für den Zeitraum 1951-1960

---

1) Vgl. die Ausführungen auf S.192 dieser Arbeit.

2) Vgl. Liberman, E.G., Plan, Gewinn, Prämie, In: Prawda, vom 9. Sept. 1962, Aus: Presse der Sowjetunion, Nr. 108 vom 23.9.1962, S. 2331ff.

noch 10,3 % betrug, sank auf 6,5 % (1961-1965)[1]. Hierdurch verminderte sich die Möglichkeit, potentieller Sieger im Wettbewerb mit vergleichbaren westlichen Industrienationen zu werden. Die Ursachen dieser Entwicklung sind in der Begrenzung des Einsatzes zusätzlicher Produktionsfaktoren zu sehen: Das Arbeitskräftereservoir ist nahezu ausgeschöpft, die landwirtschaftliche Anbaufläche hat nach der Neulandgewinnung (Kasachstan) ihre größte Ausweitung erreicht, der Kapitaleinsatz konnte nicht mehr wie in der Vergangenheit durch Konsumverzicht der Bevölkerung erzwungen werden, wie dies in der extensiven Phase der Wirtschaftsentwicklung geschah.[2]

Ferner ist zu bedenken, daß die Anforderungen an die Planungs- und Lenkungsorgane (Management) mit zunehmendem Reifegrad einer sich entwickelnden Industriewirtschaft immer komplizierter werden ("Multiplikation der Prioritäten", G. Leptin). Ungenügende Ausbildung bzw. mangelnde Entscheidungsbefugnis des Managements bzw. des Betriebsdirektors können weitere Wachstumshemmnisse darstellen.

Die Ziele der Wirtschaftsreform bestanden allgemein darin, einen Übergang von einem auf dem zentralistischen Modell beruhenden zu einem auf Dezentralisierung ausgerichteten System zu schaffen.[3] Hierdurch sollten "günstigere Bedingungen" für die Anpassung der Angebots- an die Nachfragestruktur geschaffen werden (Vermeidung der

---

1) Vgl. Kosta, J., Sozialistische Planwirtschaft, Theorie und Praxis, Opladen 1974, S. 36 (Tabelle 7)

2) Vgl. Ruban, E.-M., Machowski, H., Wirtschaftsreform und Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion 1965 bis 1975, DIW, Sonderheft 93, 1972, Berlin 1972 S. 6

3) Brus, W., Die Wirtschaftsreformen und ihr gesellschaftspolitischer Aspekt, In: ders., Wirtschaftsplanung, Für ein Konzept der politischen Ökonomie, Warschau 1964, 1968, Frankfurt/M. 1972

Produktion nicht absatzfähiger Produkte.); es sollte weiterhin das Interesse an der sparsamen Verwendung von Produktionsfaktoren erreicht werden und letztlich sollten die Reformmaßnahmen dazu beitragen, Innovationen bei Produkten und Produktionsmethoden hervorzurufen. Die wichtigsten Bestandteile der Reform sollen hier kurz dargestellt werden:

Die von Chrustschow eingesetzten Volkswirtschaftsräte, denen die Planung und Leitung der Industrieproduktion unterstand, wurden wieder durch Industrieministerien ersetzt, um Kompetenzklarheit an der Spitze der Planungshierarchie zu schaffen,
durch Zusammenlegung verschiedener Preisbüros wurde ein Preiskomitee geschaffen, das dem Gosplan zugeordnet ist,
Vereinfachung und Beschränkung des Kennziffersystems. Danach ergeben sich für die Betriebe nur noch folgende Planvorgaben: Umfang und Sortiment der abgesetzten Produktion, Gewinn und Rentabilität, Lohnfonds, Umfang der Investitionen, Auflagen zur Einführung neuer Technologien und Kennziffern für die materiell technische Versorgung.
Änderung der Prämienstruktur; an die Stelle der bisherigen Betriebsfonds treten der Fonds für materiellen Anreiz (Prämienfonds), der Fonds für soziale und kulturelle Maßnahmen sowie Wohnungsbau und der Fonds zur Entwicklung der Produktion. Die Verteilung der Fondsmittel fällt in den freien Entscheidungsbereich der Betriebe.

Als wichtigster Bestandteil des Reformwerkes ist die Stellung des Betriebes im sowjetischen Wirtschaftssystem anzusehen, d.h. die Bestimmung jenes Raumes, in dem der Betrieb autonom Entscheidungen treffen darf. Die verschiedenen Ansichten über den Grad der Unabhängigkeit, der den Betrieben zugestanden werden könne, reichten von der Forderung nach vollständiger Selbständigkeit bis

zu der Beschränkung auf marginale Verbesserungen des bisherigen Systems.[1] Die Notwendigkeit, die Planwirtschaft in einem endgültigen Konzept zu konsolidieren, d.h. einen Kompromiß zwischen den Befürwortern extremer betrieblicher Eigenverantwortung und denen autoritärer zentraler Planung herbeizuführen, wurde allgemein akzeptiert.

Als Maßstab für die Planerfüllung galt nunmehr nicht die produzierten, sondern die abgesetzten Erzeugnisse, wodurch die Betriebe stimuliert werden sollten, sich an den Käuferpräferenzen zu orientieren, um die Produktion unverkäuflicher Waren zu vermeiden.

Durch die neue Definition der Rentabilität, als das Verhältnis von Gewinn zur Summe der betrieblichen Grundfonds und Umlaufmittel (vorher: Gewinn zu Selbstkosten) und die Einführung der Produktionsfondsabgabe, die eine Art Kapitalzins darstellt, werden die Betriebe zum sparsamen Umgang mit den Produktionsmitteln angehalten. In ähnlicher Weise wirkt auch die Ankündigung, daß ein gewisser Teil der Investitionen durch rückzahlbare und zu verzinsende Kredite oder aus dem Betriebsgewinn zu finanzieren sind.

Die im Jahre 1967 eingeführte Preisreform stellt eine flankierende Maßnahme zur Wirtschaftsreform dar. Diese

---

1) Als progressiv gelten in der Reformdiskussion Kossygin und Scheljepin sowie die Ökonomen Metschinow, Nowozhilow, Kantorowitsch als Vertreter der älteren Generation. Die jüngeren Ökonomen wie Belkin, Birman, Kluschkow, Chernyak, Dadayan und Federenko präferieren mathematische Methoden und lehnen administrative wirtschaftliche Kontrollmaßnahmen ab. Sie fordern die Einführung ökonomischer Indikatoren. Breschnew und andere einflußreiche Parteigrößen stellen die administrativen Lenkungsmaßnahmen in den Vordergrund. (Vgl. Der Volkswirt, Nr. 24 vom 12.6.1970, S. 31 f.)

Reform, wonach die Preise wie bisher auf der Basis der branchendurchschnittlichen Selbstkosten, der Gewinnzuschlag jedoch gemäß des neuen Rentabilitätsbegriffes (nicht wie bisher in Relation zu den Kosten) ermittelt wird, führt zu realistischerer Preisbildung. Weiterhin soll die Preisbildung flexibler werden, um eine bessere Anpassung an die Änderung ökonomischer Daten zu ermöglichen.[1] Die Funktion der Preise als "ökonomische Hebel" sollen verstärkt werden, um die Einführung technischer Neuerungen, Qualitäts- und Sortimentsverbesserungen und die Senkung des Materialverbrauchs zu begünstigen.[2]

---

1) Vgl. Ruban, Machowski, Wirtschaftsreform ... a.a.O., S. 8 f.

2) Vgl. a.a.O., S. 9

Die Umstellung der Betriebe auf das "neue System" vollzog sich nicht so rasch wie geplant. Der ursprünglich vorgesehene Abschluß, der für 1968 vorgesehen war, verzögerte sich bis Anfang der 70er Jahre. Im 1. Quartal 1966 waren 43 Industriebetriebe, deren Bruttoproduktion ca. 1 % und deren Gewinn 2 % betrug, umgestellt worden. Ende 1967 erhöhte sich die Zahl der reformierten Industriebetriebe auf 7.248 mit einer Bruttoproduktion von 37 % und fast 50 % der Gewinne.[1] Am Ende des Jahres 1970 waren 40.500,[2] die 93 % der Bruttoproduktion erstellten und 95 % der Gewinne erwirtschafteten, umgestellt worden.[3] Da diese Anzahl etwa 85 % aller Industriebetriebe entspricht,[4] kann man davon ausgehen, daß die Umstellung 1970/71 beendet war. Die Ergebnisse der ersten Jahre der Reformversuche dokumentieren folgende Vergleichszahlen:[5]

Kennziffern	Jahr	umgestellte Betriebe	nicht umgestellte Betriebe
Bruttoproduktion	1966	10,5	8,4
	1967	9,7	10,1
	1968	8,3	7,5
Absatzvolumen	1966	10,5	8,5
	1967	10,2	
	1968	9,0	8,1

1) Vgl. Bush, K., The Implementation of the Soviet Economic Reform, Part I, In: Osteuropa-Wirtschaft 1970, H.2, S. 70

2) Diese Angabe beruht auf einer Schätzung von Höhmann, H.-M. und Sand, H.B. Vgl. ders., Ergebnisse und Probleme der sowjetischen Wirtschaftsreform, In: Berichte des Bundesinstituts f. ostwissenschaftliche und internationale Studien 26/1971, S. 19

3) Vgl. Prawda, vom 4.2.1971, sowie Planovoe chozjaistwo, Nr. 5/71, S. 65

4) Vgl. Höhmann/Sand, a.a.O., S. 19

5) Quelle: Bush, K., The Implementation ... a.a.O., S. 70

Kennziffern	Jahr	umgestellte Betriebe	nicht umgestellte Betriebe
Gewinn	1966	23,3	8,0
	1967	22,7	19,3
	1968	15,4	9,5
Arbeits-produktivität	1966	8,0	4,7
	1967	7,5	6,5
	1968	5,6	3,8

Diese ersten Ergebnisse der nach der neuen Methode arbeitenden Betriebe ließen eine positive Beurteilung der Reformmaßnahmen zu. Insbesondere beeindrucken die Erfolge in der Gewinnerzielung und der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Einschränkend muß allerdings hinzugefügt werden, daß gerade in den ersten drei Jahren die ohnehin erfolgreicheren Betriebe umgestellt wurden, so daß die langfristigen Ergebnisse, über die noch keine Angaben vorliegen, bei weitem nicht den oben genannten entsprechen werden.

Welche Auswirkungen hat die Wirtschaftsreform auf den sozialistischen Wettbewerb?

Als wichtigster Bestandteil des Reformwerkes in bezug auf den Wettbewerb ist die Gewährung von größerer Autonomie für den Betrieb (bzw. die Betriebsvereinigungen) anzusehen. Die Möglichkeit der freien Entscheidung der Betriebe auf den Gebieten der Planung der Produktionsstruktur, der Produktgestaltung, der Personalpolitik sowie die Einräumung von Vertragsfreiheit im Bereich des Absatzes und der Beschaffung verleihen ihnen einen Spielraum, innerhalb dessen sie mit anderen Betrieben in Wettbewerb treten können. Der auf der Basis der Selbständigkeit des Betriebes entstehende Wettbewerb wird jedoch vorwiegend in der Art des gegnerischen Wettbewerbs ausgetragen, bei dem jede Partei bestrebt ist, ihr Ziel durch den Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel zu erreichen.

In dieser Situation führt der Wettbewerb zwischen den Betrieben zu konkurrenzähnlichem Verhalten. Dies geschieht beispielsweise, wenn mehrere Betriebe bestrebt sind, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen, indem man sich in den Bedingungen der Einzelverträge (für Spitzenkräfte der Intelligenz) überbietet bzw. indem Prämienzusagen oder günstigere Zuordnungen zu Lohngruppen vorgenommen werden.[1] Auch im Bereich des Absatzes oder der Beschaffung treten konkurrenzähnliche Verhaltensweisen auf. Dieses Konkurrenzverhalten führt bei den erfolgreich operierenden Betrieben zu rationellerer und störungsfreier Produktion, da sie sich mit allen notwendigen Ressourcen versorgen konnten. Je rationeller die Betriebe arbeiten, desto erfolgreicher können sie wiederum im Wettbewerb (Konkurrenz) sein (da sie über einen höheren Gewinn verfügen, können sie höhere Prämien und Sozialleistungen bieten), je erfolgreicher sie sind, desto größer wird ihre Selbständigkeit werden. Der wachsende Spielraum der Manager erfolgreicher Industrieunternehmen veranlaßte die Zeitschrift "Kommunist" zu der Bemerkung, daß sich die Industriemanager "wie kleine unabhängige Fürsten" aufführten. "Die Gewährung von ein bißchen Freiheit stimuliert den Wunsch nach mehr Freiheit".[2]

Die Einführung marktwirtschaftlicher Wettbewerbsformen in das sozialistische Wirtschaftssystem führt zu dessen Wandlung im Sinne eines flexibleren, d.h. den Bedürfnissen der Konsumenten besser entsprechenden Systems. Bei Beibehaltung des staatlichen Eigentums an den

---

1) In einigen Bereichen der Volkswirtschaft sind infolge Arbeitskräftemangels die Löhne schneller angestiegen als die Arbeitskräfteproduktivität. Um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken, sind die Betriebe durch die Zahlung noch höhrer Löhne zum "privaten Wettbewerb" übergegangen. ("Die sozialistische Industrie"). Vgl. Zorza, Victor, Moskau in der Zwickmühle, In: Die Zeit, Nr. 4, vom 28.1.1970, S. 4

2) Zorza, ebenda

Produktionsmitteln und des Primats der staatlichen Wirtschaftsplanung könnte die Effektivität des Wirtschaftssystems durch wettbewerbliche Orientierung der Produzenten gesteigert werden.

Das neue System der Planung und ökonomischen Stimulierung, wie die sowjetische Bezeichnung für die Gesamtheit der Reformmaßnahmen lautet, sollte das Interesse der Beschäftigten an der Effektivität der Produktion erhöhen. Indem die Bewertung der Tätigkeit der Betriebe an der realisierten Produktion, dem Gewinn und der Rentabilität gemessen wird, würde die Betriebsbelegschaft an der Ausarbeitung solcher Wettbewerbsbedingungen interessiert sein, die eine bessere Ausnutzung der Produktionsfonds und die Erhöhung des technischen Niveaus und der Qualität gewährleisten. Erhöhte Leistungen im innerbetrieblichen Wettbewerb verbessern die Rentabilität und damit den Gewinn. Da die Prämienfonds (auch für materielle Stimulierung) durch den Betriebsgewinn gespeist werden, würden die Beschäftigten verstärkt am Erfolg ihrer Arbeit interessiert werden. Dies könnte bewirken, daß konkrete Wettbewerbsverpflichtungen eingegangen und das Interesse an ihrer Einhaltung gesteigert würde. Die auch in der Wettbewerbsbewegung bekannten "weichen Pläne", d.h. relativ unverbindliche bzw. leicht erfüllbare Verpflichtungen, würden durch die Reform zurückgedrängt zugunsten einer realistischen Wettbewerbsführung.[1)]

---

1)" Während in nicht ferner Vergangenheit die Möglichkeit der Wettbewerbsteilnehmer oft nach Augenmaß überschlagen und die Verpflichtungen im Büro am Schreibtisch 'vorgearbeitet' wurden, zwingt jetzt die wirtschaftliche Rechnungsführung dazu, sorgfältige Berechnungen anzustellen und die Verpflichtungen der Verträge einer aufmerksamen Diskussion in den Abteilungs- oder Betriebskollektiven zu unterziehen ... Unter den neuen Bedingungen wird es für den Betrieb vorteilhaft, die eigenen Reserven maximal zu nutzen und die Effektivität der eigenen Arbeit zu erhöhen, weil sich das positiv auf das Anwachsen der Stimulierungsfonds, auf die Zuteilung von mehr Mitteln für Auszeichnungen der Wettbewerbsteilnehmer auswirkt, die hohe Leistungen in der Produktion erreichen" Fjedinin, W., Sozialismus und Wettbewerb, a.a.O., S. 90.

Das neue Anreizsystem sieht vor, daß die Wettbewerbssieger (Kollektive oder Brigaden) eine um fünf Prozent höhere Prämie als die übrigen erhalten. Ebenso erhöht sich auch die individuelle Prämie für Bestarbeiter. Allerdings genügt es um eine Prämie zu erhalten nicht, lediglich den Plan zu erfüllen. Neben der Planerfüllung bzw. der Einsparung von Ressourcen finden "das Niveau der Produktionskultur, der Stand der Disziplin und andere Faktoren" Berücksichtigung.[1)]

Eine weitere Auswirkung der Wirtschaftsreform auf den sozialistischen Wettbewerb ergibt sich durch das neue Kennziffersystem. Insbesondere die Einführung der Kennziffern Gewinn und realisierte Erzeugnisse erfordert eine weitgehende Umgestaltung des innerbetrieblichen Systems der Wirtschaftsführung und eine stärkere Orientierung an der Erhöhung der Effektivität der Produktion. Die vor der Reform geltende Kennziffer der Bruttoproduktion, die als Kriterium der Wirtschaftstätigkeit des Betriebes und als Indikator der Entwicklung des Wettbewerbs angesehen wurde, konnte diese Funktion nicht mehr erfüllen, da die Betriebe bei dem Versuch, eine möglichst hohe Mengenleistung auszuweisen, dazu übergegangen waren, die Qualität herabzusetzen, das Sortiment einzuschränken, mehr Material zu verbrauchen und die Effektivität zu senken.[2)]

Weiterhin haben die Betriebe durch die Wirtschaftsreform die Möglichkeit erhalten, die Kennziffern des Wettbewerbs flexibler und konkreter festzulegen und ihre Vergleichbarkeit durchzusetzen. Das neue Kennziffersystem bewirkte durch die Reduzierung der Anzahl und durch die Art der

---

1) Vgl. Fjedinin, a.a.O., S. 91

2) Vgl. ders. a.a.O., S. 91 f.

Kennziffern, daß die Ergebnisse der untereinander im Wettbewerb stehenden Kollektive besser zu vergleichen waren. Die Vergleichbarkeit der Wettbewerbsleistungen stellt einen wesentlichen Aspekt der Wettbewerbsführung dar.[1)]

Ein weiterer, für die Wettbewerbsbewegung wichtiger Aspekt ist die durch die Reform geschaffene Tatsache, daß die im Wettbewerb miteinander stehenden Kollektive oder Betriebe durch den Wegfall der Kennziffer Bruttoproduktion nicht mehr an der Übererfüllung dieses Planes interessiert werden.
Der sozialistische Wettbewerb stellt heute mehr eine Maßnahme zur Planerfüllung dar. Um die Kohärenz der Einzelpläne zu gewährleisten, wird zunehmend versucht, den sozialistischen Wettbewerb selbst immer weiter in die Wirtschaftsplanung einzubeziehen (Methode der Gegenplanung, vereinbarte/geplante Neuerertätigkeit).

Eine Beurteilung des Gesamtkomplexes der sowjetischen Wirtschaftsreformen kann und soll im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Für die Beurteilung der Reformen unter Wettbewerbsgesichtspunkten kann man feststellen, daß die Reformen einerseits die Tendenz zur Herausbildung einer Leistungskonkurrenz in verschiedenen Bereichen begünstigte. Diese Entwicklung ist vor allem in den Bereichen zu konstatieren, die relativ frei von der kleinlichen Bevormundung der Administration sind. Die ursprünglich gewährte Autonomie der Betriebe wurde im Laufe der Durchführung der Reformen allerdings durch die Erweiterung des Kennziffersystems und durch weitere "neue Regulative und Normen" eingeschränkt.[2)] Im gleichen Maße, wie die Betriebsautonomie zurückgenommen wurde, ist auch die Möglichkeit zu einer wettbewerblichen Marktre-

---

1) Vgl. Lenin, Die nächsten Aufgaben ... a.a.O., S. 31

2) Vgl. Ruban, M.-E., Machowski, K., Wirtschaftsreformen... a.a.O., S. 20

gulierung zurückgegangen. Andererseits sind im Bereich des kampagnemäßigen sozialistischen Wettbewerbs, wie oben gezeigt wurde, Verbesserungen zu verzeichnen, die insbesondere durch die Reform des Prämiensystems die Effektivität dieser Art des Wettbewerbs verbesserten.[1)]

Der wirkliche sozialistische Wettbewerb, der fairen Leistungswettbewerb durch kameradschaftliche Rivalität bei gegenseitiger Hilfe beinhaltet, ist jedoch durch die Wirtschaftsreform nicht hervorgerufen worden. Gerade die Orientierung der rivalisierenden Wettbewerbsteilnehmer am eigenen materiellen Interesse schließt die Entstehung moralischer Antriebe, Ehrgeiz und den Willen, "sich in der Gesellschaft durch Übung von Solidarität hervorzutun" (Becker) aus. In dieser Hinsicht stellten die Wirtschaftsreformer einen Rückschritt für den sozialistischen Wettbewerb dar. In bezug auf die ökonomischen Ergebnisse muß die Reform sicher positiv beurteilt werden, da die Effektivität der Wirtschaftstätigkeit durch diese Maßnahmen gesteigert werden konnte.[2)]

---

1) Die Prämienfonds sind von 2,5 Mrd. Rubel (1960) auf 12 Mrd. Rubel (1963) angewachsen. Diese Entwicklung zeigt die Wirksamkeit der materiellen Stimulierung. Vgl. demgegenüber Ruban/Machowski, a.a.O., S. 20

2) Steigerung der Arbeitsproduktivität der Industrie
1961/65 4,4 % (Jahresdurchschnitt)
1966/70 5,7 %
1971/75 6,8 %

2. Die Alternative in Jugoslawien

Die jugoslawischen Kommunisten widersetzten sich der autoritären Interpretation der ökonomischen Gesetze des Sozialismus durch die UdSSR sowie der These allgemeingültiger, für alle den Sozialismus aufbauenden Länder verbindlichen politischen und wirtschaftspolitischen Grundsätze. Sie gingen einen eigenen Weg. Das System der administrativen Planwirtschaft sowjetischen Typs, das bis 1951 der jugoslawischen Wirtschaftsordnung zugrunde lag, wurde in den Jahren 1951, 1953, 1954, 1963 und 1965 durch umfangreiche Reformen in eine "sozialistische Marktwirtschaft" umgewandelt.[1)]
Das Ziel dieser Reformen ist es, eine nach dem Vorbild der Pariser Kommune zu schaffende politische und ökonomische Selbstverwaltung, verbunden mit größeren demokratischen Verhältnissen auf allen Ebenen der Gesellschaft und vor allem in allen Formen der gesellschaftlichen Organisation.[2)] "Erst der demokratische Sozialismus, also die selbstverwaltete Gesellschaft, bedeutet die radikale Negation und, letzten Endes, die radikale Humanisierung des modernen Kapitalismus ..."[3)]

---

1) Verschiedene Autoren gebrauchen andere Bezeichnungen dieses Wirtschaftssystems: Schack bezeichnet sie als "Marktplanwirtschaft", vgl. Die Revision des Marxismus-Leninismus, S. 88, Huberman/Sweezy sprechen von "einer besonderen Art von Marktsozialismus", vgl. Friedlicher Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus? In: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Rotbuch 11, Berlin 1969, S. 43. Bonac bezeichnet sie als "kollektivistische bzw. planmäßige Marktwirtschaft", vgl. Hefte zur Ostkunde, Hannover 1968, H. 13, S. 101. Andere Bezeichnungen, wie "Demokratischer Sozialismus", "Kooperationskapitalismus", "eine besondere Art von Staatskapitalismus" (China) und "Quasimarktwirtschaft" sollen die jugoslawische Wirtschaftsordnung charakterisieren.

2) Vgl. Markovic, Mihailo, Dialektik der Praxis, Frankfurt 1968, S. 153

3) Markovic, M. a.a.O., S. 94

Der Wirtschaftsablauf basiert im jugoslawischen Modell auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die Existenz eines Marktes ist die logische Konsequenz aus der Verselbständigung der Unternehmen. Die Dezentralisierung von Entscheidungen, die den Unternehmen weitgehende Autonomie garantiert, erfordert von diesen, sich das Prinzip der Gewinnmaximierung[o)] zueigen zu machen; denn das Interesse der Besitzer, das heißt im jugoslawischen System, der Belegschaft, besteht in höchstmöglichen Einkommen, die von dem Gewinn der Unternehmer abhängig sind. Die Entlassung der Unternehmen aus der staatlichen Leitung verlangte von diesen eine marktgerechte Produktion, da die bisher üblichen staatlichen Subventionen nur noch in seltenen Fällen erfolgen. Zwischen den selbständigen Unternehmen entstanden erstmalig in einem sozialistischen Land freie Konkurrenzbeziehungen.[1)]

Dem jugoslawischen System liegt die Auffassung einer vom Staat geordneten und geplanten Marktwirtschaft zugrunde. Die Konkurrenz der einzelnen nach einem Gewinnoptimum strebenden Unternehmen soll auch eine gesellschaftlich optimale Nutzung der Ressourcen mit sich bringen.

Die seit 1967 betriebene Liberalisierung des Außenhandels sollte die jugoslawische Wirtschaft zur Leistungssteigerung durch verschärften Konkurrenzdruck auf den Binnen- und Exportmärkten zwingen.[2)]

---

1) Der Konkurrenzbegriff deckt sich weitgehend mit dem Begriff des Leistungs- und Qualitätswettbewerbs in einer geordneten Marktwirtschaft.

2) Vgl. Bonać, V., Jugoslawien, Hefte zur Ostkunde, H. 13, Hannover 1968, S. 106 f.

o) besser: Gewinnoptimierung, da es sich hier nicht darum handelt, den Gewinn unter allen Bedingungen zu maximieren.

Inwieweit dieses Ziel erreicht werden kann, hängt sowohl von den Konkurrenzländern als auch von der Struktur der jugoslawischen Wirtschaft selbst ab.

In vielen Bereichen des industriellen Sektors weist Jugoslawiens Wirtschaft eine sehr starke Konzentration auf, die die Konkurrenz beschränkt (in der Oligopolsituation) bzw. verhindert (bei Monopolbildung).[1] Zwei Beispiele sollen die Konkurrenzsituation in Jugoslawien verdeutlichen: Die Automobilfabrik "Rote Fahne" in Kragujevac, die die PKW-Produktion nach Fiat-Lizenzen betreibt, besitzt eine monopolartige Stellung in der Automobilfertigung. Es gelang diesem Unternehmen lange Zeit, die Errichtung eines Konkurrenzunternehmens zu verhindern, das die Lizenzfertigung von 2CV-Citroenwagen vornehmen wollte. Das Automobilwerk "Rote Fahne" behauptete, es könne die gesamte Nachfrage nach PKWs befriedigen, obgleich dies von Experten widerlegt worden war.[2] Dieses Beispiel zeigt, wie durch Monopolstellungen einzelner Unternehmen die positiven Wirkungen der Konkurrenz nicht wirksam werden können. Die Einfuhr von Werkzeugmaschinen steht unter der Kontrolle einer Kommission, die sich aus Vertretern der einheimischen Maschinenfabriken und deren Abnehmer zusammensetzt. Durch Ablehnung von Anträgen für den Maschinenimport schützt sich die Branche vor ausländischer Konkurrenz, weicht dem Leistungswettbewerb um niedrigste Preise und beste Qualität aus.

Andererseits zeigt sich Jugoslawien konsequent in der Anwendung des Konkurrenzprinzips. Tito forderte: Chronisch unrentable Unternehmen müssen sich in ihrer Pro-

---

1) Vgl. Huberman/Szeezy, Zur Kritik ... a.a.O., S. 40
Markovic, M., a.a.O., S. 134 f.
Wessely, Kurt, Grundzüge und Eigenständigkeiten des jugoslawischen Wirtschaftssystems, a.a.O., S.408

2) Vgl. Wessely, K., Grundzüge ... a.a.O., S. 408

duktion umstellen oder mit anderen fusionieren; nicht existenzfähige sind zu liquidieren.[1)]

In diesem Falle kommen der Konkurrenz Funktionen zu, die andere sozialistische Staaten aus ideologischen Gründen ablehnen. Die Auslese- und die Versorgungsfunktion der Konkurrenz verdrängen leistungsunfähige Betriebe vom Markt. Die Versorgung des Marktes wird unter Konkurrenzbedingungen besser gesichert als in den Staaten mit administrativer Planung und Lenkung.
Einige Bereiche des Dienstleistungsgewerbes sehen sich heftigem Konkurrenzdruck seitens privater Kleinstunternehmer ausgesetzt. So stehen in Jugoslawien den staatlichen Hotels eine große Anzahl privater Hausbesitzer gegenüber, die Touristen preiswerte und komfortable Unterkunft anbieten. Auf dem "Fremdenverkehrsmarkt" ist ein echter Preis- und Qualitätswettbewerb entstanden; die Präferenzen der Nachfrager sind meist Individualität, günstige Preise und Komfort. In dieser Hinsicht entscheidet sich der Tourist oft für die privaten Anbieter. Diese Tatsache, die den staatlichen Hotels weniger Einnahmen brachten, veranlaßten sie, ihre Konkurrenzfähigkeit durch Leistungssteigerung zu erhöhen (z.B. durch rechtzeitige Reparaturen, bessere Verpflegung, verstärkte Werbung und sprachkundiges Personal).

Eine außerwirtschaftlich bedingte Art von Konkurrenz, die sich aus der ethnologischen Zusammensetzung der Republik Jugoslawien ergibt, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden, obwohl dieses Problem beträchtliche ökonomische Bedeutung hat.
Aus dem oben Gesagten läßt sich unschwer die heute in Jugoslawien vorherrschende ökonomische Ideologie erkennen, wonach durch Konkurrenzbedingungen auf dem

---

1) Vgl. Jugoslawien, Auf dem Weg zum "offenen System" In: Der Volkswirt Nr. 10, 24. Jahrg. vom 6.3.70, S. 40 f.

Markt und den Appell an das materielle Interesse der Wirtschaftssubjekte der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung erreicht werden soll. Die jugoslawische Wirtschaftsführung vermied es, das gleiche Ziel mit Hilfe "sozialistischer Anreize", wie Orden, Brigadefahnen und namentliche Bekanntmachung der besten Arbeiter zu erreichen. Nicht nur das "Vorbild" der anderen sozialistischen Staaten mit ihrer relativ geringen Effektivität der Wirtschaft, der mangelhaften Zugkräftigkeit des sozialistischen Wettbewerbs und die früheren eigenen Erfahrungen mit der Methode der administrativen Planwirtschaft, haben Jugoslawien veranlaßt, einen anderen Weg zu gehen. Sie wollten die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems zu einer unmittelbaren sozialistischen Demokratie und dadurch die Effizienz der integrierten Marktwirtschaft erhöhen. Der Zagreber Nationalökonom Rudolf Bičanić charakterisierte die Ziele der ökonomischen Reformen durch die folgenden vier "D": deetatizacija-Entstaatlichung, depolitizacija-Entpolitisierung, decentralizacija-Dezentralisierung, demokratizacija-Demokratisierung.

Jugoslawien und die Sowjetunion stellen die beiden Extrempositionen im planwirtschaftlichen Reformsystem dar: Hier die Einführung des gegnerischen Wettbewerbs unter Verzicht auf alle Arten von sozialistischen Wettbewerbskampagnen und moralischen Stimuli, dort die Sicherung der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit des Systems durch die Zulassung eines Minimums an wettbewerblicher Marktregulierung unter Beibehaltung weitgehender administrativer Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß.
Innerhalb dieses Spannungsfeldes gibt es unter den sozialistischen Ländern graduelle Abstufungen der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in das Plansystem. Von besonderem Interesse sind die Vorstellungen der tschechoslawakischen Reformer des "Prager Frühlings" und die in Ungarn seit 1968 praktizierte Reformkonzeption.

Im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung dominiert der gegnerische Wettbewerb, da dem Markt die Rolle des Regulativs der Produktion überlassen wurde und materielle Anreize die treibenden Kräfte der Initiative der Beschäftigten darstellen. Insoweit unterscheidet sich das Modell der sozialistischen Marktwirtschaft jugoslawischer Prägung wenig von den Marktsystemen des Westens. Der Widerspruch dieses Systems ergibt sich, wie M. Marković betont, daraus, daß "Selbstverwaltung das Prinzip der Freiheit des Menschen, das Prinzip der Initiative des Subjekts ist, das zur Verwirklichung gewisser humaner Werte führe"[1]. Der Ware-Geld-Wirtschaft liege das Prinzip des möglichst hohen Gewinns zugrunde. Das materielle Interesse könne sich nur entwickeln, wenn es einen Wettbewerb der Betriebe auf dem Markt und keine Marktregulative gäbe. Wenn jedoch der Wert eines Betriebes lediglich am Gewinn gemessen werde und die persönlichen Einkommen das Hauptinteresse der Arbeiter seien, "so hätte das schwere Folgen für die Mentalität und Moral der Arbeiter und alle übrigen Werktätigen."[2] Die Menschen unterscheiden sich dann nicht mehr von denen, die der Kapitalismus hervorbringe, die danach streben, so viel wie möglich zu haben und so wenig wie möglich zu sein.[3]
Die Überwindung dieses Widerspruchs zwischen Selbstverwaltung und Waren-Geld-Beziehungen werde durch die "Überwindung des Motivs zu verdienen und des Besitzes als universales Motiv menschlicher Tätigkeit" gelöst,

---

1) Vgl. Marković, M., Dialektik der Praxis, a.a.O., S. 118.
2) ebenda
3) ders. a.a.O., S. 119

indem sich "die Gesellschaft von materieller Armut und Bedürftigkeit" befreie und bei ihren Mitgliedern "Bedürfnisse höherer Ordnung" entwickele.[1] Unter den Bedingungen des Wettbewerbs, der Marktfreiheit und der Existenz eines individuellen materiellen Anreizsystems scheint es fraglich, ob es in absehbarer Zeit gelingt, diesen Umschwung zu erreichen. Gerade die Armut Jugoslawiens an natürlichen Ressourcen, die Abwanderung der fähigsten Facharbeiter ins Ausland und die relativ hohe Inflationsrate verhindern für absehbare Zeit die Befreiung von Armut und Bedürftigkeit, die die Voraussetzung für die "Befreiung jedes einzelnen für ein volles, reicheres Leben in einer wahren menschlichen Gemeinschaft" darstellt[2]. Solange dieses Ziel nicht realisiert ist, ist das am weitesten reformierte System auf die Wirkung der Konkurrenz angewiesen, so wie das am geringsten reformierte sowjetische System auf kampagnemäßig geführte Massenwettbewerbe nicht verzichten kann. Zur Verwirklichung eines realistischen sozialistischen Wettbewerbs hat jedoch das System der Arbeiterselbstverwaltung die besseren Voraussetzungen als das zentralistische System der UdSSR, da die gesellschaftliche Selbstverwaltung Initiative und Freiheit des einzelnen und des Kollektivs begünstigt und sein Bewußtsein als Produzent und Mit-

---

1) Vgl. ders. a.a.O.
Zu den"Bedürfnissen höherer Ordnung" zählt Marković schöpferische Tätigkeit, politisches Engagement, Kunst, Kultur, Streben nach Erkenntnis, nach engen und humanen Beziehungen mit anderen Menschen. (Vgl. S. 119)

2) Vgl. ders. a.a.O., S. 106

eigentümer gefördert wird. Demgegenüber bewirkt Autorität und Disziplin, die der Zentralplan vorschreibt, Entfremdung und Anpassung, die der schöpferischen Initiative und gegenseitiger kameradschaftlicher Hilfe widerstreiten.

3. Die Pläne der tschechoslowakischen Reformer

Die ČSSR-Wirtschaft war Ende der 50er Jahre durch eine krisenhafte Entwicklung gekennzeichnet: Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, Störungen des ökonomischen Gleichgewichts, sinkende Effektivität, technologische Stagnation und steigende Inflationsrate.[1] Die Ursachen dieser Entwicklung sollen hier nicht ausführlich analysiert werden, da diese weitgehend vergleichbar mit denen der UdSSR waren. Außerdem befassen sich zahlreiche Veröffentlichungen mit der speziellen Problematik der ökonomischen und politischen Krise der ČSSR, so daß hier darauf verwiesen werden kann.[2]

Das von Šik vorgeschlagene Reformmodell entstand aus der Erkenntnis, daß nur durch die grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Produktionsweisen das "negative expansive Wirtschaftswachstum" überwunden werden könne.

---

1) Vgl. Selucky, R., Reformmodell ČSSR - Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft oder Gefahr für die Volksdemokratien? Reinbeck 1969, S. 26
Šik, Ota, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, S. 45, 67,
Hensel, P., Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslawakei, Stuttgart 1968, S. 1 f.

2) Selucky, R., Reformmodell ... a.a.O., S. 26 ff.
Kosta, Jiri, Sozialistische Planwirtschaft, Theorie und Praxis, Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 17, Opladen, 1974, S. 119 ff.
Schack, H., Marx-Mao-Neomarxismus, Frankfurt/M. 1969 (1971)^2, S. 130 ff.
Hensel, P., Die sozialistische Marktwirtschaft, a.a.O.
Šik, O., Fakten der teschechoslowakischen Wirtschaft (aus dem Tschech.), Wien, München, Zürich 1969

Er fordert, den Charakter der Volkswirtschaftspläne zu ändern, die "sozialistischen Marktbeziehungen" konsequent auszunutzen, die Selbständigkeit der Unternehmen zu erweitern, um sie somit an der Optimierung ihrer Produktion zu interessieren.[1] Die Hauptgrundsätze des neuen Systems lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:[2]

1. Die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft in der Form zentraler Entwicklungspläne und wirtschaftspolitischer Aktivität;
2. Die Ausnutzung des Marktmechanismus;
3. Die ökonomische Selbständigkeit der Unternehmen in der Form von Planautonomie nach Maßgabe betrieblicher Rentabilitätskriterien.

Diese ordnungspolitischen Grundsätze stellen das Fundament für eine marktwirtschaftliche Ordnung ohne Privateigentum an Produktionsmitteln dar. Die unter Punkt zwei und drei genannten Grundsätze sollen im folgenden hinsichtlich ihrer Relevanz für das Bestehen von Wettbewerb im sozialistischen Marktmodell untersucht werden.

Die §§ 82, 83 und 85 der Regierungsverordnung vom 12. Dezember 1966 über die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft begründen das Prinzip der Wettbewerbsfreiheit. Der Wettbewerb darf weder durch administrative Maßnahmen noch durch Gemeinschaftsverträge oder Abkommen, die z.B. die territoriale Beschränkung des Absatzes oder die Erteilung eines Monopol-Verkaufs

---

1) Vgl. Sik, O., Das neue System der planmäßigen Leitung in der CSSR, In: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, 2. Jahrg. Nr. 2, Prag 1967, S.27

2) Vgl. Hensel, a.a.O., S. 15

enthalten, eingeschränkt werden. Die Ausnutzung einseitiger ökonomischer Machtstellungen von Unternehmen auf Kosten Dritter gilt als Mißbrauch des Wettbewerbs. Die Bestimmungen des § 85 untersagen Zusammenschlüsse von Unternehmen, die im Widerspruch zu den Regeln und Gepflogenheiten des wirtschaftlichen Wettbewerbs stehen. In dieses Modell sind bereits wettbewerbserhaltende Elemente eingebaut, die jede Monopolbildung und Ausnutzung ökonomischer Macht verhindern sollen. Eine wesentliche Funktion des Wettbewerbs in der CSSR besteht darin, "eine Bereicherung des Marktes, ein dichteres Handelsnetz an der Peripherie der Städte, in den Siedlungen und auf dem Dorfe herbeizuführen. Er muß gleichzeitig darauf abzielen, daß die billigen Warensorten nicht vom Markt verschwinden und Waren in allen Preiskategorien zum Kauf angeboten werden."[1] Hensel vertritt die Meinung, daß es Wettbewerb im Wirtschaftssystem der ČSSR nur in beschränktem Maße geben kann, da wegen der geringen Größe des Landes und damit der Märkte nur entsprechend wenige Betriebe (bei einigen Produkten) bestehen können. Es würden demnach viele natürliche Monopole, Teilmonopole und Oligopole bestehen.[2]

Dieser Einwand wäre zu teilen, wenn es sich um eine geschlossene Volkswirtschaft handelte, die lediglich auf den Binnenmarkt angewiesen wäre. Die Produktion für den Export fördert jedoch die Auseinandersetzung und den Wettbewerb der einheimischen Unternehmen untereinander und mit den ausländischen Konkurrenten.

---

1) Novotny, A., Aktuelle Fragen der tschechoslowakischen Ökonomik, In: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Heft 1, Prag 1967, S. 31

2) Vgl. Hensel, a.a.O., S. 108

Einem zweiten Einwand gegen die Existenz von Wettbewerb in der tschechoslowakischen Marktwirtschaft ist nur bedingt zuzustimmen. Zwischen den einzelnen Betrieben der Trusts (1965 wurden ca. 1400 Betriebe zu 100 Trusts zusammengefaßt) gäbe es keinen Wettbewerb, da innerhalb dieser Trusts die wirtschaftlich schwachen Unternehmen durch Umverteilung der Mittel von den erfolgreicheren Unternehmen finanziell unterstützt würden.[1] Dadurch würde der Wettbewerb um die bessere Marktstellung nachträglich wieder nivelliert. Es war jedoch vorgesehen, diese Regelung nur so lange beizubehalten, bis alle Unternehmen des Trusts etwa die gleiche Ausgangsposition haben, um dann auch miteinander zu konkurrieren. Jedem Unternehmen sollte es freigestellt werden, sich aus dem Trust zu lösen. Es war ein Ziel der Reformen, die Pluralität des Angebots herbeizuführen, Monopolprivilegien aufzuheben und die umfassende Konkurrenz auf den Binnenmärkten dadurch zu erreichen.[2]

Neben den Trusts existieren im tschechoslowakischen Modell Unternehmenszusammenschlüsse in Form von Konzernen. Da die einzelnen Unternehmen dieser Konzerne nicht selbständig am Markt in Erscheinung treten, gibt es keinen Wettbewerb unter ihnen. Die Konzerne treten, da sie verschiedene Produktionsprogramme haben, als Monopolisten am Markt auf.[3]

Der Wettbewerb zwischen den Betrieben des Dienstleistungssektors sollte in besonderem Maße intensiviert werden,

---

1) Vgl. Hensel, a.a.O., S. 109

2) Vgl. Selucky, R., Reformmodell ČSSR-Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft oder Gefahr für die Volksdemokratien? (Aus dem Tschech.) (1968) Hamburg 1969, S. 91, 105

3) Vgl. Hensel, a.a.O., S. 110

denn die Notwendigkeit der Leistungssteigerung wurde in diesem Bereich als vordringliche Aufgabe angesehen. Die Betriebe erhielten das Recht, sich von den Nationalausschüssen zu lösen, denen sie bisher untergeordnet waren. Dadurch sollte erreicht werden, daß sich eine vielfältige Marktstruktur herausbildet, bei der in einigen Bereichen eine Oligopol-, in anderen Bereichen eine Konkurrenzsituation dominieren soll.[1)]

In den letzten Jahren vor der Einführung der Wirtschaftsreformen in der ČSSR war der Außenhandel nicht mehr in der Lage, zur Hebung des Volkseinkommens beizutragen. Dies sei auf die Wirtschaftsführung der fünfziger Jahre zurückzuführen, auf die administrativen Methoden der Leitung, die Präferierung der extensiven statt der intensiven Wirtschaftsentwicklung und das Streben nach wirtschaftlicher Autarkie. In ihrem Streben nach Unabhängigkeit von den Weltmärkten erreichte die ČSSR eine unausgeglichene Außenhandelsbilanz und einen chronischen Devisenmangel. Die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Waren auf den Weltmärkten verminderte sich ständig, so daß für dasselbe Importvolumen immer größere Mengen einheimischer Waren ausgeführt werden mußten.[2)] Der Außenhandel soll den im eigenen Land noch nicht ausreichend vorhandenen Konkurrenzdruck durch den des Auslandes ersetzen. "Nur dann, wenn der Außenhandel nicht in überwiegendem Maße die Inlandsproduktion schützt, sondern sie im Gegenteil (bis auf berechtigte Ausnahmen) der harten Konkurrenz des Auslandsmarktes aussetzt, kann auch die

---

1) Vgl. Hensel, a.a.O., S. 111

2) Vgl. Šik, O., Fakten der tschechoslowakischen Wirtschaft, (Aus dem Tschech.) Wien, München, Zürich, 1969, S. 72 f.

mangelnde Effizienz und der Verlustgrad des Warenaustausches mit dem Ausland schrittweise überwunden werden und der Außenhandel zum Wachstum des Nationaleinkommens beitragen."[1] Das Reformmodell sah vor, die Alleinverantwortlichkeit der Außenhandelsorganisationen und des Ressortministeriums aufzuheben und den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, eigene Außenhandelskontakte aufzunehmen.[2] Die inländischen Produzenten sollten gezwungen werden, durch die Konfrontation ihrer Waren mit denen des Weltmarktes sich dem technischen und qualitativen Niveau anzupassen, ihre Produktion an der Nachfrage, an dem realen Bedarf auszurichten und die noch bestehenden Angebotsmonopole zu beseitigen. Die Reformen des Außenhandels sollten die bisher bestehende Isolierung des Binnenmarktes vom Weltmarkt aufheben. Bisher bestand zwischen dem inländischen Preisniveau und dem des Auslands keine Verbindung. Bei staatlich fixierten Binnenpreisen gab es für die Produzenten von Exportgütern keinen Anlaß Novitäten einzuführen, denn ihr Erlös blieb konstant oder änderte sich nur unwesentlich. Erst der Kostendruck durch die ausländische Konkurrenz könnte die Unternehmen veranlassen, sich dem internationalen Niveau hinsichtlich Preis und Qualität anzupassen oder aus dem internationalen Markt auszuscheiden. Durch die Gewährung weitgehender Autonomie und eigener Verantwortung sollten die Unternehmen zu Eigeninitiative und zu Wettbewerb mit dem Ausland angeregt werden.

Selucky und Šik sind der Auffassung, daß durch die Einführung von Marktbeziehungen eine neue Gesellschaftsform geschaffen werde, die der Selbstverwirklichung des

1) Šik, O., Das neue System, ... a.a.O., S. 39 f.
2) Vgl. Selucky, R., a.a.O., S. 105

Menschen entspreche. Selucky bezieht sich hierbei auf Marx, der "die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit als bloßes Mittel zur Befreiung des Menschen von der Vorherrschaft der Ökonomie" ansah; Šik denkt an eine "demokratisch-humane sozialistische Gesellschaft".[1] Es sei keineswegs an die Kopie einer Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild gedacht. Ausdrücklich werden die Reprivatisierung der Produktionsmittel sowie die Erscheinungen des Konsumfetischismus abgelehnt. Allerdings verweist Selucky unter bezug auf Marx darauf hin, daß eine Revolutionierung des Bewußtseins erst dann erfolgen könne, wenn die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Menschen selbstverständlich geworden ist und "er durch die Befreiung von der Vorherrschaft der Ökonomie sich der Befriedigung seiner sozialen und intellektuellen Bedürfnisse widmen kann."[2] Die Einführung des Marktmodells führe zur Demokratisierung der Gesellschaft, gleichzeitig stelle die Demokratisierung (Unabhängigkeit der Unternehmen vom Staat) die Voraussetzung eines funktionierenden Marktsozialismus dar.
Das Hauptproblem stellt für Šik das Interessenproblem dar: marktwirtschaftlicher Wettbewerb, zumindest jedoch der potentielle Wettbewerb solle die Betriebe zu technischem Fortschritt, zur Orientierung an den Konsumentenwünschen und zur besseren Ausnutzung ihrer Ressourcen stimulieren. Allein der Markt liefere das Kriterium für die beste Ausnutzung der Ressourcen; denn auf dem Markt und in den Preisen kämen die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen zum Ausgleich.

---

1) Šik, O., Der Strukturwandel der Wirtschaftssysteme in den osteuropäischen Ländern, Zürich, 1971, S. 39

2) Selucky, R., Reformmodell ... a.a.O., S. 98

Der Plan soll als "Grundinstrument der Lenkung" (Selucky) bzw. als unverbindlicher Orientierungsrahmen für die Betriebe gelten (Šik). Die Aufgabe des Staates bestehe insbesondere zu Beginn der Reform darin, Anti-Inflationspolitik durch Wettbewerbspolitik zu betreiben, indem Importe den heimischen Betrieben Konkurrenz machen. Diese weitgehenden Vorstellungen über die Leistungsfähigkeiten des Marktes hätten bei ihrer Realisierung das gesamte Wirtschaftssystem und damit die politische Ordnung von Grund auf verändert. Eine solche Entwicklung, die nicht ohne Wirkung auf die anderen sozialistischen Länder (aber auch auf die marktwirtschaftlich organisierten Länder Westeuropas) geblieben wäre, konnte von der Sowjetunion, die selbst nur marginale Veränderungen ihrer Wirtschaftsordnung zuließ, nicht toleriert werden. Auch an diesem Beispiel hat sich gezeigt, daß die Wandlung von Wettbewerbsstrukturen und die Zulassung anderer Arten des Wettbewerbs das gesamte Wirtschaftssystem zu verändern vermag. Mit der Wandlung des Wettbewerbs wandelt sich das Wirtschaftssystem.

Daß dieser Untersuchung über die Wettbewerbssituation in der tschechoslowakischen sozialistischen Marktwirtschaft nur theoretische Bedeutung beizumessen ist, d.h. ein empirischer Nachweis theoretischer Erkenntnisse im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, ergibt sich aus der Intervention der Mächte des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei und dem abrupten Abbruch der eingeleiteten Reformen.

4. Der ungarische "neue Wirtschaftsmechanismus"

Einen mittleren Weg zwischen der Einführung weitreichender wettbewerblicher Marktregulierungen und konservativer Reformversuche schlug Ungarn ein. Hier wurde seit 1968 ein umfassendes Reformkonzept angewandt, das die zentrale Planung zwar grundsätzlich beibehält, jedoch die starre administrative Lenkung durch eine ökonomische zu ersetzen versucht.[1] Der "neue Wirtschaftsmechanismus" Ungarns ist durch folgende Elemente gekennzeichnet: Die Unternehmen können ihre Produktionspläne unabhängig von administrativen Plananweisungen aufstellen, wobei sie auch für den Absatz ihrer Produkte selbst verantwortlich sind. Der Plan ist lediglich als Rahmenplan für die wichtigsten Orientierungsdaten und als lang- bzw. mittelfristige Projektion zu verstehen; er bestimmt die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts und des Nationaleinkommens sowie die Proportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft. Außerdem werden allgemein verbindliche Richtlinien für Löhne und Gehälter festgelegt.
In diesem Reformsystem herrscht marktwirtschaftlicher Wettbewerb (Konkurrenz) zwischen in- und ausländischen Produzenten auf den Binnen- und Außenmärkten (Vgl. Abb. I, S. 51 dieser Arbeit). Der Wettbewerb zwischen den Betrieben führte in Ungarn durch das flexible Preissystem [2] einerseits zu Preissteigerungen, die insbesondere durch die freie Preisbildung hervorgerufen wurden, andererseits bewirkte der Wettbewerb eine qualitativ bessere Versorgung der Bevölkerung mit Produkten, die auch ihren Wünschen entsprechen.

---

1) Vgl. Eicke, Ernst, Ungarn, Mit lieben Grüßen aus Moskau, In: Die Zeit, Nr. 6, vom 30. Jan. 1976

2) Es gibt im ungarischen Reformsystem vier Arten von Preisen: fixe Preise für Grundnahrungsmittel, Rohstoffe und Güter des Massenbedarfs, staatlich festgesetzte Höchstpreise in der chemischen und der Metallindustrie sowie im Bauwesen, limitierte Preise für einzelne Produkte, für die der Staat Höchst- bzw. Mindestpreise festlegt und freie Preise, die sich nach Angebot und Nachfrage richten.

Ein Wettbewerb zwischen den Betrieben, d.h. zwischen den verantwortlichen Direktoren der Betriebe, wird durch die Möglichkeit ihrer Berufung bzw. Absetzung und durch ihre Bezahlung initiiert. Wer hohe Gewinne erwirtschaftet, kann sein Gehalt durch Prämien um bis zu fünfzig Prozent erhöhen, wer allerdings mit Verlust arbeitet, dem können Gehaltseinbußen bis zu 25 Prozent auferlegt werden. Durch diesen persönlichen materiellen Anreiz wird der Wettbewerb um die besten Mitarbeiter, um absatzfähige und gewinnbringende Produkte und um günstige Verträge mit Lieferanten und Abnehmern gefördert. Durch ein umfangreiches Instrumentarium des Staates (Steuern, Kredite, Personalpolitik) können wirtschaftspolitische Maßnahmen die Unternehmensentscheidungen in der Weise beeinflussen, daß den lang- und mittelfristigen Planintentionen entsprochen wird. "Über vielfältige Kontrollfäden und Abhängigkeiten wird also sichergestellt, daß der marktwirtschaftliche Wettbewerb ein Instrument der zentralen Planungsbehörden bleibt, das, ähnlich wie der Wettbewerb, zwischen abhängigen Unternehmenseinheiten großer Kapitalgesellschaften in der Marktwirtschaft, stets die am Gesamtinteresse orientierte zentrale Politik fördern muß.[1)]

---

1) Becker, R., Wettbewerb, a.a.O., S. 939

XI. Schlußbetrachtung

Die Entwicklung des Wettbewerbs in den sozialistischen Ländern sowjetischen Typs hat gezeigt, daß Form und Inhalt der Wettbewerbsbewegungen einem permanenten Wandel unterworfen sind. Dieser Wandlungsprozeß hängt mit der Entwicklung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zusammen. Es erwies sich als unmöglich, den Wettbewerb gemäß den idealen Vorstellungen über den sozialistischen Wettbewerb durchzuführen. Diese basieren auf einem neuen, nicht gegebenen gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschen. Der "neue Mensch" entstand auch im Zuge der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht, da die Struktur der politischen und wirtschaftlichen Institutionen die Initiative der Werktätigen und ihre Identifikation mit dem System beeinträchtigte oder gar verhinderte. Die "von oben" organisierten Wettbewerbsbewegungen, die Einführung des materiellen Anreizsystems als Reaktion auf die abnehmende Masseninitiative sowie eine Politik der autoritären Leistungsnormsetzung behinderten die Verwirklichung des sozialistischen Wettbewerbsideals. Insbesondere das bestehende Lohn- und Prämiensystem, das die Einzelleistung honoriert, wirkt dem idealen Prinzip des Wettbewerbs entgegen. Es schließt eine gegenseitige Hilfe geradezu aus. Dies zeigt sich bei der Darstellung der meisten Wettbewerbsbewegungen.

Keine Wirtschaftsordnung kommt ohne den Wettbewerb aus. Im einleitenden Kapitel wurde aufgezeigt, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung ohne einen wirksamen Wettbewerb nicht funktionsfähig ist. Der Wettbewerb ist konstitutiver Bestandteil dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung - er ist eine systembedingende Erscheinung der Marktwirtschaft.

Der bisher in den sozialistischen Staaten praktizierte Wettbewerb ist eine systembedingende Erscheinung. Systembedingt ist hier der Wettbewerb insofern, als die Formen und Inhalte jeweils durch das Hervortreten bestimmter Systemkomponenten bestimmt wurden. Als Systemkomponenten gelten die jeweils aufgrund des Charakters der Planwirtschaft und des Entwicklungsstandes herrschenden Bedingungen, die das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der betreffenden Epoche determinieren. Diese finden ihren Ausdruck in den sich wandelnden Wettbewerbszielen.

Der sozialistische Wettbewerb müßte in einem funktionsfähigen Sozialismus ebenfalls eine systembedingende Verhaltensweise sein, denn idealer Sozialismus ohne Solidarität und partnerschaftliche gegenseitige Hilfe ist nicht denkbar. Insofern fragt sich, ob die Bezeichnung sozialistischer Wettbewerb für die Wettbewerbsbewegungen in der UdSSR und den ihr nahestehenden Ländern überhaupt verwendet werden kann.

Das Verhalten im Wettbewerb kann als ein Indikator dafür angesehen werden, ob und inwieweit Sozialismus im idealen Sinne bereits realisiert werden kann. Bis heute fehlt jedenfalls die erwähnte wesentliche Eigenschaft des sozialistischen Wettbewerbs in den sozialistischen Ländern.

Die Analyse der Wettbewerbsformen hat gezeigt, daß sich aus der Struktur des Wettbewerbs praktisch Mischformen von partnerschaftlichem und gegnerischem Wettbewerb ergeben. Indem konkurrenzähnliche Verhältnisse entstehen,

erhöht sich zwar die ökonomische Effektivität, wie die Reformversuche zeigten, der partnerschaftliche Gedanke des Wettbewerbs blieb dadurch allerdings zurück. Sozialistischer Wettbewerb dürfte aber für die sozialistische Volkswirtschaft ein weiter anzustrebendes Ideal sein, eine "konkrete Utopie", wie sich Ernst Bloch ausdrücken würde.

Literaturverzeichnis

A bis Z	Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands Hrsg.: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 11. überarb. u. erweiterte Auflg., Bonn 1969
Arndt, Helmut	Schöpferischer Wettbewerb und klassenlose Gesellschaft, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 2, Berlin 1952
Agocs, Attila	Preisbildung und Preisentwicklung in der Sowjetunion (1917-1968), Diss. St. Gallen, Zürich 1971
Agster, W.	Der Wettbewerb in der Markt- und Zentralverwaltungswirtschaft, Diss., Freiburg 1958
Andreas, Dieter	250 DM Durchschnittsprämie, In: FAZ, Blick durch die Wirtschaft, vom 22. Aug. 72, Jg. 15, Nr. 193 S. 1
Anischischkin, A.J. Jevenenko, J.W.	Tempo und Proportionen der ökonomischen Entwicklung Russ. Originaltitel: Tempy i proporzii ekonomitscheskowa raswitija, Moskau 1967
Antonow, N.	Hauptkennziffer ist der Gewinn In: Prawda vom 14.9.1962, Aus: Presse der Sowjetunion, Nr. 108/1962
Arndt, Helmut	Unvollständiger Wettbewerb In: HdSw Bd. 10, Göttingen 1956, S. 588 ff.
Autorenkollektiv	Politische Ökonomie, Lehrbuch, Moskau 1954, deutsche Ausgabe, Berlin, DDR 1955
Autorenkollektiv	Politische Ökonomie, Lehrbuch, dritte Ausgabe, Berlin, DDR, 1959
Autorenkollektiv	Politische Ökonomie, Lehrbuch nach der dritten überarbeiteten und ergänzten russ. Ausgabe, Moskau 1959, Berlin, DDR, 1960

Autorenkollektiv	Politische Ökonomie, Lehrbuch, 4. Auflage, Berlin DDR 1964
Autorenkollektiv	Politische Ökonomie, Lehrbuch, Sozialismus, Moskau 1970, deutsche Ausgabe Berlin, DDR, 1972
Autorenkollektiv	Betriebsökonomik, Grundlehrgang, 2. überarbeitete Auflage, Berlin, DDR, 1972
Autorenkollektiv	(Leitung: Hemmerling, J.) Neuererbewegung - Arbeiterinitiative zur sozialistischen Rationalisierung, Berlin, DDR, 1973
Autorenkollektiv	Ökonomik der Arbeit in der DDR, Berlin, DDR 1962 (1974)[6]
Autorenkollektiv	Der ökonomische Wettbewerb zwischen der UdSSR und den USA, Berlin, DDR, 1961 Russ. Originaltitel: Ekonomitscheskoe Sorewnowanie meschdu SSSR i SSCHA, Moskwa 1959
Autorenkollektiv	Die ökonomische Stimulierung der sozialistischen Produktion, Berlin, DDR 1970
Autorenkollektiv	Leiter: Faude, E., Sozialistische ökonomische Integration, Berlin, DDR, 1974
Autorenkollektiv	Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Hrsg. v. Meißner, Herbert, Berlin, DDR, 1967
Bakalin, A. Korotkow, W.	Die Wettbewerbskommission der Betriebsgewerkschaftsleitung, Moskau 1951, Berlin, DDR, 1952
Baran, P.A.	Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft, Edition Suhrkamp 277, Frankfurt/M. 1968
Bauerfeld, H. Weiß, R.	Aktuelle Probleme der Neuererbewegung, Berlin, DDR, 1972

Becker, R.	Wettbewerb, In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft - eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. VI Freiburg, Basel, Wien 1972, (S. 913 - 943)
Becker, R.	Die sozialökonomische Funktion der Produktionsberatungen, In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16. Jg., 1964 Sonderheft 8, Hrsg. René König, Köln, Opladen 1964
Becker, R.	Lohnsystem und Lohnpolitik, In: Sowjetunion, Das Wirtschaftssystem. Osteuropahandbuch, Hrsg., Werner Markert, Köln, Graz, 1965, S. 409 ff.
Behrens, F.	Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergansperiode, In: Wirtschaftswissenschaft, 5. Jg., 3.Sonderheft, Berlin, DDR, 1957
Behrens, F. Richter, G.	Die Arbeitsproduktivität, Teil I, Sozialistische Arbeitswissenschaft 9 Berlin, DDR 1967
Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme	Hrsg. Boettcher, E., In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, MF. Bd. 57, Berlin 1970
Benary, Arne	Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, In: Wirtschaftswissenschaft, 5. Jg., 3. Sonderheft, Berlin 1957
Benary, Arne	Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode, In: Wirtschaftswissenschaft; 3. Sonderheft, Berlin, DDR, 1957, S. 76 ff.
Berger, Rolf u.a.	Wettbewerb heute und morgen, Aufgaben zur Weiterentwicklung des sozialistischen Wettbewerbs, untersucht und dargestellt am Beispiel ausgewählter Betriebe und Industriezweige des Maschinenbaus, Berlin, DDR, 1964

Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der DDR in den Jahren 1971 bis 1975	Berichterstatter: Willi Stoph, Berlin, DDR 1971 (1972)[6]
Berling, B.	Für ein paar Rubel mehr, In: Metall, 18/74, S. 11
Berling, B.	Ruhen wird durch den Rubel erst schön, UdSSR: Mit Orden, Prämien und Privilegien zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, In: Metall, 19/74, S. 17
Beschluß über die Tätigkeit der Produktionskomitees in den volkseigenen Betrieben vom 27.4.67	In: Gesetzbuch der Arbeit (GBL. II, S. 495), Berlin, DDR, 1968
Beschluß des ZK der KPdSU (B) vom 9. Mai 1929	
Beschluß des ZK vom 9.5.1929	Verordnung der Regierung der RSFSR vom 2.7.1929
Beschluß des 4. FDGB-Kongresses	In: Die Arbeit, Nr. 7, Jg. 9, Berlin, DDR 1955
Bettelheim, Ch./ Dobb/Foa/Mandel/ Robinson/Sweezy u.a.	Zur Kritik der Sowjetökonomie, Eine Diskussion marxistischer Ökonomen des Westens über die Wirtschaftsreform in den Ländern Osteuropas. Hrsg. Peter Strotmann, Rotbuch 11, Berlin 1969
Bichtler, Karl	Untersuchungen über die Wechselbeziehungen zwischen der Bewegung der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften in der Deutschen Demokratischen Republik und den sozialistischen Produktionsverhältnissen sowie dem sozialistischen Charakter der Arbeit, In: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 4, Berlin, DDR, 1961, S. 182 ff.
Bicanić, R.	La Concurrence socialiste en Yougoslavic, In: Economie Appliquèe, Tome IX-56, Nr. 1-2

Böhm, Franz Russek, E.	Gelangt man mit"20-Mark-Zielen" auf 70er Tempo? In: N.D. vom 14.3.70, S. 5
Bolz, Klaus	Reformen im sowjetischen Wirtschaftssystem, In: Wirtschaftsdienst, Nr. 6, 50 Jg., Juni 1970, Hamburg 1970, S. 384
Bonač, Vladimir	Jugoslawien, Hefte zur Ostkunde, Nr. 3, Hannover 1968
Borodkin, L.	Die Betriebsgewerkschaftsleitung an der Spitze des sozialistischen Wettbewerbs, Berlin, DDR 1952 Russ. Originaltitel: Sawoskij Komitet wo glawe sorewnowanija, Moskwa 1948
Breschnew, L.J.	50 Jahre große Siege des Sozialismus Rede und Schlußwort auf der gemeinsamen Festsitzung des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR am 3. und 4. November 1967 im Kremlpalast in Moskau, Berlin, DDR 1967
Brunner, M.	Industriearbeit in der UdSSR (I), Hoch klingt das Lied vom Wettbewerb, In: Metall, 4/75, S. 11
Brunner, M.	Industriearbeit und Probleme in der Sowjetunion (II), "Die Produktion braucht alle", In: Metall, 5/75, S. 13
Brus, Wlodzimierz	Wirtschaftsplanung - für ein Konzept der politischen Ökonomie Warschau 1964, 1968, Frankfurt 1972
Brzoska, J.	Die ständige Produktionsberatung, Berlin, DDR, 1959
Carlo, Antonio	Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917-1975), Diktatur des Proletariats oder bürokratischer Kollektivismus? Berlin 1972

Chromov, F.	O Reservach powysschenija proiswoditelnosti truda w sozialistischeskoe promyschlennosti (Die Reserven der Leistungssteigerung der Arbeit in der sozialistischen Industrie), Moskwa 1951
Chruschtschow, N.S.	40 Jahre Große sozialistische Oktoberrevolution. Festrede in der Jubiläumssitzung der Obersten Sowjets der UdSSR, 6. November 1957, Berlin DDR, 1957
Cohn-Bendit, G. u. D.	Linksradikalismus - Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Hamburg 1968
CSSR im Umbruch	Berichte, Kommentare, Dokumentation, Hrsg. v. Leopold Grünwald, Wien, Frankfurt, Zürich 1968
Damus, Renate	Ist die Arbeit im Sozialismus Lohnarbeit? Zum Charakter der Arbeit in den nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas, In: Kursbuch 38, Hrsg. v. Enzensberger H.M., u.a., Berlin 1974, S. 92 ff.
Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin, DDR, 1954
Dokumente RGW	Über die Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration, Hrsg. v. Büro des Ministerrats, Abt. RGW, Berlin, DDR 1971
Dokumente des VIII. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	Berlin, DDR, 1971, (1972)[4]
Eick, Jürgen	Neue ökonomische Politik im Ostblock, In: FAZ, Nr. 80, v. 6.4.64
Engels, Fr.	Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW, Bd. 21, S. 261 ff.

Engels, Fr.	Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW Bd. 2, S. 225 ff.
Engels, Fr.	Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), Berlin 1948, (1970)[15]
Vollbringt zu Ehren des 30. Jahrestages der Befreiung hohe Leistungen im sozialistischen Wettbewerb!	Tausende Vorschläge für Tempogewinn im Bauwesen, In: ND vom 18.4.1975, S. 3
Über die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs	Entschließung der 4. Tagung des Bundesvorstands des FDGB, In: Tribüne, vom 11. Juni 1960
Entwicklung der Wirtschaftsreform 1963-68 in der DDR	In: WWI-Mitteilungen Nr. 11/69, S. 314 ff.
Erhard, L.	Deutsche Wirtschaftspolitik, Der Weg der sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf, Wien, Frankfurt/M. 1962
Eucken, W.	Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern 1952
Eucken, W.	Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hrsg. von Eucken, E. und Hensel, K.-P. Zürich, Tübingen 1960
Eucken, W.	Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1939 (1944)[4]
Fedorenko, N.P. Bunitsch, P.G. Schatalin, S.S.	Effektivität in der sozialistischen Wirtschaft, Berlin, DDR 1972 Originaltitel: Sozialistitscheskije prinzipy chosjaistwowanija i effektiwnosti obschtschestwennowo proiswodstwa, Moskwa 1970 Übersetzung: Bauer, Karl
Feind des Guten	In: Der Spiegel, Nr. 36, Jg. 27, vom 3.9.73, S. 36 ff.
Felgentren, Herbert Gregor, Klaus Menzzer, Heinz	Neue Züge im sozialistischen Wettbewerb, In: Einheit, 30. Jg. Heft 1, 75, Berlin, DDR 1975, S. 54ff.

Fenner, CH.	Liberalisierung und Demokratisierung in der CSSR, Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament, vom 7.11.70, Bonn 1970
Fichtner, Lothar Keim, Wolf-Dietrich	Berufswettbewerb - Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs, In: Einheit, 29. Jahrg., 8-74 Herausgegeben vom ZK der SED Berlin, DDR, 1974, S. 976 ff.
Fickel, Günter	Der Meister und der sozialistische Wettbewerb, Berlin, DDR, 1965
Fjedinin, W.	Sozialismus und Wettbewerb, Russ. Originaltitel: Sozialism i Sorewnowanije, Moskau 1970, Berlin, DDR, 1972
Flach, K.H. Maihofer, W. u.a.	Die Freiburger Thesen, Hamburg 1972
Am Fließband	In: Der Spiegel, Nr. 44, 1973, S. 41 f.
Florath, Walter	Sozialistischer Wettbewerb im Jahre 1965, In: ND vom 29.5.1965
Förster, Wolfgang	Sozialistische Wirklichkeit: Wettbewerb und Leistung, Walter-Raymond-Stiftung, Kleine Reihe, Heft 7, Köln 1974
Friedrich, Claus	Gewerkschaften in der sozialistischen Demokratie, Hrsg. vom Bundesvorstand des Freien deutschen Gewerkschaftsbundes. o.J.
Früngel, W.	Wirtschaftssysteme im Wettbewerb, Zur Einwirkung des Sozialismus auf ökonomische Verhältnisse im Kapitalismus, Berlin, DDR, 1966
Fürstenberg, F.	Wirtschaftssoziologie, Berlin, 1961
Gaal, M.	Die Neue Oekonomische Politik in Rußland und die deutsche Währungs- und Wirtschaftsreform, Diss., Winterthur, 1965

Gaganowa, V.J.	Pomotschem ostajuschtschin dognat peredovych, Moskwa 1959 (deutsch: Helfen wir den Zurückgebliebenen, die Fortgeschrittenen einzuholen) Moskau 1959
Garaudy, Roger	Die große Wende des Sozialismus, Wien, Zürich, München 1970 Originaltitel: Le grand tournant du socialisme, übersetzt von Ruth von Mayenburg
Garstein, S.	Die Produktionspropaganda, Moskau 1950, Berlin, DDR, 1952
Gennrich, Claus	Ota Siks Modell, In: FAZ, 8.6.1970
Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß	Berlin, DDR, 1955
Geschichte der Volkswirtschaftslehre	Hrsg. Montaner, A., Köln 1967
Gesetzbuch der Arbeit	vom 12.4.1961, in der Fassung vom 17.4.1963, GBL, Teil I, Nr. 5/1961, GBL, Teil I, Nr. 4/1963
Gesetzbuch der Arbeit der DDR und eine Auswahl anderer Bestimmungen arbeitsrechtlichen Inhalts	Hrsg. vom Staatlichen Amt für Arbeit und Löhne beim Ministerrat, Berlin, DDR, 1968, Bd. I, II
Gross, Herbert	Sozialismus in der Krise, Frankfurt 1952
Grottian, W.	Lenins Anleitung zum Handeln, Köln, Opladen 1962
Grude, H. u.a.	Staatlicher Leiter und Wettbewerb, Berlin, DDR 1966
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	vom 23. Mai 1949 (BGBL S. 1)
Grünwald, L. Husak, G. Goldstücker, E.	CSSR im Umbruch, Wien, Frankfurt, Zürich 1968
Günter, Siemon u.a.	Der sozialistische Berufswettbewerb der Lehrlinge in den Betrieben, Kombinaten, Genossenschaften und Einrichtungen, Berlin, DDR, 1971
Gyssling, Walter	Betriebsdemokratie in der Tschechoslowakei, In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3, März 1969, S. 180 ff.

Hartmann, Bernd	Die Ereignisse in der ČSSR aus marxistischer Sicht, Argumente zur Zeit, Sonderdruck aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9, Köln 1968
Hayek, F.A.	Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, In: Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969
Hedtkamp, G.	Wirtschaftssysteme, Theorie und Vergleich, München 1974
Held, Monika	Mitbestimmung in der DDR? Arbeiter berichten: "Hennecke hat ausgedient", In: Metall, 13/72, S. 13
Hennecke, Adolf	Aktivisten zeigen den Weg, Berlin 1948
Hensel, K., P.	Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, Stuttgart, 1968
Hensel, K.P.	Grundformen der Wirtschaftsordnung, Marktwirtschaft-Zentralverwaltungswirtschaft, München 1972
Höhmann, Hans-Hermann Sand, Hans Bernhard	Ergebnisse und Probleme der sowjetischen Wirtschaftsreform, In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1971
Höhmann, Hans-Hermann Seidenstecher, Gertr.	Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik der UdSSR im 9. Fünfjahrplan, Eine Bilanz nach dem "dritten, entscheidenden Jahr", In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 32/1974, Köln 1974
Hofmann, W.	Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion. Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 22, Berlin 1956
Hofmann, W.	Sozialökonomische Studientexte, Wert- und Preislehre, Berlin 1964 (1971)^2

Hollatz, Jürgen	Einführung in die Betriebsökonomik, Der sozialistische Wettbewerb, Lehrbogen für die berufliche Qualifizierung der Werktätigen, Hg. im Auftrag des Ministeriums für Volksbildung, Berlin, DDR, o.J.
Honecker, E.	Neue Maßnahmen zur Verwirklichung des sozialistischen Programms des VIII. Parteitages, Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR, 5. Tagung des Zentralkomitees der SED, 27./28.4.1972, Berlin, DDR, 1972
Honecker, E.	Das Volk der DDR kann mit Zuversicht die Schwelle zum Jahr 1973 überschreiten. Aus dem Schlußwort. 8. Tagung des ZK der SED, 6./7. Dezember 1972 Berlin, DDR, 1972
Hoppmann, E.	Workable Competition als wettbewerspolitisches Konzept. In: Theoretische und institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Berlin 1967, S. 172 ff.
Hoppmann, E.	Das Konzept der optimalen Wettbewerbsintensität. In: JbfNuSt., Bd. 179, 1966, S. 281ff.
Hoppmann, E.	Zum Problem einer wirtschaftspolitischen Definition des Wettbewerbs, In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 48, S. 9 ff.
Horst, Peter	Der Neuerer und sein Büro, In: FAZ Nr. 30, vom 5.2.72, S. 9
Horvat, B.	Die jugoslawische Gesellschaft, Ein Essay, 1969, Frankfurt/M. 1972
Huffschmid, Jörg	Die Politik des Kapitals. Edition Suhrkamp 313, Frankfurt 1969
Immler, H.	Die Landwirtschaft in der DDR, Kurze Einführung, In: DDR-Landwirtschaft in der Diskussion, Berlin 1972

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik	1964, 9. Jg., Berlin, DDR, 1964
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik	1972, Berlin, DDR, 1972
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik	1974, Berlin, DDR, 1974
25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland	Hrsg. Cassel, D., Gutmann, G., Thieme H.J., Stuttgart 1972
Der 20. Jahrestag der DDR	Vorbereitungen und Feierlichkeiten, In: Aktuelle Informationen, Hrsg.: Lades, H., Heft 8, Hamburg, Oktober 1969
Jarowinski, W.	Bericht des Politbüros an die 12. Tagung des ZK der SED, 12./13. Dez. 1969, Berlin, DDR, 1969
Jewstafjew, G.N.	Der sozialistische Wettbewerb - eine Gesetzmäßigkeit und Triebkraft in der ökonomischen Entwicklung der Sowjetgesellschaft, Berlin, DDR, 1954, Originaltitel: Sozialistitscheskoe sorewnowanije - sakonomernosti dwischuschtscha sila ekonomitschekowo raswitija sowjekskowo obschestwa, Moskwa 1952
Jugoslawien entwickelt neues System der Kontingentierung und Absprachen	In: Industriekurier, vom 22.2.1969
Jugoslawien	Auf dem Weg zum "Offenen System" In: Der Volkswirt, Nr. 10, v. 6.3.70, S. 39 f.
Jugoslawien	Titos Sorgen In: Der Volkswirt, Nr. 9 vom 27.2.70 S. 26 ff.
Jung, H. u.a.	BRD-DDR, Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971

Kantzenbach, E.	Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1966 (1967)[2]
Kapustin, E.J.	Arbeit und Arbeitslohn, Sozialistische Arbeitswissenschaft, 11, Berlin, DDR 1967, übersetzt von Willy Messner
Kartte, W.	Ein neues Leitbild für die Wettbewerbspolitik, Köln, Berlin, Bonn, München, 1969
Kaser, Michael	Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion, Ideologie und Praxis, München 1970 Originaltitel: Soviet Economics London 1970
Keller, D.	Lebendige Demokratie, Der Übergang von der antifaschistischen zur sozialistischen Demokratie in der volkseigenen Industrie der DDR, 1948 bis 1952, Berlin, DDR, 1971
Kinnigkeit, W.	Das neue Stichwort: Gegenpläne In: Süddeutsche Zeitung vom 17.4.1973, S. 2
Kosatschew, W.U.	Sozialistscheskoe sœrewnowanije i proiswoditelstost truda, Moskwa 1961 (deutsch: Der sozialistische Wettbewerb u.d.Arbeitsproduktivität)
Kosta, Jiri	Sozialistische Planwirtschaft, Theorie und Praxis, Studienbücher zur Sozialwissenschaft 17, Opladen 1974
Kropotkin, Peter	Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Autorisierte deutsche Ausgabe besorgt von Gustav Landauer, Leipzig 1908, Neuauflage Berlin 1975
Krampfl, W. Gersch, R.	Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Leistungsprinzipien im Industriebetrieb, Berlin, DDR, 1959
Kudrjawzew, A.S.	Ökonomik der Arbeit, Berlin, DDR, 1959
Kulke, Christine	Die Berufstätigkeit der Frauen in der industriellen Produktion der DDR - Zur Theorie und Praxis der Frauenarbeitspolitik der SED Diss., Berlin 1967

Lange, Oskar	Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft - Eine sozialistische Analyse, Wien, 1964
Lange, Oskar Taylor, Fred, M.	On the economic Theory of Socialism, New York 1964
Laptin, M.N. Ponomarjow, J.I.	Lenin zur sozialistischen Wirtschaftsführung, Berlin, DDR, 1970 Russ. Originaltitel: W.J. Lenin i sozialistitscheskoe chosjaistwowanie
Lathe, Heinz	Prag wird an die Leine genommen, In: Handelsblatt vom 29.12.1968
Lathe, Heinz	Comecon nimmt neuen Anlauf zur erweiterten Arbeitsteilung, In: Industriekurier, Nr. 16 vom 1.2.1969
Lathe, Heinz	Vom Reformziel weit entfernt, In: Industriekurier vom 11.9.1969
Lehmann, D.	Referat auf der 29. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB, In: Tribüne vom 9.12.57, Beilage, Berlin, DDR, 1957
Lehmann, Horst Zieten, Helmut	Effektivität und Wettbewerb, Berlin, DDR, 1969
Leistungen der Besten	Maßstab im Wettbewerb, In: ND vom 31.10.1975, S. 1 f.
Lemân, G.	Die neue jugoslawische Wirtschaftsreform - ein Schritt zur Liberalisierung? In: Osteuropa-Wirtschaft, Jg. 11 1966, S. 64-73
Lenin, W.J.	Werke, Berlin, DDR, 1950
Lenin, W.J.	Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Berlin, DDR, 1952
Lenin, W.J.	Was tun? Berlin, DDR, 1941
Lenin, W.J.	Staat und Revolution, In: Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Bd. II, Berlin, DDR, 1961, (1970) S. 315 ff.

Lenin, W.J.	Wie soll man den Wettbewerb organisieren? In: Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR, 1969 (1970)[4]
Lenin, W.J.	Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (Entwurf und Artikel), In: Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR, 1963 (1970)[9]
Lenin, W.J.	Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, Werke, Bd. 25, Berlin, DDR, 1950
Lenin, W.J.	Die große Initiative, Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR 1969 (1970)[4]
Lenin und Stalin über den Wettbewerb	Berlin, DDR, 1948
Ökonomisches Lexikon	A - K, Bd. 1 L - Z, Bd. 2 zweite neubearbeitete Auflage, Berlin, DDR, 1970
Liberman, E.G.	Plan, Gewinn, Prämie, In: Prawda, vom 9. Sept. 1962 Aus: Presse der Sowjetunion, Nr. 108 vom 23.9.1962, S. 2331 ff.
Liberman, E.G.	Noch einmal über Plan, Gewinn, Prämie, In: Presse der Sowjetunion, Jg. 64, Nr. 114
Liberman, E.G.	Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion, Berlin, DDR, 1973 Russ. Originaltitel: Ekonomitscheskie Metody powyschenija effektiwuosti obschtschestwennowo proiswodstwa, Moskau 1970
Lieser, Joachim	Pariser Verbandsübereinkunft und Wettbewerbsrecht in der DDR, In: Deutschland Archiv, 7. Jg., März 74,Köln 1974, S. 253 ff.
Linder, Willy	Libermanismus ist nicht Liberalismus, Sonderdruck für das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen Berlin, 1967, Bonn, Siegen/W.

Machlup, Fritz	Wettbewerb,(III) Wirtschaftstheoretische Betrachtung, In: HdSW Bd. 12, Tübingen, Göttingen, 1965, S. 36 ff.
Mandel, E.	Marxistische Wirtschaftstheorie, Originaltitel: Traité d'Économie Marxiste, Paris 1962, Frankfurt/M. 1971
Wie kommt aus jeder Mark,jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Kilogramm Material der größte Ertrag?	Erfahrungen, Vorschläge, Motive für den Wettbewerb, In: ND vom 14.11.1973, S. 3
Marković, Mihailo	Dialektik der Praxis, Frankfurt/M. 1968
Marktwirtschaft im Sozialismus	In: Handelsblatt vom 27.6.1968
Marx, K.	Das Kapital, Bd. I, Marx/Engels-Werke (MEW) Bd. 23, Berlin, DDR, 1969
Marx, K.	Das Elend der Philosophie, MEW, Bd. 4, S. 62 ff.
Marx, K.	Arbeitslohn, MEW, Bd. 6, S. 531 ff.
Marx, K.	Lohnarbeit und Kapital, Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin, DDR 1946 (1970) [11]
Marx, K.	Zur Kritik der Politischen Ökonomie (Vorwort), MEW, Bd. 13
Marx, K. Engels, F.	Das Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 459 ff.
Marx, K.	Texte zu Methode und Praxis III, Der Mensch in Arbeit und Kooperation (Aus den Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie, 1857/58), Hrsg. Günther Hillmann, Leck/Schleswig 1967
Maslowa, N.	Die Arbeitsproduktivität in der UdSSR, Russ. Originaltitel: Proiswoditelnost truda w promyschlennosti SSSR, Moskau 1949, Berlin, DDR, 1975

Maslowa, N.	Sozialistitscheskoe sorewnowanie - moschtschny rytschag stroitelstwa Kommunisma, Moskwa 1952, (russ.) (deutsch: Der sozialistische Wettbewerb - ein mächtiger Hebel beim Aufbau des Kommunismus) Moskau 1952
Meißner, Herbert	Konvergenztheorie und Realität, Berlin, DDR, 1971
Metzner, Max	Wettbewerb in Ost und West In: Schmollers Jahrbuch Bd. 73, 2. Halbband 1953, S. 1-24
Miksch, L.	Wettbewerb als Aufgabe. Grundsätze einer Wettbewerbsordnung, zweite erweiterte Auflage, Godesberg 1947
Millionen arbeiten am Freitag	FAZ Nr. 89 vom 17.4.1971, S. 9
Mittag, G.	Ideologische und ökonomische Probleme bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs, In: Einheit, Heft 9/10, 1964, S. 62 ff.
Mittag, G.	Sozialistische Gemeinschaftsarbeit - Trumpf im sozialistischen Wettbewerb, In: "Neuer Weg" Heft 20/1963, Aus: "Die Wirtschaft" Nr. 31/63
Mitzscherling, P. u.a.	DDR-Wirtschaft, Eine Bestandsaufnahme, DIW, Berlin 1971
Mitzscherling, P. u.a.	System und Entwicklung der DDR-Wirtschaft, DIW-Sonderheft 98, Berlin 1974
Müller, Heinz	Über den Gruppenwettbewerb, Berlin DDR, 1959, Fragen der Arbeitsökonomik, Heft 15, Hrsg. Thalmann,H.
Müller-Armack, A.	Soziale Marktwirtschaft, In: HdSW, Bd. 9, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 390 ff.
Napoleoni, Claudio	Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien, Frankfurt/M. 1968
Nattland, K.-M.	Der Außenhandel in der Wirtschaftsreform der DDR, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropainstituts an der Freien Universität Berlin, Band 33, Berlin, 1972

Nawrocki, J.	Auferstanden aus Ruinen, 20 Jahre DDR-Wirtschaft, In: Deutschland-archiv, 2. Jahrg., 1969, S. 941
Nawrocki, J.	Orthodoxe gegen Reformer, In: FAZ, Nr. 208 vom 7.9.1968, S. 17
Nemitz, K.	Sozialistische Marktwirtschaft, Frankfurt 1960
Nikitin, M.	Rabotschi Komitet Organisator sozialistitscheskowo sorewnowanija Moskwa 1964, (deutsch: Das Arbeits-komitee - der Organisator des sozialistischen Wettbewerbs), Moskau 1964
Nove, Alec	Die Rolle von Wettbewerb und Planung in der Wirtschaftsverfassung der Kommunistischen Länder, In: Planung in der Marktwirtschaft, Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte, Nr. 7, Stuttgart, S. 100 ff. 1964
Vervielfachter Nutzen durch Themenvorgabe für Neuerer	In: ND vom 14.11.1973, S. 2
Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR	Berlin, DDR, 1969
Oelßner, Fred	Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, DDR 1955
Pabst, Wilm, K.	Arbeitsproduktivität als politökonomische Frage für Marxismus-Leninismus, UdSSR und DDR, Diss. beim FB 10 der Freien Universität Berlin 1972
Pampel, M.	Arbeitsproduktivität - Wettbewerb - materielle Interessiertheit, In: Arbeit und Arbeitsrecht, Jahrg. 1963, Heft 6
Pavlat, V.	Die Wirklichkeit des ökonomischen Wettbewerbs In: Rude pravo (Prag) vom 9.3.1968

Peltzer, R.	Eigeninitiative als Element der Planung, Die Reform verändert Ungarns Alltag In: Handelsblatt Nr. 64 vom 3./4.4.1970, S. 5
Planung in der Marktwirtschaft,	Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte, Nr. 7, Stuttgart 1964
Pöppel W. Kuster, B.	Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 19. Jahrg., Heft 12, Dezember 1968, S. 713 ff.
Prag, Radikalkur für die Wirtschaft	In: Handelsblatt Nr. 64, vom 29./30.3.1968
Prag strebt "aufgeklärten Kommunismus" an	In: Handelsblatt Nr. 73 vom 11.4.1968 S. 2
Statistische Praxis	16. Jg. Heft 4, Berlin, DDR, 1961
Preiser, Erich	Nationalökonomie heute, München 1959, (1965)[5]
Aktuelle Probleme der Organisierung und Führung des sozialistischen Wettbewerbs	Erfahrungsaustausch, Berlin, DDR, 1974
Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften	Hrsg. Hennicke, P., Frankfurt/M. 1973
Prokopovic, N.S.	Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets Zürich, New York, 1944
Propp, P.D.,	Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in eine Marktwirtschaft, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts der FU Berlin, Bd. 20, Berlin 1964
Protokolle des XIV. Parteitages der KPdSU	von 1925

Radajew, W.W.	Ökonomische Interessen im Sozialismus, Berlin, DDR 1974 Russ. Originaltitel: Ekonomitscheskije interessy pri sozialisme
Raupach, H.	Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbeck, 1964
Raupach, H.	Die Sowjetunion als sozialistischer Wirtschaftsstaat, Fragenkreis Paderborn, München 1967
Raus, Otto	Der Weg der Sowjetunion zur führenden Industriemacht, Berlin, DDR, 1967
Was bleibt von der Prager Reform?	In: FAZ Nr. 70, S. 14, vom 24.3.1969
Röpke, Wilhelm	Wettbewerb (II), Ideengeschichte und ordnungspolitische Stellung, In: HdSW, Göttingen 1965, Bd. 12, S. 29 ff.
Rostow, Whitman, Walt	Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1967 Originaltitel: Stages of Economic Growth, New York 1960
Ruban, M.-E. Machowski, H.	Wirtschaftsreform und Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion 1965 - 1975 DIW Sonderheft 93, 1972, Berlin 1972
Sagrezki, J.	Der Wettbewerb zur Senkung der Selbstkosten bei jedem Arbeitsgang, Berlin, DDR, 1953 Russ. Originaltitel: Patschin stachanowzew burewestnika, Moskwa 1952
Samstag der unbezahlten Arbeit	In: FAZ, Nr. 88, vom 15.4.1972, S. 3
Schachtschabel, H.G.	Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft. Abteilung III, Band 66, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971

Schachtschabel , H.G.	Wirtschaftspolitische Konzeptionen, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967
Schack, Herbert	Volkswirtschaftspolitik, Berlin, Wien, 1930
Schack, Herbert	Der Revisionismus, In: Schmollers Jahrbuch, 78 Jg., II. Halbband, 1958, S. 641 ff.
Schack, Herbert	Die Revision des Marxismus-Leninismus, Chancen und Grenzen einer Ideologie, Berlin (1959) 1965[2]
Schack, Herbert	Das Menschenbild in der Geschichte der Volkswirtschaft, In: Geschichte der Volkswirtschaftslehre Hrsg. Montaner, A. Köln, Berlin, 1967, S. 341 ff.
Schack, Herbert	Marx, Mao, Neomarxismus. Wandlungen einer Ideologie Frankfurt/M. 1969 (1971)[2]
Schack, Herbert	Volksbefreiung, Sozialrevolutionäre Ideologien der Gegenwart, Frankfurt/M. 1971
Schack, Herbert	Grenzfragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Gesammelte Aufsätze, Berlin 1973
Scharang, M.	Bericht an das Lohnkomitee, In: Kursbuch 38, Hrsg. v. H.M. Enzensberger u.a., Berlin 1974, S. 153 ff.
Schiller, K.	Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik, Walter-Eucken-Institut, Tübingen 1958
Schiller, K.	Sozialismus und Wettbewerb, In: Schmid, C., Schiller, K., Potthoff, E. (Hrsg.) Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M. o.J. S. 227 ff.
Schiller, U.	Kummer mit den Kolchosen, In: Die Zeit, Nr. 19, vom 9.5.1970 S. 6

Schmid, Fred	Das neue ökonomische System in der DDR und CSSR, In: Das Argument, 8. Jahrg., Aug. 1966, Heft 4, S. 290
Schneider, E.	Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil, I. Band, Tübingen 1962
Schüler, A.	Zu einigen Problemen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der sozialistischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, In: Probleme der Politischen Ökonomie, Bd. 2, Berlin, DDR, 1959, S. 192 ff.
Schütt, H.	Aggression aus dem Osten, Sind die billigen sowjetischen Frachtraten das Ende der liberalen Linienfahrt? In: Die Zeit, vom 26.9.1975, S. 22
Schulz, H.-D.	Etwas weniger Wachstum, Zum Volkswirtschaftsplan 1974, In: Deutschland Archiv, 7. Jahrg. Jan. 1974, Köln 1974, S. 5 ff.
Schumpeter, J.A.	Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, 2. Aufl.
Schumpeter, J.A.	Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin 1962, 5. Aufl.
Seifert, E.	Zeitverluste und Lohntüte Berlin, DDR, 1959
Selucky, R.	Reformmodell CSSR-Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft oder Gefahr für die Volksdemokratien? Hamburg 1969 (aus dem Tschech.)
Seltmann, Emmrich, Savodnik	Die Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs in der gegenwärtigen Etappe unserer ökonomischen Entwicklung, Berlin, DDR 1959
Siemon, G. Schröter, E. Kämpf, G.	Der sozialistische Berufswettbewerb der Lehrlinge in den Betrieben, Kombinaten, Genossenschaften und Einrichtungen, Berlin, DDR, 1971

Šik, Ota	Fakten der teschechoslawakischen Wirtschaft, Wien 1959 (aus dem Tschech.)
Šik, Ota	Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, (aus dem Tschech.)
Šik, Ota	Die tschechoslowakische Wirtschaft auf neuen Wegen, Prag 1966[2]
Šik, Ota	Argumente für den dritten Weg, Hamburg 1973
Šik, Ota	Der dritte Weg, Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg 1972
Sindermann, H.	Der Volkswirtschaftsplan 1975, Berlin, DDR, 1975
Smith, A.	An Inquiry into the Nature and Causes of the wealth of Nations, Deutsche Übersetzung von E. Grünfeld. Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, nach der IV. Auflage von 1786, Bd. II, Jena 1920
Smolkow, W.G.	Wettbewerb und Kommunismus. Schriftenreihe Sozialistische Wirtschaftsführung und Gewerkschaften, Berlin, DDR, 1973. Russ. Originalausgabe: Sorewnowanie i Kommunism, Moskau 1970
Söldner, H.	Grundfragen der Arbeitsökonomik, Berlin, DDR, 1969
Sorewnowanie - dwuch sistem	Moskwa 1946, russ. (deutsch: Der Wettbewerb der beiden Systeme) Moskau 64
Sowjetunion	Das Dilemma der Reformer, In: Der Volkswirt, Nr. 24, vom 12.6.70 S. 30 ff.
Sowjetunion	Ernste Krise. In: Der Spiegel Nr. 18 1970, S. 140 ff.
Sozialistitscheskoe sorewnowanie w promyschlennosti SSSR	Moskwa 1973 russ. (deutsch: Der sozialistische Wettbewerb in der Industrie der UdSSR) Moskau 1973
Sozialistitschkoe sorewnowanie wSSSR 1918-1964- Dokumenty i Materialy profsojusow,	Moskwa 1965 (deutsch: Der sozialistische Wettbewerb in der UdSSR - Dokumente und Materialien der Gewerkschaften), Moskau 1965

Staatsmacht und Massen-initiative	Initerview mit Friedrich Ebert In: Einheit, 27. Jg., 12-72 Berlin, DDR, 1972, S. 1576 ff.
Stalin, J.W.	Fragen des Leninismus, Berlin, DDR 1951
Stalin, J.W.	Rede auf der Beratung der Wirtschaftler, In: Lenin und Stalin über den Wettbewerb, Berlin, DDR, 1948
Stalin, J.W.	Rede auf der Unionsberatung der Stachanowleute am 17. Nov. 1935, In: Lenin und Stalin über den Wettbewerb, Berlin, DDR, 1948
Stalin, J.W.	Der Wettbewerb und der Arbeitsaufschwung der Massen, In: Werke Bd. 12, Berlin DDR, 1954
Stanovnik, Janez	Planung über den Markt, Die Erfahrung Jugoslawiens, In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 7/1966, S. 75-85
Stiller, E.	Zur Strategie der Wettbewerbsführung, Ökonomische Wettbewerssituationen der Industrie und die Planungs- und Leitungstätigkeit zu ihrer Beherrschung, Berlin, DDR, 1967
Stiller, E. u.a.	Wettbewerb heute und morgen Berlin, DDR, 1974
Das System, das 20 Mio. DM spart	In: Profil, ITT in Europa, I/Herbst 1974, Brüssel 1974
Thalheim, K.C.	Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Bd. 1, Berlin 1964
Thalheim, K.C.	Liberalisierungstendenzen im Ostblock? In: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft, Berlin 1967, S. 31 ff.
Tietze, G.	Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, In: Schriftenreihe Arbeitsökonomik, Heft 1, Berlin, DDR, 1962

Tjulpanow, S.I.	Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems, Berlin, DDR, 1956
Trotzki, L.	Verratene Revolution, Nach dem russischen Manuskript übersetzt von Walter Steen, Frankfurt/M. 1968
Tschangli, I.	Sozialistitscheskoe sorewnowanie i novye formy kommunistitscheskoe truda (Der sozialistische Wettbewerb und die neuen Formen der kommunistischen Arbeit), Moskau 1969
Tschangli, I.	Der sozialistische Wettbewerb - die Triebkraft in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, Moskau 1951
Ulbricht, W.	Aufgaben der technischen Intelligenz, In: Ulbricht, W., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätzen, Bd. III, Berlin, DDR 1953, (1963)
Ulbricht, W.	Die Erfahrungen des Stahlwerkerwettbewerbs, In: Tribüne, vom 26.1.1961
Ulbricht, W.	Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR, Referat der 33. Tagung des ZK der SED, Berlin, DDR 1957
Ulbricht, W.	Grundfragen der Politik der SED, Berlin, DDR, 1957
Ulbricht, W.	Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR. Referat des Ersten Sekretärs des ZK auf der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin, 24. bis 30. März 1956, Berlin, DDR 1956
Ulbricht, W.	Der Kampf um den Frieden für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, Berlin, DDR, 1959
Ulbricht, W.	Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. 15. Tagung des ZK der SED, Berlin, DDR, 1953

Ulbricht, W.	Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED, Berlin, DDR, 1952
Ulbricht, W.	Probleme der sozialistischen Leistungstätigkeit, Berlin, DDR, 1968
Ulbricht, W.	Zum ökonomischen System des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, II, Berlin, DDR, 1969
Utenkow, A.J.	KPSS-Organisator i rukowoditel sozialistetscheskowo sorewnowanija w promyschlennosti w poslewoennye gody (1946 - 1950), Moskwa 1970 (Die KPdSU-Organisator und Leiter des sozialistischen Wettbewerbs in der Industrie in den Jahren nach dem Krieg (1946-1950), Moskau 1970
Die Verantwortung in jugoslawischen Betrieben	In: FAZ Nr. 146 vom 29.6.1970, S. 14
Verfassung der Deutschen demokratischen Republik	Herausgeber: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, 1968
Verordnung über die Förderung und Lenkung der Neuerer	(Neuererverordnung) vom 31. Juli 1963 i.d. Fassung vom 7. Juni 1967 und i.d. Fassung vom 22.12.1971
Verordnung über die Förderung und Rationalisatoren in der Neuererbewegung - Neuererverordnung	In: GBL, Teil II/1972, Nr. 1, S. 1
Zweite Verordnung über die Stiftung des Ehrentitels	"Kollektiv der sozialistischen Arbeit", vom 28.9.1966, (GBL. II S. 701)
Wachendorf, J.	Programmierte Marktwirtschaft und Konkurrenzsozialismus. Zur Frage der Vereinbarkeit marktwirtschaftlicher und zentralverwaltungswirtschaftlicher Ordnungsformen, Diss. Göttingen 1967

Wagner, U.	Vom Kollektiv zur Konkurrenz, Partei und Massenbewegung in der DDR, Materialistische Wissenschaft 15, Berlin 1974
Warnke, H.	Wichtige Aufgaben der Gewerkschaft, In: Tribüne vom 29.8.1961 (Beilage)
Warnke, H.	Zum Produktionsaufgebot für die Vorbereitung des Friedensvertrages, In: Tribüne vom 12.9.1961
Warnke, H.	Sozialistischer Wettbewerb - uns allen zum Nutzen In: Einheit, Heft 6, 1971, S. 671 ff.
Warnke, H.	Der sozialistische Wettbewerb zu Ehren des 25. Jahrestages der DDR, In: Einheit, Jg. 29, Heft 2, Berlin, DDR, 1974, S. 161 ff.
Watrin, Ch.	Thesen zum Programm der Sozialen Marktwirtschaft, In: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Cassel, D., Guttmann, G., Thieme, H.J., Stuttgart 1972
Weiß, H.D.	Preisdifferenzierung und funktionsfähiger Wettbewerb, Veröffentlichung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1972
Weselkow, F.	Vorzüge und Nachteile, In: Prawda vom 16.9.1962, Aus: Presse der Sowjetunion Nr. 108/1962
Wessely, K.	Grundzüge und Eigenständigkeit des jugoslawischen Wirtschaftssystems In: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 23/II, Berlin 1962
Vom sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des IX. Parteitages der SED	In: ND vom 6.11.1975, S. 3

Der Wettbewerb "Dem Volke zum Nutzen - der Republik zu Ehren" geht mit ganzer Kraft weiter	Materialien der 11. Sitzung des Staatsrates der DDR über die Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs zu Ehren des 15. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Nr. 6/1964, Berlin, DDR, 1964
Wiese, L.V.	Wettbewerb (I) Soziologische Einordnung, In: HdSW, Bd. 12, Tübingen, Göttingen, 1965, S. 25 ff.
Wilczynski, J.	Das sozialistische Wirtschaftssystem, Grundsätze der zentralen Planwirtschaft in der UdSSR und in Osteuropa unter dem neuen System, Originaltitel: The Economic of Socialism, Köln 1974
Wirtschaftsplanung im Ostblock, Beginn einer Liberalisierung?	Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966
Die Wirtschaft Osteuropas und der UdSSR 1971 bis 1973 - Ausblick bis 1975	Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Sonderdruck 3/1974, Wien 1974
Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China	Untersuchung der Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme, Hrsg. Jahn, G., In: Schrift des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 23/II, Berlin 1967
Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Diw)	35. Jahrg., H. 20 vom 14.5.1970
Woprossy Ekonomiki	Heft 6, 1955
Yearbook of International Organisations 1972-1973	Union of International Associations, Brüssel 1972
Zander, E.	Kommunismus und Leistungsprinzip, Heidelberg 1973
Zarjow, G.	Die Betriebsparteiorganisation an der Spitze des Wettbewerbs, Berlin, DDR 1952, russ. Originaltitel: Partorganisazija sawoda wo glawe sozialistischeskowo sorewnowanija, Moskau o.J.

Ziel: Mit allseitig erfülltem Plan zur Maidemonstration — In: ND vom 21.4.1975

Zinn, K.G. — Analyse und Kritik des administrativen Sozialismus und Ota Šiks System der sozialistischen Marktbeziehungen, In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 1/20, 1969, S. 17 ff.

Zorza, Victor — Moskau in der Zwickmühle In: Die Zeit, Nr. 4 vom 28.1.1970, S. 4.

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	=	am angegebenen Ort
Abb.	=	Abbildung
Abs.	=	Absatz
A.d.V.	=	Anmerkung des Verfassers
Art.	=	Artikel
Auflg.	=	Auflage
Bd.	=	Band
BVerfGE	=	Betriebsverfassungsgesetz
ders.	=	derselbe
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Diss.	=	Dissertation
FAZ	=	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	=	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GBL	=	Gesetzblatt
GG	=	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GWB	=	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hrsg.	=	Herausgeber
HdSW	=	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
Jg.	=	Jahrgang
KPdSU	=	Kommunistische Partei der Sowjetuion
KPR (B)	=	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
JbfNuSt	=	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
ND	=	Neues Deutschland
NF	=	Neue Folge
NEP	=	Neue Ökonomische Politik
o.J.	=	ohne Jahresangabe
o.V.	=	ohne Verfasserangabe
russ.	=	russisch
RGW	=	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RSFSR	=	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SZ	=	Süddeutsche Zeitung
UdSSR	=	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken

SED	=	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SBZ	=	Sowjetische Besatzungszone (Deutschlands)
SMAD	=	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
VEB	=	Volkseigener Betrieb
Verf.	=	Verfasser
vgl.	=	vergleiche
VO	=	Verordnung
VVB	=	Vereinigung volkseigener Betriebe

L e b e n s l a u f

Hans-Joachim E s d e r t s

geboren:	16.9.1944
in:	Potsdam
Eltern:	Albert Esderts und Ehefrau Brigitte, geb. Peters
Schule:	1950 - 1958 Grundschule, Potsdam-Rehbrücke
	1958 - 1960 Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule, Potsdam-Rehbrücke
	1961 - 1962 Rupprecht Oberrealschule München
	1962 - 1965 Julius-Stursberg-Schule, Neukirchen-Vluyn
	Herbst 1965 Reifeprüfung
Universität:	WS 1965/66 Studium der Volkswirtschaftslehre, Universität München
	WS 1966/67 Fortsetzung des Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin
	Juli 1971 Diplomprüfung für Volkswirte
	Oktober 1968 - September 1970 stud. Mitarbeiter am Lektorat für Wirtschaftskunde der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU
	Oktober 1971 - September 1976 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Wirtschaftspolitik des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der FU.

difo-druck · 8600 bamberg
untere königstraße 30